

**Christliche
und freie
Demokraten**

**in Hessen, Rheinland-Pfalz,
Baden und Württemberg
1945-1946**

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 10

Hans Georg Wieck

**Christliche und Freie Demokraten
in Hessen, Rheinland-Pfalz,
Baden und Württemberg 1945/46**

*In Zusammenarbeit mit dem Forschungsausschuß der
Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik heraus-
gegeben von der Kommission für Geschichte des Parla-
mentarismus und der politischen Parteien in Bonn*



DROSTE VERLAG · DUSSELDORF

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

Copyright 1958 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn
Druck: Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf

Einleitung

In- und ausländische Beobachter der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sind vielfach der Auffassung, daß im staatlichen wie im parteipolitischen Leben kaum noch föderalistische Elemente zu erkennen seien, die Bundesregierung und die Spitzen der Parteien vielmehr stark zentralistische Züge aufweisen. So wird insbesondere die Christlich-Demokratische Union vor allem — wenn nicht sogar ausschließlich — nach der Regierungspolitik und den politischen Plänen und Konzeptionen des Bundeskanzlers Konrad Adenauer beurteilt. Andersdenkende Politiker dieser Partei werden nicht selten als persönliche Gegner des Kanzlers angesehen. Die Liberalen wiederum werden nur oder doch vorwiegend unter dem Gesichtspunkt des Ringens zweier Flügel um die Führung der Freien Demokratischen Partei betrachtet. Und nicht zuletzt wird der im Grundgesetz festgelegte Föderalismus für eine den Deutschen von den früheren Besatzungsmächten aufgezwungene Staatskonstruktion gehalten, die, eine historische Entwicklung negierend, unmittelbar an überwunden geglaubte Verhältnisse aus früheren Jahrhunderten anknüpft.

Die vorliegende Arbeit soll zeigen, daß derartige Auffassungen den eigentlichen Sachverhalt nicht treffen. Denn neben der Bonner Bundespolitik gibt es in den einzelnen Ländern und Provinzen ein eigenverwurzeltes, vielschichtiges parteipolitisches und staatliches Leben, das oft genug auch in der Bundeshauptstadt und im Ausland als solches deutlich erkannt und in Rechnung gestellt wird und das auch in Zukunft für die Festlegung der Grundzüge der deutschen Politik von nachhaltiger Bedeutung sein kann.

Der Verfasser hat in einer früheren Arbeit versucht, die Anfänge der Christlich-Demokratischen Union in der ehemaligen britischen Besatzungszone und in Berlin zur Darstellung zu bringen¹⁾. Mit der vorliegenden Schrift werden die Ergebnisse seiner Studien über die Anfänge der CDU in den ehemaligen französischen und amerikanischen Zonen (ohne Bayern) vorgelegt. In seiner ersten Arbeit hatte er die Wiedergründung der „Deutschen Zentrumspartei“ mitzubehandeln, die mit der Bildung der neuen christlich-demokratischen Partei engstens verflochten war. Auch in seiner jetzigen Untersuchung wird von Zeit zu Zeit das Zentrum erwähnt werden müssen, aber im Gegensatz zur Entwicklung in Westfalen ist es in Baden-Württemberg, in Hessen und in Rheinland-Pfalz nur an wenigen Orten aus der Versenkung wieder in das politische Leben eingetreten, ohne nachhaltige Wirkungen zu zeigen. Wichtiger ist, daß bei den Nachforschungen, die der Verfasser für seine neue Studie anstellen mußte, viele und bedeut-

¹⁾ Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945. Düsseldorf 1953.

same Fäden zwischen den früheren Liberalen und den 1945 als Christliche Demokraten auftretenden Politikern entwirrt werden konnten, so daß es notwendig wurde, die Anfänge der Freien Demokratischen Partei / Demokratischen Volkspartei (FDP/DVP) in die Untersuchung einzubeziehen.

Während sich in der britischen Besatzungszone die CDU aus zwei Hauptgruppen mit verschiedenartigem politischen und historischen Hintergrund bildete — aus den aus dem Stamm des früheren Zentrums kommenden rheinisch-westfälischen Politikern und aus den in sich nicht so geschlossenen, sowohl konservative wie gemäßigt-liberale Elemente erfassenden norddeutschen Kreisen —, ist eine ähnlich übersichtliche Gliederung in Südwestdeutschland nicht möglich. Es finden sich vielmehr eine Anzahl politischer Zentren, die sich auch später nicht im Interesse eines großen Ganzen auflösten, sondern lediglich eine Koalition, ein enges Bündnis eingingen, ohne doch ihr ursprüngliches — etwa südbadisches, nordwürttembergisches oder hessisches — Gesicht zu verlieren. Selbstverständlich fanden gewisse, zumeist äußere Angleichungen (so z. B. in der Namensfrage) statt, aber im Gegensatz zu der letztlich als einheitlicher Block erscheinenden CDU der britischen Zone blieben die regionalen Eigenheiten hier doch im wesentlichen bestehen. Es muß somit ein Anliegen der nachfolgenden Darstellung sein, die Besonderheiten der einzelnen CDU- bzw. DVP/FDP-Zentren möglichst deutlich herauszuarbeiten und den Prozeß ihrer Annäherung und Verbindung zu beleuchten.

K. W. Böttcher, der innenpolitische Mitarbeiter der Tageszeitung „Die Welt“, gab während des Wahlkampfes 1953 eine sehr weit verbreitete Auffassung über die Entwicklung innerhalb der deutschen politischen Parteien und insbesondere der CDU wieder²⁾:

„... Daß die Partei nicht geworden ist, was ihren Gründern 1945 und 1947 vorschwebte, bemerkt ohnehin nur eine Minderheit ihrer Wähler. Von hier aus sind keine Reaktionen zu erwarten . . . Das Neue, das von Grund auf Verändernde, das in ihrer Absicht lag, ist ihr so wenig gelungen wie irgendeiner anderen Partei . . . Sie (die CDU; Anm. d. Verf.) ist ohne Frage das bürgerlich-christliche Lager und eigentlich ohne jede Aussicht, die Wälle noch zu sprengen, mit denen sie sich umgeben hat. Damit hat sie aber auch ihren christlichen Auftrag unerfüllt gelassen. Die Kirche und ihre Gläubigen, die Christen, waren nicht da, als vor hundert Jahren die Arbeiter die Augen aufschlugen. Kein Wunder also, daß sie (die Arbeiter; Anm. d. Verf.) die Christen nicht ernst genommen haben. Und heute, nach 1945 und nach den proklamierten Absichten und Zielen von damals und nach den Einsichten, die sich in ihnen äußern? Doch wieder nur eine bürgerliche Partei, die das Christentum in Anspruch nimmt, ohne den Anspruch selbst in den eigenen Augen ganz zu rechtfertigen . . .“

Die nachfolgende Untersuchung soll weder diese These vertreten und wissenschaftlich unterbauen noch die Gegenargumente der CDU verteidigen. Sie will lediglich nach den Ausgangspositionen der Christlichen Demokraten und der Liberalen in Südwestdeutschland nach dem Zusammenbruch von 1945 suchen.

²⁾ Im abgegrenzten Lager. „Die Welt“ vom 31. Juli 1953, S. 2.

Wenn dann noch unter Umständen dargestellt werden kann, daß bei einem Wirksamwerden dieser Ausgangspositionen sich diese, jene oder andere innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland ergeben können, dann ist die äußerste Grenze einer wissenschaftlichen Studie bereits erreicht. Die politische Wertung zu finden, muß selbstverständlich jedem Leser allein überlassen bleiben.

Der Verfasser hat sich bemüht, den Einfluß der kulturellen, kirchlichen, sozialen, wirtschaftlichen und allgemein-politischen Regionalverhältnisse auf die Formung der Parteigruppen möglichst deutlich herauszuarbeiten. Wissenschaftliche Darstellungen über die politischen Parteien haben diese Verhältnisse bisher zu wenig beachtet. Sie konzentrierten sich vornehmlich auf die Untersuchung von Parteiprogrammen und politischen Dogmen. Es ist aber nicht schwer, im politischen Leben nahezu täglich festzustellen, daß Dogmen und Programme aller Parteien immer verschiedene Interpretationen zulassen und im Grunde nur geringen Einfluß auf die Entscheidungen der führenden Parteiliegenschaften haben, insbesondere dann, wenn sie von den führenden Gruppen und Politikern nicht selbst durchdacht, sondern nur übernommen wurden. Den sich aus den regionalen Besonderheiten ergebenden Einflüssen nachzugehen, erscheint somit dringend notwendig.

Ein weiterer, das Wesen einer politischen Partei bestimmender Faktor durfte vom Verfasser bei der Durchführung seiner Untersuchung ebenfalls nicht vernachlässigt werden: die führende politische Persönlichkeit. Er mußte deshalb im Rahmen der durch die Zeitnähe gegebenen Einschränkungen versuchen, die charakteristischen Züge derjenigen Personen zu zeichnen, die in den zu behandelnden Parteien an führender Stelle standen bzw. noch stehen. Es ist nicht zu leugnen, daß dadurch ein stark subjektives Moment in die Arbeit hineingetragen wird; der Verfasser hat sich deshalb darum bemüht, diese Zeichnung von der Ausbreitung des Materials über die Entstehung der Parteien deutlich zu scheiden. Er glaubt zudem, zu einem solchen Wagnis berechtigt zu sein, da er die Mehrzahl der betreffenden Persönlichkeiten in Gesprächen näher kennenlernte und die dadurch gewonnenen Eindrücke noch durch einen ausgedehnten Briefwechsel vertiefen konnte³⁾.

Die vorliegende Arbeit umfaßt zwei aufeinanderfolgende Zeitabschnitte. Zuerst wird die vom Mai 1945 bis in die ersten Monate des Jahres 1946 reichende Gründungsperiode näher untersucht. Es ist verständlich, daß auf sie thematisch ein besonderes Gewicht gelegt werden mußte. Sodann werden aber auch die Vereinigungsbestrebungen über die Landes- und Zonengrenzen hinweg bis zur Wahl zum ersten Deutschen Bundestag im Jahre 1949 dargestellt. Diese Periode verdient unsere besondere Aufmerksamkeit, da gerade sie zur Formung der parteipolitischen Verhältnisse unserer unmittelbaren Gegenwart entscheidend beigetragen hat.

³⁾ Vgl. S. 219 ff.

In Anknüpfung an die frühere Arbeit des Verfassers⁴⁾ sollen auch in der vorliegenden wieder die in den einzelnen Gruppen diskutierten und von diesen angestrebten Parteikonzeptionen im Vordergrund der Untersuchung stehen. Die Überlegungen der südwestdeutschen, hessischen und rhein-pfälzischen politischen Kreise im Jahre 1945 waren, wie dargelegt werden kann, denen in Nord- und Westdeutschland recht ähnlich. Hier wie dort wurden folgende Möglichkeiten erörtert:

- a) Die Wiederherstellung der Weimarer Parteien, selbstverständlich ohne eine „nationale Opposition“.
- b) In Anknüpfung an die Reformversuche der „nichtmarxistischen Parteien“ der Weimarer Zeit, also des Zentrums, der Deutschnationalen Volkspartei (einschließlich der von dieser abgesplitterten Gruppen, wie Christlich-Sozialer Volksdienst, Konservative Volkspartei, Landvolkpartei) und z. T. der Deutschen Demokratischen Partei (Staatspartei), eine Konzentration in einer christlich-sozialen und nationalen Volkspartei.
- c) In Weiterführung der Zusammenarbeit der beiden Konfessionen in der Zeit des Kulturkampfes und der „inneren Opposition“ gegen das nationalsozialistische Regime die politische Sammlung katholischer und evangelischer Kräfte in einer „Christlichen Union“.
- d) Bildung einer demokratischen Sammelpartei der „bürgerlichen Gruppen“ ohne enge Bindung an christliche Traditionen und Programme.
- e) Unter Preisgabe marxistischer Doktrinen und Vorstellungen Gründung einer „Partei der Arbeit“ um den Kern der früheren Richtungsgewerkschaften.
- f) Fusion der „sozialistischen Parteien“, also der Sozialdemokraten und der Kommunisten.
- g) Gründung einer „Union der Mitte“, um die Gefahr einer Verhärtung und des schließlichen Kampfes zwischen „Weltanschauungsparteien“ zu bannen⁵⁾.
- h) Bildung einer konservativen Rechtspartei.

Die vorliegende Untersuchung wird darzustellen haben, was aus den in den ersten Monaten nach der deutschen Kapitulation in Erwägung gezogenen Möglichkeiten tatsächlich geworden ist und wie die politischen Parteien, die im Laufe der Jahre mehr und mehr das deutsche Schicksal bestimmten, die Ansichten der einzelnen Gründerkreise aufnahmen oder auch wandelten.

Hinzu kommt, daß zur gleichen Zeit die Besatzungsmächte — hier die französische und die amerikanische — mehr oder weniger fest umrissene Vorstel-

⁴⁾ Wieck, Die Entstehung der CDU . . . , S. 13 f. und 218 f.

⁵⁾ Eine „Weltanschauungspartei“ umschließt Menschen gleicher Grundanschauung und vertritt selbst bestimmte politische Lehren. Die Anhänger einer „Interessenpartei“ werden dagegen durch die Gemeinsamkeit angeblicher materieller Interessen zusammengeführt. Beide Arten von Parteien stellen sich dem öffentlichen Bewußtsein als scharfe Gegensätze dar. Dr. Spiecker betrachtete nach 1945 dieses Verhältnis unter einem anderen Blickwinkel, er unterscheidet „Weltanschauungs-“ und „Politische Parteien“; vgl. Wieck, Die Entstehung der CDU . . . , S. 140 ff.

lungen über die Grundlagen, die Aufgaben und die Organisationen der sich neubildenden deutschen Parteien hatten. Die Verordnungen der Militärregierungen geben jedoch im Grunde nur wenige Anhaltspunkte über die Art dieser Vorstellungen. Wesentlich mehr läßt sich aus den Berichten über die Besprechungen der Vertreter der Besatzungsbehörden mit den deutschen Politikern herauslesen. Zur möglichst erschöpfenden Beantwortung der Frage, in welcher Form in den beiden Besatzungszonen sich die deutschen politischen Kräfte entfalten konnten, wird diesen Berichten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen.

Abschließend muß noch darauf hingewiesen werden, daß seit der ersten Untersuchung des Verfassers einige weitere Arbeiten über die CDU entstanden sind⁶⁾. Als Folge ihres großen Anteils an der deutschen Nachkriegsentwicklung wurde diese Partei ganz von selbst zu einem interessanten Studienobjekt. Die Liberalen dagegen, die auf Grund ihrer Ausgangsposition wohl nie zu einer modernen Massenpartei werden können, sind bisher von der Forschung leider recht stiefmütterlich behandelt worden. Der Verfasser möchte daher die Hoffnung aussprechen, daß die Ansatzpunkte, die er durch seine vorliegende Arbeit gibt, aufgegriffen werden und zu einer intensiveren wissenschaftlichen Beschäftigung mit den nach 1945 entstandenen liberalen Parteien anregen.

⁶⁾ Z. B. Buchheim, Die Geschichte der christlichen Parteien; Kraus, Christentum und Politik am Beispiel der CDU; Striebich, Konfession und Partei.

1. Kapitel

Politische Bedingungen und Strömungen in Geschichte und Gegenwart

a) *Hessen*

Das heutige Land Hessen wurde im Jahre 1945 im Zuge der von den alliierten Besatzungsmächten vorgenommenen Neugliederung des bisherigen Reichsgebietes geschaffen. In ihm wurde die ehemalige preußische Provinz Hessen-Nassau, ohne die westlichen Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen, mit dem Freistaat Hessen — dem früheren Großherzogtum Hessen-Darmstadt —, jedoch ohne die Provinz Rheinhessen, zu einem neuen staatlichen Gebilde zusammengeschlossen. Die abgetrennten Teile wurden dem ebenfalls neu geschaffenen Lande Rheinland-Pfalz zugegeben.

Neben Westfalen ist Hessen die zweite deutsche Landschaft, die sich vom Rhein zur Weser, von den Franken zu den Sachsen erstreckt. Wie dieses ist es ein Übergangsland. Während aber Westfalen vorwiegend sächsisch bevölkertes Gebiet ist, schiebt sich in Hessen zwischen die Franken und die Sachsen der besondere hessische Stamm, dessen Schicksal es war, auf der einen Seite unter fränkischen, auf der anderen unter sächsischen Einfluß zu geraten. Die mitten im Lande liegende Wasserscheide von Gilsersberg bildet die Trennungslinie zwischen den beiden Einflußzonen.

Wie Westfalen mit dem Erzstuhl Köln, so stand im Mittelalter Hessen mit dem Kurfürsten von Mainz in stetem Kampfe. Im Gegensatz zur Entwicklung in Westfalen siegten in den Auseinandersetzungen im hessischen Raum jedoch die weltlichen Mächte. Noch immer ist im Lande etwas von der Atmosphäre dieses Kampfes zu spüren: neben Gebieten mit starken kirchlichen Traditionen gibt es solche, deren geistige Blüte sich erst durch die Ausbreitung der Aufklärung und später des Liberalismus entwickelte. Die Gemengelage kirchlicher und weltlicher Territorialinteressen führte zu einer starken konfessionellen Mischung. Neben betont katholischen Gegenden, z. B. Fulda, gibt es weite Gebiete mit überwiegend protestantischem Gepräge. Noch heute werden auf lokaler Ebene erbitterte „Kämpfe“ geführt, durch die die Mentalität der Bevölkerung geprägt und von überlieferten Wertungen bestimmt wird. Nach der Volkszählung von 1950 leben in Hessen etwa 3,1 Millionen Protestanten mit etwa 2,8 Millionen Katholiken zusammen. Der Zustrom von vorwiegend katholischen Vertriebenen

nach 1945 darf bei einer Beurteilung des zahlenmäßigen Verhältnisses der beiden Konfessionsgruppen nicht unberücksichtigt bleiben⁷⁾).

Die staatliche Entwicklung Hessens beginnt eigentlich erst mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges. Daß es nicht schon früher zu einem Aufstieg gekommen war, findet seinen Grund vor allem in der schon erwähnten Teilung in eine fränkische und eine sächsische Einflußsphäre. Diese Teilung fand ihren stärksten Ausdruck in dem aus der Marburger Erbfrage (1604) entstandenen Streit zwischen Kassel und Darmstadt, der die beiden Landesteile in die einander gegenüberstehenden Lager des großen Krieges führte und Hessen zerriß. Der Siebenjährige Krieg brachte erneut den Feind nach Hessen-Kassel, während die Darmstädter Truppen im Verbands der Reichsarmee kämpften. Auch in den Napoleonischen Kriegen standen die beiden Fürstentümer wieder einander gegenüber: Darmstadt war Rheinbundmitglied, Kassel focht im preußischen Heere mit. Es mutet fast wie ein Wunder an, daß im Kriege 1866 beide auf einer Seite kämpften.

Zu diesen Territorialstreitigkeiten kam noch der Dualismus zwischen dem geistlichen Mainz und den hessischen Landgrafen verschärfend hinzu. Sowohl Kassel als auch Darmstadt schauten somit stets mehr aus dem Land hinaus als in das Land hinein.

Es ist also durchaus verständlich, daß Hessen staatlich zerrissen bleiben mußte und einerseits zu Kassel, andererseits zu Darmstadt sowie teilweise zum erzbischöflichen Mainz gehörte oder doch tendierte. Der größte Teil seines Gebietes wurde schließlich (1866) von Preußen annektiert: das Kurfürstentum Hessen-Kassel wurde völlig ausgelöscht, das Großherzogtum Hessen-Darmstadt mußte einige Gebietsteile abtreten.

Der Dualismus der beiden Fürstentümer verhinderte zudem die Bildung einer großen, den Gesamttraum beherrschenden Zentrale. Auch das bis 1866 als Reichsstadt selbständige, dann von Preußen annektierte Frankfurt konnte diese Aufgabe nicht übernehmen.

Nach dem Eintritt des erhalten gebliebenen Großherzogtums Hessen (Darmstadt) in das Deutsche Reich im Jahre 1871 erhielt dieses Land betont liberale Gesetze. Die Nationalliberalen wurden und blieben lange Zeit hindurch die herrschende Partei. Während des Kulturkampfes schloß sich die katholische Minderheit im Zentrum enger zusammen. Schon vor dem Weltkrieg fand aber auch die Sozialdemokratie in breiten Bevölkerungskreisen ein starkes Echo. Unter ihrer Führung bildete von 1919 bis 1933 dann eine Koalition mit Zentrum und Demokraten die Regierung des Freistaates. Im Landtag verteilten sich während der Weimarer Republik die Sitze wie folgt:

⁷⁾ Vgl. Statistische Berichte des Statistischen Bundesamtes vom 18. Januar 1952 Arb. Nr. VIII/8/11: „Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit 1950“. Hinzuzufügen ist, daß im früheren Freistaat Hessen die Bevölkerung im Jahre 1952 zu 64% evangelisch und zu 32% katholisch war.

Wahlen	USPD. KPD	SPD	DDP	Zentrum	DVP	Bauern- Bd.	DNVP	CSVD	NSDAP
26. Januar 1919	1	31	13	13	7	—	5	—	—
27. November 1921	2+2	24	5	13	10	11	3	—	—
7. Dezember 1924	4	26	6	11	8	9	5	—	1
31. November 1927	6	24	5	13	7	9	3	3	—
15. November 1930	10	15	1	10	1	2	1	3	27
19. Juni 1932	7	17	2	10	—	—	1	1	32

Das Zentrum konnte, wie die Tabelle zeigt, von allen Parteien am besten seine Mandatszahlen halten. Es zeigte sich aber außerstande, über die konfessionellen Schranken hinwegzuspringen. Die Sozialdemokraten verloren von 1930 ab große Teile ihrer Anhänger, die zumeist wohl zu den Kommunisten gingen. Das fast ausschließlich aus Protestanten bestehende bürgerliche Lager der liberalen und konservativen Parteien löste sich Ende der zwanziger Jahre zugunsten der Nationalsozialisten auf.

b) Rheinland-Pfalz

Noch stärker als Hessen ist das Land Rheinland-Pfalz eine durch die Politik der Besatzungsmächte entstandene Neuschöpfung der Jahre 1945 und 1946. In ihm wurden zusammengeschlossen

1. der Regierungsbezirk Bayerische Pfalz mit 13 Land- und einem Stadtkreise;
2. die der ehemaligen preußischen Rheinprovinz zugehörenden Regierungsbezirke Trier und Koblenz mit 20 Land- und 2 Stadtkreisen;
3. die in dem neuen Regierungsbezirk Montabaur zusammengefaßten Landkreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen der früheren preußischen Provinz Hessen-Nassau;
4. der frühere hessische Regierungsbezirk Rheinhessen mit 4 Land- und 2 Stadtkreisen.

Im Jahre 1950 wurden in Rheinland-Pfalz 3 004 752 Einwohner gezählt. 1939 lebten im gleichen Raum 3,1 Millionen Menschen, 1946 dagegen 2,7 Millionen. Die Volkszählung von 1950 wies 1 224 541 Protestanten und 1 734 425 Katholiken nach. Rheinhessen und die Pfalz verfügen über eine kleine evangelische, die Regierungsbezirke Montabaur, Koblenz und Trier über eine starke katholische Mehrheit.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gehörte das heutige Rheinland-Pfalz überwiegend den Herrschaftsbereichen des geistlichen Kurfürsten von Trier und des weltlichen Kurfürsten von der Pfalz an. Verstreut über das ganze Land lagen die Besitzungen vieler souveräner Kleinfürsten und reichsunmittelbarer Herrschaften. Die durch diese Zersplitterung bedingten vielen Konfessionsgrenzen wirken noch bis heute nach, werden aber durch die Binnenwanderung

und den Zustrom von Vertriebenen mehr und mehr verwischt. Festzustellen ist aber, daß die Kirchen sich gerade hier die Fähigkeit bewahrt haben, Neuankömmlinge an sich zu ziehen und einer geistigen Nivellierung entgegenzuarbeiten.

Vorwiegend katholisch ist die Bevölkerung der Regierungsbezirke Trier und Koblenz, die früher zum größten Teil dem Erzbistum Trier zugehörig waren. Bis auf einige kleinere evangelische Gebiete dominiert im Regierungsbezirk Montaubaur ebenfalls der katholische Bevölkerungsteil. Die in der Pfalz gelegenen katholischen Enklaven unterstanden früher dem Erzbischof von Mainz, dem Bischof von Speyer und einigen kleineren katholischen Fürsten. Das größere evangelische Gebiet war in der Hauptsache Besitztum des Kurfürsten von der Pfalz. Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, als die Pfalz mit Bayern vereinigt war, genoß die katholische Minderheit daher den besonderen Schutz des katholischen Herrscherhauses. Trotzdem fanden das Zentrum und später die Bayerische Volkspartei hier nicht den gleichen Widerhall wie in anderen bayerischen Gebieten, da eine „Kulturkampfstimmung“ fehlte.

Der Dreißigjährige Krieg traf die Pfalz als Durchmarschgebiet mit starken Bevölkerungsverlusten und Verwüstungen außerordentlich schwer. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wurden ihre Bevölkerung und ihre Wirtschaft durch die Einfälle der Heere Ludwigs XIV. nochmals empfindlich getroffen. Emigranten aus dem westlichen Europa halfen dann aber tatkräftig mit, Handel und Handwerk wieder aufzubauen. Ein Jahrhundert später, am Vorabend der Französischen Revolution, war die Pfalz mit ihren vielen kleineren und mittleren Städten wieder ein wirtschaftlich blühendes Land mit einer gesunden Mittelschicht. Im 19. Jahrhundert griff dann, ebenso wie in Rheinhessen, die Industrie sehr schnell um sich und änderte die Struktur des Landes, im Gegensatz zu den benachbarten Bezirken Koblenz und Trier, die weiterhin vorwiegend landwirtschaftlich orientiert blieben. Heute sind in der Pfalz 21,1% der Bevölkerung in der Landwirtschaft, 45,8% in der Industrie und Energiewirtschaft und 13,1% im Handel und Verkehr beschäftigt⁸⁾.

Mit Ausnahme eines einzigen Kreises gehören heute alle weinbautreibenden Gebiete des Mittelrheins zum Lande Rheinland-Pfalz, sein pfälzischer Teil ist überdies das wichtigste Tabakanbaugebiet Deutschlands. Die Landwirtschaft wird weithin durch mittlere Betriebe bestimmt, ihre durch den Wein- und Tabakanbau bedingte Einseitigkeit ist jedoch die Ursache einer latenten Anfälligkeit für wirtschaftliche Krisen. Außer in der Pfalz hat sich die Industrie neuerdings auch im rechtsrheinischen nördlichen Gebiet des Regierungsbezirks Koblenz entfaltet. Mainz ist bereits seit Jahrhunderten ein wichtiger Handelsumschlagplatz.

⁸⁾ Vgl. Mende, Dietrich: The Origins of the CDU in Berlin and the French Zone of Occupation in Germany. Frankfurt/M. 1950. Für die britische Regierung angefertigte maschinengeschriebene Denkschrift.

Alle Frankreich mit dem Mittelrhein verbindenden Straßen führen durch die Pfalz hindurch, wodurch ihr Schicksal als Durchmarschgebiet entscheidend bestimmt wurde. Die Bevölkerung blieb sich dessen stets bewußt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß insbesondere die Erinnerung an die Verwüstung von 1688 sich noch lange erhielt. Aus dem gleichen Grunde waren ihre Menschen nationalen Ideen immer besonders zugänglich. Im Gegensatz dazu zeigte sich die Bevölkerung der Gebiete Trier und Koblenz für die sozialen und wirtschaftlichen Neuerungen der Französischen Revolution und Napoleons, die später zumeist von Preußen weitergeführt wurden, sehr aufgeschlossen, da sie die Befreiung von der lähmenden Herrschaft des Trierer Erzbischofs bedeuteten. Ein Reporter des „Berliner Anzeigers“ sah noch im Jahre 1924 in der Eifel, im Hunsrück und im Moseltal viele mit einem Bild Napoleons geschmückte Bauernhäuser. Und das ein Jahr nach der Ruhrbesetzung durch Frankreich!

Die Nähe des westlichen Nachbarn und die schon erwähnte Empfänglichkeit für nationale Ideen und Forderungen begünstigten im 19. Jahrhundert in der Pfalz die Entwicklung eines demokratischen Radikalismus, der auch von weiten Kreisen des Handelsplatzes Mainz übernommen wurde. Im mittleren Bürgertum ging dieser Radikalismus, da er seine Forderungen weithin erfüllt sah, dann nach 1871 stark zurück, teilweise starb er sogar aus. Er wurde aber gleichzeitig der geschichtliche Hintergrund für die Ausbreitung und Festsetzung der Sozialdemokratie, zumal auch die industrielle Revolution gerade in diesem Gebiet zu erheblichen Strukturwandlungen führte. Die beiden größten Städte der Pfalz und Rhein Hessens — Mainz und Ludwigshafen — waren lange Zeit hindurch Hauptstützpunkte der Sozialdemokraten. Auch in Worms, Pirmasens (Schuhindustrie) und Kaiserslautern verfügten die Sozialdemokraten durch Jahrzehnte über eine zuverlässige Anhängerschaft.

Das Zentrum blieb in Rhein Hessens und in der Pfalz bis zur Einführung des Frauenstimmrechts und des Proportionalwahl systems im Jahre 1919 ziemlich bedeutungslos, in Koblenz/Trier dagegen war und blieb es die herrschende Partei. Das Interesse der evangelischen Bevölkerung an der Bildung einer evangelisch orientierten Partei war im Gegensatz dazu stets nur sehr gering.

c) *Baden und Württemberg*

Das Schicksal der beiden in napoleonischer Zeit entstandenen, bis 1945 selbständigen Staaten Baden und Württemberg ist so eng miteinander verknüpft, daß für die Fragestellungen der vorliegenden Untersuchung die Betrachtung ihres Neben- und Miteinanders, ihrer Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten für den Verfasser eine Selbstverständlichkeit war. Er beabsichtigt damit jedoch nicht, für oder wider den im Jahre 1952 erfolgten Zusammenschluß der durch die Besatzungsmächte gebildeten Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden zum Südweststaat Baden-Württemberg Stellung

zu nehmen, sondern kann, um seiner Darstellung eine Grundlage zu geben, lediglich referierend die geschichtliche Entwicklung des südwestdeutschen Raumes in großen Zügen nachzeichnen.

Der größte Teil des germanischen Südwestens war in römischer Zeit im sogenannten Dekumatland zusammengefaßt. Vom Rhein bis zum Limes, dem Grenzwall gegen das freie Germanien, erschlossen große Römerstraßen das Land. Die Reste der drei Jahrhunderte währenden Römerherrschaft lassen auf einen einheitlichen Kulturstand des ganzen Gebietes schließen. In der Völkerwanderungszeit überschwemmten dann die Alemannen das Land und gaben nach jahrhundertelangen Kämpfen nur den nördlichen Teil wieder an die Franken preis. Eine alemannisch-fränkische Stammesgrundlage läßt sich noch heute in Baden und Württemberg (und in Teilen Bayerns) nachweisen. Im Mittelalter war der Südwesten, zum größten Teil im Herzogtum Schwaben vereinigt, Zentrum und Kraftquelle des römisch-deutschen Kaiserreiches. Erst nach dem Untergang des staufischen Hauses fiel die Einheit allmählich auseinander, und dynastisch bestimmte Separatentwicklungen setzten ein, die ihren Höhepunkt allerdings erst im 19. Jahrhundert fanden, da von 1495 bis 1806 das gesamte Gebiet als „Schwäbischer Kreis“ doch noch einen gewissen Zusammenhang besaß, der zum Beispiel in den Handwerksordnungen, dem Straßenbau, dem Münz- und Gerichtswesen zum Ausdruck kam.

Für eine detaillierte Darstellung der sehr verwickelten Geschichte der badischen Markgrafschaften vom hohen Mittelalter bis zu der zwei Jahrhunderte währenden Zweiteilung Badens in die obere Markgrafschaft Baden-Baden und die untere Markgrafschaft Baden-Durlach ist hier nicht der Ort. Erst die Vereinigung dieser beiden Territorien unter Karl Friedrich von Baden-Durlach wurde der Ausgangspunkt der neueren Entwicklung. Das 1715 im Hardtwalde gegründete Karlsruhe wurde Sitz der Hofkanzlei und der vereinigten Zentralbehörden und damit zum Zentrum des weiteren staatlichen Ausbaus auf der rechten Rheinseite. Durch die Auflösung des alten Deutschen Reiches und durch Napoleon, der es zum Großherzogtum machte, erhielt Baden dann seine endgültige Form. Als ein großer Stiefel reichte es nun mit dem Fuß von Konstanz am Bodensee bis vor die Tore Basels und nördlich bis zur Donau, mit dem Schaft von der schweizerischen Grenze über Heidelberg und Mannheim bis tief in den fränkisch-pfälzischen Raum hinein. Staatsverträge mit Hessen, Württemberg und Würzburg modifizierten die Neuerwerbungen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Großherzogtums, das als ein langgezogener schmaler Gebietsstreifen am Oberrhein nicht zuletzt im Interesse Frankreichs nicht erstarken durfte, waren zunächst jedoch außerordentlich schlecht. Den Besonderheiten seiner Lage entsprechend benötigte das Land in irgendeiner Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Gebieten, für die sich einerseits das Elsaß am linken Rheinufer, andererseits das im Herzen Südwestdeutschlands

liegende Württemberg anboten. Die Geschichte Badens im 19. und 20. Jahrhundert ist durch diese Alternative bestimmt.

Mit Hilfe einer ausgezeichneten Verwaltung — zu dieser Zeit entstand das Schlagwort vom „badischen Musterlände“ —, der Übernahme des Code civil und einer recht fortschrittlichen konstitutionellen Verfassung (1818) gelang es den Großherzögen, die heterogenen Kräfte des zusammengeflickten Landes zu einer Einheit zusammenzuschweißen und ein eigenes badisches Staatsbewußtsein zu schaffen. Besonders Friedrich I. und sein Sohn Friedrich II. waren bei der gesamten Bevölkerung außerordentlich beliebt. Es blieb ein einmaliges Ereignis in der deutschen Geschichte, daß nach der Revolution 1918 dem Großherzog vom Volke öffentlich gedankt wurde und beim Tode Friedrichs II. im Jahre 1928 die Regierung des Freistaates unter dem sozialdemokratischen Staatspräsidenten Remmele eine Trauerkundgebung veranstaltete.

Politisch lehnte sich das Land eng an Preußen an. Wie sehr gerade Friedrich I. zur Gründung des deutschen Kaiserreiches beigetragen hat, ist allgemein bekannt. Der Anschluß Elsaß-Lothringens an Deutschland im Jahre 1871 gab der badischen Wirtschaft neue entscheidende Impulse. Der Rhein, bisher Staats- und Wirtschaftsgrenze, wurde nun die Lebensader eines großen Wirtschaftsgebietes. Um so schwerer hatte es Baden dann wieder nach 1918. Die Besetzung der Städte Mannheim, Karlsruhe, Offenburg und Appenweier durch französische Truppen im Jahre 1923 vergrößerte noch die wirtschaftliche Notlage. Es war somit nicht verwunderlich, daß in den zwanziger Jahren verschiedentlich Pläne auftauchten, die eine badisch-württembergische Annäherung zum Ziele hatten. Die führenden Kräfte in Baden waren jedoch zumeist dagegen eingestellt und fest entschlossen, die bestehenden Schwierigkeiten zu lösen, ohne das Land enger mit Württemberg verbinden zu müssen. Doch selbst in diesem Land, dessen damaliger Staatspräsident Eugen Bolz⁹⁾ Verfechter des Zusammenschlusses war und das nach 1945 zum Schrittmacher der Vereinigung wurde, gab es noch starke Gegenkräfte.

Immerhin waren beide Länder schon während der Weimarer Zeit in einem einzigen Wehrkreis zusammengeschlossen und hatten ein gemeinsames Landesarbeitsamt. Wie in den Jahren von 1871 bis 1918 die Bevölkerung Badens mit der des Elsaß in engen Kontakt gekommen war, so daß noch heute vielfältige verwandschaftliche Beziehungen zwischen den Menschen beiderseits des Oberrheins bestehen, förderte nun der Austausch von Soldaten und Arbeitskräften die Verflechtung zwischen Baden und Württemberg. Die Pläne einer weiteren Verschmelzung wurden jedoch gegen Ende der zwanziger Jahre wieder fallengelassen, da die Reichsreform-Ausschüsse sich damals besonders mit der Auflösung Preußens beschäftigten und diese Bemühungen nicht durch die Bildung eines neuen zentralisierten Staates in Südwestdeutschland behindern wollten.

⁹⁾ Vgl. Miller, Max: Eugen Bolz.

Während des zweiten Weltkrieges knüpfte die nationalsozialistische Regierung in Baden wieder an die Verhältnisse von 1871 bis 1918 an. Das Elsaß wurde damals de facto von Karlsruhe aus regiert.

Auch auf geistigem Gebiet ist Baden stets ein Durchgangsland gewesen. Erinnert sei an die Rolle des Klosters Reichenau als Mittelpunkt der karolingischen Kulturrepoche. Über die durch das Land führenden süd-nördlichen und west-östlichen Handelsstraßen drang die Kultur des Mittelmeerraumes und des romanisch-germanischen Westens nach Deutschland vor. Die Universitäten Heidelberg und zum Teil auch Freiburg bereiteten auf dem Boden des Humanismus dem süddeutschen Protestantismus den Weg. Im 18. und 19. Jahrhundert flossen von Frankreich her neue politische Ideen und Programme in das Land hinein. Das ganze 19. Jahrhundert hindurch war Baden ein Hort des Liberalismus und Rückhalt für dessen weitere Ausbreitung in Deutschland. Der wirtschaftlichen Mittel- und Mittlerlage zwischen Deutschland und Frankreich entsprach somit eine solche auch im geistigen Bereich.

Die Reformation hatte die Markgrafschaft Baden-Durlach auf die Seite der neuen Lehre geführt, die südlichen badischen Gebiete blieben dagegen bis auf wenige protestantische Enklaven katholisch. Die Unionsurkunde von 1821 schuf eine evangelisch-unierte Landeskirche, die jedoch schon 1861 vom Staat getrennt wurde. Der Protestantismus in Baden zeigt somit ein verhältnismäßig einheitliches Bild, wenn auch in ihm noch hier und dort manche Besonderheiten aus früherer Zeit lebendig sind. Mittelpunkt des badischen Katholizismus ist der Erzstuhl in Freiburg, der zugleich (seit 1837) Haupt der auch die Diözesen Rottenburg und Mainz umfassenden oberrheinischen Kirchenprovinz ist. Im Jahre 1935 bekannten sich 58% der Bevölkerung Badens zur katholischen, 39% zur evangelischen Kirche. Trotz der Aufnahme einer großen Zahl von Vertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg blieb diese Relation nahezu unverändert: 1950 wurden 58,7% Katholiken und 38,8% Protestanten ermittelt¹⁰⁾.

Die gewerbliche Wirtschaft Badens weist zwei Hauptgebiete, am Hochrhein mit dem Wiesen- und Wehratal sowie in und um Mannheim, auf. Am Hochrhein findet die chemische Industrie Rohstoffe und Energiequellen, die Textilindustrie kann auf das vorhandene Menschenreservoir zurückgreifen. Mannheim, Badens größte Stadt, verdankt seinen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem seiner Lage am Rhein, wo es bis 1910 Endpunkt der Großschifffahrt war. Daneben entwickelten sich in den Tälern des Schwarzwaldes zahlreiche weitere Industriezentren. Holzverarbeitende Industrien, Bürsten-, Textil- und Papierfabriken sind hier zu Hause. Die in aller Welt bekannten Schwarzwälder Uhren wurden zum Symbol einer weitverbreiteten feinmechanischen Industrie.

Kennzeichnend für Baden ist die Vielzahl kleinerer Städte, in denen sich Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft gegenseitig durchdringen und ergänzen.

¹⁰⁾ Vgl. Statistische Berichte des Statistischen Bundesamtes vom 18. Januar 1952 Arb. Nr. VIII/8/11: „Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit 1950“.

In ihnen sind die Arbeiter zum größten Teil noch dem Boden verbunden. Da durch die fortgesetzten Landteilungen (84 % aller landwirtschaftlichen Betriebe Badens bleiben unter 5 ha) die Landwirtschaft die Familien nicht mehr ernähren konnte, ging der Mann in die Industrie, um seinen Besitz nach Feierabend und mit Hilfe der Frauen weiter zu bewirtschaften. Ein großer Teil der badischen Industriearbeiter — eine Ausnahme bilden die großen Industriezentren — entging auf diese Weise der Proletarisierung und blieb verhältnismäßig krisenfest. Die konsequent durchgeführte Realteilung des landwirtschaftlichen Besitzes, die auf das kanonische Recht zurückgeht, ist vor allem dort zu finden, wo günstige Böden (z. B. an der Bergstraße), klimatische Vorzüge und fördernde Marktverhältnisse (Stadtnähe) gegeben sind. Im Odenwald und auch im hohen Schwarzwald, wo der karge Boden unter rauhem Himmel bearbeitet werden muß, hat sich dagegen aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus die Praxis der geschlossenen Vererbung oder der Übergabe des Hofes an die nachfolgende Generation bei Lebzeiten der Alten durchgesetzt.

Badens innerpolitische Entwicklung wurde vor allem durch die Ideen der Französischen Revolution beeinflusst. Unter Duldung und gemäßigter Unterstützung der Großherzöge konnte sich der „Vormärz-Liberalismus“ kräftig entwickeln. Erst das enge Zusammengehen mit Preußen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildete diesen vorwärtstrebenden bürgerlichen Liberalismus in einen recht schwunglosen, jetzt aber von der evangelischen Kirche unterstützten Nationalliberalismus um, der bis zum Jahre 1918 die beherrschende Position in der Hand behielt, dadurch aber gleichzeitig die Voraussetzungen schuf, daß während der Weimarer Republik das Zentrum und die Sozialdemokraten gemeinsam die Regierung bildeten.

In den Landtagen von 1819 und 1822 traten mit Lieberstein, Rotteck und Itzstein die ersten bedeutenden badischen Liberalen an die Öffentlichkeit. Im Jahre 1831 erhielt der nationale freiheitliche Ideen propagierende Liberalismus die Mehrheit in der Kammer. Als erstes deutsches Land wurde Baden dann von den Auswirkungen der französischen Februarereignisse unmittelbar ergriffen. Die Abschaffung der Privilegien, die Gleichheit und Gleichstellung der Menschen vor Gericht, die Souveränität der Volksvertretung, ein soziales Steuersystem, freie Meinungsäußerung und eine weitreichende kommunale Selbstverwaltung wurden nun die wesentlichsten Programmpunkte, die von den Liberalen nachdrücklich gefordert, aber noch nicht alle realisiert werden konnten. Friedrichs I. Osterproklamation von 1860 machte dann gewisse Konzessionen und wurde der Anfang der jahrzehntelangen engen Zusammenarbeit des badischen Liberalismus mit dem Souverän und seinen Organen.

Das Zentrum entwickelte sich nach dem Kulturkampf nach und nach zur stärksten Partei im Lande, so daß es dann nach den Ereignissen von 1918 zusammen mit der Sozialdemokratie die wichtigsten politischen Positionen mit Fug und Recht übernehmen konnte. Es mußte sich nun aber auch mit neuen

Fragen auseinandersetzen, die sich aus der Auflösung des alten Parteiensystems zwangsläufig ergaben. Die wichtigste war, ob es sich auch auf andere als nur katholische Bevölkerungsteile ausdehnen solle. Der damalige Vorsitzende des badischen Zentrums, Dr. Josef Schofer, berichtet darüber¹¹⁾:

„... Noch im November (1918) sprachen auf der Redaktion des ‚Badischen Beobachters‘ die Konservativen Hofmann und Adam Röder bei mir vor, um die Frage aufzuwerfen, ob das Zentrum mit ihrer Partei oder doch Anhängern ihrer Partei eine gemeinsame Liste aufzustellen bereit sei. Ich konnte nur meine persönliche Meinung sagen, und die ging dahin: Es sei für beide Teile vorteilhafter und auch für das Ziel, Ordnung zu schaffen, besser, wenn unter dem Proporzwahlrecht jede Partei mit eigenen Listen vorgehe. Bei entsprechender Anstrengung würden die Kreise der konservativen Partei sicherlich einen schönen Achtungserfolg und damit die Grundlage zu einer selbständigen Fraktion von Bedeutung schaffen. Unsere Parteileitung billigte meinen Standpunkt.

Das Zentrum mußte seine Truppen ohnedies erst wieder sammeln und sie von neuem an seine Fahne fesseln. Es konnte Experimente nicht wagen, da Ungeheures auf dem Spiele stand. Ein starkes, in sich geschlossenes Zentrum zu erhalten, das war unsere Aufgabe... Das badische Zentrum wurde von verschiedenen Ratgebern bestürmt, die alte Fahne einzuziehen und die einer ‚Christlich-Sozialen Volkspartei‘ aufzuziehen. Denn, so sagte man uns, Tausende und Tausende von politisch Heimatlosen würden dann zu dieser Fahne stoßen und ihr eine Macht geben, wie sie das Zentrum wegen der bestehenden Vorurteile nie bekomme. Wir sind in Baden, dem Beispiel des Reichszentrums folgend, diesem Wunsche aufs schärfste entgegengetreten. Zwei Gründe waren dabei vor allem bestimmend: Einmal durften und wollten wir die Grundsätze, die von der Zentrumsfahne versinnbildlicht werden, nicht verlassen. Das mußte nach außen klar zutage treten. Darum blieben Name und Banner. Der Wille zur alten Grundsatztreue war also in erster Linie maßgebend. Der zweite Grund, der uns damals in der Festigkeit unseres Entschlusses bestimmte, lag in der psychologischen Erwägung, daß der angekündigte Zustrom aus anderen politischen Lagern augenblicklich wohl eine zahlenmäßige Stärkung unserer Reihen, aber auch eine sehr bedenkliche Schwächung nach der grundsätzlichen Seite und damit eine verhängnisvolle Gefahr für die weltanschauliche Geschlossenheit bringen würde. Wir waren uns darüber klar — je mehr besonders liberale Elemente aller Schattierungen unter dem Schutz der Revolutionsnachwirkungen Eingang in unser Zentrum finden würden, ohne selbst überzeugte Träger unserer christlichen Staatsauffassung zu werden, um so bedenklicher mußte sich die Lage unserer Partei gestalten. Die Unsicherheit im Handeln, die Unbehaglichkeit der alten Kerntruppen, die Gefahren innerer Kämpfe und damit die des Zerfalls wären die voraussichtlichen Folgen gewesen...“

Es kann dem Leser nur empfohlen werden, sich im Hinblick auf das zu bearbeitende Thema diese nach dem ersten Weltkrieg eingenommene Haltung des badischen Zentrumsvorsitzenden nachhaltig einzuprägen. Die in Dr. Schofers Aussage aufgeworfenen Fragen und Überlegungen sind denen, die nach 1945 wieder zur Debatte standen, nahezu gleich. Der weitaus größere Teil der alten Anhänger kam aber diesmal zu einer anderen Lösung, obwohl Prälat Dr. Föhr, Schofers Nachfolger im Vorsitz des badischen Zentrums, in gleicher Weise wie sein Vorgänger argumentierte. Ein wichtiger Unterschied verdient jedoch schon jetzt hervorgehoben zu werden: 1919 besaß das Zentrum eine große Anhänger-

¹¹⁾ Schofer, Mit der alten Fahne in die neue Zeit, S. 115 ff.

schaft, während im Jahre 1945 noch nicht ohne weiteres gesagt werden konnte, wer aus dem alten Stamm wieder an die alten Formen anzuknüpfen bereit war.

Die Konservativen, die den Anlaß zu Schofers Stellungnahme gaben, hatten in Baden niemals über eine größere Anhängerschaft verfügt. Wie anderswo, waren sie auch hier vornehmlich protestantisch orientiert, aber im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern, beispielsweise zu Preußen, als Folge der Verbindung des großherzoglichen Hauses mit den Nationalliberalen nicht die eigentliche Stütze des Thrones. Als Partei waren sie ohne jeden größeren Einfluß. Für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit ist es jedoch von Bedeutung, daß zu Beginn des 20. Jahrhunderts gerade aus ihren Reihen heraus der Versuch zur Gründung einer protestantischen Partei unternommen wurde, die einen stärkeren Einfluß der evangelischen Kirche auf die Politik des Landes bewirken sollte. Eine Minderheit protestantischer Geistlicher vertrat tatsächlich die Auffassung, daß unter der nationalliberalen Regierung die Rechte der Landeskirche nicht mehr genügend gesichert seien. Ihre Kritik verstärkte sich, als bei der Bildung des Großblocks im Jahre 1905 die Liberalen der Sozialdemokratie verschiedene Konzessionen machen mußte. An der Spitze dieser kleinen Gruppe stand der in Freiburg als Diakonissenpfarrer tätige Wilhelm Adam Karl¹²⁾. In einer anonym erschienenen Schrift „Unsere zukünftige Politik, Bekenntnisse eines kirchlich-liberalen und bisher nationalliberalen Pfarrers“ forderte er offen zur Gründung einer „Evangelischen Volkspartei“ auf:

„... Wir können nichts dafür, daß wir uns von der konservativen Partei mehr angezogen fühlen als von der nationalliberalen, der ich früher angehörte und diene. Wir können nichts dafür, daß wir in manchen sittlichen, religiösen, ja sogar kirchlichen Bestrebungen trotz aller Gegensätze vom Zentrum mehr Unterstützung und Verständnis zu erwarten haben als von der nationalliberalen Partei...“

Es war nicht verwunderlich, daß die dem Staat verbundene Kirchenleitung diesen Versuch einer Parteigründung als gegen ihre Interessen gerichtet ansah und darum gegen ihn wirkte. Auch die überwiegende Mehrheit der protestantischen Geistlichkeit blieb bei dem Bündnis mit den Nationalliberalen. Karl selbst errang kein Mandat und schloß sich nach dem ersten Weltkrieg den Deutschnationalen an. Als Symptom bleibt die „Karlistenpartei“ jedoch bemerkenswert. Sie hatte erkannt, daß der Staat nicht mehr zum Schutz und zur Aufrechterhaltung des kirchlichen Lebens beitrug. Sie sah aber auch die Bedeutung des Zentrums für die katholische Kirche und verlangte nun nach einer entsprechenden Vertretung des evangelischen Lagers. Das erwähnte Angebot der Konservativen im Jahre 1919 gewinnt erst auf diesem Hintergrund seine besondere Bedeutung.

Die nach dem ersten Weltkrieg gegründete Deutschnationale Volkspartei vereinigte dann die bisherigen Konservativen mit einer Anzahl früherer Nationalliberaler, konnte jedoch ebenfalls nicht zu größerem politischen Einfluß gelangen. Von den nach der Übernahme des Reichsvorsitzes durch Hugenberg einsetzenden

¹²⁾ Braun, Die Geschichte der evangelischen Parteien, S. 69 ff.

Abspaltungen blieb auch ihr badischer Landesverband nicht verschont. Deren wichtigste Gruppe, der Evangelische Volksdienst (Christlich-Sozialer Volksdienst) faßte auf dem Boden der früheren „Karlistenpartei“ auch in Baden Fuß und entwickelte manche zeitnahen Ideen, gewann aber nicht die gleiche Bedeutung wie im benachbarten Württemberg, sondern blieb nur eine Splitterpartei. Sie fand zwar beim Zentrum in vielen Dingen Verständnis, ohne daß aber ein offenes Zusammengehen möglich wurde, da die beiderseitigen Vorurteile viel zu tief gingen. Es ist bezeichnend, daß der erste Vorsitzende des CSVD, Ingenieur Stössinger, von seinem Amt zurücktreten mußte, als bekannt wurde, daß er eine Katholikin zur Frau hatte. Die Politik des Reichskanzlers Brüning wurde vom Volksdienst aber trotzdem nachhaltig unterstützt. Stössinger schrieb in einem Artikel¹³⁾:

„... Immer deutlicher ragt Brünings Gestalt über den verflorenen Durchschnittsgestalten hervor; jeder Tag dokumentiert ihn mehr als den ‚Kanzler‘ des deutschen Volkes. Millionen evangelischer Volksgenossen können nicht umhin, ihm Achtung zu zollen, die er sich durch seine zielbewußte, vaterländische Führung, durch seinen unerschütterlichen Willen, durch seine geschickte Politik erworben hat, da er es verstand, die auseinanderlaufenden Interessengruppen der einzelnen Parteien zu gemeinsamem Handeln für das Wohl des Volksganzen zusammenzuzwingen. Sie würden ihn sicher noch freudiger begrüßen, wenn er nicht Katholik und, was noch schlimmer ist, Zentrumsman wäre . . .“

Mit dieser Auffassung gab er gewiß die Ansicht einer großen Zahl protestantischer Konservativer wieder. Seine Partei erhielt aber durch ihre Unterstützung Brünings keinen weiteren Auftrieb. Sie blieb wie die Gründung des Pfarrers Karl im Sektenthafnen stecken und fand auch bei der Kirchenleitung nur begrenzte Sympathien. Stössinger äußerte rückblickend: „Unsere Anhänger waren die Stillen im Lande!“

Am Ende der Weimarer Republik hatte sich das badische Parteiensystem, ähnlich wie im übrigen Reiche, schon weitgehend aufgelöst. Bei den letzten drei Reichstagswahlen wurden für die einzelnen Parteien die Stimmen wie folgt abgegeben:

	31. Juli 1932	6. November 1932	5. März 1933
Abgegebene gültige Stimmen	1 268 044	1 186 707	1 382 525
davon SPD	172 474	154 383	164 963
NSDAP	468 180	404 542	627 156
KPD	142 543	169 137	134 771
Zentrum	369 188	329 614	350 471
DNVP	38 470	47 417	50 384
DVP	14 990	23 574	14 395
Deutsches Landvolk	468	626	642
DDP (Staatspartei)	27 382	26 914	20 628
Mittelstandspartei	6 414	3 536	—
CSVD	20 368	21 079	18 489
Sonstige Parteien	7 549	5 885	626

¹³⁾ Stössinger, Brüning und der Volksdienst. Etwa 1930/31 geschrieben; Archiv Stössinger, Karlsruhe.

Aus dem Zerfall der staufischen Herrschaft wuchs im Spätmittelalter die Grafschaft Württemberg — seit 1495 als Herzogtum — auf der Linie Stuttgart—Tübingen zu einem relativ gut ausgebildeten staatlichen Organismus heran. Der Tübinger Vertrag von 1514 legte die Rechte der Stände gegenüber dem Herzog fest und kann als der erste Versuch zur Ausbildung einer ständischen Verfassung angesehen werden. In den Bauernkriegen wurde das Land schwer erschüttert, ein Jahrhundert später hatte es in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges nochmals besonders zu leiden. Nach diesem fiel dem Herzogtum die Funktion eines Pufferstaates zwischen Bayern und Habsburg zu. Durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 und nach seinem Eintritt in den Rheinbund wurde Württemberg mit österreichischem Besitz, geistlichen und weltlichen Herrschaften sowie zahlreichen Reichsstädten um mehr als das Doppelte vergrößert. Es bildete nunmehr eine bis 1945 bestehende geschlossene Einheit, der lediglich die bis 1849 selbständigen, danach preußischen Fürstentümer Hohenzollern mit der gleichnamigen Stammburg eingelagert waren. Der Herzog nahm 1803 die Kur-, 1806 die Königswürde an. Der Anschluß des Landes an das Deutsche Reich im Jahre 1871 vollzog sich, obwohl Württemberg im Kriege 1866 auf österreichischer Seite gestanden hatte, ohne größere Schwierigkeiten. Die Revolution von 1918/19 verlief verhältnismäßig ruhig. Während der Weimarer Republik entwickelte sich ein gemäßigtes demokratisches Leben.

Die Bevölkerung des Herzogtums war von der Einführung der Reformation 1534 bis zum Jahre 1805 fast ausschließlich protestantisch. Der Kirchenrat und das Konsistorium in Stuttgart sowie die Universität mit dem berühmten Evangelischen Stift in Tübingen waren die Träger der Erziehung der Bevölkerung und insbesondere der führenden Schichten in Staat und Kirche. Als Folge der staatlichen Neuordnung durch Napoleon kamen dann neben weiteren evangelischen Bevölkerungsgruppen auch rein katholische Gebiete, so Rottweil, Gmünd und die habsburgischen Besitzungen in Oberschwaben, zum Königreich. Die katholische Kirche wurde durch den Staat, besonders unter König Wilhelm I., als durchaus gleichberechtigt anerkannt, wenn auch — wie es heißt — bis zum Jahre 1917 kein Katholik württembergischer Minister werden konnte.

Zur Durchsetzung seiner antiliberalen Politik gegen synodale Selbständigkeitsbestrebungen der evangelischen Kirche ging Wilhelm I. ein Bündnis mit dem württembergischen Pietismus¹⁴⁾ ein. Im Kampfe gegen die „demokratische Revolution“ in Staat und Kirche und in der Stellungnahme gegen den Liberalismus in jeder Form fanden sich zur gleichen Zeit, da im benachbarten Baden Staat und Kirche gemäßigt liberal regiert wurden, in Württemberg die Krone und der Prälat Kapff zu enger Zusammenarbeit. Es ging Wilhelm I., der nach Hermelink¹⁵⁾ durchaus nicht zu den religiös ansprechbaren und angesprochenen Naturen

¹⁴⁾ Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart — Das Reich Gottes in Württemberg. Stuttgart — Tübingen 1949.

¹⁵⁾ Hermelink, a.a.O.

gehörte, dabei jedoch nicht um die Belange des Protestantismus, sondern in erster Linie darum, das Land in der gewonnenen Form fester zusammenzuschweißen. Aus dem gleichen Grunde zeigte er sich auch der katholischen Kirche gegenüber kompromißfreudig und bereit, ihr den nötigen Lebensraum zu gewähren. Die Folge war jedoch unterhalb der staatlichen Instanzen ein steter und vielfach zermürender Kleinkrieg zwischen den Konfessionen, der bis heute noch nicht überwunden werden konnte und ständig zu neuen Differenzen führt.

Die pietistische Bewegung, deren bekanntestes Zentrum die 1819 von Hoffmann gegründete „Korntaler Brüdergemeinde“¹⁶⁾ wurde, ist aus der inneren Geschichte Württembergs im 19. Jahrhundert nicht fortzudenken. Einerseits auf eine Vertiefung und Verinnerlichung des Glaubens gerichtet, andererseits in verschiedenen Abstufungen um die Verselbständigung der evangelischen Kirche vom Staate bemüht, war sie durch deren offizielle Organe mancherlei Behinderungen ausgesetzt, die teils, zugleich als Folge aufbrechender sozialer Spannungen, zu einer starken Auswanderungsbewegung, teils zu konventikelartigen Zusammenschlüssen und zur Radikalisierung bestimmter Gruppen führten. Erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nahm sie mehr und mehr kleinbürgerliche Formen an, ohne jedoch bis heute ihre Bedeutung für das Leben des Volkes und insbesondere für die evangelische Landeskirche zu verlieren.

Während so die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts vor allem unter dem Einfluß religiöser Bewegungen standen, verweltlichte sich später, besonders nach 1870, das Denken und Streben großer Teile der Bevölkerung als Folge des nationalen Aufschwungs und der Industrialisierung immer stärker. Die Nation wurde zum Gegenstand religiöser Verehrung, sogar zum Religionsersatz, zu dem sich diejenigen Kreise des evangelischen Bürgertums flüchteten, die durch die pietistische Bewegung ab- und ausgestoßen waren. Daneben gewann das ständig wachsende Heer der Sozialisten, durch die marxistischen Theorien ebenfalls von der Kirche geschieden, immer neue Anhänger. Den betont protestantischen Kreisen, die ihre Kraft aus dem Pietismus bezogen, und einer durch diesen noch sehr lebendigen Kirche, standen somit zu Beginn des 20. Jahrhunderts weite Teile der Bevölkerung gegenüber, die durch Nationalismus und Sozialismus der Kirche zumindest entfremdet, wenn nicht sogar feind geworden waren.

Der Katholizismus in Württemberg blieb geschlossener und zeigte sich den Krisenerscheinungen des Jahrhunderts gegenüber weniger anfällig. Unter Aufhebung der Zuständigkeiten der alten Bistümer Konstanz (später Freiburg), Augsburg und Worms schuf die Regierung im Jahre 1828 das alle Katholiken des Landes umfassende Bistum Rottenburg, das dem Erzstuhl in Freiburg und damit der Oberrheinischen Kirchenprovinz zugeordnet war. Im Jahre 1857 kam es zum Abschluß eines Konkordats mit der Kurie, das 1862 durch ein württembergisches Kirchengesetz ergänzt wurde. Die Volksschulen waren konfessionell getrennt und unterstanden der Kirchengewalt. Unmittelbar nach den Befreiungs-

¹⁶⁾ Hermelink, a.a.O.; Steimle, Korntal und Wilhelmsdorf; Hesse, Korntal einst und jetzt.

kriegen waren von rund 1250000 Einwohnern des Landes rund 400000 Katholiken, deren Anteil betrug also 32%. Dieses Verhältnis blieb bis zum zweiten Weltkrieg nahezu gleich. Im Jahre 1950 waren dagegen 55,8% der Gesamtbevölkerung evangelischer und 42% katholischer Konfession. Die Bevölkerungsverschiebung in und nach dem zweiten Weltkrieg, vor allem die Zuwanderung großer Flüchtlingsgruppen, hat also die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung stark verändert.

Über die Tätigkeit und den Einfluß der beiden Konfessionen in Württemberg schreibt Dietrich Mende zusammenfassend¹⁷⁾:

„... Im Benediktinerkonvent von Beuron (SüdWürttemberg), der einen bedeutenden Beitrag zur Wiederbelebung kirchlicher Kunst geleistet hat, wurden demokratische Ideen und konstitutionelle Gedankengänge gepflegt und von hier ausgebreitet. Der Protestantismus, nicht nur zahlenmäßig stark, ist immer eine sehr lebendige Kraft in Württemberg gewesen. Er hat einen weitreichenden Einfluß auf die geistige und intellektuelle Entwicklung durch seine Erziehungsinstitutionen ausgeübt: diejenigen von Tübingen haben außerhalb Württembergs, ja außerhalb Deutschlands, Weltruhm erworben. Die Universität Tübingen gehört im übrigen zu den drei einzigen in Deutschland, an denen evangelische und katholische Theologie gelehrt werden . . .“

Die Revolution von 1918 nahm der evangelischen Kirche ihr Oberhaupt, den König, ohne daß diese dadurch stärker beeinträchtigt wurde. Die rechtliche Stellung der Landeskirche konnte vielmehr verhältnismäßig rasch, nämlich schon 1924, neu geregelt werden. Es entsprach der besonderen Art des durch den Pietismus beeinflussten württembergischen Protestantismus, daß nunmehr auch Theologen in die Politik gingen und sich als Abgeordnete der Demokraten und der Deutschnationalen in den Landtag wählen ließen. Unter ihnen befand sich D. Wurm, der zunächst Mitglied und Abgeordneter der „Bürgerpartei“, dann der DNVP war¹⁸⁾. Seit 1929 Landesbischof, wurde er von 1934 ab der eigentliche Träger des Kampfes gegen die auch in Württemberg recht zahlreichen, unter Führung des Tübinger Theologieprofessors Fezer stehenden „Deutschen Christen“, die aus der evangelischen Kirche ein Werkzeug des nationalsozialistischen Staates zu machen beabsichtigten. Die Rolle Bischof Wurms nach dem zweiten Weltkrieg als mutiger Sprecher des deutschen Protestantismus und darüber hinaus auch sein Anteil am geistigen Wiederaufbau Deutschlands sind heute noch überall in lebhafter Erinnerung. Von Stuttgart ging 1945 unter der Leitung des heutigen Bundestagspräsidenten D. Dr. Gerstenmaier auch die Einrichtung des „Evangelischen Hilfswerkes“ aus.

Die sozialen Spannungen im 19. Jahrhundert waren vor allem die Folge einer ungünstigen Verteilung des genutzten Bodens. Die Landwirtschaft war durch die weitverbreitete Praxis der Realteilung stark zersplittert und somit kaum leistungs- und entwicklungsfähig. Noch im Jahre 1945 gab es

¹⁷⁾ Mende, a.a.O.

¹⁸⁾ Wurm, Erinnerungen aus meinem Leben. Stuttgart 1953.

63 112 Betriebe unter 2 ha	= 29,2%
79 753 Betriebe von 2 bis unter 5 ha	= 37,9%
66 729 Betriebe von 5 bis unter 20 ha	= 30,0%
182 Betriebe mit 100 und mehr ha	= 0,1%

Nur 2,8% aller Betriebe verfügten also über die für die Entwicklung einer gesunden Landwirtschaft in der Regel erforderliche Betriebsgröße von 20 bis unter 100 ha. Diese ungesunde Verteilung des Bodens, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch krasser war, mußte notgedrungen zur fortschreitenden Verarmung und daraus resultierend zu sozialen Spannungen führen. Sie wurden erst überwunden durch eine seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sich entwickelnde weitverzweigte weiterverarbeitende Industrie, die noch heute dem Lande sein eigenes Bild gibt. Auf der Grundlage zahlloser Klein- und Mittelbetriebe, deren Arbeiter ähnlich wie in großen Teilen Badens dem Boden verhaftet blieben, formte sich allmählich ein gesundes, selbständig denkendes und handelndes Klein- und Mittelbürgertum heraus, das in Krisenzeiten verhältnismäßig stabil und immun gegen die Folgen wirtschaftlicher Schwankungen blieb. So lag z. B. der Prozentsatz der Arbeitslosen Württembergs während der Weltwirtschaftskrise um 1930 weit unter dem Durchschnitt des Reiches. Während im südlichen Teil des Landes die Landwirtschaft vorherrschend ist, wird der Charakter des nördlichen Teiles, vor allem in den vielen Klein- und Mittelstädten, vorwiegend von dieser weiterverarbeitenden Industrie bestimmt. Standorte industrieller Großunternehmungen sind die Städte Stuttgart, Ulm, Göppingen und Eßlingen.

Über die wirtschaftliche Lage Württembergs unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg gab der damalige Ministerpräsident Reinhold Maier am 27. März 1946 im Landtag von Württemberg-Baden einen eindrucksvollen Bericht¹⁹⁾:

„... Wir sind arm wie Kirchenmäuse. Die einen großen Teil unserer industriellen Wirtschaft tragenden Rohstoffe, das sind Kohle, Eisen, Stahl, die Textilrohstoffe, sie fehlen bei uns. Auf unserem ureigensten Gebiet — in der Erzeugung von Zement, Gips, Kalk, Backsteinen, wo uns unerschöpfliche Rohstofflager von höchster Qualität in unseren Muschelkalk-, Keuper- und Juraformationen zur Verfügung stehen, sind uns die Hände gebunden. Wir können sie nicht verarbeiten, wenn wir nicht die Kohle haben. Aber von dem Erlös, den diese Erzeugnisse im übrigen Deutschland und im Ausland erzielen, leben wir alle. An vielen Naturschätzen sind wir bettelarm, aber ein Kleinod birgt das Land. Unser Reichtum sind die Menschen und ihre hohe Qualität. Die arbeitsgewohnte, sachkundige und vielfach kunstfertige Hand unserer Arbeiter und der erfindungsreiche Kopf unserer Techniker und Ingenieure schaffen die Gegenwerte für den Einkauf der unzulänglich im Lande vorhandenen Nahrungsmittel...“

Während die Badener im 19. Jahrhundert stärker unter dem Einfluß der Aufklärung, der Französischen Revolution und, ganz allgemein, des westlichen politischen Denkens standen und deshalb lange Zeit hindurch radikalen Gedankengängen zuneigten, wuchs in Württemberg die Formung freiheitlicherer Konzeptionen langsam aus dem Lande selbst heraus. Die Badener sind ein Grenzvolk, das

¹⁹⁾ Protokoll im Archiv des Landtages Baden-Württemberg.

Einflüssen von außen leichter nachgibt, die Württemberger aber denken binnenländisch und lieben das, was aus dem eigenen Lande kommt. Wir finden sowohl in Baden wie in Württemberg im 19. Jahrhundert konservative wie liberale Parteien; aber trotz des gleichen Namens unterscheiden sie sich in den beiden Ländern im Denken und Handeln sehr voneinander. Die politischen Spannungen waren in Württemberg immer weniger stark als anderswo, die Grenzen zwischen den Parteien vielfach fließend. Aus dem evangelischen Lager bildeten sich zwei große Gruppen: auf der einen Seite die Liberalen und an sie anschließend die Sozialisten, auf der anderen die Konservativen. Die ausgesprochen evangelischen Kreise versuchten mehrfach zwischen diesen beiden zu vermitteln; Friedrich Naumann²⁰⁾, Reichstagsabgeordneter für Heilbronn, war vor dem ersten Weltkrieg der bekannteste Vertreter dieser Richtung, die sich um Zusammenarbeit und Ausgleich bemühte. Neben ihm ist der Tübinger Professor Schlatter als eifriger Vertreter der These, daß die Christen in die Politik gehören, zu nennen. Schon vor dem ersten Weltkrieg bekannte er sich zu dem damals in evangelischen Kreisen nicht unwidersprochen gebliebenen Grundsatz²¹⁾:

„... Die Bezeichnung des politischen Berufs der Kirche durch die Formel ‚christlich-sozial‘ faßt ihn zu eng, da sie nur an die Regelung des Eigentums und der Arbeit denken läßt. Die anderen staatlichen Zwecke, die Bildung des Rechts, die Beschützung des Volkes, Pflege der Gesundheit, der Kunst, des Wissens und der Religion, der internationale Verkehr, nehmen die Mitarbeit der Christenheit nicht weniger in Anspruch...“

Es ist angesichts derartiger Thesen nicht weiter verwunderlich, daß in der Zeit der Weimarer Republik der einzige ernsthafte Versuch zur Bildung einer evangelischen Partei gerade in Württemberg gemacht wurde. Mit dem Schwerpunkt in der Brüdergemeinde Korntal entstand der Christlich-Soziale Volksdienst, der auch in anderen deutschen Ländern Fuß faßte, dort aber nur eine Splittergruppe blieb, während er in Württemberg zu politischer Bedeutung gelangte und sich auch bis 1933 halten konnte.

Daneben wirkte das liberale Gedankengut weiter, wenn es auch nicht in einer einzigen Partei seinen organisatorischen Ausdruck fand. Dietrich Mende gibt dazu den folgenden Kommentar²²⁾:

„... Besonders unter der protestantischen Bevölkerung Württembergs wuchs die Idee der liberalen Demokratie im 19. Jahrhundert zu größerer Kraft und Stärke als an irgend-einem anderen Platz im Reich. Das Eintreten für einen echten Föderalismus, die Beschränkung der Rüstung und die friedliche Beilegung internationaler Streitfälle waren besondere Programmpunkte der mittleren Klassen Württembergs in der Zeit der Weimarer Republik...“

²⁰⁾ Vgl. Theodor Heuß, Friedrich Naumann, 2. Aufl., Stuttgart 1949; Friedrich Naumann, Ausgewählte Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Hannah Vogt, Frankfurt/M. 1949 (Reihe Civitas Gentium, Bd. VI).

²¹⁾ Schlatter, Die christliche Ethik, 1. Aufl., Stuttgart 1914, S. 140 ff.: Die Christenheit als politische Partei.

²²⁾ Mende, a.a.O.

Nicht unerwähnt kann bleiben, daß die Freimaurerlogen einen gewissen, wenn auch nicht entscheidenden Einfluß auf den württembergischen Liberalismus ausübten und auch wohl heute wieder ausüben. Ihre Verbindungen gehen jedoch keinesfalls, wie etwa bei den ausländischen Logen, über Grenzen und Erdteile hinweg²³⁾.

Das Zentrum hatte in dem vom Kulturkampf nicht berührten Württemberg einen verhältnismäßig schweren Start und vermochte sich bis 1918 keinerlei wichtige Positionen zu erobern. Während der Weimarer Republik gewann es jedoch einen erheblichen Einfluß und konnte sich maßgeblich an der Regierung beteiligen.

Nach den Landtagswahlen zeigte das württembergische Parteiensystem von 1919 bis 1933 folgendes Bild:

Wahlen	KPD	SPD	DDP	Zentrum	DNVP	DVP	Bauern- u. Wein- gärtner	CSVD	NSDAP
12. Januar 1919	—	56	38	31	11	—	14	—	—
6. Juni 1920	—	31	15	23	10	4	18	—	—
6. Mai 1924	10	13	9	17	8	3	17	3	—
20. Mai 1928	6	21	8	16	4	4	15	5	3
21. April 1932	7	14	4	17	3	—	9	3	23

Sieht man von den letzten, durchaus nicht mehr echten Wahlen ab, so zeigt sich in dieser Sitzverteilung im Landtag das sehr gemäßigte politische Klima Württembergs recht deutlich. Das Bürgertum, wenn auch in sich organisatorisch nicht einheitlich, konnte die politisch führenden Stellen besetzen und auch halten. Die sozialdemokratische Regierung, die nach der Revolution 1918 die Führung des Landes übernommen hatte, mußte schon 1920 zurücktreten. Es bildete sich zunächst eine bürgerliche Koalition unter Hieber, und von 1924 an regierten das Zentrum und die Deutschnationalen gemeinsam (Kabinette Bazille—Bolz und Bolz—Bazille). Von 1930 ab waren auch die Demokraten an der Regierung beteiligt.

Die parteipolitischen Verhältnisse änderten sich nach dem zweiten Weltkrieg recht erheblich. Bemerkenswert aber ist, daß die Tradition der liberalen Gruppen in den zwölf Jahren von 1933 bis 1945 nicht zerbrochen oder vernichtet war. Die Liberalen sammelten sich in Württemberg schneller als in allen anderen Ländern des Reiches und versuchten, ihre Gedanken über die Grenzen des Landes hinaus erneut in das deutsche Volk hineinzutragen.

²³⁾ Über die Zugehörigkeit liberaler Politiker der Nachkriegszeit zum Freimaurerorden waren keine verlässlichen Nachrichten und Unterlagen zu erhalten. Mitglieder der CDU behaupten, daß die führenden württembergischen Liberalen in der Loge seien und diese dadurch auf die Politik einen erheblichen Einfluß ausüben. Professor Eschenburg, Tübingen, hält die Zugehörigkeit von Liberalen wohl für möglich, meint aber, daß die Loge heute nur noch geringen Einfluß besitze.

d) Die Besatzungsmächte im Jahre 1945

Nachdem bereits die nationalsozialistische Reichsregierung seit 1933 durch ihre Neuordnungsgesetze und -verordnungen die politischen Rechte und Aufgaben der einzelnen Länder mehr und mehr eingeschränkt hatte, lösten sich als Folge des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1945 und der Besetzung des Reichsgebietes durch die Alliierten, diesen Prozeß vollendend, nun auch alle bisher noch erhalten gebliebenen Bindungen auf. Das in langer Zeit Gewachsene schien jetzt endgültig zusammengebrochen zu sein und seinen Sinn verloren zu haben. In Wirklichkeit war es aber nur die äußere Form, die zerbrochen war. Kaum war der Krieg beendet, drängten überall im Lande deutsche Kräfte zum Wiederaufbau, während gleichzeitig die Alliierten, teils gemeinsam, teils jeder für sich, mit besonderen Plänen und oft phantastischen Zielen an die Arbeit gingen. Die Amerikaner wollten ihren Morgenthau-Plan verwirklichen und die Franzosen de Gaulle und Bidault hatten nebelhafte Vorstellungen von einer neuen deutschen „Libertät“ kleiner und kleinster staatlicher Gebilde sowie sehr viel konkretere Ansichten über die Abtrennung bestimmter Teile des Rheinlandes. Es nimmt daher nicht wunder, daß diese Zeit, das Frühjahr 1945, voll innerer Spannung war. Während das deutsche Volk noch in Ungewißheit über sein Schicksal verharrte, bemühten sich einerseits die Alliierten, andererseits bestimmte kleine deutsche Gruppen, die die Katastrophe zu überwinden hofften, möglichst viele günstige Ausgangspositionen für die zu erwartenden Auseinandersetzungen um eine deutsche Neuordnung zu gewinnen. Überdeckt wurden diese Vorgänge allerdings noch von den vielen Aufgaben des Augenblicks, wie der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, der Sicherung der alliierten Truppen und der Beseitigung der Reste des nationalsozialistischen Herrschaftsystems.

Gegen Kriegsende waren die amerikanischen Verbände beiderseits des Mains bis tief nach Thüringen und Sachsen vorgestoßen und hatten zuvor das Saarland, das Gebiet des späteren Landes Rheinland-Pfalz, Hessen, den nördlichen Teil Badens, 16 Kreise Württembergs, darunter Heilbronn, Cannstatt, Kirchheim und Ulm, sowie das ganze Land Bayern (ohne Lindau) besetzt. Französische Truppen waren in die südlichen Gebiete Badens und Württembergs (einschließlich Stuttgart) eingedrungen. Zur Erledigung der dringendsten Verwaltungsaufgaben riefen beide Besatzungsmächte in ihren Gebieten wieder deutsche Behörden ins Leben. Lediglich in Bayern setzten die Amerikaner bereits am 28. Mai 1945 unter dem späteren Bundesfinanzminister Schäffer für das ganze Land eine Regierung ein, der sie jedoch nur geringe Kompetenzen zubilligten.

Auf der Konferenz von Yalta im Februar 1945 hatten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die UdSSR in Anknüpfung an frühere alliierte Vereinbarungen die administrative Teilung Deutschlands in drei Besatzungszonen vorbereitet. Durch die Konferenz von Potsdam im Sommer 1945 wurde Frankreich end-

gültig als vierte Besatzungsmacht anerkannt. In Ausführung dieser Beschlüsse legten die Amerikaner und die Franzosen im Sommer 1945 eine Demarkationslinie fest, die südlich Karlsruhe, nördlich Calw, nördlich Rottenburg, nördlich Tübingen und südlich Ulm verlief, also Baden und Württemberg in je zwei Teile teilte. Bestimmend für diese Linie waren vor allem versorgungstechnische Gesichtspunkte der amerikanischen Truppenführung, die die für den Zugang nach Bayern wichtige Autobahn Frankfurt—München in ihrer Hand behalten wollte. Deutsche Kreise übten keinen Einfluß auf diese Festlegung und die sich daraus ergebende Gliederung der Besatzungsgebiete aus.

Die amerikanische Militärverwaltung gab nur kurze Zeit später die Bildung der Länder Hessen und Nordwürttemberg-Nordbaden bekannt, die Franzosen schufen darauf in ihrer Zone die Länder Württemberg-Hohenzollern, Südbaden, Rheinland-Pfalz und Saarland — dieses seit 1946 außerhalb der Kompetenz des Alliierten Kontrollrats. Chefs der Länderregierungen wurden in Nordwürttemberg-Nordbaden Dr. Reinhold Maier (Demokrat) und Dr. Heinrich Köhler (früher Zentrum, dann CDU), in Württemberg-Hohenzollern Prof. Dr. Carlo Schmid (zunächst parteilos, dann Sozialdemokrat), in Südbaden Leo Wohleb (früher Zentrum, dann CDU), in Hessen Prof. Dr. Karl Geiler (Liberaler ohne Parteibindung), in Rheinland-Pfalz Dr. Boden (früher Zentrum, dann CDU) und im Saarland Johannes Hoffmann (früher Zentrum, dann Christliche Volkspartei). Am 6. November 1945 riefen die Amerikaner einen Länderrat, bestehend aus den Regierungschefs ihrer Zone (Bayern, Bremen, Hessen, Nordwürttemberg-Nordbaden) ins Leben, dem nach und nach erhebliche Kompetenzen zugestanden wurden.

Die Zusammenarbeit der Länder der französischen Zone wurde dagegen von der Militärregierung auf das geringstmögliche Maß beschränkt. Zugestanden wurde nur, daß die Fachminister von Zeit zu Zeit in Baden-Baden, dem Sitz des Militärgouverneurs, unter französischem Vorsitz zur Beratung und zur Entgegennahme von Weisungen zusammentreten konnten. In gleicher Weise wandte sich die französische Regierung, die nicht geneigt schien, die deutsche Reichseinheit wiederherzustellen, gegen die Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen. Weil aber die deutsche Bevölkerung zunächst gerade von den Franzosen mehr Verständnis für ihre Nöte erwartete als von den Amerikanern, war es eine besonders schwere Enttäuschung, daß die französischen Besatzungsorgane sich in ihren Maßnahmen außerordentlich hart zeigten²⁴). Da inzwischen mehrere Veröffentlichungen über die Ziele der französischen Nachkriegspolitik erschienen sind, ist es heute möglich, sich ein ziemlich klares Bild über deren Hintergründe und Absichten in der Deutschlandfrage zu machen. Besonderes Interesse verdienen in diesem Zusammenhang die 1947 als Drucksache I. V. 707018 der Imprimerie Nationale, Paris, erschienenen Briefe und Memoranden der Provi-

²⁴) Diese Auffassung wird ziemlich einheitlich von Politikern aus der ehemaligen französischen Besatzungszone vertreten, so z. B. von Staatssekretär a. D. Cl. Moser, Hechingen/Hohenzollern.

sorischen Regierung Frankreichs an die Großen Drei²⁵). Daneben besitzen wir in dem Buch des Schweizer Herbert Lüthy „Frankreichs Uhren gehen anders“ eine vorzügliche Allgemeindarstellung, der sich der Verfasser auf Grund seiner eigenen Studien über die französische Besatzungspolitik in allen wesentlichen Punkten anschließen kann. Lüthy schreibt²⁶):

„... France has gone for to-day and for many a day!“ — dieses Wort, das Marschall Smuts in einer seiner Kriegsreden fast beiläufig als bedauernde, doch unbestreitbare Feststellung einer Tatsache hinwarf, ist lange wie ein Stachel im französischen Bewußtsein geblieben. Der Kontext, in dem der greise südafrikanische Staatsmann es aussprach, als er ‚das Ende des alten Europa‘ und die Verschiebung der weltpolitischen Schwerpunkte auf außereuropäische Machtzentren als Folge dieses zweiten europäischen Kollektivselbstmordes ankündigte, war den französischen Politikern und Polemikern nie zum Bewußtsein und kaum zur Kenntnis gelangt, und der unheilvolle Satz löste darum mehr Empörung als Nachdenklichkeit aus. ‚Dazusein‘, um jeden Preis wieder ‚im ersten Rang der Mächte‘, am alliierten Sieg, zu den Beratungen der ‚Großen‘, an der Regelung der Nachkriegspolitik und am Aufbau der internationalen Institutionen teilzuhaben, war das erste, einfachste, grundlegendste und selbstverständlichste Ziel des ‚Freien Frankreichs‘. Und dieser Kampf um Rehabilitation und Prestige konnte keinen besseren Ritter finden als General de Gaulle, in dessen Mund der Name ‚France‘ zum metaphysischen Aufruf der ganzen Tradition und der ganzen Legende der Nation wurde und für den tatsächlich Frankreich, selbst noch die nur symbolische Anwesenheit Frankreichs im alliierten Lager, diesen Krieg entschied — in einem weit tieferen und allen Skeptikern zum Trotz weit wahreren Sinn freilich als jene Propagandisten des gaullistischen Hauptquartiers, die bald zum Ärger und zur Verlegenheit der Welt alle alliierten Siege den Husarenstücken und Handstreichern der Resistance zuschrieben und nur noch beiläufig erwähnten, daß auch England, Rußland und Amerika einige Soldaten, Schiffe und Flugzeuge beigesteuert hatten, nämlich im Sinne jener großen Mahnung, die er — de Gaulle — in den Tagen der Kanonade von Mers-el-Kébir den militärischen Realisten entgegenrief: ‚England weiß, daß es nicht siegen könnte, wenn jemals die Seele Frankreichs zum Feind überginge!...‘“

Lüthy zeichnet weiterhin auch das Bild des fundamentalen Irrtums de Gaulles, auf dem letztlich die erfolglose französische Politik der ersten Nachkriegsjahre beruht. Mit der Niederlage Frankreichs im Jahre 1940 war der europäische Krieg alten Stils endgültig zu Grabe getragen. Im Jahre 1945 endete daher nicht, wie de Gaulle glaubte, der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, sondern ein Weltkrieg, der praktisch alle Völker dieser Erde erschüttert hatte. Die Welt mußte von Frankreich, das als einzige große kontinentaleuropäische Nation noch Geltung besaß, nunmehr erwarten, daß es nach dem Gebot der Stunde für das ganze Europa sprechen und handeln würde. Es sprach aber nur von sich und seinen politischen Zielen in Deutschland. Hierüber heißt es weiter²⁷):

²⁵) Deutsche Übersetzung im Europa-Archiv, Jg. 1954, Nr. 14.

²⁶) Lüthy, Frankreichs Uhren gehen anders. Zürich 1954, S. 268 ff. Lüthy ist ein guter Deutschland- und Frankreichkenner und bemüht sich als Schweizer in seinem Buch um ein möglichst objektives Bild des heutigen Frankreichs.

²⁷) Lüthy, a.a.O., S. 271.

„... Am Ende der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen sprach Marschall Smuts ein zweites grausames Wort: ‚Die Stimme Europas war in San Franzisko nicht zu vernehmen.‘ Und doch hatte Bidault oft und lang das Wort ergriffen. Er hatte gesprochen, um Frankreichs Großmachtstellung kraft Geschichte und Leistung zu proklamieren, um seine Anerkennung, seinen Anteil am Sieg, Vorsitze und Prioritäten zu fordern, sonst nichts: kein Beitrag zur Lösung irgendeiner europäischen Frage, keine Konzeption zur Ordnung dieses zerrütteten Kontinents, keine konstruktive Idee zur Politik gegenüber Besiegten...“

Es ist zu empfehlen, sich diese von Frankreich 1945 selbstgewählte Position in der deutschen und der europäischen Frage zu vergegenwärtigen, wenn in der weiteren Untersuchung im Zusammenhang mit innerdeutschen Vorgängen die Maßnahmen der französischen Besatzungsorgane und deren Auswirkungen erwähnt werden.

Mit welchen Vorstellungen und Plänen kamen nun die Amerikaner nach Deutschland? Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Führung der Vereinigten Staaten ursprünglich nach zwei Grundsätzen zu handeln gewillt war: das deutsche Volk ist der Nationalsozialismus und der Nationalsozialismus ist das deutsche Volk; dieses muß daher für die Zukunft auf eine wirtschaftliche und politische Basis beschränkt bleiben, die niemals wieder einen aktiven Anteil Deutschlands an der Weltpolitik ermöglicht. Darüber hinaus war die amerikanische Regierung auch der Auffassung, daß sie in Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Alliierten durchaus in der Lage sei, durch die Verwirklichung dieses Zieles die deutsche Frage im Interesse des Weltfriedens endgültig lösen zu können.

Die Amerikaner hatten aber schon einmal erfahren müssen, daß auf dem europäischen Kontinent andere, mit ihren Theorien nicht immer übereinstimmende Verhältnisse herrschten. Sie sind auch nach dem zweiten Weltkrieg um diese Erfahrung nicht herumgekommen. Wir können jedoch feststellen, daß sie danach überraschend schnell ihre Politik in Europa revidierten und sich den tatsächlichen Verhältnissen anpaßten. Sichtbarer Ausdruck dieser schon vorher deutlich werdenden Wende wurde die bekannte Rede des damaligen Außenministers Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart. Die Amerikaner bemühten sich danach nicht mehr um die Umwandlung Deutschlands in ein Agrargebiet, sondern versuchten, es nun mit Hilfe der Re-education-Politik in die Gemeinschaft der Völker zurückzuführen. Sie entwickelten dabei eine derartige Energie, daß die Engländer und Franzosen gezwungen wurden, in ihren Besatzungszonen langsam aber sicher nachzuziehen. Daß die amerikanische Politik von den Deutschen vielfach mit anderen Augen betrachtet wurde und sie immer wieder versuchten, die Besatzungsorgane von dem Vorhandensein eigener demokratischer Lebensformen zu überzeugen, gibt dieser Entwicklung nur ihren besonderen Reiz. Wichtig ist es, daß der von den Vereinigten Staaten so rasch vollzogene Wandel ihrer Deutschlandpolitik die Voraussetzung einer engen Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den amerikanischen Stellen wurde, durch die eine wesentlich

freiere und günstigere Atmosphäre für das wiedererstehende politische Leben in der US-Zone sich bildete, als es in der französischen Zone vorläufig noch möglich war. In der ersten Zeit bestanden tatsächlich so große Unterschiede zwischen den beiden Zonen, daß die deutschen politischen Gruppen, die an diesem Spiel teilnahmen, nicht mit dem gleichen Maß gemessen werden konnten und können. Recht bezeichnend für die Entwicklung der amerikanischen Besatzungspolitik ist der folgende Ausspruch eines Mitglieds der US-Hochkommission in Mehlem aus dem Jahre 1954: Die USA müssen ihre Beamten in Deutschland häufig austauschen, weil diese zumeist nicht mehr amerikanische, sondern nur noch deutsche Interessen vertreten. Sie neigen sehr rasch dazu, das Problem Deutschland als ihr eigenes zu betrachten und darum nach der besten Lösung zu suchen, unabhängig davon, ob damit auch den amerikanischen Interessen gedient ist.

Wir wissen, daß die Wende in der amerikanischen Deutschlandpolitik vor allem durch Veränderungen in der weltpolitischen Lage bedingt war, aber wir müssen auch bedenken, daß die beiden anderen westlichen Besatzungsmächte ebenfalls diesen Veränderungen gegenüberstanden und trotzdem ihre Besatzungspolitik nicht in dem gleichen Maße und vor allem nicht so zeitig revidierten. Besonders Frankreich folgte dem amerikanischen Beispiel nur sehr zögernd, ohne sich ihm jedoch ganz entziehen zu können.

Über die Tätigkeit der US-Behörden in Deutschland schreibt General Lucius D. Clay, in der ersten Zeit stellvertretender, später selbst amerikanischer Militärgouverneur in Deutschland²⁸⁾:

„... Ganz offensichtlich waren die Ansichten darüber, wie unsere Verwaltung in Deutschland ausgeübt werden sollte, verschieden. Man konnte unsere Zone von den örtlichen Armeekommandanten unter der Oberaufsicht des Generalstabs verwalten lassen. Das Armee-Hauptquartier in Frankfurt konnte seine Instruktionen aus Washington empfangen und sie nach Berlin weiterleiten, damit wir sie bei den Verhandlungen mit den anderen Mächten (im Alliierten Kontrollrat; Anm. d. Verf.) anwandten und ebenso an die örtlichen Befehlshaber zur Ausführung in der Zone.

General Bedell Smith und der größte Teil unseres Generalstabs waren für diese Methode. Sie unterschied sich gründlich von meinen eigenen Vorstellungen. Ich zweifle nicht daran, daß die Armee in stande war, wirksam zu verwalten. *Wir wollten aber mehr erreichen* (kursiv durch Verf.). Unser Versuch galt der Schaffung einer deutschen zivilen Regierung auf demokratischer Grundlage. Diese unsere Hauptaufgabe gehörte nicht zum Zuständigkeitsbereich einer der fünf Stabsabteilungen des Hauptquartiers. Außerdem sollten wir einen zivilen Apparat bilden, der jederzeit an eine Zivilverwaltung unserer Regierung übergeben werden konnte. Dafür war es unerlässlich, die Militärregierung getrennt vom Armeekommando zu errichten, unter einem Stellvertreter des Oberbefehlshabers, der ihm direkt verantwortlich war. Militärregierung und Armeeverwaltung mußten einander ergänzen, keine sollte der anderen unterstellt, jede dem Befehlshaber unmittelbar verantwortlich sein. So wurde es auch...

Im Frühjahr 1946 hatten wir deutsche Verwaltungsstellen auf allen Regierungsebenen gebildet, so daß überall zwei parallele Organisationen bestanden, die unsere Anweisungen ausführten — die Verwaltung der Militärregierung und die deutsche

²⁸⁾ Clay, Entscheidung in Deutschland. Frankfurt/M. 1950, S. 67 ff.

Verwaltung. Das führte zu einiger Verwirrung und zu Überschneidungen der Aufgabengebiete. Allem Anschein nach konnte man dies vermeiden und tatsächlich eine wirksame Kontrolle ausüben, wenn unsere Instruktionen und Anordnungen nur den Direktoren der Militärregierung auf der Landesstufe zur Weiterleitung an die deutschen Länderregierungen zugesandt wurden, die dann dafür verantwortlich waren, daß die deutschen Verwaltungsorgane sie ausführten. Unseren örtlichen Stellen mußte es dann unter Leitung der Direktoren der Militärregierungen der Länder obliegen, die Aufsicht zu führen und darüber zu berichten, ob die deutschen Stellen sich weisungsgemäß verhielten... Deshalb umfaßte die Militärregierung am 1. April 1946 nur noch 6524 Personen...²⁹⁾“

Als Beispiel für die schon sehr frühzeitige Zusammenarbeit deutscher und amerikanischer Stellen sei angeführt, daß die Amerikaner ursprünglich die Länder Hessen-Nassau mit Darmstadt und Hessen mit Marburg als Hauptstadt schaffen wollten, den deutschen Vorstellungen aber nachgaben und diesen entsprechend das Land Groß-Hessen errichteten.

Die Bestimmungen für die Zulassung deutscher politischer Parteien in der amerikanischen und der französischen Zone unterschieden sich nur unwesentlich von denen in der britischen³⁰⁾. Der Zeitpunkt der einzelnen Zulassungen variierte allerdings nicht unerheblich. In der US-Zone durften Parteien auf Kreisebene vom 27. August, auf Landesebene vom 23. November 1945 ab gebildet werden, in der französischen Zone waren dagegen die politischen Parteien sowohl auf Kreis- wie auf Landesebene erst nach dem 13. Dezember 1945 offiziell zugelassen³¹⁾.

Die Gründung antidemokratischer, nationalsozialistischer und sonstiger Parteien, die auf Grund rassischer, religiöser und politischer Vorurteile sich die Diffamierung bestimmter Bevölkerungsgruppen in Theorie oder Praxis zur Aufgabe machten, wurde von allen westlichen Besatzungsmächten untersagt. Trotz dieser Gleichheit der Auffassungen blieben aber doch noch andere wichtige Unterschiede in der Behandlung der Parteienfrage bestehen, Unterschiede, die sich weniger aus den Gesetzen und Verordnungen ergaben, sondern von den einzelnen verantwortlichen regionalen und lokalen Dienststellen bzw. von bestimmten Personen ihren Ausgang nahmen. In der nachfolgenden Darstellung der Parteigründungen in den einzelnen Gebieten sollen diese Einflüsse der Organe und Personen der Besatzungsmächte möglichst umfassend und genau aufgezeigt werden.

²⁹⁾ Die Zahl der Beamten sowohl der britischen als auch der französischen Militärregierung war wesentlich höher.

³⁰⁾ Wieck, a.a.O., S. 35 ff.

³¹⁾ Über die Stellungnahme der Besatzungsmächte zur Gründung bzw. Zulassung deutscher Parteien unterrichtet recht gut: Almond, *The Struggle for Democracy in Germany*. Chapel Hill, University of North Carolina Press 1949.

2. Kapitel

Die Christlichen Demokraten in Hessen

a) *Einleitung*

Mittelpunkt der politischen Bemühungen, die in Hessen mit der Gründung der CDU als Landespartei ihren Abschluß fanden, war der sogenannte „Frankfurter Kreis“, in dem sich christlich orientierte Männer verschiedener Berufe zur Aussprache über politische Fragen und zur Vorbereitung der Erneuerung des deutschen Parteiensystems zusammengefunden hatten. Die Aktivität dieses Kreises war so groß, daß er nicht nur alle Gruppen, die sich in den einzelnen Teilen des neuen Landes Hessen (in Fulda, Wiesbaden, Darmstadt, Kassel und anderswo) zur Gründung einer neuen christlichen Partei oder zur Wiedererrichtung des alten Zentrums gebildet hatten, nach und nach an sich zog, sondern auch über die Grenzen des Landes hinaus einen beachtlichen Einfluß auszuüben vermochte. Dieser erhielt noch seine besondere Note durch die Tatsache, daß im Zusammenhang mit den Bestrebungen, Frankfurt zur neuen Hauptstadt Deutschlands zu machen³²⁾, der Kreis von vornherein an die Gründung einer CDU-Organisation für das ganze Reichsgebiet dachte, sich dabei aber deutlich von den Berliner Plänen³³⁾, die auf einen straffen Zentralismus ausgingen, absetzte und einer weitgehenden föderalistischen Gliederung das Wort redete. Wenn auch dieser Versuch letztlich scheiterte, so dürfen deshalb die Nachwirkungen der Ideen der „Frankfurter“ sowohl auf die Organisation als auch auf das Programm der späteren westdeutschen CDU doch nicht unterschätzt werden.

Aber nicht nur im parteipolitischen, sondern auch im staatlichen Bereich konnte der „Frankfurter Kreis“ in manchen Fragen seinen Einfluß geltend machen. Der Neuaufbau des staatlichen und öffentlichen Lebens wurde gerade in dem neugeschaffenen Lande Hessen besonders tatkräftig vorangetrieben, seine Verfassung konnte als eine der ersten westdeutschen Länderverfassungen

³²⁾ In den von Eugen Kogon und Walter Dirks herausgegebenen „Frankfurter Heften“ erschienen mehrfach Aufsätze, in denen sich beide für die Verlagerung der Hauptstadt von Berlin nach Frankfurt einsetzten, z. B. Eugen Kogon: Berliner Zentralismus oder Frankfurter Bundesregierung, Nr. 1, 1946; Walter Dirks: Ein deutscher Bund, Nr. 6, 1946. In Kogons Aufsatz heißt es u. a.: „... War die Freiheit der Deutschen und Deutschlands vielleicht in Berlin, auf dem Siegeswagen der Göttin des Brandenburger Tores, am besten aufgehoben? Die beiden Reiche, die diese Hauptstadt symbolisiert haben, sind versunken. Frankfurt am Main hat eine große demokratische, eine deutsche und eine weltbürgerliche Tradition. Es liegt an mannigfachen Nahtstellen einer föderalistischen Republik. Wir halten die Lösung für trefflich...“

³³⁾ Vgl. Wieck, a.a.O., S. 207 ff.

verabschiedet werden³⁴), auf dem Gebiete der Vergemeinschaftung bzw. Vergesellschaftung der Grundindustrie (Artikel 41 der hessischen Verfassung) wurden schon sehr früh grundlegende Bestimmungen getroffen. Während in den anderen westdeutschen Ländern und politischen Zentren Fragen wie Sozialisierung, Bodenreform usw. noch theoretisch erörtert wurden, begann Hessen unter sozialdemokratischer Führung bereits mit deren Umsetzung in die Praxis, und die christlich-demokratischen Gruppen mußten sich zu einer Zeit, da es für sie noch keine anderweitigen Vorentscheidungen oder Anknüpfungspunkte gab, schon dafür oder dagegen entscheiden. Der „Frankfurter Kreis“ spielte deshalb eine erhebliche Rolle, weil es in ihm eine Gruppe gab, der es ganz besonders um die Lösung des Problems einer sozialen Neugliederung ging. Diese als „Intelligenzler“ bezeichneten Mitglieder³⁵) neigten in ihren Aufsätzen in den „Frankfurter Heften“³⁶) zu einem gewissen Radikalismus und gaben vielleicht, da sie Konzessionen an restaurative Bestrebungen befürchteten, realistischen Erwägungen nicht immer genügend Raum. Ihre Stimme wurde aber weithin im Lande vernommen und fand in der ersten Zeit ein ungewöhnlich starkes Echo. Vorgänger dieser Gruppe waren in der Weimarer Zeit die Herausgeber und Freunde der „Rhein-Main-Zeitung“³⁷), die stets einen schärferen Links-Kurs des Zentrums gefordert hatte. Die „Intelligenzler-Gruppe“ — mit ihren Hauptvertretern Eugen Kogon, Walter Dirks, Marcel Schulte und Karl-Heinrich Knapstein — wurde später wieder mehr in den Hintergrund gedrängt, blieb jedoch im sogenannten „Oberurseler Kreis“, der dann zeitweilig die Bemühungen der „Europa-Union“ unterstützte, weiterhin verbunden.

Nicht unberücksichtigt bleiben darf, daß sich auch in Frankfurt Ansätze zu einer völligen Neuorientierung des deutschen Parteiensystems ergaben. Ein Teil der Frankfurter Gruppe stellte nämlich im Jahre 1945 Beziehungen zu Dr. Karl Spiecker³⁸) und zu sozialdemokratischen Politikern her, um mit diesen gemeinsam eine Art Labour-Partei³⁹) zu bilden, die mit dem Ziel der Überwindung

³⁴) Die hessische Verfassung beeinflusste auch die Beratungen anderer Verfassungsgebender Landtage, z. B. des Stuttgarter und des Münchener. Außer der umstrittenen Sozialisierungsklausel (Art. 41) findet sich in ihr bereits die Festlegung des konstruktiven Mißtrauensvotums. Vgl. Stenographische Berichte der Beratungen der Verfassungsgebenden Landesversammlung in Großhessen 1946; Caspary, Die Entwicklung der hessischen Verfassung, Offenbach 1947; Jellinek, Die Verfassung des Landes Hessen, DRZ 1947, S. 4.

³⁵) Zu den „Intelligenzlern“ gehörten Eugen Kogon, Walter Dirks, Werner Hilpert, Marcel Schulte und Karl-Heinrich Knapstein.

³⁶) Die „Frankfurter Hefte“ gehörten in den ersten Nachkriegsjahren zu den deutschen Zeitschriften, die im In- und Ausland stärkste Beachtung fanden. Kogon, Dirks und Knapstein benutzten die Zeitschrift dazu, einen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ zu vertreten und die Sozialisierungsbestrebungen in Hessen weitgehend zu unterstützen.

³⁷) Förderer der „Rhein-Main-Zeitung“ waren u. a. Dr. Josef Wirth und Dr. Karl Spiecker.

³⁸) Vgl. Wieck, a.a.O., S. 145 f.

³⁹) Spiecker war während seiner Emigration in England offenbar von der dortigen Labour-Party stark beeindruckt worden.

der Klassenkampf-Idee frühere Sozialdemokraten, Zentrumsanhänger und mehr nach links neigende Bürgerliche zusammenführen sollte. Die Pläne konnten aber nicht konkretisiert werden und blieben bereits im Stadium der ersten zaghaften Diskussionen stecken. Der Versuch ist für die rückschauende Betrachtung nichtsdestoweniger ein recht wesentliches Symptom.

Eine späte Auswirkung der CDU-Gründung in dem konfessionell gemischten Hessen war die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1948, an der sich auch einige Mitgründer der CDU und sogar ein Mitglied ihres Berliner Gründungskomitees aus dem Jahre 1945 beteiligten. Diese Wiedergründung war zweifellos die Reaktion auf die zum Teil wenig erfolgreichen Bemühungen der hessischen Christlichen Demokraten, Protestanten und Katholiken in einer Partei gleichberechtigt zusammenzuführen, so daß einige alte Zentrumsanhänger resignierten und zu den alten Formen zurückkehren wollten. Das neue Zentrum kam jedoch über einige Anfangserfolge nicht hinaus und mußte sich sehr bald wieder zur Selbstauflösung entschließen.

b) *Der Frankfurter Kreis und die Gründung der hessischen CDU*

Im April 1945 — noch vor der deutschen Kapitulation, aber schon nach der Besetzung durch amerikanische Truppen — bildete sich auf Initiative des Pfarrers der Gemeinde Liebfrauen, Prälat Dr. Herr, in Frankfurt ein „katholischer Ausschuß“, der sich die Aufgabe stellte, Verbindung zu den Kommandostellen der Besatzungstruppe aufzunehmen und alle notwendigen Maßnahmen zur Wiederbelebung des Kirchenlebens einzuleiten. Obwohl die Stadt überwiegend protestantisch ist, sollte gerade dieser katholische Ausschuß der Ausgangspunkt für die Entwicklung der CDU in Frankfurt, wenn nicht sogar in Hessen werden. Zunächst lag ihm allerdings nichts weiter daran, als in einer Zeit, da das Schicksal ganz Deutschlands, die staatliche und politische Neuordnung, alle das Reich betreffenden Fragen noch völlig im Dunkeln lagen, an der Beseitigung der akuten Not der Bevölkerung mitzuwirken und dann noch ein rein kirchliches Anliegen zu vertreten. An die Gründung einer Partei war schon deshalb nicht zu denken, weil die Besatzungsmacht wegen der Aktivität radikaler sozialistischer und vor allem kommunistischer Gruppen⁴⁰⁾ jede parteipolitische Betätigung überhaupt untersagt hatte. Der Ausschuß trat erstmalig am 20. April 1945 im Pfarrhaus der St. Bernhards-Gemeinde zusammen. Teilnehmer der Besprechung waren u. a. Prälat Dr. Herr, Schriftleiter Walter Dirks, Pfarrer Eckert, Postinspektor Husch (der letzte Vorsitzende des hessischen Zentrums) und die Journalisten Knappstein und Schulte. Ob der spätere Generalsekretär der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, Bruno Dörpinghaus, be-

⁴⁰⁾ Diese Auffassung wird durch Berichte aus Düsseldorf (vgl. Wieck, a.a.O., S. 35 f.) und aus Stuttgart bestätigt. In Stuttgart wird in Polizeiberichten (im Archiv des FDP-Landesverbandes) festgestellt, daß nur sozialistische und kommunistische Gruppen wieder aktiv geworden seien.

reits an dieser ersten Sitzung teilnahm, ließ sich nicht mehr feststellen. Sicher ist aber, daß er bei der nächsten Zusammenkunft am 29. April 1945 am gleichen Ort anwesend war und danach stets ein aktives Mitglied dieser Gruppe blieb⁴¹).

Es konnte jedoch nicht ausbleiben, daß über die ursprüngliche Zielsetzung hinaus sich auch sogleich die Frage nach der kommenden parteipolitischen Neuordnung wie von selbst stellte. Ein Unterausschuß, dem u. a. Schulte und Dörpinghaus angehörten, wurde rasch gebildet. Ihm war die Aufgabe gestellt, Kontakte zu den lokalen Behörden der Besatzungsmacht herzustellen und die ersten Schritte für eine später mögliche Parteigründung vorzubereiten. Außer der Frage nach der Reaktion der Amerikaner auf dieses Anliegen interessierten vor allem eine schnelle Fixierung des eigenen politischen Willens und der damit verbundenen Formen. Marcel Schulte schreibt über die ersten Besprechungen⁴²):

„... In den ersten damals geführten Gesprächen stand im Vordergrund der Überlegungen eine Partei nach dem Vorbild der englischen Labour-Party. Der eigentliche christliche Gedanke spielte dabei eine geringere Rolle, sondern wir glaubten uns Katholiken stark genug, die Wiedererstehung des Zentrums wie der Sozialdemokratie verhindern zu können und aus beiden eine neue Partei zu schaffen. Besonders deutlich trat dieser Versuch in der ersten Namensgebung nach der Zulassung einer politischen Partei in Erscheinung, denn sie sollte damals einfach ‚Volkspartei‘ heißen. Es sollte weder der Zusatz ‚Christlich‘ noch ein Nachsatz gewählt werden. Da es ... sehr frühzeitig gelang, den früheren Vorsitzenden der Frankfurter Zentrumspartei (Postinspektor Husch; Anm. d. Verf.) für diese Idee zu gewinnen, konnte also der Versuch, eine Zentrumspartei zu gründen, sehr bald ausgeschaltet werden. Anders war es mit den Sozialdemokraten, die — vor allem von den Amerikanern gefördert — die Restauration ihrer alten Partei anstrebten und verwirklichten. Ich habe damals Verhandlungen geführt, die bis sehr weit nach links (später wurden sie Kommunisten) gingen, stieß aber dort auf Unverständnis...“

Diese Ausgangsposition ist charakteristisch für die Frankfurter Gruppe und die in ihr vorherrschende Mentalität. Es sind die gleichen oder ähnliche Gedankengänge wie bei den Katholiken in Paderborn⁴³) oder bei Jakob Kaiser und Ernst Lemmer in Berlin⁴⁴). Eine nichtmarxistische, aber sozialistische Labour-Partei sollte das alte Partei-Schema aus der Zeit vor 1933 überwinden helfen, ließ sich aber nicht verwirklichen. Wir müssen daher fragen, wie sich die Konzeption der Frankfurter nach diesem offensichtlichen Fehlschlag ihrer ersten Bemühungen weiterentwickelte. Und wir können eine erstaunliche Kehrtwendung der Ansichten feststellen. In dem einer Einladung zu einer Sitzung des katholischen Ausschusses beigegebenen Begleitschreiben wird entgegen der von Schulte vertretenen Ansicht, daß das christliche Moment nicht vorherrschend gewesen sei, nunmehr festgestellt, es solle sich bei den Erörterungen

⁴¹) Mündliche Berichte von Bruno Dörpinghaus an den Verfasser am 6. Dezember 1951 und 21. August 1954.

⁴²) Schriftlicher Bericht von Marcel Schulte an den Verfasser vom 13. Oktober 1953.

⁴³) Vgl. Wieck, a.a.O., S. 106.

⁴⁴) Vgl. Wieck, a.a.O., S. 211 ff.

doch in erster Linie darum handeln, die Aufgabe der Kirche an der Mitgestaltung des öffentlichen Lebens festzulegen. In der Einladung⁴⁵⁾ wird deshalb in erster Linie die Frage aufgeworfen, welche Probleme die deutsche Katastrophe für den politischen Katholizismus, insbesondere in Frankfurt, in der akuten Situation stelle. In dem Begleitschreiben heißt es⁴⁶⁾:

„... Die amerikanische Militärregierung beabsichtigt offenbar, die demokratische Verfassung in Deutschland nur stufenweise in längeren Fristen wieder aufzubauen, und zwar vom kommunalen Bereich aufsteigend über den regionalen Bereich zum Gesamtreich. Es werden also zunächst Stadtparlamente zu bilden sein. Wenn freilich auch diese ersten Wahlen wohl noch keineswegs vor der Tür stehen, so erscheint es uns dennoch an der Zeit, an sie zu denken. Sie werden die Frankfurter Katholiken vor schwierige Fragen stellen. Es erscheint uns notwendig, schon jetzt dafür zu sorgen, daß uns jener Augenblick nicht unvorbereitet findet. Es geht dabei noch lange nicht um Kandidatenlisten oder andere bestimmte Einzelheiten, sondern vorweg um die Frage, in welcher Form überhaupt der Frankfurter Katholizismus sich politisch organisieren soll — also um die Frage nach dem ‚politischen Katholizismus‘, der ja vor 1933 in der Krise stand und wohl nicht ohne weiteres in der alten Form wiederhergestellt werden kann ...

Es hat sich ein kleiner Ausschuß gebildet, der aus folgenden Herren besteht: Dirks, Schriftleiter; Eckert, Pfarrer; Husch, Postinspektor; Knappstein, Schriftleiter. Er (gemeint ist der schon früher erwähnte Unterausschuß des katholischen Ausschusses; Anm. d. Verf.) hofft, Herrn Oberstudiendirektor Dr. Schramm, sobald er erreichbar ist, hinzuzugewinnen und sich nach dem Vorschlag des Aussprachekreises ergänzen zu können ...

Eine Krise des politischen Katholizismus ist wohl unbestritten. Sie ist entstanden, als der katholischen politischen Kampforganisation, die während der Monarchie aus dem Recht der Notwehr entstanden war, im Weimarer politischen System die eigentliche staatliche Mitverantwortung zufiel. Seit 1918 geht die Rechnung zwischen dem konfessionellen und dem politischen Faktor nicht mehr glatt auf: aus dem Glaubensbestand der Kirche lassen sich wohl manche wichtigen politischen Strukturen und Ideen im einzelnen ableiten, die in einem vorgefundenen historischen System nützlich zur Geltung gebracht werden können, nicht aber ohne weiteres ein konkretes ganzheitliches, geschlossenes Programm und Zielbild für eine bestimmte geschichtliche Situation. Mehrere gute Katholiken können aus verschiedener Einsicht in die politische Welt mit gutem religiösem Gewissen zu verschiedenen politischen Lösungen und Entscheidungen kommen. Das Zentrum stand unter der doppelten Forderung, die Interessen der Katholiken zu vertreten und die Staatsverantwortung mitzutragen, d. h. es erhob den Anspruch, im religiös-kulturellen Bereich für alle Katholiken zu

⁴⁵⁾ Wortlaut der Einladung: „Zu einer Besprechung der aus der Gegenwart und der nächsten Zukunft für die Kirche sich ergebenden Aufgaben und Möglichkeiten für die Mitgestaltung des öffentlichen Lebens erlauben sich die Unterzeichneten, Sie herzlich einzuladen für ...

Mit freundlicher Begrüßung

Prälat Dr. Herr, Stadtpfarrer;

Dirks, Schriftleiter;

Eckert, Pfarrer;

Husch, Postinspektor;

Knappstein, Schriftleiter.“

(Archiv Bruno Dörpinghaus)

⁴⁶⁾ Archiv Bruno Dörpinghaus.

sprechen, im politischen aber nur für die Minderheit, die seinem politischen Programm folgen konnte. Voraussichtlich werden wir in Zukunft wieder vor derselben Schwierigkeit stehen. *Alle* (Unterstreichung im Original; Anm. d. Verf.) — oder alle positiven Christen — religions- und kulturpolitisch zu vertreten und zugleich sich für eine bestimmte unter mehreren wirtschafts-, sozial- und staatspolitischen Lösungen, die miteinander ringen, zu entscheiden, wird wieder das Dilemma jeder katholischen oder christlichen Gruppe sein. Diese Schwierigkeit ist nicht glatt aufzulösen, da einerseits die eigentliche politische Verantwortung, die unter Umständen zu ganz bestimmten politischen Entscheidungen führen muß, nicht ohne schweres Versäumnis abgelehnt werden kann, andererseits aber voraussichtlich auch in Zukunft die kulturpolitische Lage die Katholiken zu irgendeiner Art von Interessen-Front nötigen wird . . .“

Selten findet sich in den Denkschriften katholischer Kreise aus dem Jahre 1945 die wirkliche Schwierigkeit des früheren Zentrums so klar und treffend formuliert. Man spürt in diesen Sätzen das Dilemma zwischen dem Willen, auch jetzt wieder eine katholische Interessenpartei zu bilden, und der Einsicht, daß diese ihre staatspolitische Aufgabe niemals voll erfüllen könne. Es ist interessant zu sehen, was die Frankfurter nunmehr, nachdem der Gedanke, mit früheren Sozialdemokraten zusammenzugehen, nicht mehr aussichtsreich erschien, als Lösung vorschlugen. Die Auskunft ist unbefriedigend, wie von den Verfassern der Denkschrift selbst gesagt wird. Fünf Möglichkeiten werden untersucht, keine schien jedoch irgendwie praktisch realisierbar zu sein:

1. „. . . Eine Partei in der Art des ‚Zentrums‘ vor 1914, also reine religiös-kulturelle Einheitspartei aller Katholiken. Eindeutige religiös-kulturelle Arbeit; Beschneidung der eigentlichen politischen Arbeit auf ein Ausmaß, das die religiöse Einheitsfront nicht stören oder sprengen kann . . .“

Als Variation dieses Vorschlags könne man aber auch nach Ansicht der Verfasser eine derart beschaffene Partei auf „positiv-christlicher, statt auf konfessionell katholischer Basis“ errichten. In beiden Fällen würde also zu jeder Frage, die an die Partei herantritt — und es werden an eine politische Partei Fragen jeder Art herangetragen —, die politische Entscheidung nach konfessionellen oder christlichen Gesichtspunkten gefällt werden müssen. Für die politische Praxis stellte sich jedoch die Frage, ob im Zeitalter der Massendemokratie eine Partei eine derartige Haltung überhaupt einnehmen kann, ohne in die Gefahr zu kommen, den Staat vollends aufs Spiel zu setzen. Heinrich Brüning beschäftigte sich in seinen Briefen aus dem Jahre 1945 gerade mit diesem Thema ganz besonders, als er zu der Alternative CDU oder Zentrum Stellung nahm. Er erkannte, daß die Konzeption des Zentrums unvereinbar sei mit der Notwendigkeit, Staatspolitik zu betreiben, und forderte deshalb eine überkonfessionelle christliche Partei. Karl Spiecker ging noch einen Schritt weiter, als er um einer echten Staatspolitik willen überhaupt alle christlichen und weltanschaulichen Fragen aus der Parteipolitik ausklammern wollte⁴⁷⁾.

⁴⁷⁾ Vgl. Wieck, a.a.O., S. 140 ff.

2. „... Eine Partei in der Art des Zentrums nach 1918, also eine Partei, die aus einer bestimmten politischen Vorstellung erwächst, ein bestimmtes politisches Programm hat, auf bestimmte politische Entscheidungen sich festlegt und darum auf die Gefolgschaft anders sich entscheidender Katholiken bzw. Christen verzichten muß, insofern aber katholisch oder christlich ist, als sie jene politischen Entscheidungen aus katholischem bzw. christlichem Gewissen fällt und die Vertretung der katholischen bzw. christlichen Interessen und kulturellen Anliegen als wichtige Teilaufgabe mit-übernimmt ...“

Diese Konzeption wurde dann praktisch von der Mehrheit aller Gruppen vertreten, die nach 1945 die CDU gründeten oder unterstützten. Nicht das katholische oder evangelische Interesse, sondern das gemeinsame der christlichen Kirchen sollte der Maßstab sein, entsprechend der katholischen oder evangelischen Lehre sollte das Gewissen des einzelnen entscheiden. Die Denkschrift deutet jedoch bereits an, daß auch diese Lösung nicht voll befriedigen könne, da man ja nicht *ein* politisches Programm, sondern höchstens bestimmte kulturpolitische Forderungen für alle Christen verbindlich erklären könne. Man bringe dadurch nur diejenigen in Gewissenskämpfe, die zwar die Kulturpolitik der Partei unterstützen, auf anderen Gebieten aber ein anderes politisches Programm verfolgen wollten. Und wirklich konnte diese Spannung bis heute nicht gelöst werden und wird sich auch wohl nie lösen lassen! Theoretisch wird man daher sagen müssen, daß eine echte Klärung nur durch die Ausscheidung des weltanschaulichen Kampfes aus der Politik erreicht werden kann — was jedoch praktisch kaum möglich ist.

3. „... Der Verzicht auf eine eigentliche ‚Partei‘, statt dessen die Bildung eines bloßen Wähler-Ausschusses, der das Gewicht der katholischen Wählerkreise sozusagen nur jeweils einmal — nämlich vor den Wahlen — in die Waagschale wirft; er verhandelt mit den verschiedenen Parteien über die Aufstellung einiger vertrauenswürdiger katholischer bzw. christlicher Kandidaten und über eigene Elementargrundsätze der Kulturpolitik und der politischen Kampfesmoral. Er empfiehlt je nach dem Ergebnis der Verhandlungen den katholischen bzw. christlichen Wählern einen oder mehrere Kandidaten eindeutig oder mit Einschränkungen, warnt vor anderen, stellt aber die Entscheidung selbst dem religiös begründeten politischen Gewissen der Wähler frei.

Ein solcher Ausschuß berät in ähnlicher Weise, aber ohne vorherige Verhandlungen, aus eigener wohlbegründeter Einsicht das politische Gewissen der katholischen bzw. christlichen Wähler ...“

Die gleiche Möglichkeit wurde auch in Norddeutschland in vielen evangelischen Kreisen, die vor der Bildung einer sogenannten „christlichen Partei“ zurückschreckten, aber die Notwendigkeit einsahen, daß der Staat in allen Parteien christliche Politiker benötige, erörtert. Zu fragen war jedoch, ob diese Politiker in den verschiedenen Lagern einen fruchtbaren und erfolgversprechenden Boden vorfinden oder ob die Kirchen sich damit nur den Interessenverbänden gleichsetzen würden. Die Entwicklung hat gezeigt, daß dieser Vorschlag nirgends in Deutschland ernsthaft in die Praxis umzusetzen versucht wurde.

4. „... Ein katholischer bzw. christlicher Wähler-Ausschuß stellt nicht eine ‚Fraktion‘, sondern katholische bzw. christliche Einzelpersönlichkeiten auf, die sich nach vollzogener Wahl ohne feste Bindung aus ihrem Gewissen heraus von Fall zu Fall entscheiden, sich einer oder verschiedenen Fraktionen mehr oder weniger anzuschließen, gegebenenfalls in politischen Fragen auch gegeneinander stimmen können, in religiösen Fragen eine Einheitsfront bilden ...“

Wie aus dem dritten, so klingt auch aus diesem vierten Vorschlag das Bemühen, sich von jeder Parteibildung fernzuhalten, weil dadurch unüberwindliche Gegensätze sichtbar würden. Das Ideal echter Abgeordneter, die völlig unabhängig ausschließlich ihrem Gewissen verantwortlich sind und deshalb keinem Fraktionszwang unterliegen, bleibt jedoch in der harten politischen Wirklichkeit stets ein unerreichbares Ziel⁴⁸⁾.

5. „... Verzicht auf irgendeine politische Organisation. Die Wahl wird dem Gewissen der Wähler freigestellt ...“

Es ist erstaunlich, wie selbst in katholischen Kreisen, die sonst einen ausgeprägten Sinn für die Notwendigkeit einer starken Führung haben, angesichts der deutschen Notlage eine derartige Resignation Platz greifen konnte. Zu ungefähr der gleichen Zeit aber sprach der alte rheinische Zentrumsführer, Dr. Hamacher, von der glücklichen Stunde, in der dem deutschen Katholizismus nunmehr endlich die echte Chance zur politischen Führung im Reiche dargeboten werde. Unendlich weit lagen also im Jahre 1945 die Standpunkte selbst bei treuen Anhängern einer Konfession auseinander, von der es heißt, daß sie im Vergleich zu anderen Religionsgemeinschaften in politischen Fragen eine Einheit zu bilden vermöge.

Es war nur natürlich, daß diese Vorschläge in den ersten Sitzungen des Ausschusses ausgiebig diskutiert wurden. In einer Stellungnahme von Bruno Dörpinghaus aus den ersten Maitagen 1945 heißt es⁴⁹⁾:

„... Punkt 1) Abgesehen davon, daß die Zentrumspartei im alten Sinne nicht mehr wünschenswert ist, darf man sich auch nicht der Tatsache verschließen, daß eine auf diesem Boden erneuerte Partei nie wieder das Zünglein an der Waage politischer Entscheidungen werden wird. Überdies bedeutet eine Beschneidung der politischen Aufgaben eine Beschneidung der Aktivität und des Handelns.

Punkt 2) Eine Partei im Sinne des Zentrums in der Form von 1918 kann unter den heutigen Umständen niemals mehr eine geschlossene Einheit sein, weil die Interessen der Wähler sich im Sinne von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu weit voneinander entfernt haben. Außerdem wird in Zukunft — bedingt durch die soziale Umschichtung des Volkes — die Interessensphäre einer Gruppe als Dominante mehr in Erscheinung treten gegenüber reinen Standes- und Rangunterschieden. Deshalb würde also eine solche Zentrumspartei einer separaten Verbindung sehr ähnlich sehen mit vielen Angriffsflächen und keinem entscheidenden Einfluß.

Punkt 3) Eine Einflußnahme auf das politische Geschehen in Form eines bloßen Wählerausschusses wird sich auch bei berechtigten Entscheidungen nicht immer

⁴⁸⁾ Vgl. Wildenmann, Partei und Fraktion, Meisenheim 1954.

⁴⁹⁾ Archiv Bruno Dörpinghaus.

vom Odium des Kuhhandels freihalten können. Wollen und Ziele unserer Haltung müßten regelrecht erkaufte werden, wobei man noch befürchten muß, daß man allzuoft über uns zur Tagesordnung fortschreitet. Und was den Punkt 3 anlangt, so muß man fragen: Was soll denn der Ausschuß anraten? Das hätte doch nur Zweck, wenn viele Punkte auf den Plan treten.

Punkt 4) Dies ist ein an und für sich guter Vorschlag, der als wirksames taktisches Mittel von großer Bedeutung sein kann. Er setzt allerdings neue Wahlmethoden voraus, die sowieso kommen müssen.

Punkt 5) Er bedeutet Abdankung und Resignation . . .“

Man merkt dieser Entgegnung sofort die Kenntnis der politischen Wirklichkeit an — eine Kenntnis, die auf Erfahrungen aufbaut und die theoretischen Überlegungen den Erfordernissen der Praxis unterordnet. Es ist somit keineswegs verwunderlich, daß ihr Verfasser später mit großem Eifer für die Überwindung der in der CDU vorhandenen Gegensätze eintrat — wozu er zweifellos eine Berechtigung hatte, da er in diesem Kampfe um Grundsätze selbst nicht Partei war.

Von dem Sinn für die politische Praxis sind auch Dörpinghaus' konkrete Gegenvorschläge bestimmt, in denen er vor allem von der Beurteilung der Erörterungen und Pläne der anderen politischen Gruppen ausgeht. Wir werden auch dieser zweiten Denkschrift folgen müssen, um so den großen Rahmen zu erfassen, der zwar zunächst nur die Diskussion in Frankfurt bestimmte, aus dem sich aber nach und nach als Ergebnis vieler Verhandlungen und Kompromisse die Konzeption der hessischen CDU herauschälte. In seinem Gutachten vom 28. Mai 1945 schreibt Dörpinghaus⁵⁰⁾:

„... In großen Zügen heben sich bereits die Machtgruppierungen am politischen Horizont ab, die als Notwendigkeit in Erscheinung treten werden. Zunächst ist hier zu nennen der Kommunismus. Eine Partei, die machtpolitisch Rußland im Rücken hat, mit einem festen, wenn uns auch in seinen Einzelheiten zur Stunde noch nicht bekannten Programm, das sich aber unzweifelhaft auf marxistische Theorien stützen wird. Die Schlagkraft dieser Gruppe liegt in der propagandistischen Auswertung eines sozialen Programms, über dessen Wert die Masse an sich nicht entscheiden kann. Wie ja die meisten radikalen sozialistischen Theorien, als Mantel und Zweck einer politischen Macht gebraucht, sehr nützlich sind, jedoch als Versuch in die Tat umgesetzt an der Undurchführbarkeit in der realen Welt scheitern. Weil das so ist, droht uns von hier aus eine wirkliche Gefahr, die mit den überlieferten Mitteln der Taktik, des parlamentarischen Systems im alten Stil und den Methoden der Politik nicht zu bannen ist.

Als zweite Gruppe zeichnet sich eine Partei ab, die im wesentlichen auf die Ziele der alten Sozialdemokratie hinausläuft (D. zieht also eine Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien nicht in Erwägung; Anm. d. Verf.). Sie wird sicherlich große Massen der Arbeiter, Kleinhandwerker, Teile der Landbevölkerung umfassen. Ihr Rückgrat werden die Gewerkschaften sein. Es ist anzunehmen, daß ihre zukünftigen Führer aus der Vergangenheit gelernt haben im Sinne einer Anpassungsfähigkeit an die Gegebenheiten des öffentlichen Lebens, das Kennenlernen der Grenze für die Durchführbarkeit sozialistischer Theorien, der Notwendigkeiten, die persönlichen Dinge den großen

⁵⁰⁾ Denkschrift über die Konstituierung einer Rechtspartei; Archiv Bruno Dörpinghaus.

Aufgaben unterzuordnen. Sie wird einen gemäßigten Charakter haben. Ihre Haltung in diesem Sinne und ihre Mäßigung werden ihr selbst unerlässlich sein, wenn sie gegenüber ihrer Rivalin, der kommunistischen Partei, bestehen soll . . .“

Diese außerordentlich wirklichkeitsnahen Vorstellungen über den politischen Standort der kommenden Sozialdemokratie stehen denen Carl Severings in Westfalen⁵¹⁾ und des Kieler Professors Dr. Otto Becker⁵²⁾ überraschend nahe. Während Becker aber neben einer gemäßigten sozialdemokratischen eine bürgerlich-liberale Partei für notwendig hielt, fordert Dörpinghaus eine auf einer christlichen Grundlage aufbauende „Rechtspartei“ als Sammlung des Bürgertums:

„... Als dritte Gruppe wäre eine Rechte anzusehen, die als tragende Faktoren Handel, Industrie, selbständige Gewerbe, traditionsgebundene Teile der Landwirtschaft und des Bürgertums umschließt. Von der Intelligenz ihrer Führung, dem Einfühlungsvermögen in die Nöte der Zeit, der Fähigkeit, die wirtschaftlichen Probleme zu meistern, und dem Eingehen auf die sozialen Forderungen wird es abhängen, ob sie führend wird oder nicht . . .

Von dieser Partei ist folgendes zu sagen: Sie braucht, um ein tragendes Element des neuen Staates zu werden, *eine breite Basis* (Unterstreichung im Originaltext; Anm. d. Verf.). Hierzu ist es erforderlich, daß die beiden großen Bekenntnisse Deutschlands das unverrückbare Fundament abgeben. Die Partei braucht keinen christlichen Namen zu tragen, aber sie muß absolut auf christlichen Grundlagen stehen. Sie muß es strikt ablehnen, irgendwelche Standesinteressen zu vertreten, und jeden Versuch von vornherein unterdrücken, wenn gewisse Kreise der Industrie, des Großhandels, der Finanzwirtschaft oder des Militarismus Anstrengungen machen, Einfluß zu gewinnen . . .“

In den programmatischen Ausführungen erscheinen dann durchaus liberale Forderungen, die aber nicht besonders profiliert werden. Wichtig ist vor allem, daß der Verfasser nicht mit der Möglichkeit rechnet, Arbeitergruppen für diese Rechtspartei zu gewinnen. Über das Schicksal der nicht geringen Zahl von Arbeitnehmern, die früher den christlichen Gewerkschaften angehörten, schreibt er:

„... Zweifelslohne wird die frühere SPD erst eine Krisis in ihren eigenen Reihen zu überwinden haben, bis sie sich ein klares, modernes Programm und einen gefestigten Parteiapparat gegeben haben wird. Ob sie überhaupt auf dem alten Fundament, welches durch ein Versagen der Regierungskunst erheblich belastet ist, wieder aufbauen kann, erscheint manchmal sehr fraglich. Ob auch die christlichen Arbeiter so ohne weiteres ihre politische Heimat in dieser Partei finden können, hängt also sehr davon ab, ob die SPD den Boden der radikalen Theorien verläßt. Sie wird sich mit ihren eigenen Anhängern noch sehr auseinanderzusetzen haben.

Es kommt hinzu, daß die christliche Arbeiterschaft fürs erste mit sehr großem Mißtrauen der SPD gegenübersteht. Vielleicht wird es aus diesem Grunde nötig sein, eine ‚Soziale Volkspartei‘ zu gründen, in der die christlich orientierten Arbeiter zusammengefaßt werden können. Eine Verschmelzung dieser Gruppen (d. h. der Anhänger

⁵¹⁾ Severing, Mein Lebensweg, 2. Bd., S. 478 ff.

⁵²⁾ Wieck, a.a.O., S. 176.

der ‚Sozialen Volkspartei‘ und der ‚Rechtspartei‘; Anm. d. Verf.) wäre im Bereich der Möglichkeit. Denkbar wäre hier auch ein engeres Zusammenarbeiten, wenn Listenverbindungen oder gegenseitiges Eintreten für aufgestellte Kandidaten das als wünschenswert erscheinen lassen . . .“

Es muß festgehalten werden, daß Dörpinghaus in seiner Denkschrift vor dem Gedanken einer christlichen Volkspartei, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sind, offenbar zurückschreckt, da er die Gegensätze zwischen beiden für unüberbrückbar hält. Ging es also bei den ersten Erörterungen des Ausschusses vor allem um die Auseinandersetzung mit der Frage, ob es möglich sei, die im alten Zentrum sichtbar gewordenen Divergenzen zu überwinden, so dominiert jetzt der Gedanke, daß innerhalb einer Partei soziale Spannungen kaum aufgelöst werden können. Optimistisch ist keine der Interpretationen! Man kann also durchaus nicht sagen, daß die Frankfurter mit blindem Idealismus an die selbstgestellte Aufgabe herangegangen seien, sondern muß ihnen neben dem scharfen theoretischen Durchdenken der Situation auch eine ausgeprägte Skepsis zubilligen. Mit seinem Vorschlag zur Bildung einer Rechtspartei zielt Dörpinghaus nunmehr auf den Zusammenschluß der früheren Zentrumsanhänger (allerdings wahrscheinlich ohne die christliche Arbeiterschaft, die in einer gemäßigten SPD Platz finden kann) mit den Liberalen und Konservativen der Weimarer Zeit. Eine sehr ähnliche Vorstellung von dem anzustrebenden Parteisystem hatte damals auch Schlange-Schöning in Schleswig-Holstein, während im Rheinland gewisse Bedenken gegen ein Zusammengehen mit den kulturpolitisch doch recht unzuverlässigen Liberalen bestanden⁵³). An ein Wiedererstehen eines echten, lebendigen Liberalismus aus eigener Kraft glaubte man in Frankfurt, mit nur wenigen Ausnahmen, im allgemeinen nicht⁵⁴).

War es somit schon schwer, die verschiedenen Vorstellungen der Mitglieder des katholischen Ausschusses über die zukünftige Struktur der deutschen Parteien und insbesondere über eine ihnen gemäße eigene Partei auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, so komplizierte sich diese Frage noch mehr, als man nun mit solchen Personen Verbindung aufnahm, die früher nicht dem Zentrum angehört hatten. Und das waren in dem protestantischen Frankfurt in erster Linie evangelische Kreise. Marcel Schulte schreibt darüber⁵⁵):

„. . . Eine andere Schwierigkeit kam aus dem evangelischen Lager. Ich habe damals mit den maßgebenden evangelischen Kreisen (es handelte sich besonders um den evangelischen Pfarrer Fricke⁵⁶); Anm. d. Verf.) sehr eng zusammengearbeitet, und es wurde mehrfach bestätigt, daß nicht nur der Gedanke einer Zusammenarbeit mit

⁵³) Vgl. Wieck, a.a.O., S. 66 f.

⁵⁴) Bruno Dörpinghaus glaubte dagegen, mit seiner „Rechtspartei“ gerade die Liberalen gewinnen zu können.

⁵⁵) Bericht an den Verfasser vom 13. Oktober 1953.

⁵⁶) Fricke trat bei den ersten Verhandlungen noch nicht hervor, wird aber von Almond, *The Struggle for Democracy in Germany*, bei der Besprechung der deutschen Nachkriegsparteien als besonders tätig erwähnt.

den Katholiken sehr begrüßt werde, sondern daß man vor allem in meiner Person die Garantie einer loyalen Zusammenarbeit erblicke. Aber die evangelische Seite bestand auf dem Firmenwort ‚christlich‘. Vor allem die evangelischen Pfarrer glaubten, daß es zum Christentum gehöre, dieses auch nach außen zu betonen — wenn Sie wollen, noch ein Ausfluß des Puritanismus.

Ein anderes Argument aber, das von evangelischer Seite in die Debatte geworfen wurde, war, man könnte den evangelischen Volksteil nicht für eine Partei gewinnen, wenn dieses Wort nicht im Firmenschild enthalten sei, weil der Protestantismus bisher vom Staate gelebt habe, das heißt durch seine Verbindung zum Kaiserhaus als der höchsten evangelischen Instanz vom Staate und nicht vom Volke her denke. . .“

Es ist erstaunlich, daß die Protestanten in Frankfurt auf das Wort „Christlich“ im Parteinamen drängten. Denn in allen anderen Teilen Deutschlands haben sich gerade die evangelischen Gruppen gegen eine derartige Festlegung hartnäckig gewehrt und letztlich lediglich aus taktischen Überlegungen, daß man nur auf diese Weise Protestanten und Katholiken zusammenbringen und eine Abgrenzung gegen die Liberalen schaffen könne, der christlichen Firmierung zugestimmt. In Frankfurt lagen die Verhältnisse genau umgekehrt. Schulte meint, daß die protestantischen Führer den von ihnen vertretenen Volksteil noch nicht für so mündig hielten, daß er, wie etwa der katholische, ohne durch das Wort „Christlich“ angesprochen zu werden, der neuen Partei beitreten würde. Es muß also bei den Protestanten in politischer Hinsicht ein gewisses Inferioritätsgefühl, auf das auch der zweite Absatz des vorhergehenden Zitats hindeutet, vorhanden gewesen sein. Zur Erläuterung weist Schulte⁵⁷⁾ noch darauf hin, daß doch das frühere Zentrum niemals die Bezeichnung „christlich“ in sein Firmenschild aufgenommen habe — womit er aber wohl nur visuell recht hat, denn auch jeder politische Laie wußte und weiß, daß es stets nur als katholische Partei gewirkt hatte. Es waren also beiderseits keine echten Argumente, die vorgebracht wurden, aber es ist doch wichtig, sie zu kennen, um die Atmosphäre zu beurteilen, die in den Vorbesprechungen um die Gründung der neuen Partei herrschte. Schulte fährt dann in seinem Bericht weiter fort:

„... Der evangelische Volksteil in Frankfurt machte die Frage der christlichen Firmierung zu einer *conditio sine qua non*, und so kam es denn, daß die Lizenz bei den Amerikanern unter der Firma ‚Christlich-Demokratische Partei‘ eingereicht wurde. Den Namen ‚Block‘ wollte man in Frankfurt vermeiden, weil die Bezeichnung ‚Block‘ zu kämpferisch sei und zu sehr von der Sozialdemokratie oder anderen Parteien separiere. Ebenso fand man das Wort ‚Union‘, das in Frankfurt schon sehr früh auftauchte, nicht sehr überzeugend. Man lehnte es nicht gerade ab, stand aber auf dem Standpunkt, das Wort ‚Partei‘ sei ehrlicher und klarer als das Wort ‚Union‘“ . . .

Der Kompromiß wird hier ganz deutlich. Das Wort „christlich“ wurde als protestantische Forderung akzeptiert, das Wort „Union“ durch die Katholiken abgelehnt. Hierfür mögen zwei Gründe den Anlaß gegeben haben. Einmal kann dem doch noch überwiegend katholischen Kreis möglicherweise dieser Begriff

⁵⁷⁾ Bericht an den Verfasser vom 13. Oktober 1953.

historisch zu stark belastet gewesen sein — er erinnerte an die „Union“ der protestantischen Fürsten in der Reformationszeit. Sodann, und das ist wohl wahrscheinlicher, wollte man sich vielleicht in Frankfurt ebenso wie in Köln von der Berliner CDU-Gründung, die zumeist als sowjetisch lizenziert und gefördert angesehen wurde, deutlich absetzen und nicht als deren Anhängsel erscheinen.

Die CDP der Stadt Frankfurt wurde am 15. September 1945, vierzehn Tage nach der Gründung der CDU im Rheinland, gebildet und von den Amerikanern lizenziert. Der Öffentlichkeit stellte sie sich sogleich mit den sogenannten „Frankfurter Leitsätzen“⁵⁸⁾ vor, in denen die Diskussion der verschiedenen Richtungen des Frankfurter Kreises ihre Zusammenfassung gefunden hatten und die nunmehr als ihr Programm gelten konnten. Sie waren jedoch schon wesentlich mehr als nur das Programm einer lokal verhafteten Partei; neben den Berliner und den Kölner Thesen⁵⁹⁾ sollten gerade sie für die weitere Entwicklung der CDU besondere Bedeutung gewinnen.

Betrachtet man die Leitsätze allerdings heute, so weiß man mit ihnen in gewissem Sinne, wie auch mit den meisten anderen politischen Programmen jener Zeit, nichts Rechtes anzufangen. Sie reden eine Sprache, die eigentlich für alles zutrifft und doch nichts Konkretes aussagt. Sie sind in vielen Punkten dilettantisch, illusionistisch und voller Gemeinplätze. Sie sprechen von Christentum, Demokratie und Freiheit, geben diesen Begriffen aber keine festen Inhalte. Daß z. B. nach der deutschen Katastrophe der Wiederaufbau beginnen müsse, war jedem Menschen klar, aber es war doch schon wesentlich schwerer zu sagen, wie dieser angepackt werden könne. Und wer konnte es damals wagen, überhaupt außenpolitische Fragen aufzugreifen oder von den Aufgaben einer kommenden deutschen Regierung zu reden, da das Schicksal Deutschlands noch ganz in der Hand der siegreichen Alliierten lag? Die Möglichkeiten zur Ausgestaltung eines politischen Programms waren somit von vornherein beschränkt, und nur so ist es zu erklären, daß die Thesen der verschiedenen Parteien, die damals entstanden, viele äußerliche Übereinstimmungen aufwiesen. Erst bei näherem Hinschauen lassen sich dann gewisse Unterschiede erkennen, Unterschiede sowohl zwischen den einzelnen Parteien als auch — und das ist für den Gang unserer Untersuchung wichtig — zwischen den einzelnen Gruppen innerhalb der Parteien. Die Besonderheiten der „Frankfurter Leitsätze“ herauszuarbeiten und den Thesen der CDU-Gruppen in anderen Gebieten, insbesondere denen in Berlin und in Köln, gegenüberzustellen, muß daher unsere Aufgabe sein.

Betrachten wir die Frankfurter Leitsätze somit nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Was sagen sie über die zukünftige Gestalt Deutschlands aus?

⁵⁸⁾ Endgültige Fassung vom September 1945; Archiv Bruno Dörpinghaus.

⁵⁹⁾ Vgl. Wieck, a.a.O., S. 67 ff. und 214 f.

2. Aus welchem Grunde nennt sich die Partei „christlich“ und welche Stellung soll den Kirchen künftighin eingeräumt werden?
3. Welche Schulform wird angestrebt?
4. Welche Haltung nimmt die Partei gegenüber den sozialen Fragen ein und wie steht sie zu den praktischen Forderungen des marxistischen Sozialismus?

Es fällt sofort ins Auge, daß über die zukünftige Gestalt Deutschlands als Staat keine konkreten Aussagen gemacht werden. Die alte Kontroverse zwischen föderalistischer und unitarischer Staatsauffassung, der frühere Gegensatz zwischen Preußen und den deutschen Mittelstaaten werden nicht berührt. Scharf verurteilt wird jedoch die Anwendung der Gewalt. Es heißt:

„... Wir wollen ein neues (alle Sperrungen im Original; Anm. d. Verf.) Deutschland. Ein ganz anderes, als durch das vergangene Regime zu einem Gegenstand des Hasses der ganzen Welt geworden ist, ein anderes aber auch, als es vor 1933 oder vor 1914 gewesen ist. Wir wollen heute nicht einfach da fortfahren, wo unsere Vorgänger 1933 aufhören mußten, so als ob seitdem nichts geschehen wäre. Wir wollen daher zuerst und vor allem, daß die Idee der Gewalt, die in fast zwei Jahrhunderten preußisch-deutscher Geschichte immer wieder wie eine geistige Krankheit unser Volk angesteckt hat, mit ihren letzten Wurzeln aus unserem politischen Bewußtsein verschwindet, die Idee der Gewalt nach innen und nach außen. Sie soll ersetzt werden durch die Idee des Rechtes, also des Respektes vor dem Mitbürger, vor seiner Meinung und seinem Willen, aber auch der Achtung vor den Nachbarvölkern und den mit ihnen geschlossenen Verträgen...“

Diese Einleitung bedeutet ganz unzweideutig eine Absage an den Nationalsozialismus, der damals — im Jahre 1945 — als das konsequente Ergebnis und als Abschluß der deutschen Geschichte der letzten Jahrhunderte angesehen wurde. Man fühlte sich erdrückt von dem, was geschehen war, war aber auch in Gefahr, nun von einem Extrem ins andere zu fallen. Man wußte konkret, daß die alten Formen sich schließlich selbst zerstört hatten, besaß aber noch keine Vorstellung von dem, was jetzt an ihre Stelle gesetzt werden sollte.

Wie auch alle anderen Programme der Christlichen Demokraten, forderten auch die Frankfurter Leitsätze, auf den Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik aufbauend, den kommenden deutschen Staat, auch wenn sie von diesem noch keine fest umrissenen Vorstellungen hatten, mit genügender Macht auszustatten, um gegen alle möglichen Gegner der demokratischen Ordnung vorgehen zu können. Über die demokratische Tradition im politischen Bewußtsein des deutschen Volkes äußerten sie sich allerdings recht pessimistisch. Sie betonen, daß an Stelle des Soldaten, der bisher als der erste Mann im Staate gegolten hatte, nunmehr der freie Bürger treten müsse, der im christlichen Glauben seine Grundlage finde. Mit ähnlichen Worten wie in den Kölner und Berliner Programmen wird darüber ausgesagt:

„... Wir betrachten das lebendige Christentum aller Bekenntnisse als Grundlage unseres politischen Handelns. Wir wollen vor allem die in Jahrhunderten bewährte christliche Auffassung vom unschätzbaren Wert des einzelnen Menschen mit

allen politischen Konsequenzen in unserem Volke wieder verwirklichen. Ferner wollen wir die aus dem Glauben geborene Hilfsbereitschaft aller Christen für den tatkräftigen Dienst an unserem niedergeborenen Volk einsetzen. Da das christliche Menschenbild in wesentlichen Zügen das gleiche ist, wie es auch vielen Nichtchristen als das einer weltlichen Humanität vorschwebt, werden auch sie mit uns zusammengehen können...“

Diese Formulierung wirft zugleich etliche Fragen auf. Was heißt es, das christliche Menschenbild mit allen Konsequenzen zu realisieren? Soll als notwendige Folge jegliches weltliche Machtmittel verurteilt werden? Es scheint beinahe gefährlich, einen derartigen Satz in ein politisches Programm aufzunehmen. Und wie ist es möglich, diesen konsequent weiter zu verfolgen, wenn man gleichzeitig Toleranz gegenüber den Nichtchristen üben will? Auch das Beispiel, daß das Menschenbild des Humanismus dem des Christen sehr nahe stehe, hilft nicht über diese notwendige Frage hinweg und ist auch nicht so gemeint, sondern zielt lediglich auf die wenigen noch lebenden Liberalen, für die der Humanismus des 19. Jahrhunderts das entscheidende geistige Erlebnis war. Die ganze Aussage wirkt somit keinesfalls überzeugend. Dafür trifft aber dann der nächste Absatz um so mehr die eigentliche Ausgangsposition aller Christlichen Demokraten:

„... Die Menschen der christlichen Bekenntnisse werden nach einer Zeit gemeinsam erduldeten Leiden — unbeschadet der Verschiedenheit ihrer Lehren — auch weiterhin eine brüderliche Haltung zueinander bewahren und in dieser Partei zusammengehen. Sie werden sorgfältig alles vermeiden, was den Frieden stören, und alles tun, was ihn vertiefen könnte. Allen Nichtchristen werden sie Duldamkeit und Achtung entgegenbringen und dürfen daher eine gleiche Haltung auch von ihnen erwarten...“

Eine gleiche Haltung kehrt in allen anderen Programmen der CDU wieder. Sie ist jedoch mehr eine Forderung als die Feststellung eines Tatbestandes. Es war, wie die führenden Mitglieder des Frankfurter Kreises bestätigen⁶⁰), durchaus nicht leicht, Katholiken und Protestanten zu gemeinsamem politischen Handeln zusammenzuführen. Und es war besonders schwer, dafür eine genügende Zahl von Protestanten zu finden. Sagte doch Marcel Schulte von diesen, daß sie noch nicht mündig seien! Konnte man also schon von einer echten Partnerschaft sprechen? Wir müssen das verneinen und können nur feststellen, daß das, was im Programm vorausgesagt wird, in Wirklichkeit noch nicht in genügendem Umfange vorhanden war. Daß der Wille dazu jedoch bestand und einzelne Gruppen den Mut hatten, für das Zusammengehen von Katholiken und Protestanten in einer einzigen politischen Partei einzutreten und damit diesen Willen in die Praxis umzusetzen, weil viele Notwendigkeiten dafür sprachen, war und ist das Bedeutsamste der Vorgänge, die zur Gründung der CDU führten.

Dem Frankfurter Kreis schwebte aber keinesfalls vor, nun eine „Kirchenpartei“ zu schaffen; er wollte nicht einmal den Staat mit den Kirchen enger

⁶⁰) Dem Verfasser u. a. von Bruno Dörpinghaus, Marcel Schulte und Dr. Köhler, Wiesbaden, bestätigt.

verbinden, sondern setzte sich vielmehr für eine weitgehende Trennung beider ein, die allerdings nicht so scharf war, daß die Kirchen auf ein Dasein im Ghetto beschränkt blieben. In der Schulfrage wird deutlich, wie das Verhältnis von Staat und Kirchen bemessen sein sollte. Die Leitsätze stellten dazu fest:

„... Verschiedene christliche Bekenntnisse und andere Weltanschauungsmächte beanspruchen in geschichtlich begründeten Auseinandersetzungen den deutschen Menschen. Die verschiedenen an der Schule interessierten Mächte lassen ein einheitliches Ziel der Erziehung nicht ohne weiteres zu. Wir müssen mit dieser Tatsache rechnen und in gegenseitiger Duldung, da es eine ideale Lösung nicht geben kann, eine brauchbare Lösung finden und entwickeln. Wir sehen eine Staatsschule vor, die den jungen Menschen auf der Grundlage einer aus den Werten der europäischen und deutschen Geschichte erwachsenen positiven humanitären Ethik bildet, eine Staatsschule, die nicht antichristlich und antikirchlich ist, sondern dem Geist des Christentums und anderen in unserem Bereich gewachsenen geistigen Strömungen offensteht ...“

Diese Forderung hätte auch von jedem Sozialdemokraten oder Liberalen unterschrieben werden können. Sie ist allgemein-verbindlich und in keiner Weise nur auf eine einzige Partei beschränkt. Erst der folgende Absatz gibt dann die eigentliche, von der Sozialdemokratie und dem Liberalismus deutlich abgesetzte Einstellung der Christlichen Demokraten wieder, die auch in deren anderen Programmen in ähnlichen, manchmal allerdings noch schärferen Worten ausgesprochen wird:

„... Den christlichen Bekenntnissen erkennen wir das Recht zur Einrichtung und Führung eigener Privatschulen zu, anderen weltanschaulichen Gruppen seien sie nicht verwehrt. Den Privatschulen sollen vom Staat verhältnismäßig die gleichen geldlichen Zuwendungen gemacht werden wie den Staatsschulen selbst... In den Staatsschulen, nach Möglichkeit auch in den Berufsschulen, muß den Kindern nach Bestimmung der Eltern die Möglichkeit des Religionsunterrichtes in kirchlichem Auftrag geboten werden. Diese Grundsätze gelten sowohl für die Volksschule wie auch für die höhere Schule ...“

Die Frage der Sozialisierung der Grundstoffindustrie spielte, wie bereits angedeutet, gerade in Hessen eine besondere Rolle, da die Sozialdemokratie als stärkste Partei des Landes sie als unabdingbar auf ihr Programm gesetzt hatte. Die Verfasser der Frankfurter Leitsätze mußten sich daher notwendigerweise mit ihr auseinandersetzen. In dem Abschnitt „Sozialismus und Eigentum“ nehmen sie wie folgt Stellung:

„... Wir bekennen uns zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage, und zwar in folgender Form: Wir erstreben die Überführung gewisser großer Urproduktionen, Großindustrien und Großbanken in Gemeineigentum... Sinn und Zweck aller sozialistischen Maßnahmen ist nicht die Verstärkung der Macht des Staates oder gar seiner Kriegsmacht, wie es in der nationalsozialistischen und anderen Wirtschaft der Fall war, sondern ihr unmittelbares Ziel ist die Schaffung eines nach dem Stande der Technik und besonderen Lage Deutschlands möglichst hohen Lebensstandes der breiten Masse unseres Volkes, auf die Dauer auch die Schaffung neuen Eigentums für die besitzlosen Schichten, weil nur auf der Grundlage dieses Eigentums ein gesundes Familienleben wachsen kann...“

Dieser „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“⁶¹⁾ konnte es den Christlichen Demokraten dann erlauben, zusammen mit den Sozialdemokraten gegen die Liberalen dem Artikel 41 der Hessischen Verfassung vom 1. Dezember 1946⁶²⁾ zuzustimmen, der folgendes festlegte:

„... Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen,

2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.

Das Nähere bestimmt das Gesetz.

Wer Eigentümer eines danach in Gemeineigentum zu überführenden Betriebes oder mit seiner Leitung betraut ist, hat ihn als Treuhänder des Landes bis zum Erlaß von Ausführungsgesetzen weiterzuführen ...“

Ähnliche sozialistische Wendungen wie in den Frankfurter Leitsätzen finden sich auch in anderen gleichzeitigen Programmen der CDU, so z. B. in Köln und Berlin. Aber nur in Hessen blieb sie — jedenfalls äußerlich — in diesem Punkte auch konsequent. Ihre Zustimmung zur Sozialisierung bleibt Realität und ist nicht wegzuleugnen, wenn sie auch in Wirklichkeit weniger eine Grundsatzhaltung, sondern mehr das Ergebnis einer Verständigung mit der SPD über eine Reihe anderer Verfassungspunkte war, um durch einen Kompromiß überhaupt zu einer Mehrheitsbildung für das ganze Verfassungswerk zu kommen. Hätte sie selbst in der konstituierenden Landesversammlung über eine ausreichende Mehrheit verfügt, wäre es sicher nicht zu dem Artikel 41 gekommen. Trotzdem kann festgestellt werden, daß der Frankfurter Kreis sich durch eine gewisse Linksrichtung und durch ein liberaleres Christentum recht deutlich von anderen Gruppen der CDU unterschied. In den Leitsätzen heißt es nämlich weiter:

„... Wir wollen ferner, daß die Wirtschaft im großen einheitlich und planvoll gelenkt wird, weil nur dadurch Fehlanlagen und Verschwendung volkswirtschaftlichen Gutes verhindert und ein Wiederaufbau nach sozialen und gesamtwirtschaftlichen Produktionsgesichtspunkten und nicht nur nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen gesichert werden kann. Deshalb wollen wir vor allem eine öffentliche Kontrolle und Lenkung der Kapitalanlage, soweit ein Interesse der Allgemeinheit darin liegt ...

⁶¹⁾ Marcel Schulte schrieb am 13. Oktober 1953 an den Verfasser: „... Der Begriff des ‚Christlichen Sozialismus‘ wurde in Berlin entwickelt, während man in Frankfurt von einem ‚Sozialismus aus christlicher Verantwortung‘ sprach, d. h. die Frankfurter hatten sich von Anbeginn an auf den Standpunkt gestellt, daß es einen ‚christlichen Sozialismus‘ nicht geben könne, sondern es könne nur aus christlicher Verantwortung heraus nach bestimmten Theorien des Sozialismus versucht werden, die soziale Frage zu lösen. Obwohl also die Frankfurter Gruppe im Prinzip konsequenter war als die Kölner und die Berliner, vermied sie doch, derart radikale Begriffe zu prägen ...“

⁶²⁾ Über den Artikel 41 wurde bei der Volksabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Verfassungsentwurfs gesondert votiert. Die Mehrheit der Bevölkerung stimmte ihm ebenfalls zu.

Es ist daher unser sozialistisches (Sperrung im Original; Anm. d. Verf.) Ziel, einer möglichst großen Zahl von Menschen ein Leben in Freiheit von Not, in menschlicher Würde und Selbstverantwortung zu sichern...“

Es ist schwer, aus diesen Worten nicht das Ideal eines sozialistischen Wohlfahrtsstaates herauszulesen, der danach das erstrebenswerte Ziel gewesen wäre. Und dennoch entfernte sich die hessische CDU — auch ihre Frankfurter Gruppe — sehr bald recht weit von diesen Grundsätzen und bekannte sich wieder zur Anerkennung des Privateigentums — eingeschränkt nur durch die Verpflichtung zu dessen Gebrauch unter Rücksichtnahme auf soziale Erfordernisse. Auch die „Intelligenzlergruppe“ des Frankfurter Kreises verteidigt heute, nachdem sich der Artikel 41 der Verfassung rasch als Fehlschlag erwies, nicht mehr die Planwirtschaft als Prinzip, sondern nur als Ausweg in Notzeiten. Auch in dieser Frage wird spürbar, wie sehr die Umstände des Jahres 1945 die Abfassung von Programmsätzen für einen längeren Zeitraum unmöglich machten, weil die Verhältnisse damals als Normalzustand erschienen, was sie in Wirklichkeit nicht waren.

Die Frankfurter Leitsätze wanderten im Herbst 1945 in unzähligen Exemplaren durch ganz Deutschland und wurden vielfach kopiert. Ihnen war jedoch aus den angeführten Gründen nicht der überzeitliche Wert beschieden, den ihre Verfasser ihnen zugehört hatten. Sie blieben ganz das Werk des Augenblicks und können auch nur als solches aufgefaßt werden. Sie charakterisieren allerdings den Frankfurter Kreis von 1945 recht deutlich und zeigen, daß dieser keineswegs restaurativ eingestellt war, sondern zu Neuem drängte. Sie wurden nicht, wie ihre Verfasser wollten, ein Stein des Fundaments der westdeutschen CDU oder gar ihr Grundstein, sondern können heute rückblickend nur als eine Komponente in deren Werden verstanden werden. Die einzelnen Forderungen des Programms reichen sehr weit, aber den Verfassern fehlte die Kraft, sie durchzusetzen oder zumindest in der Wirklichkeit zu erproben bzw. mit anders gerichteten Gruppen zu einem Kompromiß zu gelangen. Auch ihnen haftet manches von der besonderen Situation des Jahres 1945 an, als man vor dem Nichts stand und alles machen zu können glaubte, während in Wirklichkeit die überkommenen Vorstellungen und Formen aus den Trümmern wieder neu erstanden.

Die Wirksamkeit der Frankfurter Leitsätze und damit der Einfluß der Gruppe Kogon — Dirks — Schulte — Knappstein wäre zweifellos stärker gewesen, wenn nicht die amerikanischen Besatzungsbehörden statt des zum Vorsitzenden der Frankfurter CDP vorgeschlagenen Karl-Heinrich Knappstein den letzten Vorsitzenden des alten Zentrums in Frankfurt, Postinspektor Jakob Husch, mit der Leitung der neuen Partei beauftragt hätten. Die Gründe für die Ablehnung Knappsteins sind nicht bekannt geworden. Husch stand bereits in hohem Alter und konnte schon deshalb den Anforderungen seines Amtes nicht mehr voll nachkommen. Auch vertrat er eine weniger fortschrittliche Politik und war

dem alten Zentrum viel mehr verhaftet, als den Mitgliedern der Gründungsgruppe lieb sein mußte. Die Partei lief, wie Marcel Schulte es ausdrückt⁶³), von Anfang an in eine von ihren Gründern nicht gewünschte Richtung. Diese hatten gehofft, Frankfurt zum Ausgangspunkt einer „fortschrittlichen“ christlichen Partei zu machen, die nach allen Seiten programmatisch und politisch Einfluß ausüben und die übrigen CDU-Gruppen in Westdeutschland an sich ziehen sollte. Davon konnte nun nicht mehr die Rede sein, und der Gründerkreis wandte sich anderen Aufgaben zu.

Zur gleichen Zeit wie in Frankfurt bzw. nur wenig später entstanden dann auch in den anderen Zentren des Landes Hessen, so in Kassel, in Fulda und in Wiesbaden, lokale christlich-demokratische Parteien. Über die Kasseler Gründung berichtet der an ihr teilnehmende Dr. med. Rohrbach⁶⁴):

„... Die CDU-Kassel wurde im Juni 1945 in meiner Wohnung, Hugo-Preuss-Str. 3, gegründet. Zu den Gründerpersönlichkeiten gehörten also, außer mir, Stadtrat Quanz und Stadtrat Warlich (ev.), Regierungsrat Trabert, Dr. Stenzel (der Herausgeber der Frankfurter Neuen Presse) (kath.). Es handelte sich um die Gründung einer christlichen Partei als Gegengewicht gegen die hier in Kassel herrschende SPD und KPD.

Die katholischen Gründer gehörten dem Zentrum, die evangelischen dem Christlich-Sozialen Volksdienst an. Die evangelischen Mitglieder des Gründungskreises (Rohrbach, Quanz und Warlich) gehörten der Bekennenden Kirche an.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden haben die Gründung der CDU von vorne herein begrüßt, aber auch die anderen Parteien in keiner Weise gegenteilig beeinflußt...

Gespräche mit der evangelischen Kirche brachten der CDU die Erkenntnis, daß — jedenfalls in Hessen — die evangelische Landeskirche ihr sehr skeptisch gegenüberstand und sie als katholische Partei brandmarkte. Es war eine deutlich negative Haltung zu spüren, und eine Sympathie gegenüber der SPD, wohl weil eines deren Mitglieder z. Z. Kultusminister in der Hessischen Landesregierung ist.

Die Auffassung bezüglich einer interkonfessionellen Partei war sehr unterschiedlich mit Bezug auf das Wort ‚Christlich‘. Man hätte viel lieber eine getrennte evangelische und katholische Partei gesehen, doch hielten sich die evangelischen Kreise zum größten Teil lieber aus der Politik heraus, ehe sie sich einer katholischen Partei anschließen würden...“

Diese sehr objektiven und die damaligen Verhältnisse weitgehend treffenden Ausführungen werden durch Regierungsrat Eduard Trabert wie folgt bestätigt:

„... Bei der Überlegung, eine CDU zu gründen, wurde mit den kirchlichen Kreisen sowie den Freikirchen Fühlung aufgenommen. Mit der katholischen Kirche war sehr schnell eine Verständigung herbeigeführt, dahingehend, daß man keine konfessionelle Partei mehr wünsche. Auf evangelischer Seite bestanden zunächst sehr starke Bedenken ob es ratsam sei, mit den Katholiken im politischen Raum zusammenzuwirken...“

Der Gründungsaufruf für die christlich-demokratische Partei in Wiesbaden wurde am 28. September 1945 von 42 katholischen und evangelischen Bürgern, unter denen sich allerdings der spätere Repräsentant der Protestanten in Hessen,

⁶³) Brief an den Verfasser vom 13. Oktober 1953.

⁶⁴) Brief an den Verfasser vom 16. September 1953.

Dr. Erich Köhler, noch nicht befand, unterzeichnet. Gefordert wurde ein demokratisches, republikanisches, *zentral* regiertes Deutschland, eine Forderung, die selbstverständlich von den übrigen Gruppen, insbesondere von den Frankfurtern, nicht anerkannt werden konnte und darum schon bei der Gründung der Landespartei nicht mehr zur Diskussion stand.

Gründer der Partei in Fulda war Dr. Cuno Raabe, später Oberbürgermeister, der über seine Bemühungen wie folgt berichtet⁶⁵⁾:

„... Als ich im Oktober 1945 Berlin verlassen konnte (R. war dort Mitgründer der CDU gewesen; Anm. d. Verf.), ich lebte vor meiner Verhaftung (durch die Nationalsozialisten; Anm. d. Verf.) in Königsberg, wohin ich nicht zurückkehren konnte, kam ich in meine Heimatstadt Fulda. Hier waren die politischen Gespräche noch nicht so weit wie in Berlin. Ich habe deshalb hier alsbald mit verschiedenen Persönlichkeiten Gespräche über die Bildung der CDU in Fulda geführt, die auch bereits innerhalb von zwei Wochen nach einer vorausgegangenen größeren Versammlung, in der ich das grundlegende Referat hielt, zur Gründung der Partei führten. Die amerikanische Besatzungsmacht, soweit sie in Fulda vertreten war, stand dieser Gründung wohlwollend gegenüber ...

Besprechungen mit Vertretern beider Kirchen habe ich im Oktober hier in Fulda geführt. Von beiden christlichen Konfessionen wurde der Gedanke sehr gut aufgenommen ...“

Die Gründung der hessischen christlich-demokratischen Landespartei folgte dann den lokalen Parteigründungen sehr bald nach. Ihrem ersten Vorstand gehörten an:

Name	Beruf	Wohnsitz	Konfession	frühere pol. Bindung
I. Vorsitzender: Dr. Hilpert, Werner	Minister	Oberursel	kath.	Zentrum
Stellv. Vorsitzender: Dr. Köhler, Erich	Hauptgeschäftsführer d. Industrie- u. Handelskammer	Wiesbaden	ev.	DVP

Weitere Vorstandsmitglieder

Arndgen, Josef	Gewerkschaftssekretär	Wiesbaden	kath.	Zentrum
Wendel, Richard	Landwirt	Okarben/Friedberg	ev.	—
Sevenich, Maria	Schriftstellerin	Wiesbaden	kath.	KPD
Dr. Vitense, Otto	Redakteur	Schlüchtern	ev.	—
Dr. Steinmetz, Hans	Landrat	Dieburg	kath.	Zentrum
Wollschläger, Alfred	Schriftsteller	Fulda	ev.	—

⁶⁵⁾ Brief an den Verfasser vom 30. Dezember 1953.

Name	Beruf	Wohnsitz	Kon- fession	frühere pol. Bindung
Zimmermann, Erich	Bücherrevisor	Wiesbaden	ev.	—
Dr. Raabe, Cuno	Oberbürgermeister	Fulda	kath.	Zentrum
Graf Matuschka- Greiffenklau	Weingutsbesitzer	Schloß Vollrads	kath.	Zentrum
Dr. Lehr, Karl	Landgerichtsdirektor	Limburg	ev.	—
Kunz, August	Arbeitsgerichtsdirektor	Oberursel	kath.	Zentrum
Jäger, Eduard	Landrat	Limburg	kath.	Zentrum
Husch, Jakob	Postinspektor	Frankfurt	kath.	Zentrum
Dr. Georgi, Ernst	Arzt	Niederramstedt	ev.	—
Gebhardt, Adolf	Gärtnereibesitzer	Offenbach	ev.	CSVD
Biesewig, Siegfried	Kaufmann	Frankfurt	ev.	—

Die konfessionell paritätische Zusammensetzung ist deutlich erkennbar, ihr wird zweifellos bei der Bildung des Vorstandes besondere Beachtung gewidmet worden sein. In der Berufsgliederung zeigt sich, daß fast ausschließlich höhere Beamte und freie Berufe, dagegen nur ein Gewerkschaftsfunktionär vertreten waren. Sehr auffällig ist vor allem, daß keine Mitglieder der „Intelligenzler-Gruppe“ des Frankfurter Kreises in den Vorstand berufen wurden. Eine feste organisatorische Bindung war ihnen nicht wesensgemäß, sie wollten Anreger und Motor sein, aber keinesfalls in einen Apparat eingespannt werden. Über den ihnen nahestehenden ersten Vorsitzenden Dr. Hilpert vermochten sie jedoch zunächst noch die Politik der CDU in Hessen weiter zu beeinflussen. So ist z. B. der Entwurf zum hessischen Mitbestimmungsgesetz im wesentlichen im „Oberurseler Kreis“, wie sich die „Intelligenzler-Gruppe“ später nannte, entstanden und dann von Dr. Hilpert, der damals Arbeitsminister war, parlamentarisch vertreten und durchgebracht worden. Über diesen späteren Einfluß der Frankfurter Gründergruppe schreibt Marcel Schulte rückblickend⁶⁶⁾:

„... Professor Kogon hat die geistige Haltung der CDU in ihren Anfängen weitgehend bestimmt, und das heutige Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn, Minister Dr. Hilpert, hat die praktische Seite insofern bestimmt, als er — weil er den Gedankengängen der ‚Frankfurter Leitsätze‘ am nächsten stand — von den Frankfurter Parteigründern sehr gefördert und, als der Zusammenschluß bzw. die Gründung einer hessischen CDU gelang, zu ihrem Vorsitzenden vorgeschlagen und dann auch gewählt wurde, ein Amt, das er bis vor einem Jahr ununterbrochen in der hessischen CDU innehatte... Die eigentlichen Gründer spielen heute im Parteiapparat der hessischen CDU eine verhältnismäßig geringe Rolle, da es sich ja im großen und ganzen um Intellektuelle handelt, deren parteipolitische Interessen gering waren und die auch über die Partei nicht in Staatsfunktionen kommen wollten, obwohl ihr Wirken in den ersten Jahren so nachhaltig war, daß auch heute noch die CDU Hessens nicht ohne weiteres mit den Parteien gleichen Namens in den anderen Bundesländern verglichen werden kann...“

⁶⁶⁾ Bericht an den Verfasser vom 13. Oktober 1953.

Dr. Hilpert hatte als Vorsitzender der hessischen CDU zuerst gegen die starke Konkurrenz seines evangelischen Stellvertreters Dr. Erich Köhler zu kämpfen, konnte sich dann aber mit Hilfe neuer Männer, so des Fuldaer Landrats Stieler, des Offenbacher Rechtsanwaltes Dr. Stein, des späteren Fraktionsvorsitzenden Dr. Großkopf und des Höchster Chemiarbeiters Fleckenstein durchsetzen, zumal Dr. Köhler durch die Übernahme des Präsidiums des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet auch Aufgaben über den Bereich der Landespolitik hinaus zuwuchsen. Gleichzeitig wandte sich der „Oberurseler Kreis“ mehr und mehr von der Landespolitik ab und in Verbindung mit den „Frankfurter Heften“ sein Interesse den Plänen der „Europa-Union“ zu. Karl-Heinrich Knappstein ging dann bald in den diplomatisch-konsularischen Dienst der Bundesrepublik über und Professor Dr. Eugen Kogon wurden wissenschaftliche Aufgaben übertragen. Der Publizist Walter Dirks soll sich nach Professor Dr. Brill⁶⁷⁾ später sogar öffentlich für die Sozialdemokratie ausgesprochen haben. Der Politik, allerdings nicht der hessischen, blieb dagegen zunächst noch Bruno Dörpinghaus verhaftet, der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in Frankfurt wurde, also des Koordinierungsbüros aller christlich-demokratischen Zonen- und Landesparteien, und als solcher zeitweilig einen gewissen Einfluß ausübte⁶⁸⁾.

Die Position, die sich die CDU Hessens schon bald nach ihrer Gründung eroberte, läßt sich sehr deutlich an den Ergebnissen der ersten politischen Wahlen ablesen. Die abgegebenen Stimmen verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt (Angabe in Prozenten):

⁶⁷⁾ Brief von Prof. Dr. Hermann Brill, Wiesbaden, an Dr. Heinrich Heffter, Hamburg, vom 13. Februar 1952.

⁶⁸⁾ Die westdeutsche Nachrichten-Agentur Interpress berichtete am 23. Juli 1948: „Unter der Überschrift ‚Die Stimme seines Herrn‘ beschäftigte sich die britische Zeitschrift ‚News Review‘ mit der Persönlichkeit des in der breiteren Öffentlichkeit bisher wenig bekannten Generalsekretärs der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, Bruno Dörpinghaus. Wegen interner Schwierigkeiten, so heißt es einleitend, sei die CDU in jeder Zone selbständig organisiert, würde aber von einem Koordinierungsbüro in einem dreistöckigen Gebäude in Frankfurt geleitet. ‚Dort zieht Bruno Dörpinghaus, ein kleiner rothaariger ehemaliger Journalist, unter Kontrolle des in dem entfernten Köln sitzenden Konrad Adenauer an allen Registern des christlich-demokratischen Parteiapparates. Dörpinghaus, ein 49 Jahre alter Rheinländer, gibt die zahlreichen CDU-Publikationen heraus und lenkt sowohl den ‚kleinen Mann‘ wie die Spitzenfunktionäre der Partei. Mit Hilfe einiger weniger Sekretäre steht er in enger Fühlung mit allen führenden Persönlichkeiten der CDU, von denen die meisten entweder Minister in den Ländern oder Mitglieder der verschiedenen zonalen oder bizonalen Körperschaften sind. Zumeist sind er und seine beiden jugendlichen Mitarbeiter in den Büros der bizonalen Verwaltung zu sehen, wo ihre Parteifreunde praktisch jede bedeutende Tätigkeit kontrollieren. Von Zeit zu Zeit versammeln sich die Spitzenfunktionäre der CDU aller vier Zonen im Hauptquartier, um Schwierigkeiten auszubügeln und die zukünftige Politik der Partei zu umreißen. Es heißt, daß Dörpinghaus während dieser Zusammenkünfte in seinem Element sei. Indem er von einem Delegierten zum andern jagt, versucht er, eine Übereinstimmung mit den Wünschen seines Meisters Adenauer herzustellen. Gewöhnlich gelingt ihm das . . .“

	CDU	SPD	LDP	KPD	Unabhängige u. a.
Gemeindewahlen 20./27. Januar 1946	31,0	44,7	2,2	5,7	16,4
Landkreiswahlen 28. April 1946	38,1	43,9	6,2	8,4	3,4
Stadtkreiswahlen 26. Mai 1946	34,5	41,1	9,8	11,6	3,0
Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung 30. Juni 1946	37,2	44,3	8,1	9,8	0,6
Wahlen zum 1. Landtag 1. Dezember 1946	30,9	42,7	15,7	10,7	—

Die CDU war danach die zweitstärkste Partei und teilte sich im Jahre 1946 mit der SPD in die große Masse der Wähler. Der Hauptteil der katholischen Bevölkerung gab ihr zweifellos die Stimme, aber auch große Teile der nicht-sozialdemokratischen protestantischen Bevölkerung müssen sich zu ihr bekannt haben. Bei der ersten Landtagswahl am 1. Dezember 1946 machte sich jedoch bemerkbar, daß das protestantische Bürgertum nicht in allen seinen Teilen gewillt war, ihr auf dem Weg zum sozialistischen Staat, den sie bis dahin, vor allem im Verfassungswerk, gemeinsam mit der SPD gegangen war, noch weiter zu folgen. Die Abwanderung zur Liberal-Demokratischen Partei (später FDP), die erst verhältnismäßig spät auf der politischen Bühne erschienen war, wurde von nun an immer stärker und führte schließlich dazu, daß bei den ersten Bundestagswahlen im Jahre 1949 die Liberalen mit 28,1% der abgegebenen Stimmen zur zweitstärksten Partei Hessens wurden. Erst später konnte die CDU die zweite Stelle im hessischen Parteiensystem wieder zurückgewinnen.

c) Die Wiedergründung des Zentrums

Pläne zur Wiedergründung des Zentrums wurden zunächst nur vereinzelt erwogen, so z. B. von dem Journalisten Wilhelmkarl Gerst unter Hinweis auf die neue westfälische Zentrumspartei⁶⁹⁾, die er als radikal-sozial bezeichnete, in mehreren Artikeln der „Frankfurter Rundschau“. Wichtiger war allerdings, daß Dr. Karl Spiecker Verbindung zu der „Intelligenzler-Gruppe“ des Frankfurter Kreises suchte, um mit ihrer Hilfe aus dem linken Flügel der gerade entstandenen CDU, aus ehemaligen, noch nicht wieder gebundenen Zentrumsangehörigen und aus dem rechten Flügel der SPD eine „Union der Mitte“ zu schaffen, die als eine nicht marxistisch gebundene Partei der Arbeit dem deutschen Parteiensystem ein völlig neues Gesicht geben sollte. Über Spieckers Bemühungen und die Aufnahme seiner Gedanken bei den Frankfurtern berichtete Maria Sevenich nur wenig später wie folgt⁷⁰⁾:

⁶⁹⁾ Vgl. Wieck, a.a.O., S. 133 ff.

⁷⁰⁾ Bericht vom 11. Februar 1946. Abschrift im Archiv des Verfassers.

„... Bevor ich nach Westfalen fuhr, orientierten mich Kogon und W. Dirks vertraulicherweise, daß Dr. Kurt Schumacher von der SPD bereits in seiner Haftzeit (Kogon ist wohl mit Schumacher im Konzentrationslager zusammengetroffen; Anm. d. Verf.) begründet auf sein positives Christentum den Plan gefaßt habe, die SPD aufzuspalten, den linken Flügel, über dessen Stärke man sich nicht klar sei, zur KPD absondern zu lassen und seinen eigenen rechten Flügel mit bewußter Ausrichtung in christlicher, d. h. Labour-Richtung zusammenzuschließen mit dem linken Flügel der Christlich-Demokratischen Union. Das Zentrum hat sich in Westfalen gegründet, um diese doppelte Spaltung vorwärtszutreiben und in dieser neuen Labour-Partei die entscheidende ‚zentrale‘ Rolle zu spielen.

Diese ‚Kombination‘ ist der nicht offen ausgesprochene, aber ganz klar verfolgte Plan. Dabei ist zu bemerken, daß er betrieben wird von einer gewissen aktivistischen Gruppe in Hessen (d. h. dem Oberurseler Kreis; Anm. d. Verf.), die Leute der Rhein-Mainschen Volkszeitung — wie Kogon, Dirks, Knappstein, Schulte etc. — sind, wie ich heute sicher weiß, mit dem gleichen Plan in die CDU gegangen. Während das Zentrum die Spaltung von außen durchführen will, wollten es die anderen von innen machen . . .“

Maria Sevenich, die frühere Kommunistin, dann Mitgründerin und Vorstandsmitglied der hessischen CDU und spätere Sozialdemokratin, wandte sich damals gegen Spieckers Pläne. Ihr Bericht charakterisiert, wenn auch subjektiv gefärbt, nochmals die Gedanken der Sondergruppe des Frankfurter Kreises um Kogon und Dirks recht deutlich. Marcel Schulte, selbst Mitglied dieser Gruppe, sieht deren Beurteilung der Spieckerschen Gedanken, aus der Sicht des Jahres 1953 rückblickend, allerdings wesentlich anders⁷¹⁾:

„... Die Verbindung mit Dr. Spiecker und den Sozialdemokraten war nicht so stark, wie Sie anzunehmen scheinen. Nachdem wir feststellten, daß es unmöglich war, die Gründung der SPD zu verhindern, hat zwar eine loyale und gute Zusammenarbeit mit dieser Partei stattgefunden, sie trat aber nicht besonders stark in Erscheinung. Dr. Spiecker hat schon sehr früh Anschluß an die hessischen CDU-Kreise gesucht, war aber nicht davon zu überzeugen, daß die Gründung einer Zentrumspartei unerwünscht sei. Infolgedessen trennten sich die Wege — nicht aus ideologischen, sondern mehr aus persönlichen Gründen, weil man in Frankfurt überzeugt war, daß die Motive von Dr. Karl Spiecker mehr persönlicher als sachlicher Natur waren.

Im übrigen hat eine ständige Fühlungnahme mit Dr. Karl Spiecker stattgefunden, so daß in vielen Fragen zwischen seiner damaligen Zentrumspartei und den Christlichen Demokraten eine gute Verbindung bestand . . .“

Beide Versionen stimmen durchaus nicht überein, machen aber trotzdem deutlich, daß Versuche zur Umgestaltung des deutschen Parteiensystems auch noch nach der Gründung bzw. Wiedergründung der großen Parteien zu Ende des Jahres 1945 unternommen wurden, zu denen einzelne Vertreter des Frankfurter Kreises, deren Einfluß und Worten eine große Bedeutung beigemessen wurde, hinzugezogen werden sollten.

Zur Gründung einer neuen hessischen Zentrumspartei kam es dann allerdings erst im Jahre 1948, als die ersten politischen Illusionen der Nachkriegszeit schon wieder vergessen waren und der Alltag mit seinen ständigen großen und

⁷¹⁾ Bericht an den Verfasser vom 13. Oktober 1953.

kleinen Kämpfen auf lokaler und regionaler Ebene einer starken Ernüchterung Raum gegeben hatte. Es handelte sich jetzt jedoch nicht mehr um die von Gerst als radikal-soziale Partei gedachte Organisation und noch weniger um die Realisierung der Pläne Spieckers, sondern nur noch um eine Interessenvertretung für diejenigen Gruppen des katholischen Volksteils, die sich von der CDU nicht genügend berücksichtigt fühlten, also mit deren politischer Entwicklung unzufrieden waren. Aloys Nölle, Vorsitzender dieser neuen Zentrumspartei berichtet über die Wiedergründung⁷²⁾:

„... Wie überall, so waren 1945 auch im neuen Land Groß-Hessen die früheren führenden Zentrumskreise für die Gründung der CDU. Die katholische Bevölkerung wählte in der Folge überwiegend diese Partei. Bei dem evangelischen Volksteil war das nicht in diesem Maße der Fall. Große Kreise der evangelischen Gläubigen wählten die FDP oder die SPD. Da aber in der CDU stillschweigend, zum Teil auch förmlich vereinbart worden war, die Vorstände etc. je zur Hälfte mit Katholiken und Protestanten zu besetzen, ergab sich dadurch das Bild, daß mancherorts die Katholiken die Wähler stellten, während die Protestanten die Hälfte der führenden Mitglieder für sich in Anspruch nahmen.

Etwa seit 1947 hatte die nordrhein-westfälische Zentrumspartei in Hessen einen besonderen Beauftragten eingesetzt. Dieser — Redakteur Theo Oberheitmann, Weilburg — sollte in Hessen die Zentrumspartei wieder gründen. Infolge der angegebenen Diskrepanzen konnte er ... Interessenten finden.

Die erste hessische Zentrumsorganisation wurde im Landkreis Hünfeld gegründet; diese konnte bei der Kommunalwahl 1948 sowohl in der Stadt als auch im Landkreise Hünfeld Mandate erringen. Vorsitzender dieser Organisation wurde der Kaufmann Hackstein, Hünfeld.

Oberheitmann nahm auch Verbindung mit dem früheren Zentrumsmann Aloys Nölle auf. Nölle war vor 1933 als Polizeihauptmann führend im alten Zentrum tätig und gehörte im Jahre 1945 zu dem ehemaligen Berliner Zentrumskreis, der für die Gründung der Berliner CDU ... eintrat. 1946 hatte Nölle die CDU-Organisation in Nordhessen (Kurhessen) weitgehend befruchtet.

Im Juni 1948 kam es zur Gründung der Hessischen Zentrumspartei. Landesvorsitzender wurde Nölle, 2. Vorsitzender Dr. Wohlgemuth, Darmstadt ...

Die Hessische Zentrumspartei erhielt einen beachtlichen Zulauf. Aus allen Teilen des Landes erklärten sich ehemalige Geistliche, Lehrer, Gewerkschaftsvertreter etc. zur Mitarbeit bereit. Im Oktober 1948 fand in Wiesbaden die erste große öffentliche Versammlung statt, auf der der frühere nordrhein-westfälische Minister Hamacher über das Thema ‚Warum wieder Zentrum?‘ sprach⁷³⁾.

Der Organisationsaufbau litt jedoch unter Mangel an Mitteln ... Die nordrhein-westfälische Zentrumspartei begnügte sich mit Anerkennungsschreiben und leeren Versprechungen.

Bei der ersten Bundestagswahl 1949 ergab sich in Hessen hinsichtlich der christlichen Wählerschaft folgende Situation: Die Zentrumspartei hatte in zwei katholischen Wahlkreisen mit Sicherheit ihren Kandidaten durchgebracht, dagegen mehrere sichere

⁷²⁾ Bericht an den Verfasser vom 15. Oktober 1953.

⁷³⁾ Hamacher hielt unter dem gleichen Titel am 15. Oktober 1945 in Soest anlässlich der offiziellen Wiedergründung des Zentrums das Grundsatzreferat. Seine Rede wurde damals weit verbreitet.

CDU-Mandate zerschlagen und somit die christliche Substanz verringert. Aus diesem Grunde kam es zwischen der CDU-Leitung unter Minister Dr. Hilpert und der Zentrumsleitung unter Nölle zu Wahlbesprechungen mit dem Ziele, einen christlichen Wählerblock aufzustellen, dem sich der Evangelische Volksdienst⁷⁴⁾ anschließen wollte. Auf seiten der CDU wohnten den entscheidenden Besprechungen u. a. Dr. Hilpert, Dr. v. Brentano und der Abgeordnete Beck, auf Zentrumsseite die Herren Nölle, Felsing und Hackstein bei. Hackstein machte jedoch in der Folge nicht mehr mit. Diese Besprechungen hatten folgendes Resultat: Die CDU, die Zentrumspartei und der Evangelische Volksdienst bilden einen christlichen Wählerblock. Die Zentrumspartei löst sich auf und empfiehlt ihren Anhängern, wiederum der CDU beizutreten.

Dieser Abmachung wurde entsprochen. Die nordrhein-westfälische Zentrumspartei sowie die führenden hessischen Mitglieder Hackstein und Kalisch versuchten, diese Abmachung zu torpedieren . . . Die Hessische Zentrumspartei gehörte nunmehr der Vergangenheit an . . .“

Damit ist durchaus zutreffend der Versuch und das Scheitern der Wiederbelebung des Zentrums in Hessen geschildert. Die Worte Nölles machen aber auch deutlich, daß innerhalb der hessischen CDU weiterhin konfessionelle Gegensätze, besonders auf dem Gebiet der Personalpolitik, bestehenblieben, die Partei aber selbst doch inzwischen so festgefügt war, daß eine Spaltung aus konfessionellen Gründen nun nicht mehr möglich sein konnte. Der Unionsgedanke hatte sich in Hessen nach der Selbstauflösung des Zentrums voll durchgesetzt.

⁷⁴⁾ Im Dill-Kreis (um Dillenburg) wurde nach dem zweiten Weltkrieg neben der CDU wieder der Evangelische Volksdienst (CSVD) gegründet. Er blieb jedoch nur lokal verhaftet und legte lediglich bei Gemeinde- und Kreistagswahlen Wert auf seine Unabhängigkeit. Bei Landtags- und Bundestagswahlen ging er stets mit der CDU zusammen. Die Partei besteht heute noch.

3. Kapitel

Die Christlichen Demokraten in Rheinland-Pfalz

a) *Einleitung*

Vor der Gründung der CDU in Rheinland-Pfalz — die Landespartei trat erst am 14. Februar 1947 in Mainz ins Leben — waren zahlreiche besonders große Schwierigkeiten zu überwinden, die durch die außerordentlich komplizierten Verhältnisse dieses südwestdeutschen Gebietes bedingt waren. Parteibildungen innerhalb der französischen Besatzungszone hatten, sofern sie sich nicht ganz auf die Absichten der Besatzungsorgane einstellten, von vornherein mit starken Behinderungen zu rechnen. Die Tatsache, daß die einzelnen Teile von Rheinland-Pfalz früher sehr verschiedenen Provinzen und Ländern zugehörig gewesen waren, stand einer geschlossenen politischen Willensbildung im Lande hindernd im Wege. Das Übergewicht des katholischen Bevölkerungsteils über den evangelischen konnte dem Gedanken des Zusammengehens der beiden Konfessionen nicht immer förderlich sein. Die politischen Vorgänge nach 1945 waren aus diesen Gründen außerordentlich bewegt und voller Besonderheiten, auf die einzugehen schon deshalb lohnend ist, weil solcherart gezeigt werden kann, wie schwer doch in manchen Teilen Deutschlands der Gedanke der CDU sich durchsetzen konnte.

Wie überall, so wurde auch in den Gebieten des späteren Landes Rheinland-Pfalz frühzeitig der Wunsch laut, Katholiken und Protestanten in einer einzigen politischen Partei zusammenzuführen. Nicht weniger stark waren aber auch die Bedenken weiter Kreise und deren Bemühungen, wieder an überlieferte Formen und Programmpunkte anzuknüpfen, um derart den zwar niemals offen ausgesprochenen gegenseitigen Ressentiments der beiden Konfessionen praktischen Ausdruck zu geben. Die französischen Besatzungsorgane waren wiederum lebhaft bemüht, aus dieser politischen Verwirrung Vorteile zu ziehen. Sie versuchten deshalb, wenn auch nicht offen und dogmatisch, so aber doch im täglichen Leben unter Verwendung vieler kleiner Kunstgriffe, den deutschen politischen Gruppen die besonderen französischen Vorstellungen von der künftigen Gestaltung Deutschlands nahezubringen. So verlangten sie vor allem eine deutliche Absage an den Reichsgedanken und die Propagierung eines extremen Föderalismus, wobei sehr oft die Grenze zum Separatismus überschritten wurde. Es wird daher notwendig sein, sich bei der Darstellung der internen Gespräche der Christlichen Demokraten diese Haltung der Organe der Besatzungsmacht stets vor Augen zu führen, um den Druck zu ermessen, der auf den deutschen politischen Kreisen lastete. Als Beispiel hierfür sei eine

Äußerung Dr. Franz-Josef Wuermelings⁷⁵⁾ angeführt, der erklärte, daß die Führungsgruppe der CDU in Koblenz — wie auch anderswo in Rheinland-Pfalz — häufig ausgewechselt werden mußte, weil die in erster Frontlinie kämpfenden Politiker immer wieder von den Franzosen zermürbt wurden.

Die Landespartei der CDU entstand aus zahlreichen lokalen und regionalen Gruppen, die sich neben- und nacheinander in den einzelnen Teilen des späteren Landes gebildet hatten. Sie waren zumeist recht unterschiedlich strukturiert, ihre Vorstellungen von dem anzustrebenden deutschen Parteiensystem wichen vielfach erheblich voneinander ab. Fünf dieser Gruppen gewannen für die weitere Entwicklung besondere Bedeutung. Die Bildung der Christlich-Demokratischen Partei in der Stadt Koblenz bestimmte sehr weitgehend die weitere parteipolitische Entwicklung im umliegenden Regierungsbezirk. Erstaunlicherweise war jedoch die Verbindung zu dem nördlichen, nunmehr der britischen Zone angehörenden Teil des Rheinlandes, der im Sommer und Herbst 1945 Mittelpunkt der christlich-demokratischen Parteibildung war, sehr lose, wenn auch einige begrenzte Einflüsse der rheinischen christlichen Demokraten und des wiedergegründeten Zentrums festzustellen sind⁷⁶⁾. Die Stadt Trier, früher eine Hochburg des Zentrums, wurde nun erneut der Mittelpunkt einer bewußt katholisch orientierten christlichen Partei für den Regierungsbezirk. Für die „bayerische“ Pfalz wurden Neustadt a. d. Weinstraße, Landau und Speyer, für das Saargebiet Saarbrücken die Zentren verschiedenartiger Parteibewegungen. Rheinhessen mit seinem Mittelpunkt Mainz schließlich stand stark unter dem Einfluß der in Frankfurt und anderen Teilen des neuen Landes Groß-Hessen geführten politischen Gespräche. Der Verfasser konnte für seine Darstellung dieser verschiedenen Gruppen zahlreiches bisher unbekanntes Material verwenden. Es ist ihm aber auch bekannt, daß noch weitere Unterlagen vorhanden sind, deren Auswertung ihm von den Besitzern nicht gestattet wurde⁷⁷⁾. Er glaubt jedoch, daß das von ihm benutzte Material ausreichend

⁷⁵⁾ Mündliche Äußerung Dr. Wuermelings in einer Unterhaltung mit dem Verfasser am 18. Juni 1953.

⁷⁶⁾ Inoffiziell nahmen einige frühere Zentrumsmitglieder aus den Regierungsbezirken Koblenz und Trier ohne Wissen der französischen Militärregierung als Beobachter an der Gründungsversammlung der CDP in Köln am 2. September 1945 teil. — Im Sommer 1945 entwickelte sich zwischen dem Vertreter des Zentrumsgedankens im Rheinland, Dr. Hamacher, und dem in Koblenz lebenden früheren Zentrumsmitglied Peter Reichensperger ein lebhafter Briefwechsel. Hamacher bemühte sich, Reichensperger von der Notwendigkeit der Wiedergründung des Zentrums zu überzeugen.

⁷⁷⁾ Der Landauer Gustav Wolf, einer der Gründer der CDU in der Pfalz, jetzt Oberregierungsrat im Innenministerium von Rheinland-Pfalz, war z. B. leider nicht zu bewegen, den Verfasser sein sicher recht umfangreiches Material einsehen zu lassen, da er sich mit dem Gedanken trägt, eine eigene Darstellung zu veröffentlichen. Ein recht umfangreicher Bericht über die Entwicklung der Parteien im Gebiet des späteren Landes Rheinland-Pfalz, besonders in der Pfalz selbst, im Jahre 1945 wurde von ihm bereits früher für die Speyerer Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ (Beilage „Pfälzische Heimatblätter“, Nr. 11, November 1954) geschrieben; diese Darstellung zeigt jedoch kaum neue Tatsachen und Verbindungslinien auf und läßt manche schon bekannte Vorgänge unerwähnt.

war, ein zutreffendes Bild der einzelnen Vorgänge zu zeichnen, so daß durch die Erschließung weiterer Quellen wohl vielleicht noch Nuancierungen möglich werden können, das Gesamtgeschehen als solches aber schon jetzt objektiv richtig dargestellt ist.

b) *Die pfälzischen Kreise*

In den von August bis November 1945 geführten zahlreichen Vorbesprechungen ehemaliger Mitglieder des Zentrums bzw. der Bayerischen Volkspartei und bei der Fühlungnahme dieser Kreise mit einigen Protestanten, die früher der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und dem Christlich-Sozialen Volksdienst angehört hatten, standen sich drei verschiedene Auffassungen über die für die Pfalz anzustrebende Sammlung des christlichen Lagers gegenüber. Die Mehrzahl der katholischen Vertreter setzte sich für eine Wiedergründung des Zentrums ein, das erneut an katholische Traditionen anknüpfen sollte. Die Vertreter dieser Richtung wollten also der sogenannten Zwei-Säulen-Theorie folgen, beschäftigten sich aber daneben auch mit dem Gedanken einer politischen Einigung aller christlichen Gruppen, ohne jedoch zunächst bereit zu sein, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Hauptstützpunkte dieser Richtung waren die Städte Speyer und Kaiserslautern. In Neustadt a. d. Weinstraße wollten dagegen protestantische Politiker, ebenfalls der Zwei-Säulen-Theorie folgend, mit einem Christlich-Sozialen Volksbund eine vorwiegend protestantische Partei gründen. Beide Richtungen konnten somit einander ergänzen. Nur eine kleine Minderheit, deren Mittelpunkt Landau war, bemühte sich schon sehr früh um die Gründung einer interkonfessionellen Partei. Sie lehnten für diese den Namen „Zentrum“ ab, da sie sich mit Recht sagten, daß den Protestanten dadurch der Zutritt sehr erschwert werden würde. Nach den Verhandlungen in den ersten Monaten mit ihren fast täglich neuen Wendungen und Veränderungen neigten dann all diese Gruppen schließlich der Auffassung zu, eine „Zentrumspartei“ mit interkonfessionellem Charakter zu gründen. Die Protestanten bestanden allerdings weiter auf einer eigenen politischen Vertretung, was sicher auch von manchen Anhängern des alten Zentrums begrüßt wurde. Diese Haltung zeigt, wie es trotz des vorangegangenen zwölfjährigen Vakuums und trotz aller bitteren Erfahrungen in der nationalsozialistischen Zeit außerordentlich schwer war, sich auf lokaler und kommunaler Ebene von den überkommenen Vorstellungen und Parteiformen zu lösen.

Am 1. Dezember 1945 beantragten dann der Dekan Johannes Fink (Limburg-hof), der Landauer Bürgermeister Gustav Wolff, der Buchdruckereibesitzer Dr. Alois Kraemer (Landau) und der Pfarrer Dr. Martin Walzer (Ludwigshafen) die Lizenzierung des neuen „Zentrums“ für das Gebiet Rheinhessen und Pfalz. Obwohl die Unterzeichner sämtlich Katholiken waren, sollte die Partei, entsprechend der eben angedeuteten Konzeption, interkonfessionellen Charakter tragen.

Nur zwölf Tage später wurde dann aber in Großbockenheim für das gleiche Gebiet eine interkonfessionelle „Christlich-Soziale Union“ angemeldet. Unterzeichner des Antrages waren Pfarrer Dr. Walzer, der bereits für das Zentrum eingetreten war, Dr. Dr. Schmitt (Mainz), Oberstudienrat Dr. Damm (Kaiserslautern) und Dr. theol. Reatz (Mainz). Diese Gruppe war stärker im rheinhessischen Gebiet verankert.

Um ein solches Nebeneinander zu beenden, wurde am 20. Dezember 1945 in Neustadt a. d. Weinstraße eine sogenannte „Turmzimmerkonferenz“ abgehalten, an der Vertreter der beiden Richtungen teilnahmen. Sie einigten sich, beide Anträge zurückzuziehen und gemeinsam um die Zulassung einer neuen „Christlich-Demokratischen Partei“ nachzusuchen. Der am 27. Dezember 1945 unterzeichnete Antrag wurde von Pfarrer Johannes Fink, seinem Bruder Dr. Albert Fink, Dr. Adolf Baumann, Dr. Alois Kraemer und Gustav Wolf unterstützt. Die Vertreter des „Zentrums“ hatten also die Führung an sich gerissen, womit die Anhänger der „Union“ jedoch nicht einverstanden waren. Pfarrer Walzer, Dr. Schmitt, Dr. Damm, Dr. Reatz und sämtliche Dekane der Pfalz, für die Walzer auftragsgemäß mitunterzeichnete, reichten deshalb am 30. Dezember einen Antrag auf Zulassung der „Christlich-Sozialen Union“ ein. Die Illusion, in Neustadt eine Einigung erzielt zu haben, war sehr rasch wieder verflogen. Die Gegensätze waren mehr regionaler denn grundsätzlicher Natur.

Die Bemühungen um ein Zusammengehen mit protestantischen Kreisen waren in der Zwischenzeit ebenfalls nahezu erfolglos geblieben. Am 18. Januar 1946 beantragten daher der Präsidialdirektor Ritterspach (Neustadt), der Ministerialrat Dr. Dr. Adolf Müller (Miesenbach) und der Präsidialdirektor Franz Zapf, der als Vertreter des Liberalismus galt, die Lizenzierung eines evangelischen „Christlich-Sozialen Volksbundes“. Die Gründer dieser Gruppe gehörten der Pfälzer Provinzialregierung an und hatten enge Kontakte zur französischen Militärregierung. In einem Rundschreiben des Direktors Zapf wurde zum Ausdruck gebracht, daß der „Volksbund“ mit der evangelischen Kirche „eine Arbeitsgemeinschaft“ eingegangen sei. Was unter dieser ungewöhnlichen Formulierung zu verstehen ist, läßt sich nur vermuten. Ein organisatorisches Zusammengehen war sicher nicht gemeint, wohl aber die Mitwirkung der Organe der Kirche bei der Lösung der dem Volksbund vorschwebenden politischen Aufgaben. Nach Zapf sollte er den großen Rahmen für alle diejenigen spannen, die der SPD, der KPD und den christlichen Demokraten in ihrer pfälzischen katholischen Form nicht beitreten wollten. Indirekt aber wurde damit doch wohl auch zu verstehen gegeben, daß er sich sicher mit den letzteren verbünden würde, sofern diese nur geneigt seien, ihre konfessionelle Basis aufzugeben. In der weiteren Entwicklung zeigte sich dann allerdings, daß das Hindernis für eine Sammlungsbewegung gerade der Volksbund war.

Auf Einladung des Oberregierungspräsidenten der Pfalz, Dr. Eichenlaub (später CDU), trafen sich dann am 30. Januar 1946 die Anhänger der beiden

katholischen Richtungen — der Christlich-Demokratischen Partei und der Christlich-Sozialen Union — und die Vertreter des evangelischen Volksbundes zu einer gemeinsamen Aussprache. Dr. Eichenlaub war zu dieser Konferenz angeblich von General Bouley, dem Militärgouverneur von Rheinhessen-Pfalz, aufgefordert worden, da die Militärregierung nur eine Partei mit dem Zusatz „Christlich“, und zwar gemeinsam für Rheinhessen und die Pfalz, genehmigen würde. Es sei also, wie der Oberregierungspräsident in der Besprechung ausführte, notwendig, daß die verschiedenen Richtungen sich auf einer gemeinsamen Basis einigten. Dazu kam es allerdings nicht, man beschloß vielmehr die Bildung von zwei Parteien. Als vor allem von den Katholiken befürworteter Zusammenschluß sollte eine „Christlich-Demokratische Union“ gebildet werden. Neben sie konnte der „Deutsch-Soziale Volksbund“ unter der Führung von Präsidialdirektor Zapf treten. Die evangelische Gruppe war also offenbar nicht gewillt, mit den Katholiken zusammenzugehen. Sie blieb aber in der Minderheit — auch die spätere Umbenennung in „Sozialer Volksbund“ führte zu keiner Verbreiterung ihrer Basis — und ging 1947 zu den Liberalen über⁷⁸⁾.

Die „Christlich-Demokratische Union“ stellte noch am Tage der Besprechung den Antrag auf Zulassung. Unterzeichnet war dieser von Gustav Wolff (Landau), Dr. Hans Moser (Landau), August Candidus (Rhodt), Jakob Jahn (Neustadt), Friedrich Risch (Speyer), Dr. Rudolf Joeckle (Speyer), Jakob Demmerle (Börrstadt), Dr. Alois Kraemer (Landau), Daniel Hauter (Dreihof) und Oskar Stübinger (Dreihof). Ein „leitender Ausschuß“ sollte weitere 21 Personen umfassen. Es handelte sich also um eine rein pfälzische Gruppe, aus der sich jetzt allerdings alle katholischen Pfarrer zurückgezogen hatten. In ihr vertreten waren die beiden bisherigen katholischen Richtungen. Die weitere Bedingung der französischen Militärregierung, auch die rheinhessischen Gruppen mit zu erfassen, blieb unerfüllt. Die Pfälzer bemühten sich daher — aber ohne Erfolg — um eine Einigung mit den dortigen christlich-demokratischen Vertretern. Deren Führer Lorenz Diehl⁷⁹⁾ weigerte sich auf mehreren Sitzungen, mit der Pfälzer Gruppe zusammenzugehen, obwohl mehrere seiner Freunde

⁷⁸⁾ Bei der Gründung des Volksbundes soll — nach Gustav Wolffs Bericht in den Heimatblättern Nr. 11 vom November 1954 — Zapf geäußert haben, daß man eine „Stresemann-Partei“ gründen wolle. Nach der „Pfälzer Volkszeitung“ vom 9. Juni 1946 erklärte der Mitgründer Dr. Müller, der Soziale Volksbund sei „eine nichtkonfessionelle Partei, aber die Männer, die in ihm führen, sollen als Richtschnur ihres Handelns das protestantische Geistes- und Moralgut der deutschen geschichtlichen Vergangenheit zugrunde legen und sich . . . der Tatsache bewußt bleiben, daß in Hessen-Pfalz zwei Reichstage stattfanden, in Speyer und in Worms, auf denen die Grundfragen der Reformation durch Dr. Martin Luther angeschnitten wurden“. — Der Volksbund wurde am 11. Mai 1946 als Partei zugelassen. Nach den ersten Landtagswahlen vereinigte er sich im Mai 1947 mit der Freien Demokratischen Partei.

⁷⁹⁾ Lorenz Diehl, 1871 geboren, war bis zu seiner Ausweisung durch die Franzosen im Jahre 1923 Generalsekretär des hessischen Zentrums und dann bis 1938 Verbandssekretär der katholischen Männer- und Arbeitervereine der Diözese Mainz. Außerdem war er bis 1933 Mainzer Stadtrat und hessischer Landtagsabgeordneter.

— so z. B. Oberrechtsrat Dr. Schwahn und Rechtsanwalt Dr. Dahlem — ihn dazu zu bewegen suchten.

Wie von General Bouley schon angekündigt, wurde der Antrag der Pfälzer Gruppe auf Zulassung der CDU von der Militärregierung in Neustadt am 21. Februar 1946 mit der Begründung abgewiesen, daß die Rheinessen nicht beteiligt seien. Man legte jedoch Gustav Wolff, der die Verhandlungen geführt hatte, nahe, angesichts der Weigerung der rheinhessischen christlichen Demokraten um Diehl andere Vertreter zur Unterschrift heranzuziehen. Nach vielfachen Bemühungen fanden Wolff und Pfarrer Fink dann eine Lösung: eine Anzahl Persönlichkeiten aus Oppenheim, Diesheim, Nierstein und Bodenheim fanden sich bereit, für die Union einzutreten. Darauf genehmigte die Militärregierung am 5. März 1946 endlich die Gründung der CDU in Rheinessen und der Pfalz. Auch die Gruppe um Lorenz Diehl erklärte sich jetzt zur Mitarbeit bereit, um nicht ganz ausgeschaltet zu werden. Da aber inzwischen die Verwaltung der beiden Gebiete getrennt worden war, wurde nun doch keine einheitliche Parteiorganisation gegründet. Es entstanden vielmehr neben- und unabhängig voneinander für jeden Regierungsbezirk je eine christlich-demokratische Partei, deren politische Basis trotz der persönlichen Differenzen gleichgeartet war und die dann beide ein Jahr später in der Landespartei der CDU aufgingen.

c) *Die rheinhessischen Kreise*

Die für die Entstehung der CDU in Rheinessen wichtigste Persönlichkeit war zweifellos der schon erwähnte Lorenz Diehl, der bereits in der Weimarer Zeit politisch tätig gewesen war. Obwohl nun in hohem Alter, trat er sofort nach dem deutschen Zusammenbruch wieder in das politische Leben ein. Er befand sich bei Kriegsende in Worms, von wo aus er am 29. April 1945 früheren Mainzer Freunden schrieb⁸⁰⁾:

„... Ich bin noch vorläufig in Worms. Hoffe aber baldmöglichst nach Mainz zu kommen. Wir haben in kürzester Zeit eine große Aufgabe zu erfüllen. Nach meinen Informationen wird sofort nach Kriegsende von den Amerikanern die Betätigung der politischen Parteien zugelassen. Wir müssen dann sofort die Zentrumspartei neu konstituieren. Unser Volk braucht eine christliche, demokratische und soziale Volkspartei. Hier in Worms ist man schon bei den Vorarbeiten. Wir wollen auch in Mainz nicht zurückstehen. Ich hoffe auf Ihre Mithilfe. Bitte informieren Sie hierüber auch bekannte alte bewährte Zentrumsleute ...“

⁸⁰⁾ Eine Abschrift dieses Briefes an frühere politische Freunde findet sich in dem Bericht des evangelischen Diakons Hermann Matthes an den Verfasser vom 31. Dezember 1953. Dieser Matthes-Bericht ist eine etwas veränderte Nach- und Abschrift eines Berichtes, den der Sohn von Lorenz Diehl, Georg Diehl, im September 1953 verfaßt hatte. Diehl übersandte dem Verfasser seinen eigenen Bericht am 23. Dezember 1954.

Am 12. Mai wieder nach Mainz zurückgekehrt, begann er sofort Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister Dr. Walther, dem Zweiten Bürgermeister Dr. Dassen und dem Landgerichtspräsidenten Dr. Doller zu führen. Mit der Neugründung des Zentrums mußte aber vorerst noch gewartet werden, da die amerikanischen Militärbehörden die Bildung politischer Parteien zunächst nicht zuließen. In den Vorbesprechungen schälte sich dann der Gedanke heraus, das Zentrum nun auch den Protestanten zu öffnen. Wie auch anderswo, war man jedoch noch nicht bereit, den alten Namen preiszugeben, da man nicht erkannte, daß dieser das größte Hindernis für eine politische Union der beiden Konfessionen war.

Im Juni 1945 wurde dann in Mainz zur Leitung der kommunalen Angelegenheiten ein Stadtausschuß gebildet, dem Vertreter der SPD, der KPD, der Demokraten und des Zentrums angehörten, obwohl die Parteien selbst noch nicht wieder gegründet waren und demzufolge auch keine Fraktionen gebildet werden konnten. Die Notwendigkeit, unverzüglich die Gründung politischer Organisationen vorzubereiten, zeigte sich jetzt sehr deutlich, da gleichzeitig ein Ringen der einzelnen Richtungen um die Vergabe der Schlüsselpositionen in der Lokal- und Provinzialverwaltung einsetzte.

Während nun in kleineren Zusammenkünften der rheinhessischen Zentrumsanhänger immer neue Programme und Konzeptionen erörtert, verworfen und wiederaufgenommen wurden, trat im Hochsommer durch die Zuordnung Rheinhessens zur französischen Zone ein entscheidender Wandel der politischen Verhältnisse ein. Bisher hatte man eine Verbindung nach Frankfurt gesucht, nunmehr wurde es notwendig, sich mit den pfälzischen Kreisen zu verständigen. Zudem erklärte der französische Gouverneur von Rheinhessen, M. Armand, in Übereinstimmung mit den Direktiven des Militärgouverneurs für Rheinhessen-Pfalz, General Bouley, daß die Militärregierung für alle Parteien je eine gemeinsame rheinhessisch-pfälzische Organisation wünsche und nur eine solche zulassen werde. Es sollte aber noch mehr als ein halbes Jahr dauern, bis die rheinhessischen und die pfälzischen christlichen Parteigruppen sich auf einer gemeinsamen Basis einigten.

Am 1. September trafen in Mainz die Zentrumsvertreter Lorenz Diehl und Hans Gahr mit den Protestanten Lehrer Greb (früher Vorsitzender des hessischen evangelischen Volksdienstes) und Konrad Wolf in der Wohnung des letzteren zu einer Aussprache zusammen. Sie waren sich einig, daß beide Konfessionen möglichst gemeinsam in das politische Geschehen eingreifen müßten. Die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit blieben aber noch völlig offen. Am Tage danach erörterte ein Gremium früherer rheinhessischer Zentrumsangehöriger die sich nach dieser Konferenz ergebenden politischen Möglichkeiten. Georg Diehl schreibt darüber⁸¹⁾:

„... Am 2. September 1945 fand entgegen dem Verbot der Franzosen in Mainz auf dem Stadthaus auf Einladung von Lorenz Diehl eine rheinhessische Konferenz

⁸¹⁾ Bericht Georg Diehl und Hermann Matthes, a.a.O.

von früheren Zentrumsleuten statt. Nur Vertreter der Stadt Worms fehlten. Domkapitular Schwalbach war auch zugegen⁸²⁾. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, eine neue politische Partei mit dem vorläufigen Namen ‚Zentrum-Christlich-Demokratische Volkspartei‘ zu gründen. Der Name ‚Zentrum‘ sollte mit in Erscheinung treten, da man sich des Namens nicht zu schämen brauche und er in weiten Bevölkerungskreisen bekannt und noch einen guten Ruf hatte. Kleine Schwierigkeiten, die hier und da zu politischen Tagesfragen im Zentrum aufgetaucht seien, würden heute in besonderer Weise hervorgehoben, während die große erfolgreiche Arbeit von Windthorst bis Brüning für Kirche und Volk absichtlich verschwiegen würde, was schmerzlich berühre. Die Zusammenarbeit mit positiven evangelischen Kreisen wurde von der Konferenz für erstrebenswert gehalten . . .“

Diese Sätze zeigen recht deutlich, wie ungeheuer schwierig es war, sich aus den überkommenen, bis 1933 gültig gewesenen Vorstellungen zu lösen und eine politische Aktionsgemeinschaft aller Christen anzustreben. Die Zentrumsfreunde des Jahres 1945 dachten in vielen Dingen sehr viel konfessioneller, als die Gründer des Zentrums es jemals gewollt hatten⁸³⁾. Sie sahen nur die Einzelprobleme und vergaßen darüber, das Gesamte zu erfassen; sie meinten, Früheres wieder aufbauen zu können, wo doch nur ein völliger Neubau möglich war. Es bedurfte darum noch mancher bitterer Erfahrung, bis sich die führenden Politiker über den allein möglichen Weg klar wurden.

Die Frage der Parteigründung blieb also weiterhin in der Schwebe. Erst am 4. Dezember kam es zu einer neuen Konferenz zwischen Katholiken und Protestanten. Ihre Teilnehmer hatten inzwischen zweifellos von den politischen Vorgängen in anderen Teilen Deutschlands erfahren, denn sie beschlossen nunmehr, eine interkonfessionelle Partei zu gründen. Die Katholiken waren allerdings nicht bereit, so weit wie die Berliner CDU unter Hermes zu gehen und den Zusammenschluß aller Nichtsozialisten zu proklamieren. Vor allem wollten sie aber auch nicht den Namen „Zentrum“ fallenlassen. Dem Hinzutritt von Protestanten waren damit jedoch fast unüberwindliche Schranken gesetzt.

Während nun Lorenz Diehl noch verhandelte, schloß sich ein Teil der früheren Zentrumsmitglieder in Rheinhessen am 12. Dezember mit der pfälzischen Gruppe zusammen, die sich für die Gründung einer „Christlich-Sozialen Union“ entschlossen hatte. Der Zulassungsantrag wurde, wie schon dargestellt, zunächst in Großbockenheim eingereicht. Zu seinen Unterzeichnern gehörten Syndikus Dr. Ernst Kayser (Mainz), Pfarrer Dr. Martin Walzer (Ludwigshafen), Prof. Dr. theol. August Reatz (Ludwigshafen), Studienrat Dr. Dr. Schmitt (Mainz), Pfarrer Isidor Schlachter (Großbockenheim) und Studienrat Dr. August Damm (Kaiserslautern). Alle diese Persönlichkeiten waren katholischer Konfession. Die französische Militärregierung lehnte, wie ebenfalls schon dargestellt, den Antrag mit der Begründung ab, daß nur eine christliche Partei, und zwar gemeinsam

⁸²⁾ Schwalbach war im Mainzer Stadtausschuß der Vertreter der katholischen Kirche.

⁸³⁾ Vgl. Wieck, a.a.O., S. 129 f.

für Rheinessen und die Pfalz, zugelassen werden könne. Eine Einigung der Gruppen untereinander sei daher notwendig.

Die Sonderaktion war damit gescheitert, die Führung der Verhandlungen in Rheinessen ging erneut an Lorenz Diehl über. Bei der Beratung des Programms stellte sich nach seiner und seines Sohnes Auffassung heraus, daß die Katholiken mit den Vertretern der Bekenntniskirche wesentlich besser verhandeln konnten als mit den alten liberalen Kreisen, insbesondere denen, die aus der Deutschen Volkspartei kamen. Schon bei der Festlegung der religiösen Formulierungen und der Grundsätze in der Schulfrage gab es ernsthafte Mißverständnisse und Differenzen. Da die Zeit drängte, besprach Diehl sich mit dem Vertreter der katholischen Kirche, Domkapitular Schwalbach, und schlug dann vor, die Richtlinien für ein Programm zunächst innerhalb eines katholischen Kreises auszuarbeiten, um auf diese Weise zu gewährleisten, daß die Grundsätze der Katholiken gebührende Berücksichtigung finden würden. Auch dieser Vorschlag ist für die Entwicklung in Rheinessen recht aufschlußreich. Die Schwierigkeiten, die Vertreter der beiden Konfessionen gleichberechtigt zusammenzubringen, werden an ihm deutlich sichtbar. Darüber hinaus zeigt sich aber auch, daß die so vielfach gebrauchte These vom gemeinsamen Erdulden in der nationalsozialistischen Zeit, durch die die beiden Konfessionen zusammengeführt worden seien, nicht immer wirksam war. Es waren hier in Rheinessen keine Verhandlungen zwischen engen Freunden, sondern eher Koalitionsgespräche, für die jeder Schritt auf beiden Seiten sorgsam vorbereitet wurde. Die protestantische zeigte sich allerdings wenig geschlossen und hatte keinen festen Rückhalt, auf der katholischen dagegen arbeiteten Laien und Geistliche sehr eng zusammen und gewannen durch die Bestimmtheit ihrer Anschauungen ein wesentliches Übergewicht. Über den Ausgang der Beratungen schreibt Georg Diehl⁸⁴⁾:

„... Bei der Beratung des Programms mit der evangelischen Seite konnten auch diese Grundsätze (die vorher in den katholischen Sonderbesprechungen fixiert worden waren; Anm. d. Verf.), wenn auch mit Schwierigkeiten, durchgesetzt werden. Auch über den Namen der Partei bestanden ja grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. So wurde zum Beispiel von den Vertretern der früheren ‚Deutschen Volkspartei‘ bezeichnenderweise vorgeschlagen, das ‚Sozial‘ im Namen zu streichen, was jedoch von der Mehrheit abgelehnt wurde ...“

Das Parteiprogramm für Rheinessen wurde dann am 5. Januar 1946 vom Aktionsausschuß beschlossen. Seine Verfasser einigten sich auf den Namen „Christlich-Soziale Volkspartei“ und ließen mit Rücksicht auf die evangelischen Mitglieder nun auch den Zusatz „Zentrum“ fallen. Damit war eine recht bedeutende Konzession gemacht, wenn auch das geistige und politische Übergewicht der katholischen Partner weiterhin wirksam blieb.

Diesem Aktionsausschuß gehörten an:

⁸⁴⁾ Bericht Matthes vom 31. Dezember 1953.

Name	Wohnort	Konfession	Partei bis 1933	Beruf
Diehl, Lorenz	Mainz	kath.	Zentrum	Parteisekretär
Dr. Kaufmann, Edmund	Mainz	kath.	Zentrum	Buchhändler
Dr. Doller, Ernst	Mainz	kath.	Zentrum	Amtsrichter
Gahr, Hans	Mainz	kath.	Zentrum	Rektor
Diefenbach, Ludwig	Mainz	kath.	Zentrum	Verw.-Angestellter
Matthes, Hermann	Mainz	ev.	—	Diakon
Zickwolff, Otto	Mainz	ev.	DDP	Weinhändler
Laubach, Jakob	Mainz	kath.	Zentrum	Stadtsinspektor
Dr. Dahlem, Friedrich	Mainz	ev.	DVP	Rechtsanwalt
Diehl, Georg	Mainz	kath.	Zentrum	Verw.-Angestellter

Mitglieder des erweiterten Ausschusses waren:

Name	Wohnort	Konfession	Partei bis 1933	Beruf
Schmidt, Christian	Mainz	kath.	Zentrum	Baumeister
Wolf, Konrad	Mainz	ev.	CSVD	Verw.-Angestellter
Hoffmann, Gustav	Mainz	ev.	—	Dekan
Trabandt, Karl	Mainz	ev.	—	Pfarrer
Greb, Wilhelm	Mainz	ev.	CSVD	Lehrer
Dr. Schwahn, Quinibert	Mainz	kath.	Zentrum	Stadtrechtsrat
Eisenhauer, Peter	Mainz	kath.	Zentrum	Schreinermeister
Dr. Spieß, Paul	Mainz	kath.	Zentrum	Apotheker
Kern, Adolf	Mainz	kath.	Zentrum	Bankbeamter
Gerster, Gottfried	Mainz	kath.	Zentrum	Versicherungsdirektor
Ludwig, Josef	Mainz	kath.	Zentrum	Großhändler

Wenig später, noch vor der Einreichung des Zulassungsantrages, tauchte nochmals eine neue Schwierigkeit auf. Diehl berichtet darüber⁸⁵⁾:

„... Noch kurz vor Toresschluß, am Tage vor der Anmeldung der Partei bei der Militärregierung, entstand eine ernste Krise. Frühere Demokraten waren an Ausschußmitglieder herangetreten zwecks Vereinigung der früheren demokratischen Partei mit der Christlich-Sozialen Volkspartei. Sie verlangten eine gemeinsame Formulierung des Programms und Abänderung des Namens. Lorenz Diehl wandte sich entschieden dagegen und erklärte, daß es unmöglich sei, sich mit Kreisen zu verschmelzen, die religiös und weltanschaulich, aber auch wirtschaftlich und sozial in den alten liberalen Ideen lebten und auch in diesem Sinne in der christlichen Partei wirken würden. Es sei vielmehr im Interesse der politischen Klärung nur gut, wenn diese liberal-demokratischen Kreise eine eigene Partei als Nachfolgerin der alten demokratischen Parteien anmeldeten. Die evangelischen Ausschußmitglieder, die geneigt waren, mit den Demokraten zu verhandeln und ihre Unterschrift bei der Anmeldung der Partei hiervon

⁸⁵⁾ Bericht Matthes, a.a.O.

abhängig gemacht hatten, stimmten schließlich nach längerer Diskussion dem Standpunkt des katholischen Teils zu. So konnte am 21. Januar 1946 die Partei angemeldet werden. Der Antrag war unterzeichnet von Lorenz Diehl und Dr. Kaufmann⁸⁶), Diakon Hermann Matthes und weiteren 11 Persönlichkeiten des Aktionssauschusses. Dr. Friedrich Dahlem — einer der Unterzeichner — ist später der Freien Demokratischen Partei beigetreten ...“

Auch dieser Vorgang ist symptomatisch und fügt sich in das bereits gewonnene Bild des politischen Denkens der rheinhessischen Gruppe der späteren Christlichen Demokraten ein. Wie viel anders war die Entwicklung in Berlin, in Hamburg, oder auch in Frankfurt! Wir sehen, daß in der verwirrten Zeit unmittelbar nach der deutschen Katastrophe jeder Standpunkt von jeder Seite vertreten werden konnte, wie sehr es an Überlieferungen fehlte und wie man oft verzweifelt nach festen Ausgangspunkten suchte. Die Mainzer beschränkten sich, sehr traditionalistisch eingestellt, auf eine viel schmalere Ausgangsbasis als beispielsweise die Kölner, die zwar auch mit den Demokraten zu keiner Einigung kamen, dieses Ziel aber doch sehr gerne erreicht hätten.

Noch vor Abschluß der Beratungen wurde die Zustimmung des katholischen Klerus eingeholt. Am 3. Januar 1946 berichteten Lorenz Diehl und Dr. Edmund Kaufmann im Mainzer Caritashaus einer unter Vorsitz des Bischofs zusammengetretenen Konferenz über den geplanten Aufbau der Partei und die mit den Protestanten geführten Verhandlungen. Der überwiegende Teil der Anwesenden erklärte sich, den Empfehlungen der ersten Fuldaer Bischofskonferenz nach dem Kriege nachkommend⁸⁷), mit der Gründung einer interkonfessionellen Partei unter Preisgabe des Zentrums einverstanden⁸⁸). Nur eine Minderheit trat auch jetzt noch für die Neugründung des alten Zentrums ein. Als der Bischof am Schluß der Konferenz darüber abstimmen ließ, ob die Anwesenden mit dem von Diehl und Kaufmann eingeschlagenen Weg einverstanden seien und sich hinter die neuzugründende Christlich-Soziale Volkspartei stellen würden, lehnten nur zwei Geistliche ab und einer enthielt sich der Stimme. Diehl hatte damit auch die volle Unterstützung der Organe der katholischen Kirche gewonnen.

Der Antrag auf Zulassung wurde dann am 23. Januar 1946 den Militärbehörden übergeben. Nach monatelangen Verhandlungen war endlich eine Einigung erzielt worden. Die katholische Seite hatte ihr Übergewicht behauptet,

⁸⁶) Später Finanzminister in Württemberg-Baden.

⁸⁷) Auf der ersten deutschen Bischofskonferenz nach dem Kriege einigten sich die Oberhirten in internen Gesprächen, daß die Einheit der christlichen Front auch im politischen Bereich erhalten bleiben müsse. Da die CDU früher als die Zentrumsparterie in der Öffentlichkeit erschienen sei, solle man an dieser Lösung festhalten. Man darf jedoch aus dieser Stellungnahme nicht schließen, daß der Klerus zu den Schrittmachern der CDU gehört habe, er akzeptierte vielmehr nur einen gegebenen Zustand. Diese Auffassung wurde auf der Bischofskonferenz in Werl im August 1945 fixiert und später in Briefen des Kölner Erzbischofs, Kardinal Frings, an Dr. Hamacher, Troisdorf (29. März 1946), und des Paderborner Erzbischofs an Johannes Brockmann, Münster (Juni 1946), erhärtet. Vgl. Wieck, a.a.O., S. 66.

⁸⁸) Bericht Matthes vom 31. Dezember 1953.

bei den Protestanten hatte es dagegen an einer kraftvollen, zielbewußten und geduldigen Führung gefehlt, so daß von einer inneren Geschlossenheit nicht die Rede sein konnte. Die ehemaligen Demokraten blieben abseits, ehemalige Mitglieder der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, des Christlichen Volksdienstes und Parteilose hatten sich zumeist nur notgedrungen der katholischen Mehrheit angeschlossen. Es ist wichtig, sich diese besondere Situation vor Augen zu halten, da noch Jahre später von evangelischer Seite außerhalb der CDU behauptet wurde, daß diese doch nur eine katholische Partei sei. Mit diesen Auffassungen setzte sich der evangelische Pfarrer Köhler aus Bad Dürkheim im Jahre 1951 in einem Aufsatz wie folgt auseinander⁸⁹⁾:

„... Gehen wir von der Situation des Jahres 1945 aus! Nach dem Zusammenbruch machte sich in protestantischen Kreisen und besonders auch in der Pfarrerschaft eine große Lethargie breit. Wiewohl von der damaligen Kirchenleitung auf Anfrage die Teilnahme von Pfarrern an politischen Aktionen, z. B. an dem Entnazifizierungsverfahren, als erwünscht erachtet wurde, war die Tendenz überwiegend, sich aus allen politischen Betätigungen herauszuhalten. Daher waren nur einzelne wenige Vertreter des Protestantismus im politischen Leben anzutreffen. Die Tätigkeit war auch nicht verlockend. Schutt aufzuräumen ist immer eine undankbare Aufgabe. Man wird dabei schmutzig und staubig. Unsere Kirche hält es zwar für sehr wichtig, daß ihre Glieder im politischen Raum aktiv werden. Aber wer sich der Politik enthält, ist doch der feine Mann, denn Politik verdirbt den Charakter. Sagen wir etwas weniger selbstgerecht, es gibt kein politisches Handeln, ohne daß man schuldig wird. Man konnte von 1945 bis 1948 nicht politisch tätig werden, ohne mit der französischen Militärregierung in Verbindung zu sein. Ob diese Verbindung vom Evangelium aus betrachtet schuldhaft ist, wäre zu untersuchen. Eine Todsünde ist sie nach dem Gesetze der nationalistischen Ersatzreligion ...

... Die CDU wurde im Februar 1946 gegründet. Zur Gründungsversammlung waren Protestanten und Katholiken in gleicher Zahl geladen. Diese Parität wurde auch in der Folgezeit gewahrt, als die gegnerische Haltung protestantischer Kreise offen zutage trat. Diese Haltung schwächte von vornherein den protestantischen Flügel der CDU. Es mußte bei Wahlen festgestellt werden, daß man in protestantischen Gegenden sich der CDU versagte. Damit wurde auch der Einfluß protestantischer Männer auf die Gestaltung der CDU-Politik stark gemindert ...“

Die Position des protestantischen Flügels wird hier von der politischen Praxis her und aus evangelischer Verantwortung sehr deutlich beleuchtet. Pfarrer Köhler zieht eigentlich nur das Fazit einer Entwicklung, deren Anfänge zu schildern der Verfasser sich auf den vorhergehenden Seiten bemüht hat. Die Gründungsvorgänge in Rheinhessen zeigen erneut, wie verschiedenartig die Wurzeln der CDU sein konnten, wie heterogen die Kräfte waren, die eine Neuformung des deutschen politischen Lebens auf christlicher Grundlage anstrebten.

Von besonderer Art ist darum auch das am 5. Januar 1946 beschlossene Programm der rheinhessischen „Christlich-Sozialen Volkspartei“, das nicht nur durch seine ausschließlich innenpolitische Orientierung, sondern auch in vielen

⁸⁹⁾ „Der protestantische Pfarrer in der Pfalz und die CDU“ in: Pfälzisches Pfarrerberblatt, 42. Jg., 1951, Nr. 7.

noch grundsätzlicheren Fragen von den anderen Programmen, so z. B. von dem Kölner, dem Berliner und dem Frankfurter, abweicht und völlig eigene Züge trägt. Zur Vervollständigung des Bildes sei es hier im Wortlaut wiedergegeben:

„1. Wir fordern den *christlichen Staat*, der in Verantwortung gegenüber dem persönlichen Gott und gestützt auf das im Evangelium verkündete christliche Ethos das Wohl aller anstrebt. Wir lehnen den zügellosen Individualismus und Materialismus ebenso ab wie die Vergötzung des die Menschenwürde verletzenden Kollektivismus. An die Stelle des verderblichen Grundsatzes: ‚Was mir nützt oder was dem Staate nützt, ist gut!‘ muß der Grundsatz treten: ‚Wie helfe ich dem Volke?‘ An die Stelle von Haß und gegenseitiger Mißachtung muß Achtung vor den Mitmenschen, gegenseitige Rücksicht, muß Liebe und an die Stelle parteiegoistischen Denkens muß staatspolitisches Denken treten. Letztes Ziel ist, daß die christlichen Grundsätze nicht nur von Mensch zu Mensch, sondern auch von Staat zu Staat zur Geltung kommen.

2. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir einen *demokratischen Staat*. Wir fordern deshalb eine Verfassung, die für alle gleiche Grundrechte festlegt und die jedem durch allgemeine, gleiche und geheime Wahlen eine Mitwirkung an der Gesetzgebung und eine Kontrolle über die Regierung gewährleistet. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung sind tunlichst gegeneinander abzugrenzen. Wir erstreben ein Wahlrecht, das die Vorzüge der Verhältniswahl mit den Vorzügen der Persönlichkeitswahl unter Ausschaltung der Nachteile beider Systeme miteinander verbindet. Wir lehnen Diktatur in jeder Form und von jeder Seite ab. Der Staat soll soviel Gewalt haben, wie zum Wohle und zur Sicherheit und zum Schutze der Demokratie nötig ist. Der einzelne soll soviel Freiheit haben, wie im Rahmen des Gesamtwohls möglich ist. Die Verfassung Deutschlands muß eine föderalistische sein.

3. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir einen *sozialen Staat*, in dem kein Beruf und kein Stand mehr geachtet wird als ein anderer, kein Beruf und kein Stand mehr Rechte hat als ein anderer. Besitz muß verpflichten, darf aber nicht mehr Rechte verschaffen. An der durch den verlorenen Krieg, durch die Zerstörung der Städte und der Industrien, durch das Flüchtlingselend und durch die Arbeitslosigkeit geschaffenen Not muß das ganze deutsche Volk, jeder nach Maßgabe seines Einkommens und Vermögens, einerlei ob einer alles verloren oder noch alles besitzt, tragen. Deshalb muß ein gerechter Ausgleich zwischen den an Besitz oder Arbeit Geschädigten und den Ungeschädigten geschaffen werden. Wir fordern eine ausreichende Alters- und Arbeitslosenfürsorge, zu der jeder Deutsche ohne Unterschied, jede natürliche und juristische Person entsprechend dem Einkommen, einerlei aus welcher Quelle dieses kommt, beiträgt und teilnimmt. Nicht Armenunterstützung, sondern auf Rechtsansprüche gegründete Volksfürsorge muß das Ziel der sozialen Wohlfahrtspflege sein.

Für den Ausbau dieser Fürsorge darf nicht der materialistisch-egoistische Standpunkt, daß der, der derselben voraussichtlich nicht bedarf, auch keinen Beitrag zu leisten braucht, sondern nur die soziale Forderung nach wahrer Wohlfahrt des ganzen Volkes maßgebend sein, die sich letzten Endes mit den wirtschaftlichen und politischen Erfordernissen deckt, da es niemand auf die Dauer wohlergehen kann, wenn große Teile des Volkes darben müssen. Auch eine ausreichende Krankenfürsorge mit möglichst weitgehendem Lastenausgleich zwischen den verschiedenen Trägern der Krankenfürsorge muß gewährleistet sein. Jeder hat ein Recht auf Arbeit. Diesem Recht auf Arbeit und dem Recht auf soziale Fürsorge muß die Pflicht zur Arbeit und zur Mithilfe an der sozialen Fürsorge gegenüberstehen. Die Eigenständigkeit und Freiheit der

konfessionellen und privaten Wohltätigkeit und ihrer Einrichtungen muß gewahrt bleiben.

4. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir die Wiederherstellung des *Rechtsstaates* in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung auf allen Gebieten. Deshalb müssen wieder auf unverbrüchlicher Gerechtigkeit aufgebaute Rechtsnormen geschaffen werden, deren Beachtung und Durchführung von unabhängigen und unabsetzbaren Richtern überwacht wird.

5. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir *Ausmerzung der verhängnisvollen Lehren des Nationalismus* in Staat, Wirtschaft und Kultur und die Wiedergutmachung des von diesem begangenen Unrechts. Dabei verlangen wir eine Behandlung der Nationalsozialisten nach Recht und Gesetz.

6. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir den *Schutz der christlichen Religionsgemeinschaften*.

Weil wir zutiefst davon überzeugt sind, daß in einem Staat wahre Wohlfahrt nur bestehen kann, daß ein Staat überhaupt nur Bestand haben kann, wenn Gottes ewige Gesetze in den Herzen der Menschen wohnen und von diesen beachtet werden, fordern wir in den Simultanschulen den konfessionellen Religionsunterricht als Pflichtfach, in welchem in genügender Stundenzahl und unter Leitung der Kirchen die Jugend zu gottesfürchtigen, die Eltern, die Menschen aller Völker und jeden Standes und die Träger der staatlichen Obrigkeit achtenden Menschen und zur Liebe zu Heimat und Volk erzogen wird. Das in erster Linie den Eltern zustehende Erziehungsrecht ist zu beachten. Auch der übrige Unterricht ist so zu gestalten, daß er dem Geist der Versöhnung und der gegenseitigen Achtung im Volk und von Volk zu Volk und zwischen den Religionsgemeinschaften dient. Für die höheren Schulen und für die Lehrerbildung müssen dieselben Grundsätze gelten. Wir fordern auch den Schutz anderer Religionsgemeinschaften. Die höheren Schulen sollen allen Begabten offenstehen. Minderbemittelte sind staatlich zu fördern.

Es entspricht dem Geist der Demokratie, den Kirchen das Recht auf Konfessionsschulen und auf Privatschulen im Rahmen des Möglichen und unter Beachtung des Rechts der Minderheiten zu gewährleisten. Insoweit die Kirchen dabei staatliche Aufgaben erfüllen, sollen sie auch die finanzielle Unterstützung des Staates bekommen.

7. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir den *Schutz der Familie* und die Achtung vor der Heiligkeit der Ehe. Die Kinder gehören den Eltern, nicht dem Staate. Durch seine Kultur-, Lohn-, Steuer- und Wohnungspolitik und durch Ausgleich der Familienlasten muß der Staat der Familie, namentlich der kinderreichen, die Lebensmöglichkeiten schaffen, die sie zu ihrer seelisch und körperlich gesunden Entfaltung braucht. Deshalb fordern wir auch die Schaffung gerechter Normen auf dem Gebiet des Wohnungs- und Mietwesens und die nachdrücklichste Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaus durch Staat und Gemeinden, auch durch Gewährung von Darlehen zu niedrigem Zinsfuß.

8. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir den staatlichen *Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums* unter Berücksichtigung seiner sozialen Funktion. Die erwünschte Förderung der privaten wirtschaftlichen Initiative muß im Dienste des Gemeinwohls stehen. Deshalb fordern wir auch, daß an die Stelle einer planlosen Individualwirtschaft, die die Minderbemittelten ausbeutet und knechtet und die fort-dauernd zu Wirtschaftskrisen führt, eine *planvoll gelenkte Wirtschaft* tritt, die Fehlanlagen und Vergeudung der volkswirtschaftlichen Güter vermeidet und Ausbeutung und Unterdrückungen ausschließt. Deshalb fordern wir ferner das *Recht des Zusammenschlusses der Berufsstände* zu der Wahrung ihrer Interessen und Förderung ihres Berufes, und wir fordern deren Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht an der Ver-

waltung der volkswirtschaftlichen Güter, deren Produktion und Verarbeitung unter Vermeidung der Auswüchse zu weitgehender wirtschaftlicher Selbstverwaltung. Wir erstreben für alle Schaffenden, ob Kopf- oder Handarbeiter, eine gerechte Bewertung der Arbeitsleistung, eine soziale Hebung des Arbeiterstandes und die Erneuerung eines gesunden Mittelstandes und fordern deshalb die Förderung und den Schutz der kleinen und mittleren Betriebe im Handwerk und Handel.

Eines besonderen Schutzes bedarf die Landwirtschaft, um diese stark und leistungsfähig zu machen. Eine Einordnung derselben in eine gesunde Planwirtschaft ist unerlässlich. Damit ist eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion zwecks besserer Versorgung der städtischen Bevölkerung und ein Ausgleich der berechtigten Interessen zwischen Stadt und Land zu verbinden. Wir erstreben ferner die Herstellung der normalen Beziehungen zu den übrigen besetzten Gebieten, insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrs- und Geldwesens und des Güteraustausches.

9. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir, daß die in einem demokratischen Staat selbstverständliche *Freiheit des Wortes und der Schrift* dort ihre Grenze findet, wo diese dazu mißbraucht wird, Religion und Sitte zu unterhöhlen, die Achtung vor Gesetz und Obrigkeit zu untergraben und den Frieden der Welt zu stören. In einem christlichen Staat darf es keinen Raum für Schmutz und eine haßerfüllte Hetze geben. Demokratie hat nichts mit Zügellosigkeit zu tun. Sie erfordert die Unterordnung des einzelnen unter das Wohl der Gesamtheit.

10. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir ein *solides und lauterer Beamtentum*, das nicht Selbstzweck, sondern Diener des Staates ist. Bei der Stellenbesetzung müssen Leistung und charakterliche Eignung Prinzip sein. Eine gerechte Besoldung wird erstrebt.

11. Weil wir einen christlichen Staat wollen, fordern wir eine *Politik des Friedens*. Im Geschichtsunterricht ist die Jugend zu lehren, daß für das deutsche Volk der Krieg kein Mittel der Politik und kein Mittel zur Erlangung einer Wohlfahrt sein kann und darf. In Schule, Rundfunk und Presse ist die Achtung vor anderen Völkern und deren Einrichtungen zu lehren und die Überheblichkeit einer Rasse gegenüber einer anderen zu bekämpfen. Wir achten die Opfer der Kriege, die Deutschland geführt hat, und trauern um sie, und wir fordern eine Fürsorge für die Verletzten und Hinterbliebenen. Aber diese Opfer müssen lehren, daß sie nur dann nicht umsonst waren, wenn aus ihnen ein völlig neuer Geist erwächst, der eine Wiederholung solcher Opfer unmöglich macht. Dieser Geist muß auch lehren, daß Vaterlandsliebe nichts mit nationaler Überheblichkeit und Mißachtung anderer Rassen und Völker zu tun hat, und daß der Krieg die in dem Menschen wohnenden schlechten Eigenschaften mehr als die guten weckt. Militärische Erziehung jeder Art und die allgemeine Wehrpflicht lehnen wir ab. Waffen und Sprengmittel dürfen, soweit deren Produktion unerlässlich und erlaubt ist, nur in staatlichen Betrieben, die von der Volksvertretung kontrolliert werden, hergestellt werden.

12. Wir wollen ohne Rücksicht auf die Konfession und den Stand allen denen, die der Überzeugung sind, daß das christliche Gedankengut, die Liebe, die Gerechtigkeit, die soziale Tat und die Achtung vor den Mitmenschen das beste Fundament des Staates sind, eine politische Heimat geben. Wir achten aber auch die, die sich in anderen Parteien zusammenschließen, und wir sind mit allen, die guten Willens sind, zur Mitarbeit bereit. Staat, Kirchen und Wirtschaft sind gleichwichtige Faktoren im Völkerleben. Wenn diese drei ausgerichtet sind auf das Ziel der wahren Wohlfahrt des einzelnen und des Ganzen, kann auch das deutsche Volk wieder gesunden.

Beschlossen in der Gründungsversammlung am 5. Januar 1946.

Der vorbereitende Ausschuß: (Unterschriften).“

d) *Der Trierer Kreis*

Die Stadt Trier war in der ersten Zeit nach dem deutschen Zusammenbruch fast ganz von der Verbindung zu anderen Gebieten abgeschnitten. Obwohl auf sich allein gestellt und auch ohne Kenntnis von den Vorgängen in den übrigen Teilen der Rheinprovinz, bemühten sich doch schon sehr früh kleine politische Gruppen, Freunde um sich zu sammeln und Pläne für die Gründung einer christlichen Partei zu entwickeln. Die eine, von der Mehrzahl der Trierer Geistlichen unterstützt, wollte unverzüglich das Zentrum, das bis 1933 das politische Leben in der Stadt und im Regierungsbezirk bestimmt hatte, wieder ins Leben rufen. Eine andere sehr kleine Gruppe, die stark gemäßigte Ansichten vertrat und vorwiegend dem katholisch-liberalen Bürgertum zugehörte, warb für eine christlich-demokratische Partei, in der die beiden Konfessionen zusammenarbeiten sollten. Eine dritte neigte christlich-sozialen Vorstellungen zu und eine vierte wollte schließlich, sehr weit links stehend, ähnlich wie die Dominikaner-Patres Dr. Welty und Dr. Siemer in Walberberg⁹⁰⁾, Ideen des marxistischen Sozialismus mit christlichen Prinzipien zu verbinden suchen.

Auch in dieser Gruppenbildung zeigen sich wieder die charakteristischen Merkmale der Entwicklung in vielen westdeutschen Provinzstädten. Sehr rasch fanden sich auf lokaler Ebene frühere Politiker wieder zusammen, um die akuten Fragen der Kommunalpolitik in Übereinstimmung mit überlieferten Anschauungen oder neugewonnenen Erkenntnissen zu lösen. Zumeist wollte man in der ersten Zeit wieder an frühere parteipolitische Formen anknüpfen, neue Ansätze traten dagegen nur sehr zaghaft und oft noch wenig durchdacht ans Licht. Wirksame Impulse erhielten diese kleineren Gruppen der Neuerer erst aus den großen politischen Zentren, nachdem die gegenseitigen Nachrichtenverbindungen sich wieder gebessert hatten. Erst danach waren sie in der Lage, auch die retardierenden Kräfte an sich zu ziehen. Hätte es diese ins Land hineinwirkenden Kristallisationspunkte — Köln, Düsseldorf, Plön in Holstein (Gruppe Schlange-Schöningen), Berlin, Frankfurt und Stuttgart — nicht gegeben, dann wären sicher die der Wiederaufnahme alter Formen zuneigenden Kreise für die weitere Entwicklung ausschlaggebend geblieben.

So auch in Trier. Es gelang hier dem früheren ersten Vorsitzenden des örtlichen Zentrums, Heinrich Kemper, der ursprünglich die alte Partei wiedergründen wollte, sich dann aber — wohl auch unter dem Eindruck der Haltung der deutschen Bischöfe nach deren Konferenz in Werl — der christlich-demokratischen Konzeption anschloß, nach und nach aus den vier Gruppen vierzehn engere Freunde um sich zu sammeln — unter ihnen Dr. Zimmer⁹¹⁾, Frau Gandenberg, Dr. Dirks und die beiden christlichen Gewerkschaftler Albert Schmidt und Wolters — und ohne größere Schwierigkeiten die Christlich-Demokratische

⁹⁰⁾ Vgl. Wieck, a.a.O., S. 71 f.

⁹¹⁾ Später Innenminister von Rheinland-Pfalz.

Union in Trier zu gründen. Die alte Hochburg des Zentrums war damit dem neuen Parteigedanken gewonnen.

e) *Der Koblenzer Kreis*

In Koblenz begann bereits im Mai 1945 — als die Stadt noch von den Amerikanern besetzt war — der Justizrat Franz Henrich⁹²⁾, Besprechungen über eine Neugestaltung des politischen Lebens zu führen. Zur Verhandlung standen zunächst aber noch keine parteipolitischen, sondern nur kommunale und regionale Fragen. Es galt, in dem zu bildenden städtischen Bürgerausschuß einer drohenden Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten ein bürgerliches Gegengewicht zu schaffen und in den später im Regierungsbezirk Montabaur zusammengefaßten rechtsrheinischen Gebieten die Verwaltung in Gang zu setzen. Henrichs erste Gesprächspartner waren der Besitzer der Görresdruckerei, R. Verhülsdonk, der Dechant Homscheid und der Jurist H. Hermanns. Wenig später gesellten sich der Kaufmann Peter Altmeier⁹³⁾, der Gewerkschaftler Junglas, der Architekt Geisbüsch, der Geschäftsführer der Handelskammer, Jungblut, und die Rektorin Helene Rothländer hinzu. Diese kleine rein katholische Gruppe war entschlossen, ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß in der stark zerstörten und von der Bevölkerung zum großen Teil verlassenen Stadt nicht radikale Linksgruppen die Herrschaft an sich rissen und daß darüber hinaus die Rechte der katholischen Kirche neu gesichert würden.

Schon bald führten die Gespräche auch zu Überlegungen über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer künftigen parteipolitischen Gruppierung, womit sogleich die Alternative Wiedergründung des Zentrums oder Bildung einer interkonfessionellen Sammelpartei aufgeworfen war. Bei der Zusammensetzung des Kreises war es nur natürlich, daß die Befürworter der Zentrumswiedergründung zunächst noch überwogen. Sie erhielten zudem durch den alten angesehenen Zentrumspolitiker Jakob Diel, Burg Leyen bei Bingen, tatkräftige Unterstützung. Diel legte im September 1945 bei einer Besprechung aller Landräte des Regierungsbezirks Koblenz eine Denkschrift „Zentrum oder Christliche Sammelpartei⁹⁴⁾“ vor, in der er den Zentrumsstandpunkt nachdrücklichst verteidigte. Für unsere Untersuchung scheint es unumgänglich, sich die wesentlichsten Teile dieser Ausführungen deutlich vor Augen zu führen, da sich in ihnen wie in einem Brennglas alle Argumente, die nicht nur in Koblenz, sondern auch anderswo für die Notwendigkeit der Zentrumswiedergründung angeführt wurden, zusammengefaßt finden. Diel schreibt:

„... Überlegungen über die zweckmäßige Bezeichnung der für uns Katholiken künftig in Betracht kommenden Partei beschäftigen heute viele Geister. Es gibt nicht

⁹²⁾ Henrich war altes Zentrumsmitglied, hatte sehr enge Beziehungen zum Klerus und genoß seit vielen Jahrzehnten in der Stadt großes Ansehen.

⁹³⁾ Später Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.

⁹⁴⁾ Aufzeichnung aus dem Sommer 1945; Archiv Henrich.

wenige, welche ‚Heraus aus dem Turm‘ wollen ⁹⁵⁾, welche von der Notwendigkeit einer großen christlichen Sammelpartei sprechen, welche von keinerlei Auseinandersetzung im bürgerlichen Lager wissen wollen, etc. Es ist mir zu Ohren gekommen, daß selbst ganz erlauchte Geister, vor deren Format und Urteilsvermögen ich die allergrößte Hochachtung habe, derartigen Gedankengängen zuneigen.

Dennoch muß ich bitten, mir zu gestatten, einer scharf nach entgegengesetzter Richtung gehenden Auffassung Ausdruck zu verleihen und diese Auffassung zu begründen...

Es besteht keine Veranlassung, die Zentrumsfahne einzuziehen oder schamhaft zu verstecken⁹⁶⁾. Die Zentrumspolitik geht nicht nur in Ordnung, sondern wir können stolz auf das sein, was wir in den Jahren der Demokratie geleistet haben. Gewiß sind auch von uns Fehler gemacht worden. Wir sind ja auch nur Menschen. Ich selbst bin vielleicht einer von denen gewesen, die am schärfsten gegen manche Dinge innerhalb des Turmes gewettert haben. Ich sehe es beispielsweise heute noch als den vielleicht entscheidenden Fehler unserer Vergangenheit an, daß wir 1925 nicht an Stelle von Marx unseren Josef Wirth für die Reichspräsidentenschaft aufgestellt haben. Ich war dieser Auffassung schon damals, war aber zu jung und einflußlos, um Beachtung zu finden. Man kann irren. Man kann Fehler machen. In den großen Linien der Politik waren unsere Leistungen aber so, daß wir mit jeder, aber auch jeder Partei in die Schranken treten können. Die kommunistische Gefahr, meine lieben Freunde, — leiden wir da nicht zu stark an Gespensterfurcht⁹⁷⁾. Von diesen Leuten, arm an Geist und arm an Können, sollen wir uns ins Bockshorn jagen lassen? Vor solchen Leuten sollen wir die Flagge streichen, um uns hinter einer Mischmaschflagge zu verbergen? Nein! und zehnmal Nein!!!

Wir wären meinem Gefühl nach der großen Vergangenheit unserer Partei unwert, wenn wir etwas derartiges vermöchten. Fragen der Ehre und des Ansehens unserer Partei, Fragen der Tradition entscheidet man meines Erachtens nicht so ohnehin nach Zweckmäßigkeitgründen selbst dann, wenn die Zweckmäßigkeitgründe als stichhaltig erscheinen. Sind sie überhaupt stichhaltig? Ich sehe es nicht! Ich weiß, daß es auf die Zahl allein nicht ankommt. Ich weiß, daß die innere Geschlossenheit und Stoßkraft wesentlicher ist als ein Mehr an Mandaten. Ich weiß, daß die innere Geschlossenheit gelähmt werden kann durch eine verhältnismäßig kleine Zahl von Fraktionsmitgliedern, welche die innere Homogenität stören und die Fraktion nach außen kompromittieren. Ich weiß das und noch einiges mehr...!

Ich sehe, daß nunmehr der kommunistische Wahlzettel für das Meer haltlos hin- und herschwankender Gestalten das Mittel ist, einer vielfachen Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Ich sehe aber nicht die politische Überzeugung. Die kommunistische Partei kann unter dem Eindruck des Hungers und der Not Geschäfte machen.

⁹⁵⁾ Das Schlagwort „Heraus aus dem Turm“ tauchte bereits vor dem ersten Weltkrieg auf, als die Kölner Richtung im Gegensatz zur Trierer interkonfessionelle christliche Gewerkschaften befürwortete und, dadurch ausgelöst, auch innerhalb des Zentrums selbst die Ausdehnung auf protestantische Kreise gefordert wurde. Der daraus entstandene Meinungsstreit setzte sich bis zum Jahre 1933 fort.

⁹⁶⁾ Ganz ähnlich die Auffassungen Dr. Hamachers, der sich zur gleichen Zeit im Kölner Raum um die Wiedergründung des Zentrums bemühte. Vgl. Wieck, a.a.O., S. 79 ff.

⁹⁷⁾ Vgl. hierzu den Brief Dr. Adenauers an den Oberbürgermeister von München, Dr. Scharnagl, vom 21. August 1945. „... Ich bitte Sie und die anderen Herren, immer wieder bei Ihren Überlegungen sich zu vergegenwärtigen, daß allein diese geplante Zusammenfassung aller auf christlichen und demokratischen Grundlagen stehenden Kräfte uns vor den aus dem Osten drohenden Gefahren schützen kann...“ (Archiv Landesverband der CDU Rheinland, Akte Dr. Adenauer). S. a. Wieck, a.a.O., S. 62.

Sie kann und wird auch von seiten gemaßregelter Nazis Zulauf haben — insoweit diesen das Wahlrecht überhaupt gegeben wird. Schon gut — und was weiter? Glaubt jemand, daß es den Kommunisten gelingen wird, in einem größeren Parlament die Mehrheit zu erlangen? Glaubt jemand, daß man beispielsweise im englischen und amerikanischen Besatzungsgebiet eine solche Entwicklung auch nur gestatten würde...?“

Der Stolz auf die alte Tradition und die große Geschichte des Zentrums spricht aus diesen mehr vom Herzen als vom Verstand diktierten Worten. Diels Forderungen und Überlegungen können aber trotz allem nicht reaktionär genannt werden, sondern sind besser mit dem Begriff restaurativ zu bezeichnen. Die Sicherheit und die Erfahrung eines alten Routiniers der Parteipolitik mischen sich sehr seltsam mit Feststellungen, die den aus der Situation des Jahres 1945 geborenen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen. Erstaunlich bleibt, wie sehr dieser Mann sich seiner Sache sicher scheint, wie es für ihn ganz selbstverständlich ist, wieder unmittelbar an die Weimarer Republik anzuknüpfen. Als ob das Zentrum in seiner früheren Form ganz ohne Schuld für den Zusammenbruch dieser Republik gewesen sei. Realistische Erwägungen stehen oft ohne Bezug und für die rückschauende Betrachtung sehr seltsam anmutend unmittelbar neben völlig an der Wirklichkeit vorbeigehenden Behauptungen. So meint er beispielsweise zu einer Zeit, da von allen Seiten der Ruf nach einer möglichst schnellen Neuorganisation des Parteiwesens erhoben wird, daß diese noch eine völlig sekundäre Angelegenheit sei. Weil es eben zwangsläufig in sein Konzept gehört, daß aus der Augenblickssituation des Jahres 1945 keine Entscheidungen gefällt werden dürften, die über seinen Plan einer Neuformierung des Zentrums hinweggehen könnten. Er schreibt deshalb zu dieser Frage:

„... Es kann die Neuorganisation von Gewerkschaften erfolgen. Es kann die Neuorganisation der Landwirtschaft, des Handwerks und der Wirtschaft erfolgen... Es kann alles geschehen, *ohne*⁹⁸⁾ daß es einer Partei bedarf... Die Frage der Existenz oder Zerschlagung der Zentrumsparterie ist also nicht etwa insoweit dringlich, als die Partei bei den erwähnten vordringlichen Dingen in Aktion treten müßte, sondern sie ist nur insoweit dringlich, als wir uns klarwerden müssen, *wohin die Reise geht*. Wir müssen wissen, ob wir unsere politische Eigenpersönlichkeit behalten oder ob wir sie aufgeben. Wir müssen wissen, ob es in Zukunft noch eine politische Gruppe gibt, welche die von unseren Bischöfen erneut verkündeten Forderungen auf katholische Konfessionsschulen, katholische Lehrerbildung etc. mit rücksichtsloser Entschlossenheit⁹⁹⁾ verfehlt, oder ob wir es darauf ankommen lassen, ob eine christliche Mischmaschpartei mit lauen und halben Herzen, wenn nicht gar innerem Widerstreben zu diesen Fragen Stellung nimmt...“

⁹⁸⁾ Unterstreichungen im Original.

⁹⁹⁾ Die gleiche „rücksichtslose Entschlossenheit“ hatte den früheren Generalsekretär des rheinischen Zentrums, Dr. Hamacher, bewogen, für die Wiedergründung der alten Partei einzutreten (vgl. Wieck, a.a.O., S. 85). Am 5. März 1946 schrieb er an Dr. Horster, Krefeld: „... Es kommt für mich ein entscheidender Gesichtspunkt hinzu, den ich in folgende Worte kleiden möchte: Seit Jahrhunderten haben wir deutschen Katholiken zum ersten Male wieder die gnadenvolle Möglichkeit, aus der Fülle, der Weite, der Tiefe und Ganzheit unserer Glaubens- und Sittenlehre an die Neugestaltung des politischen Lebens in Deutschland heranzugehen, ohne daß ein protestantisch eingestelltes Staatskirchentum in Preußen uns in die Flanke fallen könnte...“

Die hier von Diel in aller Schärfe und Deutlichkeit vorgebrachten Argumente sind denen der Befürworter des Zentrums in Nordrhein-Westfalen sehr ähnlich. Es ist aber auch zu verstehen, daß seine Freunde im Koblenzer Raum an diesen Argumenten nicht vorbeisehen konnten, da genauso bei den anderen wiedererstehenden Parteien, so vor allem bei der SPD, an die alten Formen angeknüpft wurde. Und was konnte schon von denen, die unter Preisgabe des Namens „Zentrum“ eine interkonfessionelle Partei gründen wollten, außer Vermutungen, risikoreichen Kalkulationen und einem noch sehr unbestimmten Sammlungsgedanken überhaupt an wirklich überzeugenden Gesichtspunkten vorgebracht werden? Diel fährt daher, nun sehr kühn berechnend, fort:

„... Wir müssen vor allem — und das ist für mich das vielleicht neben den kulturellen Dingen schwerwiegendste — wissen, ob wir mehr Wert darauf legen, irgendwelche Rechtskreise einzufangen, als die Masse der katholischen Arbeiterschaft möglichst geschlossen in unserem Lager zu behalten. Bei dem Kampf gegen die linksradikale Front kommt es doch nicht darauf an, wie viele Mandate auf ‚Bürgerliche Parteien‘ neben den rechts von uns entfallen, sondern darauf, ein Abrutschen nach Links zu verhindern. Der Kampf geht also in erster Linie um die Arbeiterschaft, für uns um unsere katholischen Arbeitnehmer.

Glaut nun irgend jemand im Ernst, irgendeine christliche Mischmaschpartei könnte für katholische Arbeiter eine größere Anziehung ausüben als die Fahne unserer Zentrumspartei? Ich glaube es mitnichten. Im Gegenteil, soweit ich bis zur Stunde Gelegenheit hatte, mit führenden Männern der katholischen Arbeiterschaft meines Bezirks zu sprechen, wünscht man aber eine noch schärfere Betonung des katholischen Gedankens ...¹⁰⁰⁾“

Ganz konnte aber auch Diel sich den Forderungen nach einer Ausdehnung der Basis des von ihm erhofften neuen Zentrums nicht verschließen. Er schreibt deshalb weiter:

„... Man möchte das Zentrum nicht als christliche, sondern als katholische Partei bezeichnen. Ich schließe mich diesem Wunsche nicht an. Ich möchte den protestantischen *Konservativen*¹⁰¹⁾ den Weg zu uns nicht sperren, sondern programmäßig gerne ebnen ...“

Jedes Bündnis mit liberalen Protestanten weist er dagegen weit von sich:

„... und halte es darum für besser, wenn es der liberalen Gruppe der Protestanten in Gottes Namen überlassen wird, ihren Laden wieder aufzumachen ... In meinem engeren Heimatgebiet, dem alten Wahlkreis Kreuznach-Simmern, haben wir in der Vergangenheit und auch bereits in der Jetztzeit sattsam Gelegenheit gehabt, die Theorie und die Praxis der Zusammenarbeit mit den unverbesserlichen Liberalen durch-

¹⁰⁰⁾ Dr. Reismann, Münster, der damals sicher nicht mit Diel in Verbindung stand, schrieb am 28. August 1945 ganz im gleichen Sinne an Dr. Kannengießer, Osnabrück (Brief im Archiv des CDU-Landesverbandes Westfalen): „... Für die Existenz der Christlichen Demokraten gibt es hier triftige Gründe. Das sind in der Hauptsache die, die sich aus der Obdachlosigkeit der früheren Nationalsozialisten herleiten. Ich bin aber der Meinung, daß es verderblich ist, dem nachzugeben, und daß es verderblich ist, wenn die traditionsgebundenen Kräfte aus unseren eigenen Reihen zu denen übersiedeln, von denen wir große, ja anmaßende Ansprüche zu erwarten haben und wenig politisches Verständnis, wie ihre Vergangenheit gezeigt hat ...“

¹⁰¹⁾ Unterstreichung im Original.

zuexerzieren... Selbstverständlich, wenn wir die Ausschaltung unserer Leute unter dem Naziregime als eine gottergebene Tatsache hinzunehmen bereit sind, uns möglichst für die Belassung protestantischer Nazis einsetzen und es brav hinnehmen, daß katholische Kandidaten hie und da untragbar sind, dann sind wir als Partner angenehm. Wir danken jedoch verbindlich. In rein katholischen Bezirken mag dieser Eindruck vielleicht minder klar vermittelt werden. Ich möchte jedoch einer liberal-demokratischen Partei ihre Existenz unter keinen Umständen verkümmern... Beschränken wir uns darauf, unsere katholischen Arbeiter geschlossen bei uns zu behalten. Wir haben dann das erreicht, worauf es in Zukunft vor allem ankommt. Meine politische Überzeugung geht dahin, daß die Zusammenarbeit mit der SPD in der nächsten Zeit das Primäre sein wird. Nicht etwa, daß wir uns anbieten, ein Liebeswerben um die SPD in Erscheinung treten lassen. Die SPD mag ruhig mit den Kommunisten verhandeln. Es mag irgendeine Zusammenarbeit in Betracht gezogen werden. Die SPD wird Distanz wahren müssen, wenn sie nicht Selbstmord verüben will. Es ist nicht uninteressant, daß in Dänemark die Besprechungen ergebnislos abgebrochen wurden, weil die Kommunisten auf eine sozialdemokratische Klarstellungsfrage bezüglich einer Verpflichtung der Kommunisten auf demokratische Grundsätze keine Antwort erteilten. Die SPD-Entwicklung in Deutschland können wir in aller Ruhe abwarten¹⁰²). Wir müssen nur eins wissen: Wer wir sind!!!“

Es steht außer Zweifel, daß diese Denkschrift Diels ihre Wirkung auf die früheren Zentrumsmitglieder des Koblenzer Raumes nicht verfehlte, da in ihr tatsächlich alle politischen Probleme, die für die Katholiken zur Lösung anstanden, angeschnitten und verdeutlicht waren. Wenig später drang dann die Nachricht von der am 15. Oktober in Soest erfolgten Wiedergründung des Zentrums¹⁰³) in das südliche Rheinland. Diels Thesen schienen dadurch nur noch erhärtet zu werden. Die Berichte waren jedoch sehr unbestimmt, vor allem konnte niemand sagen, wie das Stärkeverhältnis zwischen der Anfang September gegründeten CDP in Nordrhein-Westfalen und dem neuen Zentrum beschaffen war und sich weiter gestalten würde. Über den ideologischen Gehalt der Partei wurde zudem überhaupt noch nichts bekannt. Die Meinungen der Koblenzer blieben weiterhin geteilt und man versuchte daher, sich nun ein deutlicheres Bild von den Vorgängen im nördlichen Rheinland und in Westfalen zu verschaffen. Peter Reichensperger, ein Großneffe der Zentrumsmitgründer August und Peter Reichensperger, bat daher den Vorsitzenden des neuen Zentrums im Rheinland, Dr. Hamacher, um nähere Auskünfte und Erklärungen¹⁰⁴):

¹⁰²) Die weitere Entwicklung hat gezeigt, daß Diel mit dieser Einschätzung der politischen Position der Sozialdemokratie recht behalten sollte. Die zahlreichen Annäherungsversuche zwischen SPD und KPD sind in den Westzonen sämtlich, vor allem am heftigen Widerstand des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden, Dr. Kurt Schumacher, gescheitert; in der Sowjetzone wurde die Vereinigung der beiden Parteien durch die KPD nur mit Hilfe der Besatzungsmacht erzwungen.

¹⁰³) Vgl. Wieck, a.a.O., S. 146 f.

¹⁰⁴) Der Briefwechsel Reichenspergers mit Dr. Hamacher aus den Jahren 1945 und 1946 wurde dem Verfasser von R. in Abschrift zur Verfügung gestellt. — Reichenspergers Briefe werden vom Verfasser als Quelle sehr hoch gewertet, da sie deutlich zeigen, wie schwer es wohl nahezu allen alten Zentrumsmitgliedern fiel, ihre Partei nun endgültig für etwas Neues, Unbestimmtes preiszugeben, wie sehr sie mit der Tradition ringen mußten und doch die Notwendigkeit spürten, einen neuen Weg gehen zu müssen. Der Briefschreiber war zudem über die Entwicklung im Koblenzer Raum stets recht gut unterrichtet.

„... Kürzlich erfuhr ich von der zweiten Schilderhebung in Soest. Sie können sich denken, wie diese Mitteilung mich elektrisiert hat, wenn ich auch gleich gestehen muß, daß ich persönlich einer Christlichen Volkspartei oder Christlich-Demokratischen Partei oder wie man das Kind nennen will, durchaus nicht abgeneigt bin, sobald die Frage hier zur Debatte gestellt werden darf. Über mich selbst bin ich deshalb mehr wie erstaunt, aber ich bin eben überzeugt, mit solcher Lösung der ursprünglichen Tradition am ehesten nahezukommen. Ebenso überrascht bin ich, wie wenige, man kann sagen so gut wie keine Stimmen sich hier in früheren Zentrumskreisen gegen ein solches christliches Gebilde erheben.

Ich sage mir eben, es ist tatsächlich das, was wir schon lange waren oder wenigstens sein sollten. ‚Wir müssen aus dem Turm heraus!‘ war ja einmal die heftig umstrittene Parole der ‚Kölner!‘ Müssen wir es heute nicht wirklich? Der eigentliche Widerstand gegen ein gemeinsames christliches Vorgehen kommt nach meiner Kenntnis nur aus der Diaspora. Dort fürchtet man auf katholischer Seite, ganz an die Wand gedrückt zu werden, wenn ein oder zwei Katholiken mit soundso vielen Evangelischen eine Partei bilden müssen¹⁰⁵⁾...

Es wäre mir nun doppelt wertvoll zu erfahren, was Sie — gewiß im Gegensatz zu Köln — zu Ihrem Schritt in Soest veranlaßt hat und ob *tatsächlich*¹⁰⁶⁾ Unterschiede zwischen Ihnen und der ‚Kölner Richtung‘ bestehen¹⁰⁷⁾? Fühlen Sie echte Begeisterung der Masse hinter sich im Gegensatz zu den ‚Christlichen‘? Hier würde das bestimmt nicht der Fall sein. Wollen Sie auch aus dem Turm heraus, oder rein konfessionell sich gestalten? Bereits Anfang der siebziger Jahre erklärte August Reichensperger in logischer Fortentwicklung früherer Ansprüche: ‚Wir sind keine konfessionelle Partei, weder dem Namen noch der Idee nach; es wäre uns der Eintritt Andersgläubiger sogar sehr willkommen.‘ Sollte es nun bei Ihnen im sogenannten neuen Zentrum ernst damit werden? Sollte nicht erst ein Versuch mit einer auch schon dem Namen nach christlichen Partei gemacht werden, deren Erfolg freilich auch noch nicht ganz gesichert erscheint? Für nähere Mitteilung über Soest II wäre ich dankbar...“

Reichensperger gehörte zwar nicht zu den aktivsten Mitgliedern des politischen Kreises der Koblenzer Katholiken, war aber doch über alles recht gut unterrichtet und konnte deshalb auch in seinen Zeilen die allgemeine Stimmung verständlich wiedergeben. Im Gegensatz zu Jakob Diel, der in seiner Denkschrift Tatsachen und Wünsche nur zu sehr vermischte! Der Antwort Dr. Hamachers sah Reichensperger deshalb mit begreiflicher Erwartung entgegen. Er erhielt sie am 1. Januar 1946. Was er nun las, war aber etwas völlig anderes, als er gehofft hatte. Erst jetzt erfuhr er, daß hinter dem neuen Zentrum auch ein ganz neuer Gedanke stand, der mit der alten Partei überhaupt nichts mehr gemein hatte: der Plan des Emigranten Dr. Spiecker, der es zur Ausgangsbasis einer Partei nach dem Vorbild der englischen Labour-Party machen wollte. Das hatten

¹⁰⁵⁾ Reichensperger schneidet mit dieser Frage ein für die Katholiken sehr wichtiges Problem an. In Wuppertal z. B. stellte sich der katholische Pfarrer gegen die Gründung einer interkonfessionellen Partei, da in dieser die Protestanten in der Überzahl sein würden. Ähnliche Auffassungen vertrat auch das Bischöfliche Ordinariat in Rottenburg, das die Majorisierung der Partei durch die Protestanten in Nordwürttemberg befürchtete.

¹⁰⁶⁾ Unterstreichung im Original.

¹⁰⁷⁾ Reichensperger spielt hier offenbar auch auf die Möglichkeit persönlicher Differenzen an. Diese bestanden tatsächlich; vgl. Wieck, a.a.O., S. 57, Anm. 98.

weder Reichensperger noch seine Koblenzer Freunde, ganz gleich, ob sie bisher der Zentrums- oder der Unionslösung zuneigten, erwartet. Hamachers Brief wirkte deshalb in Koblenz genauso schockierend, wie seine und Dr. Spieckers Ausführungen auf der Kölner Konferenz zwischen CDU- und Zentrumsvertretern am 6. Januar 1946 geradezu als Sensation empfunden wurden. Jede Verständigung schien nunmehr ausgeschlossen¹⁰⁸). Dr. Hamacher schrieb:

„... Man hätte eine ganz andere Zukunft haben können, wenn man den Mut zum Wagnis gehabt hätte, als es 1932 bis 1933 galt, den Weg der Opposition zu beschreiten, gegen das verhängnisvolle Beginnen der Harzburger Front (genannt Antimarxismus). Und jetzt? Wieder tut sich so etwas auf unter dem Namen der Christlich-Demokratischen Partei. Aus den Reihen der sonst so rührigen Bekenntnischristen hörte ich aus dem Munde eines Dr. Heinemann¹⁰⁹), Mitglied des Bruderrates seiner evangelischen Gemeinde, den Ruf: ‚Marx oder Christus!‘

Am Horizont taucht die neue Aufteilung unseres zum Extrem neigenden Volkes in zwei Fronten auf. Dieser Gefahr ist das Zentrum begegnet, als es stark war und eine junge und feste Führung hatte als Partei der Mitte. Wir waren es hier am Rhein und errangen den Defensiv-Sieg gegen Frankreich, hatten auch alle Möglichkeiten in der Hand, um von hier aus die Reichsreform und das Problem Preußen anzupacken. Aber man hatte ja nicht den Mut, aufs Ganze zu gehen, wie es immer wieder von mir angeregt wurde.

Und nun stehen wir im Zwiespalt drinnen. Für mich ist es nichts anderes als die Fortsetzung der Auseinandersetzung, die durch übereilte Mehrheitsbeschlüsse und exklusive Konferenzen¹¹⁰) aus internen Beratungen an die Öffentlichkeit getragen wurde. Vielleicht haben sie das eine Gute, daß das Bürgertum katholischer Prägung endlich aus seiner Lethargie und Apathie zum Nachdenken und gesunden Selbstbewußtsein aufgerüttelt wurde ...“

Diese Argumente konnten Reichensperger aber kaum noch beeindrucken, da sie völlig abseits von seinen eigenen Überlegungen lagen. Wenn er trotzdem in seinem nächsten Brief nur mit gewissem Zögern mitteilte, daß sich in Koblenz nun wohl die CDP durchsetzen werde, so waren es ganz andere Gründe, die ihn daran hinderten, froh und optimistisch zu sein. Sie lagen im seelischen Bereich und sind für Zweckmäßigkeitserwägungen nicht faßbar, konnten aber auch nicht dazu führen, ihn Obstruktionspolitik treiben zu lassen. Die Antwort an Dr. Hamacher vom 26. Januar 1946 läßt deutlich eine gewisse Resignation erkennen:

„... Parteipolitisch gesehen wird hier die Entscheidung in den nächsten 14 Tagen aller Voraussicht nach fallen, und die Christlich-Demokratische Partei oder Union dürfte als Siegerin hervorgehen. Es ist eigentlich erschütternd, daß von einer Kampf-

¹⁰⁸) Vgl. Wieck, a.a.O., S. 150 ff.

¹⁰⁹) Dr. Dr. Gustav Heinemann, Rechtsanwalt in Essen; Mitglied, zeitweise Präses, der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland; Mitglied der CDU bis 1953, danach Vorsitzender der von ihm gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei bis zu deren Auflösung im Jahre 1957, seitdem Mitglied der SPD; im I. Kabinett Adenauer 1949/50 Bundesinnenminister.

¹¹⁰) Dr. Hamacher meint damit die zahllosen Vorbesprechungen über die Frage CDU oder Zentrum, besonders in Westfalen, in denen bei meist wechselnden Teilnehmern die Vertreter der Zentrumsgründung stets majorisiert wurden.

abstimmung pro oder contra gar nicht gesprochen werden kann. Der Zentrums-gedanke, d. h. richtig gesagt, der Gedanke an ein neues Zentrum ist so gut wie tot und auch bei solchen, die erklären, nur schweren Herzens und um nicht abseits zu stehen, mitzumachen, ist der innere Widerstand sehr gering.

Der einzige ernsthafte Opponent¹¹¹⁾, der eine gewisse Gefahr für die neue Sammel-partei hätte werden können, hat kürzlich, und zwar wirklich schweren Herzens, die Waffen gestreckt — im Interesse der Einigkeit — und will aktiv mitarbeiten.

Ja, die Stimmung ist hier so, daß ich wirklich, lieber Herr Doktor, mir schwer vor-stellen kann, daß es in der nördlichen Zone¹¹²⁾ *wesentlich*¹¹³⁾ anders sein sollte.

Besonders betroffen bin ich, daß es auch bei mir nicht anders ist. Aber Tatsache ist, daß mir in all den Jahren, wo ich das baldige Schwinden der Nationalsozialisten vor-aussah, die Wiederbelebung der alten Zentrums-partei nie sympathisch und angebracht erschien. Das Zentrum hatte trotz allem unter Brüning einen glänzenden Abschluß gefunden, und ich hätte dem Zentrum die Grabinschrift gewünscht: ‚Was vergangen, kehrt nicht wieder, aber ging es leuchtend nieder, leuchtet's lange noch zurück.‘ Ich habe nie zu denen gehört, die in dem Zentrum der Nachkriegszeit¹¹⁴⁾ nur Fehler entdecken — im Gegenteil. Und die häufige Redensart ‚das ist nicht mehr das Windt-horstische Zentrum‘ habe ich trotz aller Traditionsgebundenheit mir nie zu eigen machen können. Und dennoch . . . neben tausenderlei mehr oder weniger greifbaren Erwägungen waren zwei von besonderem Einfluß auf mich. Einmal kannte ich ja die Stimmung im Lande, all die Jahre hindurch, und die alte Zentrums-partei war mir zu schade, bei einem Wiederaufbau von den eigenen früheren Anhängern offiziell abgelehnt zu werden. Vor allem war jetzt¹¹⁵⁾ die beste Gelegenheit geboten, endlich aus der Halbheit herauszukommen, an der wir nun bald 100 Jahre gekrankt haben, endlich, aus dem ‚Turm‘ herauszukommen, wenigstens mit einem ganz ernstlichen Wollen. So erschien mir eine neue christliche Partei, gleich wie der Name im einzelnen formuliert wurde, durchaus wünschenswert und gewissermaßen die Krönung dessen, was 1848 zuerst gebracht hatte, als August Reichensperger in seinem politischen Glaubensbekenntnis zur Frankfurter Nationalversammlung schrieb: ‚Ich halte fest an der katholischen Lehre . . . aber nie ist es mir eingefallen, und nie wird es mir einfallen, so hoffe ich, die Protestanten als solche anzufinden. Vielmehr habe ich die Ansicht, daß alle die, welche noch im Christentum die gemeinsame Grundlage ihrer Überzeugung erkennen, zu-sammenstehen müssen, um dem immer geschlossener und drohender auf uns eindringen-den krassen Materialismus die Spitze bieten zu können.‘

Genau in dieselbe Richtung weist es, wenn 22 Jahre später, bei Gründung der Zentrums-partei 1870, Peter Reichensperger seinem Bruder August schreiben kann: ‚Ich teile im höchsten Grade Deinen Wunsch, daß wir mit respektablen Protestanten ein Wahlprogramm aufstellen möchten, aber ich sehe keine hierzu geeignet, da wir nun einmal prinzipiell als Ultramontane verschrien sind und keiner sich unter diese Firma wird stellen wollen.‘

Ich weiß nun nicht, ob Ihr neues Zentrum die Protestanten grundsätzlich aus-schließt (bzw. überzeugt ist, daß sie tatsächlich nicht kommen werden) und damit die alte Tradition verläßt, oder ob es die alte Tradition fortpflanzen will, indem es wenigstens grundsätzlich Evangelische zuläßt. Ich persönlich hege kaum einen Zweifel,

¹¹¹⁾ Gemeint ist Jakob Diel.

¹¹²⁾ D. h. in der britischen Besatzungszone.

¹¹³⁾ Unterstreichung im Original.

¹¹⁴⁾ Nach dem ersten Weltkrieg.

¹¹⁵⁾ D. h. 1945.

daß die alten Führer die Gelegenheit des Interregnums mit Freuden genutzt hätten, um nach seiner Beendigung klare Bahn zu schaffen, und wie damals von der ‚katholischen Fraktion‘ zu dem ‚Zentrum‘ mit Klammer (Katholische Fraktion) und dann ohne Klammer einfach zum ‚Zentrum‘ zu schreiten, so jetzt zu einer ausgesprochen gemeinsamen christlichen Partei aufgerufen hätten!

Wie schön wäre es gewesen, wenn die neue ‚Christlich-Demokratische Partei‘ gewissermaßen offiziell auch als *die* Nachfolgerin der alten Zentrumsparlei geschlossen in die Erscheinung hätte treten können!

Sie werden nach alledem verstehen, daß ich Ihre Soester Rede¹¹⁶⁾ mit einem gewissen Herzklopfen in die Hand nahm, ob nun vielleicht doch Gewissensbedenken sich bei mir regen würden, die mir bisher tatsächlich ferngeblieben waren. Quod non! Was mich vor allem nachdenklich gestimmt hat, ist Ihre Idee des ‚getrennt Marschierens und dann vereint Schlagens‘, wozu meines Erachtens die Grundlagen nicht gegeben wären. Ich kann mich allerdings auch nicht der Hoffnung hingeben, als wenn die andere Seite nun gleich in Massen zu der ‚Christlich-Demokratischen Partei‘ strömen würde, das hat ja auch Nassau¹¹⁷⁾ gezeigt; wenigstens in den stark überwiegend protestantischen Landesteilen. Dagegen haben die katholischen Gegenden gut gewählt und die Christlich-Demokratische Partei ist durchaus zeitentsprechend empfunden. . .“

Der Kreis der Koblenzer Katholiken hatte nunmehr einen Überblick über die parteipolitische Entwicklung in den benachbarten Gebieten gewonnen. Die Stimmung neigte immer stärker der christlich-demokratischen Konzeption zu, nachdem auch, wie Reichensperger an Dr. Hamacher schrieb, Jakob Diel die Waffen gestreckt hatte und nachdem seit dem 16. Januar 1946 die Möglichkeit zu organisatorischer Bindung geschaffen war. Wenn auch die immer wieder gebrauchten Worte von der Notwendigkeit des Zusammengehens der beiden Konfessionen auf politischer Ebene, von der Sammlung aller Christen, von dem gemeinsamen Erleben im Kirchenkampf, von der Sammlung aller Kräfte rechts von der SPD doch mehr oder weniger unbestimmt blieben und auf alle und jede Situation angewandt werden konnten, während die Befürworter des Zentrums manche sehr viel stärker handgreifliche Gründe für ihre Ziele auszuführen vermochten, so zeigte sich, daß ganz allgemein das Gefühl vorherrschte, die gebotene Chance einer neuen parteipolitischen Konstruktion, die die Möglichkeit zur Fortentwicklung bot, nutzen zu müssen, auch wenn keineswegs eine Gewißheit über den Erfolg des Versuches gegeben war. Man darf deshalb vielleicht die allgemeine Stimmung dieser Monate gar nicht so sehr von Zweckmäßigkeitsgründen her erfassen wollen, die Triebkräfte waren vielmehr, wie auch Reichenspergers Brief zeigt, stärkstens vom Gefühl bestimmt, von dem Wunsche, nach dem totalen Zusammenbruch der deutschen Staatlichkeit völlig neu zu bauen. Es war viel Irrationales dabei, was 1945 und 1946 dem Gedanken der Union förderlich war!

¹¹⁶⁾ Hamachers Rede bei der Gründungsversammlung des neuen Zentrums in Soest am 15. Oktober 1945, die unter dem Titel „Warum wieder Zentrum“? als Broschüre veröffentlicht wurde.

¹¹⁷⁾ Gemeint sind die ersten Kommunalwahlen im benachbarten Hessen, wo sich zeigte, daß in den vorwiegend protestantischen Gebieten (z. B. Hessen-Nassau) die CDU-Idee weniger Resonanz gefunden hatte als in den katholischen Gegenden.

Der erste Antrag auf Zulassung einer „Christlich-Demokratischen Partei“ für den Regierungsbezirk Koblenz war bereits am 20. Oktober 1945 auf Betreiben von Franz Henrich eingereicht worden. Es ist ganz offensichtlich, daß die Koblenzer damit dem Beispiel im nördlichen Rheinland folgen wollten¹¹⁸⁾. Das an die Militärregierung gerichtete Schreiben¹¹⁹⁾ hatte folgenden Wortlaut:

„... Die Unterzeichneten bitten hierdurch um die Genehmigung zur Gründung der Christlich-Demokratischen Partei im Regierungsbezirk Koblenz.

Angesichts der Trümmer, die der Nationalsozialismus geistig und materiell als furchtbares Erbe einer zwölfjährigen Gewaltherrschaft hinterlassen hat, will die Christlich-Demokratische Partei den neuen christlich demokratischen Staat als Beitrag zur Neugestaltung einer friedlichen Weltordnung aufbauen.

Die Partei nennt sich christlich. Sie erstrebt den Zusammenschluß aller Kräfte, die sich den Geboten Gottes in ihrem gesamten Tun und Lassen verpflichtet fühlen und diese Überzeugung in allen politischen Fragen des öffentlichen Lebens zur Verwirklichung bringen wollen.

Die Partei nennt sich demokratisch. Ihr Ziel ist die Freiheit der Persönlichkeit, das freie aber verantwortungsbewußte Spiel der Kräfte in Gemeinde, Staat und darüber hinaus im Rate der Völker in der Erkenntnis, daß die Herrschaft eines Einzelnen oder einer Gruppe geistig, politisch und wirtschaftlich zur Sklaverei führt. Die Christlich-Demokratische Partei bejaht und fördert deshalb alle Bestrebungen, die darauf abzielen, Verständnis und friedliche Zusammenarbeit unter den Bürgern des Volksstaates, unter seinen religiösen Bekenntnissen, den verschiedenen Gesellschaftsschichten, Berufsständen und endlich unter den Völkern zu wecken und zu vertiefen. So wie ihre Gründer bisher den Nationalsozialismus und seine geistigen Grundlagen immer bekämpften, lehnt die Partei den Faschismus in jeder Form — d. h. die Gewaltherrschaft einzelner Personen, staatliche Totalitätsansprüche, den Militarismus und den Klassenkampf ebenso entschieden ab, wie den Imperialismus, den Rassenwahn und die Völkerverhetzung.

Dabei betont die Christlich-Demokratische Partei ihren besonderen Wunsch nach Herstellung guter, friedlicher und nachbarlicher Beziehungen zu Frankreich, weil sie in dem Streben nach solchen Beziehungen — vor allem auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet — einen wesentlichen Beitrag zum Frieden der Welt sieht.

(Unterschriften)“

Unterzeichnet war der Antrag von 21 Personen, nämlich Franz Henrich, Helene Rothländer, Heinrich Roth¹²⁰⁾, Peter Altmeier, Johann Junglas, Dr. Richard Kahmann, Rudolf Verhülsdonk, Hubert Hermanns, Dr. Hans Uhle, Lambert van Beek, Dr. Reinhold Bloch, Peter Keil, Jakob Ollig, Josef Brenner, Wilhelm Dienz, Josef Schnorbach, Dr. Ernst Beesten. Die Unterschriften der restlichen vier Beteiligten konnten vom Verfasser nicht entziffert werden.

¹¹⁸⁾ Der CDU-Landesverband Rheinland war am 2. September in Köln gegründet worden. Vgl. Wieck, a.a.O., S. 98 ff.

¹¹⁹⁾ Archiv Henrich.

¹²⁰⁾ Roth war als einziger der Unterzeichner nicht in Koblenz ansässig. Er wohnte in Montabaur und hatte von dort aus bereits Beziehungen zu Mitgliedern des Wiesbadener und des Frankfurter CDU-Kreises angeknüpft.

Von besonderem Interesse dürfte der letzte Absatz des Antrages sein, der in allerdings wenig akzentuierter Formulierung das Verhältnis der Koblenzer Gruppe zu den französischen Wünschen und Erklärungen anschnitt. Es muß daran erinnert werden, daß die französische Besatzungsmacht auf die deutschen politischen Gruppen gerade in der Frage der staatsrechtlichen Weiterentwicklung des Rheinlandes und der Pfalz¹²¹⁾ einen erheblichen Druck ausübte und es deshalb notwendig war, sehr sorgfältig zu lavieren. Neben der separatistischen „Rheinischen Volkspartei“ des Dr. Opitz wurden von den Franzosen insbesondere die Organisation „Mouvement du rassemblement de la Sarre à la France“ im Saargebiet und die „Réunion des amis de la France“ in der Pfalz recht erheblich gefördert, so daß, auch angesichts der deutschen Personalpolitik der Militärregierung, die deutschen politischen Gruppen zu erheblicher Vorsicht gezwungen waren. Eingegangen auf die französischen Absichten sind sie aber zu keiner Zeit¹²²⁾, doch datiert vielleicht gerade aus dieser Abwehrstellung her auch ihre Neigung zu einem extremen Föderalismus, der sich gerade in Rheinland-Pfalz immer wieder zeigen sollte.

Der Antrag vom 20. Oktober 1945 wurde jedoch nicht genehmigt, da die Militärregierung der Gründung politischer Parteien noch ablehnend gegenüberstand. Nachdem dann durch die Verordnung vom 13. Dezember 1945¹²³⁾ diese Haltung aufgegeben worden war, reichten die Vertreter der christlich-demo-

¹²¹⁾ Vgl. „Regionalism and Separatism“ von Joseph S. Roucek in „European Ideologies“, edited by Feliks Gross, Brooklyn College, New York University, Philosophical Library, New York 1948, page 597 ff.

¹²²⁾ Recht aufschlußreich ist ein Bericht, den die Berliner CDU im Juni 1946 über die Frage des Separatismus in Westdeutschland veröffentlichte (Archiv Landesverband Berlin der CDU): „... Was die Stimmung im Rheinland anbelangt, so gibt es nur vereinzelt separatistische Tendenzen. Bekannt dürften die Versammlungen der Rheinischen Volkspartei in Köln und Aachen sein, welche ergebnislos abgebrochen werden mußten, nachdem der Redner der Versammlungen, Dr. Opitz, Köln, durch Pfeifen, Zurufe, Sprechchöre in seinen Darlegungen gestört und ihm schließlich das Manuskript vom Rednerpult heruntergerissen worden war.“

Einen ähnlichen Erfolg hat die sogenannte Rheinische Volkspartei in der französischen Zone gehabt, und zwar in Kaiserslautern. Diese für den 26. Mai anberaumte Versammlung sollte beschickt werden ebenfalls durch Herrn Dr. Opitz, Köln. Außerdem sollten zwei Redner der Pfalz sprechen.

Gegen die Abhaltung dieser Versammlung haben die Führer der vier pfälzischen Parteien mit Erfolg protestiert. Es wurde dem Herrn Dr. Opitz ein Sprechverbot zugestellt und seitens der Militärregierung erklärt, daß eine Rheinische Volkspartei im Gebiet der Pfalz nicht genehmigt und darum das Werben für diese Partei untersagt sei. Es konnte darum in der fraglichen Versammlung nur gesprochen werden über Föderalismus und Zentralismus. Gleichwohl mußte auch diese Versammlung ohne Ergebnis abgebrochen werden, weil die Redner als Separatisten angesehen und darum in der Versammlung in ähnlicher Weise gestört wurden wie Herr Dr. Opitz in Köln und Aachen ...“

¹²³⁾ Verordnung Nr. 23 vom 13. Dezember 1945 des Commandant en Chef betreffend die Gründung politischer Parteien demokratischer und antinationalsozialistischer Richtung im französischen Besatzungsgebiet, nebst Verfügung Nr. 26 vom 13. Dezember des Administrateur General betreffend die Durchführung der Verordnung Nr. 23 (Verordnungsblatt der französischen Militärregierung in Deutschland).

kratischen Gruppen in den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Hessen-Nassau (später Montabaur) einen neuen Antrag auf Zulassung ein, der am 16. Januar 1946 vom Militärgouverneur Hettier de Bois Lambert in Bad Ems auch genehmigt wurde. Der Vorstand der neuen Partei setzte sich wie folgt zusammen:

Name	Beruf	Wohnort
Henrich, Franz	Rechtsanwalt	Koblenz
Altmeier, Peter	Kaufmann	Koblenz
Junglas, Johann	Angestellter	Koblenz
Rothländer, Helene	Rektorin	Koblenz
Ollig, Jakob	Bäckermeister	Koblenz
Schulze-Rhondorf	Präsidialdirektor	Koblenz
Krupps	Bürgermeister	Neuwied
Hermanns, Hubert	Landgerichtsrat	Koblenz
Dr. Zimmer, Alois	Landrat a. D.	Trier
Kemper, Heinrich	Kaufmann	Trier
Rittel, Karl	Angestellter	Trier
Wolters, August	Gewerkschaftssekretär	Trier

Bemerkenswert ist, daß alle Vorstandsmitglieder dieser neuen christlich-demokratischen Partei in den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Montabaur katholischer Konfession waren; ihr Anspruch, interkonfessionell zu sein, war also nicht realisiert. Es sollte noch längere Zeit dauern, bis auch protestantische Mitarbeiter in genügender Zahl gewonnen werden konnten. Mit der Bestätigung durch die Militärregierung war aber doch der Endpunkt einer 10 Monate dauernden Entwicklung erreicht, in der die Auseinandersetzung um die Frage CDP oder Zentrum ausgefochten worden war. Eine Vielzahl weiterer Probleme blieb allerdings noch zu lösen. Insbesondere mußte nun geklärt werden, in welcher Form die von Koblenz aus geführte CDP im südlichen Teile der früheren Rheinprovinz mit den benachbarten Regionalparteien gleicher Ideologie zusammenarbeiten konnte und ob es ihr möglich sein würde, Einfluß auf die staatliche Neubildung ihres engeren Bereiches zu gewinnen.

f) *Der Zusammenschluß der Christlichen Demokraten in Rheinland-Pfalz*

Am 31. Januar 1946 trat der provisorische Vorstand der Koblenzer CDP unter dem Vorsitz von Franz Henrich zusammen, um die künftige Politik der Partei zu beraten. Henrich wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt und gab einen Rechenschaftsbericht über die zurückliegenden Verhandlungen. In der Frage des künftigen deutsch-französischen Verhältnisses riet er dringend zur Zurückhaltung, so wie auch schon unter seinem Einfluß der erste Zulassungs-

antrag vom 20. Oktober 1945 ganz besonders vorsichtig formuliert worden war. Jeder Angriff gegen die Deutschlandpolitik der französischen Besatzungsmacht schien ihm gefährlich, seine Warnung vor Übereilung war ihm durchaus ernst, da seiner Meinung nach auch nur ein einziges übereiltes Wort die Existenz der Partei gefährden würde. Sehr eindringlich legte er darum den übrigen Vorstandsmitgliedern dar¹²⁴):

„... Ich sagte vorhin, daß wir uns über die wiedergewonnene Redefreiheit freuen; das soll aber nicht heißen, daß es auch in unserem wohlverstandenen Interesse liegt, alles, was uns auf dem Herzen liegt, heute schon zur Erörterung zu stellen. Wir sind hier am Mittelrhein mit unserer politischen Organisation etwas nachgehinkt. Sie haben gehört, daß z. B. in Köln zu vielen konkreten Problemen außen- und innenpolitischer Natur schon in sehr eingehender Weise Stellung genommen worden ist. Die Erörterung dieser Probleme erfordert aber eine eingehende Vorarbeit, besonders in den künftigen Vorständen der heute erst zu gründenden Parteigruppen. Ganz besonders in den uns nicht am wenigsten berührenden Fragen der großen Politik erfordern es der politische Takt und die politische Disziplin, daß wir uns vor Übereilungen hüten. Sie wissen, daß gerade diese Dinge noch im Fluß sind, und ich hoffe daher, daß Sie meine Warnung richtig verstehen, wenn ich Sie gerade in dieser Beziehung um die durch die gegenwärtige Lage gebotene Zurückhaltung bitte...“

Wie er die Situation auffaßte, zeigt noch deutlicher ein Satz, der von ihm im Manuskript wieder gestrichen worden war:

„... Ich darf nur eines feststellen, daß es unter unserer Würde liegt, uns gegen den Vorwurf des Separatismus zu verteidigen...“

Es war nur eine Konsequenz aus dieser von Henrich bezogenen Position, daß die Koblenzer Partei nicht sogleich den Namen „Christlich-Demokratische Union“ annahm, sondern noch bei der Bezeichnung „Christlich-Demokratische Partei“ blieb. Sie wollte damit zeigen, daß sie sich keinesfalls als Filiale der Berliner „Reichsgründung“ der CDU empfand, die sie, wie auch andere Gruppen in Westdeutschland, nicht als für sich verbindlich betrachtete. Henrich und seine Freunde bemühten sich daher auch, die christlichen Demokraten in Rheinhessen und der Pfalz zu einer gleichen Haltung zu bewegen, stießen aber dort auf Widerstand, weil doch schon die nordrheinische Partei die Bezeichnung „Union“ übernommen hatte, ohne damit von Berlin abhängig zu werden. Um nicht isoliert zu bleiben, mußten sich nun auch die Koblenzer nach längerem Zögern ebenfalls zur Annahme des Namens „CDU“ entschließen.

Die Deutschlandfrage wurde dann zum ersten Male am 24. April 1946 auf einer Zusammenkunft in Mainz angeschnitten. Neben 18 Vertretern der CDU aus der Pfalz, aus Rheinhessen und aus Koblenz nahmen als Vertreter der Saar Johannes Hoffmann und Dr. Franz Singer sowie je ein Vertreter der südwürttembergischen und südbadischen Christlichen Demokraten teil. Gewissermaßen als Reaktion auf die ersten französischen Maßnahmen zur Loslösung des Saargebietes wurde

¹²⁴) Redeskitze im Archiv Henrich.

eine Resolution beschlossen, die die einstimmige Billigung der Anwesenden — die Saarländer nahmen an der Beschlußfassung nicht mehr teil — fand. In vier Punkten wurde hier zu aktuellen politischen Fragen Stellung genommen¹²⁵):

„1. Die CDU tritt ein für den Zusammenschluß des deutschen Volkes zu einem Förderativstaat. Sie lehnt ein zentralistisches Deutschland und die Hegemonie eines einzelnen deutschen Landes, aber auch den Separatismus in jeder Form ab.

2. Bei der Gliederung der deutschen Länder, welchen eine weitgehende Selbstregierung zu gewährleisten ist, ist auf die historisch gewordenen Zusammenhänge, auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und im Zeitalter der Weltdemokratie auf den Willen der Bevölkerung gebührend Rücksicht zu nehmen.

3. Die CDU begrüßt alle Bestrebungen, welche der friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit der Völker Europas, insbesondere mit unseren westlichen Nachbarn, dienlich sind, und ist bereit, an der Schaffung einer diesem Zweck dienenden Organisation mitzuarbeiten.

4. Im Interesse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des gesamten Wiederaufbaus, auch im Interesse einer ausgleichenden Nahrungsmittelversorgung, sieht die CDU alsbaldige Beseitigung der wirtschaftlichen Zonengrenze als unerlässlich an.“

Diese Erklärung war nun allerdings keine parteiamtliche Verlautbarung, sondern lediglich das Ergebnis inoffizieller Besprechungen. Sie ist auch wenig substantiiert und geht auf das dringende Saarproblem nur indirekt, auf die französische Deutschlandpolitik überhaupt nicht ein. Die Aktualität der Saarfrage war jedoch zweifellos allen Teilnehmern der Konferenz bewußt geworden. Das Auftreten der beiden saarländischen Vertreter Johannes Hoffmann und Dr. Franz Singer¹²⁶) war sicher nicht sehr glücklich, denn der Landauer Bürgermeister Gustav Wolff schrieb am 15. Juni 1946 an den Leiter des damals schon eingerichteten „Zonen-Verbindungsausschusses der CDU“ in Frankfurt, Bruno Dörpinghaus¹²⁷):

„... Schwierig sind die Verhältnisse im Saargebiet. Hier den richtigen Mann zu finden, ist nicht leicht. Johannes Hoffmann, Vorsitzender der Christlichen Volkspartei des Saargebietes, kommt auf keinen Fall in Frage. Ich schlage vor: Druckereibesitzer Dr. Joachim Bossung aus Homburg/Saar, den wir auch schon zweimal zu Sitzungen unseres Parteivorstandes in der Pfalz hinzugezogen haben. An zweiter Stelle nenne ich: Dr. Franz Singer, (Beigeordneter in Saarbrücken) . . .“

Am 14. Mai 1946 befaßte sich dann auch der vorläufige Vorstand der CDP für Koblenz, Trier und Montabaur mit der Deutschlandfrage. In einem groß angelegten Referat nahm der Vorsitzende, Franz Henrich, zu den nun plötzlich brennend gewordenen Problemen der staatlichen Zukunft des Rheinlandes Stellung. In seinem Entwurf¹²⁸) heißt es dazu:

¹²⁵) Resolution im Archiv Henrich.

¹²⁶) Hoffmann und Singer hatten im Saargebiet die „Christliche Volkspartei“ gegründet, die sogleich einen prononciert föderalistischen, später sogar separatistischen Kurs einschlug, der von den rheinisch-pfälzischen Gruppen nicht gebilligt wurde.

¹²⁷) Archiv Dörpinghaus.

¹²⁸) Vortragsentwurf im Archiv Henrich.

„... I. Gründe für und wider eine Stellungnahme der CDP im gegenwärtigen Zeitpunkt:

Für:

1. In den bevorstehenden Wahlkämpfen wird die Stellungnahme jeder Partei zur Rheinlandfrage von entscheidender Bedeutung sein. Eine klare Stellungnahme der CDP wird von den Parteifreunden erwartet; andererseits muß den anderen Parteien gegenüber eine klare Linie eingehalten werden.

2. Die Stellungnahme der CDP muß eine einheitliche sein, um Zersplitterung im gemeinschaftlichen Kampf gegen andere Parteien zu vermeiden.

3. Verdächtigungen von Freunden und Feinden außerhalb des Rheinlandes müssen gerade mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen vermieden werden.

4. Gegenüber der sogenannten rheinischen Bewegung¹²⁹⁾ muß eine klare Stellungnahme erfolgen mit dem doppelten Ziel:

a) den Parteifreunden gegenüber der Agitation der Bewegung die einheitliche Schlagkraft zu geben;

b) der Bewegung durch eine auf christlich-demokratischer Weltanschauung beruhende Stellungnahme zur Rheinlandfrage den Boden in der Bevölkerung zu entziehen.

Gegen:

(Fragezeichen)¹³⁰⁾.

II. Die Lösung der Rheinlandfrage im einzelnen:

Klarheit über die Planung im einzelnen ist erforderlich, um den Boden für eine abschließende Stellungnahme zu dem Problem als Ganzes zu erhalten.

a) in *kultureller* Hinsicht: Bekenntnis zum gemeinschaftlichen deutschen Kultur- und Geisteserbe auf Grund gemeinschaftlicher Sprache, geschichtlicher Zusammengehörigkeit, gemeinschaftlicher kultureller Entwicklung.

Einschränkung bezüglich der durch landschaftliche Eigenarten bedingten Besonderheiten — auch innerhalb des Rheinlandes selbst. Unabhängigkeit im rheinischen Presse- und Nachrichtenwesen (Rundfunk), in Kunstausübung und Schrifttum, Freiheit des religiösen Lebens.

Andererseits Pflege der kulturellen Beziehungen zu den Nachbarländern im Sinne gegenseitiger Befruchtung.

Ziel ist die Pflege und Vertiefung der christlichen rheinischen und deutschen Kultur auf dieser Grundlage.

b) in *wirtschaftlicher* Beziehung: Ein gesamtdeutscher Wirtschaftsraum wird angestrebt unter Beseitigung der durch die Zoneneinteilung bedingten Ein- und Ausfuhrerschwerungen und Verkehrsbeschränkungen, einschließlich des Personenverkehrs. Soweit Zölle erforderlich sind, Zollunion mit den anderen deutschen Ländern.

Ziel ist die größtmögliche Beschleunigung des Wiederaufbaus der Städte, Dörfer und Verkehrsanlagen, der Ernährung und der allgemeinen Wirtschaftslage.

c) bezüglich der *Verwaltung*: Neuorganisation der rheinischen Verwaltung auf Grund einer rheinischen Städte- und Landgemeindeordnung und Ausbau eines rheinischen Beamtenrechts, einschließlich des Zuständigkeitsrechts, auf Grund der Selbstverwaltung im demokratischen Geiste. Ziel ist die unabhängige und eigenverantwortliche Verwaltung.

¹²⁹⁾ Gemeint ist die „Rheinische Volkspartei“ des Dr. Opitz.

¹³⁰⁾ Das Fragezeichen soll sicher bedeuten, daß Henrich keine Gründe gegen eine Stellungnahme anzuführen wußte.

- d) in der *Rechtspflege*: Einheitliches deutsches Recht, soweit es für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Kulturbelange erforderlich ist. Dagegen Ausbau des rheinischen Rechts, soweit dies durch das rheinische Rechtsempfinden bedingt ist . . . (z. B. beim Erbhofrecht) . . . Angleichung an die anderen deutschen Länder in allen übrigen Rechtsgebieten. Ziel ist ein gesamtdeutscher Rechtsstaat mit den sich aus den besonderen rheinischen Verhältnissen ergebenden Einschränkungen.
- e) Bezüglich *Währung und Finanzen*: einheitliche deutsche Währung. Einheitliche Regelung der Steuern, deren Einheitlichkeit Vorbedingung für eine einheitliche deutsche Wirtschaft ist, also der indirekten Steuern von Einkommen, der Umsatzsteuer, der direkten Steuern, soweit solche in Frage kommen. Dagegen Steuerautonomie des Rheinlandes bezüglich der Grund- und Gebäudesteuer, der Gewerbesteuer, der Kirchensteuer, evtl. der Bürgersteuer und des ganzen Abgabewesens.
- f) bezüglich des *Verkehrs*: gesamtdeutsche Eisenbahn- und Postverwaltung, einheitlicher deutscher Bahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieb. Dagegen Zulassung örtlich bedingter Verkehrsanstalten.
- g) in politischer Hinsicht: Eigenstaatlichkeit des Rheinlandes¹³¹⁾ nach Maßgabe vorstehender Forderungen, rheinische Volksvertretung, rheinische Regierung. Zur Regelung der gemeinschaftlichen Aufgaben, wie sie sich aus a) bis f) ergeben, ist eine gesamtdeutsche Organisation erforderlich. Schaffung dieser Organisation ist Aufgabe des ganzen deutschen Volkes. Diese Aufgabe muß im demokratischen Geiste gelöst werden.

Erstrebt wird der Wiederaufbau Deutschlands durch deutsche Länder, die Eigenstaatlichkeit im Sinne obiger Grundsätze besitzen, die Schaffung einer die gegenseitigen Beziehungen und die Art des Wiederaufbaus regelnden Körperschaft und einer repräsentativen Leitung Deutschlands zur Wahrung der gemeinschaftlichen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Belange nach außen und nach innen . . .“

Diese für sein Referat benutzte Aufzeichnung gibt einen wirklich detaillierten Überblick über Henrichs Vorstellungen von einem neuen Deutschland. Die Grundtendenz ist ein ausgeprägter Föderalismus innerhalb eines nur sehr locker gefügten deutschen Bundes. Henrichs Ziel ist es, aus allen Gebieten am Rhein, die bisher verschiedenen Ländern — Preußen, Hessen, Bayern — zugehörig gewesen waren, ein eigenstaatliches Rheinland zu bilden, dem innerhalb des Reichsverbandes die besondere Aufgabe eines Bindegliedes zwischen Deutschland und dem Westen zufallen mußte. Es ist daher sehr aufschlußreich, wie Henrich sich nun mit der Mainzer Resolution vom 24. April 1946 auseinandersetzt. Er schreibt darüber nieder:

„III. Die Frage der Formulierung: Die Mainzer Beschlüsse bedürfen der Klärung und Ergänzung:

- a) Der Ausdruck: ‚Ablehnung des Separatismus in jeder Form‘ ist nicht klar genug. Das Wort ‚Separatismus‘ sollte bedeuten: Loslösung von Deutschland mit oder ohne wirtschaftliche, evtl. politische Anlehnung oder Angliederung an einen ausländischen Staat. Das Wort ‚Separatismus‘ ist aber bekanntlich fälschlich — aus Agitationsgründen — gegen die auf Loslösung von Preußen gerichtete rheinische Bewegung von 1919 benutzt worden¹³²⁾. Ein solches Mißverständnis muß vermieden werden.

¹³¹⁾ Unter dem Begriff „Rheinland“ versteht Henrich die frühere preußische Rheinprovinz, Rheinhessen, die Pfalz und das Saarland.

¹³²⁾ Die Auflösung Preußens war schon immer von Henrich befürwortet worden.

b) Die Formulierung ist zu negativ. Das Positive der Vorschläge ist das Wesentliche. Die CDP soll in ihren programmatischen Erklärungen das rheinische Volk nicht als Objekt der Politik betrachten; sie will und soll die Rheinlandfrage von sich aus aktiv in die Hand nehmen . . .

Wichtig ist auch die Beschlußfassung über den Namen des erstrebten rheinischen Staates.

Daher folgende Fragen:

1. Wie soll die schlagwortartige Formulierung der Stellungnahme der CDP zu der Rheinlandfrage lauten?

Die Formulierung muß von der Tatsache ausgehen, daß z. Z. kein Deutschland existiert¹³³), daß die Konstituierung von Einzelstaaten der Bildung eines Gesamtstaates vorangehen muß und deren Vorbedingung ist ferner, daß die Loslösung des Rheinlandes von Preußen bereits eine vollzogene Tatsache ist und daß für die Zukunft eine Verlagerung des Schwergewichts in den Westen Deutschlands eine politische Notwendigkeit ist¹³⁴) . . .“

Man wird zugeben müssen, daß Henrich hier eine außerordentlich interessante Konzeption entwickelte — eine Konzeption, die die durch den Zusammenbruch von 1945 bedingten politischen Verlagerungen in Deutschland dazu benutzen wollte, am Rhein ein neues Land zu errichten, das wie andere deutsche Länder föderativer Bestandteil eines neuen Deutschlands sein, trotzdem aber eine erhebliche Selbständigkeit besitzen sollte. Der Gedanke war durchaus nicht abwegig, da es auch anderswo bereits zur Neubildung deutscher Länder gekommen war oder solche zur gleichen Zeit entstanden. Henrich wünschte deshalb auch die baldige Beseitigung der Zonengrenze, die das Rheinland in einen britisch und einen französisch besetzten Teil zerschnitt. Seine Vorschläge wurden von den übrigen Sitzungsteilnehmern recht positiv aufgenommen, denn die folgende EntschlieÙung nahm sie in ihren Kernpunkten als Forderungen auf¹³⁵):

„ . . . Die CDP hat es bisher bewußt vermieden, Erklärungen zur ‚Deutschland- und Rheinlandfrage‘ abzugeben. Nachdem jetzt Ereignisse eingetreten sind, die die rheinische Bevölkerung in unmittelbarer Weise berühren, fühlt sich die CDP als Stimmführerin des überwiegenden Teils des rheinischen Volkes verpflichtet, zu dieser brennenden Tagesfrage Stellung zu nehmen. Sie erklärt:

1. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem rheinischen und dem deutschen Volke erstrebt die CDP die Schaffung des westdeutschen Volksstaats ‚Rheinland‘ als eines sich selbst verwaltenden Landes im Rahmen des Neubaus der politischen Organisation Gesamtdeutschlands.

Der westdeutsche Volksstaat ‚Rheinland‘ soll unter Beseitigung der heutigen Zonengrenzen auf einem wirtschaftlich lebensfähigen und kulturell zusammengehörenden

¹³³) Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges war die Frage, ob das deutsche Reich de jure fortbestand oder nicht, sehr heftig umstritten. Vgl. Maunz, Deutsches Staatsrecht, 3. Aufl. 1953.

¹³⁴) Nahezu alle westdeutschen Christlichen Demokraten hatten 1945/46 den Wunsch, den politischen Schwerpunkt von Berlin nach dem Westen zu verlegen. Dr. Adenauer lehnte Berlin als Hauptstadt ab, der Frankfurter Kreis befürwortete Frankfurt als Hauptstadt, die Koblenzer wünschten ebenfalls eine Verlagerung.

¹³⁵) Archiv Henrich.

Gebiet die mittel- und niederrheinische, die nassauische, rheinhessische und rheinpfälzische Bevölkerung auf Grund ihres Selbstbestimmungsrechts umfassen.

Der Neubau der politischen Organisation Gesamtdeutschlands soll unter Ablehnung zentralistischer Tendenzen auf demokratischer Grundlage mit dem Schwerpunkt und deshalb mit der Hauptstadt im Westen Deutschlands erfolgen . . .“

Ob Henrich selbst mit dieser so präzisen Formulierung, die so ganz seiner vorsichtigen Art entgegengesetzt war, sich einverstanden erklärte, dürfte fraglich sein. Fest steht jedenfalls, daß die französisch gesteuerte Presse den Wortlaut der EntschlieÙung nicht übernahm, sondern statt dessen der betont föderalistisch orientierte „Rheinische Merkur“ unter dem Titel „Die CDP für die Eigenstaatlichkeit des Rheinlandes“ eine Meldung brachte, die so aussah, als ob statt einer Neugliederung innerhalb eines neuen Deutschlands nunmehr ein Rheinstaat nach dem Vorbild separatistischer Konzeptionen gefordert würde. Die Erregung in der Öffentlichkeit war erheblich und Henrich geriet in eine recht schwierige Lage. Weite Kreise der CDP wollten sich auf keinen Fall mit dieser — tatsächlich unrichtigen — Zeitungsnotiz einverstanden erklären und forderten die umgehende Einberufung einer Delegiertenversammlung. Diese konnte nach mehrfacher Verschiebung, währenddes schon eine Reihe neuer Resolutionsentwürfe diskutiert wurden, in denen nun nicht mehr vom „Rheinland“ die Rede war, jedoch erst am 11. Juni 1946 zusammentreten.

Vor diesem Forum seiner Partei hatte Henrich ausreichende Gelegenheit, nochmals seine Auffassungen darzulegen. In seiner Rede¹³⁶⁾ unterrichtete er die Delegierten zuerst über den Ablauf der Ereignisse, die am 24. April mit der Mainzer Resolution ihren Anfang genommen hatten, dann am 14. Mai zur Parteivorstandssitzung führten, über deren Ergebnis der „Rheinische Merkur“ eine einseitige Nachricht gebracht hatte, und schließlich in der Veröffentlichung der Resolution über die Deutschland- und Rheinlandfrage und die Einberufung der Delegiertenversammlung wegen der bestehenden Erregung endeten. Sodann berichtete er über die Haltung der Militärregierung wie folgt:

„. . . Am 18. Mai 1946 fand dann schließlich eine Besprechung der in Koblenz anwesenden Vorstandsmitglieder mit dem Adjutanten des Gouverneurs statt, auf der wir beschlossen haben, die Rheinland- und Deutschlandfrage dieser Delegiertenversammlung der Provinz zu unterbreiten. Ich begehe keine Indiskretion, wenn ich mitteile, daß dieser französische Offizier, der in direktem Auftrag des Herrn Gouverneurs mit uns verhandelte, uns erklärte, die Militärregierung beabsichtige nicht, irgendeinen Druck auf unsere EntschlieÙung auszuüben, sie lege aber großen Wert darauf, daß wir eine endgültige EntschlieÙung faÙten, die dem wahren, d. h. nach demokratischen Grundsätzen festgelegten Willen unserer Anhänger entspreche. Insbesondere ergab sich nach meiner Überzeugung aus dieser Unterredung auch, daß die Militärregierung nichts anderes von uns erwartet, als daß wir mit der Schaffung des rheinischen Volksstaates zugleich den Wiederaufbau erstreben, daß aber andererseits die bereits von

¹³⁶⁾ Archiv Henrich.

¹³⁷⁾ Archiv Henrich.

uns erklärte Ablehnung zentralistischer Tendenzen als der französischen Politik entsprechend gerne zur Kenntnis genommen wurde . . .“

Im Anschluß daran verteidigte Henrich noch einmal die von ihm aus dem augenblicklichen Zustand Deutschlands gezogenen drei politischen Konsequenzen, nämlich

1. daß das Deutsche Reich nicht mehr existiere und infolgedessen die Neubildung Deutschlands nur von unten her — von der Länderebene — erfolgen könne;
2. daß Preußen nicht mehr existiere und deshalb am Rhein ein neues Land gebildet werden solle, das auf der Linie ähnlicher Bemühungen nach 1919 nicht von Deutschland losgelöst, sondern nur dessen integrierender Bestandteil sein könne;
3. daß die politische Verantwortung der derzeitigen Militärregierung in Deutschland nicht dazu führen dürfe, deutscherseits nun alles den Alliierten zu überlassen, sondern es eine zwingende Pflicht aller Parteien und aller Deutschen sei, sich zu den lebenswichtigen Fragen der künftigen staatlichen Gestaltung selbst zu äußern.

In der Frage der Rechtsstellung und der Organisation des von ihm angestrebten Rheinland-Staates wiederholte er dann nochmals die von ihm schon am 14. Mai vor dem Parteivorstand vorgetragenen Auffassungen.

Die darauf folgende Diskussion zeigte sehr deutlich, daß die Mehrheit der Delegierten zwar bereit war, für eine föderalistische Neuorganisation einzutreten, die Vorstellungen Henrichs, in denen ihr zu stark Reminiszenzen an die Rheinbund-Idee anklangen, aber nicht akzeptieren wollte. Vor allem trat nun auch Jakob Diel mit einem neuen Vorschlag hervor, daß es besser sei, nicht einen „Rheinlandstaat“ zu schaffen, dessen Lebensfähigkeit in Frage gestellt werden müsse, sondern sogleich einen größeren „westdeutschen Staat“ zu gründen, dem um eines tragfähigen wirtschaftlichen Fundamentes willen auch Westfalen und Hessen-Darmstadt angeschlossen werden sollten. Damit war praktisch Henrichs Gedanke eines selbständigen Rheinlandes innerhalb eines deutschen Staatenbundes zu Fall gebracht und statt dessen die föderalistische Gliederung Deutschlands in politische Großräume empfohlen. Das Ergebnis dieser Aussprache kam in einer Resolution zum Ausdruck, in der sich die Delegierten weitgehend den Dielschen Vorschlägen anschlossen.

„. . . 1. Die CDU ist sich einig in dem entschlossenen Willen, nach innen den Zusammenhang aller deutschen Gebiete zu wahren, nach außen aber eine Politik ehrlicher Verständigung und dauerhafter Befreundung mit den Nachbarvölkern zu betreiben. Der Forderung deutscher Nachbarländer nach Gewährleistung ihrer zukünftigen Sicherheit bringt die CDU volles Verständnis entgegen und erklärt sich bereit, an Regelungen mitzuarbeiten, welche einerseits geeignet sind, diesem Zwecke zu dienen, die aber andererseits auch mit der Ehre und mit den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes in Einklang stehen.

2. Im Rahmen der Neuorganisation eines demokratischen und föderalistischen Deutschlands erstrebt die CDU die Bildung deutscher Länder, welche nach Umfang und wirtschaftlicher Zusammensetzung eine dauerhafte Lebensfähigkeit besitzen.

Bei der Gliederung und Abgrenzung dieser Länder soll grundsätzlich auf die historisch gewordenen Zusammenhänge, auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und nach demokratischen Grundsätzen auch auf den Willen der Bevölkerung gebührend Rücksicht genommen werden. Dem hierbei u. a. zu bildenden westdeutschen Staate kommt nach der Auffassung der CDU eine besondere Bedeutung zu, und zwar sowohl im Hinblick auf die gegenüber anderen deutschen Ländern als auch den gegenüber der übrigen Welt zu erfüllenden Aufgaben. Die CDU spricht sich daher gegen jede Zersplitterung und Schwächung dieses Gebietes aus.

Die CDU erstrebt die Bildung eines lebenskräftigen westdeutschen Staates, welches die Gebiete der ganzen früheren Rheinprovinz, der Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau sowie auch der Länder Hessen-Darmstadt und Pfalz umfaßt . . .“

In Punkt 3 wurde dann noch die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa und in Punkt 4 die Sicherstellung der Lebensmöglichkeiten für das deutsche Volk gefordert.

Henrichs Position war damit unhaltbar geworden. Die Delegierten hatten seine Vorschläge nicht angenommen, wobei auch zweifellos mitspielte, daß seine taktisch bedingte Zurückhaltung gegenüber den Franzosen als stillschweigende Zustimmung zu der französischen Rheinlandpolitik aufgefaßt wurde. Das anfänglich so große Vertrauen zu seiner Führerschaft war zerstört. Am 27. Juni 1946 trat er von seinem Posten als Vorsitzender der CDU von Koblenz, Trier und Montabaur zurück.

Sein Nachfolger wurde der der jüngeren Generation zugehörige und mit weniger politischen Reminiszenzen belastete Kaufmann Peter Altmeier, der sogleich einen sehr realpolitischen Kurs zu steuern begann. Er hatte erkannt, daß die Spaltung Deutschlands in verschiedene Besatzungszonen eine vorerst unüberbrückbare Grenze für die Bildung neuer deutscher Länder war, und begann deshalb sogleich die Verhandlungen über ein aus den zur französischen Zone gehörenden Regierungsbezirken Koblenz, Trier, Montabaur, Rheinhessen und Pfalz zu gründendes Land Rheinland-Pfalz zu führen. Eine Verordnung der französischen Militärregierung rief dann auch schon dieses neue Land, jedoch ohne das Saargebiet, am 30. August 1946 ins Leben¹³⁸). Mit dem gleichen Ziel arbeitete Altmeier auf eine immer enger werdende Zusammenarbeit der CDU in den genannten Regierungsbezirken hin. Anlässlich des Zusammentretens der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Rheinland-Pfalz wurde dann am 17. Februar 1947 ohne größere Schwierigkeiten der Landesverband der CDU gebildet, womit die Gründungsperiode ihren Abschluß fand.

Die dominierende Stellung der CDU innerhalb des rheinisch-pfälzischen Parteiensystems zeigte sich dann bald recht deutlich an den Ergebnissen der ersten Wahlen. In Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhielten

¹³⁸) Altmeier wurde am 9. Juli 1947 dessen Ministerpräsident.

	CDU	SPD	FDP	KPD	Sonstige u. Unab- hängige
Stadt- und Landkreiswahlen 15. September und 13. Oktober 1946	54,7	30,2	5,9	7,6	1,6
Landtagswahl 18. Mai 1947	47,2	34,3	9,8	8,7	—
Gemeindewahlen 14. November 1948	33,2	31,8	6,7	6,9	21,4
Bundestagswahl 14. August 1949	49,1	28,6	15,8	6,2	0,3

Ihren Anhängerkreis fand die CDU besonders in den ländlichen Bezirken, vor allem aber in der katholischen Bevölkerung des Landes. Den Anfangserfolg bei den ersten Stadt- und Landkreiswahlen konnte sie später allerdings nicht wiederholen; er war auch dadurch bedingt, daß die Liberalen damals erst in ihren Anfängen standen. Die weitere Entwicklung zeigt dann ein verhältnismäßig konstant bleibendes Bild. Mit durchweg mehr als 40% aller Wählerstimmen ist die CDU bis heute vor der SPD und der FDP die führende Partei in Rheinland-Pfalz geblieben.

4. Kapitel

Die Christlichen Demokraten und das Zentrum in Baden

Das Land Baden wurde 1945 in eine nördliche — amerikanische — und eine südliche — französische — Besatzungszone auseinandergerissen. Den politischen Gruppen in beiden Zonen, die sich 1945 und 1946 um die Neubildung politischer Parteien bemühten, wurde es dadurch unmöglich gemacht, diese über das ganze Land auszudehnen, sie mußten sich vielmehr regional beschränken. Sogar in der Verständigung über gemeinsame Programme waren ihnen von den Besatzungsmächten, deren Ziele in vielen Fragen nicht gleich waren, Schranken gesetzt.

Im südlichen Teil wurde 1945 die Stadt Freiburg im Breisgau Zentrum des neu erwachenden Lebens, während im nördlichen Teil die alte Landeshauptstadt Karlsruhe zwar weiterhin eine Vorrangstellung behauptete, aber gerade bei der Bildung der CDU nur eine relativ geringe Rolle spielen sollte.

Bis heute noch sind die damals in Süd- und Nordbaden gebildeten Verbände der CDU getrennt und voneinander unabhängig geblieben. Schon diese Tatsache allein deutet darauf hin, daß beide Gruppen selbständig ihre Positionen bezogen und sich auch in ihren politischen Auffassungen durchaus nicht immer auf einer Linie bewegten und noch heute bewegen.

Wie in Rheinland-Pfalz traten auch in dem unter französischer Militärverwaltung gekommenen Südbaden besondere Probleme auf, die in der amerikanischen und britischen Zone nicht akut wurden, so das Problem des Föderalismus, der sich nach französischen Vorstellungen vielleicht bis zum Separatismus steigern konnte, und die Isolierung der Parteien von befreundeten politischen Gruppen in anderen Gebieten Deutschlands.

Beredten Ausdruck des politischen Klimas jener Zeit aus deutscher Sicht gibt die von Otto Feger¹³⁹⁾ unmittelbar nach dem Krieg verfaßte und in über 250 000 Exemplaren vertriebene Broschüre „Schwäbisch-alemannische Demokratie, Aufruf und Programm“, die sicher nicht ohne französische Zustimmung erscheinen konnte. Sie wurde von den deutschen Politikern durchaus ernst ge-

¹³⁹⁾ Feger, Verwaltungsjurist und Historiker aus Liebhaberei, hatte sich gegen den Nationalsozialismus ablehnend verhalten und konnte daher gleich nach dem Zusammenbruch wieder tätig werden. Die französische Zustimmung zu seiner Broschüre wird von ihm geleugnet, was aber wohl nur dahin gedeutet werden kann, daß er zweifellos kein „gekaufter Autor“ war.

nommen und 1947 sogar im südbadischen Landtag öffentlich diskutiert¹⁴⁰). Auf die Vertreter der „Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei“ (BCSV), aus der später die südbadische CDU wurde, blieb sie nicht ohne Einfluß. In ihr wurde, wie schon der Titel vermuten ließ, eine gesonderte südwestdeutsche Staatenbildung wirkungsvoll propagiert¹⁴¹).

Für den nordbadischen Raum wurde die von den amerikanischen Besatzungsbehörden, aber auch nicht weniger von den Württembergern geforderte Vereinigung Nordbadens mit Nordwürttemberg das politische Hauptproblem. Der erste Präsident des badischen Landtags in Freiburg, Dr. Person¹⁴²), meinte in einem Gespräch mit dem Verfasser über die Schwierigkeiten dieser „politischen Ehe“ vielleicht recht zutreffend:

Baden sei früher durch die „Begehrlichkeiten Württembergs“ in die Arme Preußens getrieben worden. Durch die Entwicklung wurde dann das badische Selbstgefühl hervorgerufen. Nicht zuletzt wegen des immer schwelenden Gegensatzes zu Württemberg wandte sich Baden dem Liberalismus und Nationalliberalismus zu, während Württemberg konservativ regiert wurde.

Man mag die objektive Wahrheit dieses Urteils in Frage stellen, sicher ist,

¹⁴⁰) Dr. Hoffmann (BCSV) besprach am 10. April 1947 in der Badischen Verfassungsgebenden Landesversammlung Fegers Buch wie folgt:

„... Zunächst zu der Frage des deutschen Südweststaates als selbständigen Bestandteils deutscher Geschichte. Es ist das Verdienst Otto Fegers (Schwäbisch-alemannische Demokratie, Aufruf zu einem autonomen südwestdeutschen Staate), auf die südwestdeutsche Eigenständigkeit in gewissen Perioden deutscher Geschichte hingewiesen zu haben. . . (Es folgt ein Resümee der Fegerschen Betrachtung, der sich Hoffmann offenbar anschließt) . . . Nichts separiert uns von einem Staatenbund Deutschlands. Alles drängt uns vielmehr, die deutsche Schicksalsgemeinschaft in allen ihren Folgen zu bejahen. Aber wir wollen und müssen Herren im eigenen Hause sein oder werden. Der badische Staat soll in einem möglichen und wahrscheinlichen Bunde deutscher Staaten sein alemannisch-demokratisches Gewicht gleichberechtigt in die Waagschale deutschen Schicksals werfen. Nicht Objekt preußischer Politik, sondern Subjekt einer demokratisch-friedlichen deutschen Politik soll Baden sein, dessen Bedeutung vom Gewicht seiner Ideen, nicht von der Zahl der Landesbewohner bestimmt sein wird. Hier liegt auch die Lösung zur Frage des Anschlusses an Württemberg oder einer propagierten schwäbisch-alemannischen Autonomie. . .“

Diese von der BCSV bezogene Position wurde von den anderen Parteien heftig angegriffen. Selbstverständlich unterschob man ihr auch die Fegerschen Schlußfolgerungen, so z. B. die auf Seite 76 seines Buches:

„... Vor allem liegt es nicht im Interesse mindestens des Südwestens — für andere deutsche Länder mögen die Verhältnisse ähnlich liegen — sich weiterhin mit einem derart komplizierten Staatengebilde zu identifizieren. Der Südwesten hat weder den Staat Bismarcks bejaht, das beweisen die heute vergessenen Toten von 1866, noch den Staat Hitlers, das beweisen die heute noch nicht vergessenen Toten von 1933 bis 1945 . . .“

¹⁴¹) Feger denkt in seiner Schrift nicht an einen autonomen Staat nur aus Teilen des bisherigen Reichsgebietes, sondern fordert den Zusammenschluß mit der Schweiz und Teilen Österreichs. Da diese Vorschläge völlig unreal waren, darf man die Broschüre auch nicht überbewerten.

¹⁴²) Dr. Karl Person, geb. 1887 in Ringsheim, Naturwissenschaftler, seit 1920 Professor am Realgymnasium in Freiburg, seit 1933 in Karlsruhe, nahm am 1. und 2. Weltkrieg als Offizier teil. 1925 kandidierte er für die badische Zentrumsparlei und war bis 1933 Landtagsabgeordneter. Mit dem Prälaten Föhr war er freundschaftlich verbunden. 1946 wurde er Präsident des Badischen Landtags. Seine Kandidatur für das Amt des badischen Staatspräsidenten wurde zeitweilig diskutiert.

daß es subjektiv den damaligen Gegebenheiten voll entsprach. Die Emotionen, die dem politischen Neubau im Südwesten entgegenstanden, werden in diesen Worten recht deutlich. Es wundert daher nicht, daß die Wege, die gegangen wurden, vielfach verschlungen waren.

I. Die Entwicklung in Südbaden

a) *Der Kampf zwischen der Bischofs- und der Prälatenpartei in Freiburg*

Die politische Bühne Freiburgs, der Hauptstadt Südbadens, wurde nach Kriegsende von zwei markanten Persönlichkeiten beherrscht: von dem Erzbischof Conrad Gröber und dem Prälaten Dr. Ernst Föhr.

Der Freiburger Oberhirte war ein „politischer“ Kleriker, der Welt zugewandt und um deren Ordnung bemüht. Er entstammte einer überwiegend altkatholischen Gemeinde Südbadens. Wenn er sich auch als katholischer Geistlicher stets gegen den Altkatholizismus aussprach, so waren doch dessen Gedankengänge in gewissem Umfang in ihm lebendig geblieben. In sozialen und Schulfragen stand er z. B. liberalen Auffassungen nahe. Sein Gegenspieler, Prälat Föhr, hielt den Erzbischof im politischen Leben für einen Mann des Kompromisses, dessen einziger Grundsatz sei, alles zu tun, was der Kirche nützen könne. Aus dieser Haltung heraus versuchte Föhr auch die zeitweise Annäherung des Kirchenfürsten an den Nationalsozialismus — er war förderndes Mitglied der SS — und nach dem Kriege seinen bedingungslosen Kampf für eine interkonfessionelle Partei und gegen die Wiedergründung des Zentrums zu erklären. Das Bild des inzwischen verstorbenen Erzbischofs war ohne Frage für die Öffentlichkeit nicht immer eindeutig, seine Tätigkeit im politischen Bereich nicht unangefochten, aber sowohl seine Kritiker wie seine Freunde stimmen darin überein, daß er ein „politischer Kopf“ gewesen sei. Die Entwicklung in Südbaden, die nach 1945 allmählich zur Bildung der CDU führte, wurde von ihm sehr wesentlich beeinflusst.

Prälat Dr. Föhr war ganz das Gegenteil des Erzbischofs. Durch und durch ein Verstandesmensch, zeigte auch er sich klug und gewandt im Gespräch und in der politischen Taktik, wirkte aber trotzdem hart und kühl. Dem Nationalsozialismus war er ein kompromißloser Gegner gewesen. Von seinem politischen Lehrmeister, dem Prälaten Schofer¹⁴³⁾, hatte er Ende der zwanziger Jahre die Führung des badischen Zentrums übernommen, genoß aber in diesem kein uneingeschränktes Ansehen, da er über die von der badischen Bevölkerung geliebte Wärme, durch die nach dem Kriege beispielsweise der erste Vorsitzende der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei, der spätere Staatspräsident Leo Wohleb, weite Kreise gewann, nicht verfügte. Dem Prälaten wurden häufiger sogar diktatorische Neigungen nachgesagt. Mit dem Erzbischof, der ihn als einen vom Vatikan

¹⁴³⁾ Schofer war nach dem ersten Weltkrieg lange Jahre hindurch Vorsitzender des badischen Zentrums. Vgl. sein Buch „Mit der alten Fahne in die neue Zeit“, Freiburg i. Br. 1926.

bestellten „Wachhund“ ansah, hatte er schon früher in vielen politischen Fragen Differenzen gehabt.

Die Stadt Freiburg wurde am 21. April 1945 von französischen Truppen besetzt, die ihr Hauptquartier in einem Gebäude neben dem Pfarrhaus des Prälaten Föhr einrichteten¹⁴⁴). Chef der Besatzungstruppen war der Oberst Montelle. Zwischen ihm und Föhr, der sehr bald in der St. Johanniskirche für die französischen Soldaten Gottesdienste hielt, entwickelten sich recht gute Beziehungen, die nicht zuletzt darin begründet waren, daß der Prälat als letzter Vorsitzender des badi-schen Zentrums das Vertrauen der Besatzungsmacht besaß. Daneben stellte der Oberst aber auch Verbindungen zu Freiburger Sozialdemokraten und Kommunisten her. Föhr sah sich deshalb genötigt, Anhänger zu finden, um in der Bevölkerung einen gewissen moralischen und politischen Rückhalt zu gewinnen. Über seine ersten Schritte in dieser Richtung gibt das Tagebuch des alten Zentrumsmitgliedes Dr. Fleig¹⁴⁵) Auskunft:

„Prälat Föhr kommt und teilt mit, eine Abordnung der linken Parteien sei offiziell bei ihm gewesen, um die Bildung eines Arbeitsausschusses mitzuteilen. Die Linke nennt sich „Sozialistische Gruppe“ und hat bereits Föhr mit der Militärregierung aufgenommen und kann sich als anerkannt betrachten. Daher müßte etwas Ähnliches von der ‚Mitte¹⁴⁶‘ geschehen, hätten die Linken gesagt, und sie kämen zu ihm¹⁴⁷) als dem Führer der Zentrumsfraktion.

Nun habe bei Föhr selbstverständlich der Gedanke Platz gegriffen: Wiedergründung des Zentrums, und zwar in Anknüpfung an den Legitimationsgedanken. Es wurde also eine Zentrumsgruppe gebildet mit drei Spitzenvertretern: Dr. Fleig, Dr. Föhr, Clemens von Brentano (Botschaftsrat a. D.)¹⁴⁸).

Wir — Fleig und Föhr — gingen zu Brentano und konstituierten uns auf Vorschlag Föhrs als Zentrum. Vorsitzender: Föhr; 2. Vorsitzender: von Brentano; Schriftführer: Fleig. Föhr will die Partei am 30. April bei der Militärregierung anmelden.“

Soweit der erste überlieferte Bericht über die Absichten Föhrs und seiner politischen Freunde unmittelbar nach dem deutschen Zusammenbruch. Sie glaubten, an die Verhältnisse von 1932 wieder unmittelbar anknüpfen und sozusagen über Nacht das politische System früherer Jahrzehnte rekonstruieren zu können. Die Aktivität im Lager der Sozialdemokraten und Kommunisten bestimmte weitgehend ihre Entschlüsse. Alle diese Aktionen waren jedoch verfrüht,

¹⁴⁴) Dem Verfasser von Dr. Föhr in einem Gespräch am 11. und 12. Januar 1954 mitgeteilt. Die Tagebuchaufzeichnungen des Prälaten standen dem Verfasser zur Auswertung zur Verfügung.

¹⁴⁵) Dr. Paul Fleig, Professor am Freiburger Realgymnasium, war in der Weimarer Zeit aktives Zentrumsmitglied gewesen. Nach dem 2. Weltkrieg war er in Freiburg Mitbegründer des Zentrums und später der BCSV. Danach war er zeitweilig Ministerialdirektor im Kabinett Wohleb. Seine Tagebuchnotizen standen dem Verfasser weitgehend zur Auswertung zur Verfügung. Da sie in Kurzschrift abgefaßt waren, diktierte Dr. Fleig eine Übertragung. Durch diese wurde evtl. der Wert der Aufzeichnungen etwas gemindert.

¹⁴⁶) D. h. vom früheren Zentrum.

¹⁴⁷) D. h. zu Prälat Dr. Föhr.

¹⁴⁸) Später deutscher Botschafter in Rom, älterer Bruder des Bundesaußenministers Heinrich von Brentano.

denn die Militärregierung war nicht bereit, schon jetzt deutsche Parteien zuzulassen.

Für die weiteren Bemühungen war jedoch die Marschrichtung gegeben, da die französische Militärregierung immerhin den Aufbau eines Vertrauensmännersystems und damit praktisch alle weiteren Vorbereitungsarbeiten gestattete. Dazu wurde dann am nächsten Sonntag der aufs Land geflohene frühere Zentrumsführer Dr. Zürcher¹⁴⁹⁾ von Dr. Fleig und dem französischen Capitaine Loysel nach Freiburg zurückgeholt. Bei dieser ersten Fahrt stellte Dr. Fleig fest, daß man allerorten auf das wartete, was in der Hauptstadt eingeleitet würde. Das Zentrum war noch nirgends wieder ins Leben gerufen, auch vorbereitende Schritte zu anderweitigen politischen Neugruppierungen waren nicht getan. Allgemein bestand jedoch die Neigung, über das ehemalige Zentrum hinaus die Bildung einer umfassenden Partei zu versuchen.

Am 5. Mai 1945 trafen die Zentrumsführer zum ersten Male mit der unter Leitung Dr. Leibbrandts stehenden Sozialistengruppe zusammen. In dieser waren jedoch nicht nur Kommunisten und Sozialdemokraten vereinigt, es arbeiteten unter der Führung des Studienrats Ruppel, der in der Weimarer Zeit der Deutschen Demokratischen Partei angehört hatte, auch Liberale mit. Die schon immer vorhanden gewesene Linkstendenz des badischen Liberalismus wirkte hier noch nach; erst später löste er seine Aktionsgemeinschaft mit den Sozialisten wieder auf. Auf der Sitzung wurden in der Hauptsache nur zweitrangige lokale Fragen besprochen. Dr. Fleig hat in seinem Tagebuch jedoch auch einen wichtigeren Besprechungspunkt festgehalten. Zu der Forderung der französischen Militärregierung, von den deutschen politischen Gruppen Listen über nationalsozialistische Funktionäre und Parteimitglieder zu erhalten, meint er nämlich, daß die Franzosen den deutschen Gruppen die Möglichkeit zur beschränkten Tätigkeit nur deshalb gewährt hätten, um von ihnen Hinweise und Auskünfte über belastete Personen zu erhalten, und fährt dann fort:

„... Über die Frage der Listen Spaltung der Linken und des Zentrums. Letzteres will Listen nicht aufstellen, da es zu unsicher ist, jemanden zu beschuldigen, wenn nicht ganz handfeste Beweise vorhanden sind... Die Zentrumsgruppe war gegen die Listen...“

Zur gleichen Zeit bemühten sich die Zentrumsrepräsentanten, durch Aufnahme von Protestanten in ihre Reihen die eigene Basis auszudehnen. Dabei werden sie sicher schon von Fragen, ob man den alten Namen beibehalten oder ob man im Prinzip eine interkonfessionelle Partei anstreben, also den „Turm“ sprengen solle, bewegt worden sein. Zu einer Antwort kamen sie jedoch noch nicht, sie bemühten sich vorerst, das „Gelände zu sondieren“. Fleig schreibt darüber unter dem 2. Mai 1945:

¹⁴⁹⁾ Dr. Paul Zürcher war nach mehrjährigem England-Aufenthalt in der Weimarer Zeit Redakteur des badischen Zentrumsorgans und später in der Justiz tätig. Über seine Rolle nach 1945 vgl. „Baden 1945—1951 — was nicht in der Zeitung steht“, eine 1951 im Vorwerk-Verlag anonym erschienene, sehr gut fundierte Schrift. Zürcher gründete später den „Badischen Heimatbund“ zur Wiederherstellung Badens.

„... Zürcher und ich waren bei dem evangelischen Pfarrer Hof¹⁵⁰⁾. Er gehörte zur Bekennenden Kirche. Zweck des Besuches: Die Protestanten und besonders die Leute von der Bekennenden Kirche sollten nicht nach links überschwenken. Es sollte vielmehr ein ‚Aufbau aus christlichem Geist‘ unternommen werden. Die Protestanten sollten Anschluß an die ‚konservative Mitte‘¹⁵¹⁾ finden zum Aufbau aus christlichem Geist . . .“

Dieser „Aufbau aus christlichem Geist“ wurde vor allem von Dr. Fleig und Dr. Zürcher vertreten, während Prälat Dr. Föhr sich zurückhielt. Er hatte, wie wir auch später noch sehen werden, kein großes Vertrauen zu einer interkonfessionellen Vereinigung und folgte mehr der Auffassung des früheren Zentrumsführers in Baden, des Prälaten Schofer, der die Devise „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“ geprägt hatte. Ein „christlicher Mischmasch“¹⁵²⁾ war ihm ein Greuel. Aber auch auf der anderen Seite fanden Fleig und Zürcher keine uneingeschränkte Zustimmung:

„... Hof war immer sehr zurückhaltend. Er fragte, wieweit das politisch möglich sei. Er wolle erst mit Pfarrer Dürr (Paulus-Kirche in Freiburg) sprechen. Dürr war Leiter der Bekennenden Kirche Badens und stellvertretender Landesbischof. Der sagte dann später zusammen mit Hof: Wir wollen vertrauenswürdige Männer suchen¹⁵³⁾.“

Auch die anschließenden Besprechungen, zu denen zwei protestantische Laien, Professor Brühler und Rektor Gerhards, zugezogen wurden, verliefen wenig erfolgreich, da diese beiden politisch belastet erschienen. Brühler hatte früher der Deutschnationalen Volkspartei angehört und war bis 1933 Landtagsabgeordneter gewesen. Als Chefredakteur hatte er in seiner Zeitung nationalsozialistischen Leitartikeln Raum gegeben. Nach Hitlers Machtergreifung war er wieder in den Schuldienst zurückgegangen und galt seit 1943 als „Verfolgter“ des Regimes. Gerhards war nach Fleigs Auffassung ein tiefreligiöser Mensch, war aber „alter Kämpfer“ der NSDAP, zu der er erst später in Opposition trat. Im Jahre 1936 hatte er auf Lehrerversammlungen gegen die antichristliche Politik der Partei protestiert und war schließlich von ihr ausgeschlossen worden. Unter den Verhältnissen des Jahres 1945 konnten die früheren Zentrumsführer trotz deren „Verfolgung“ nicht auf die Mitarbeit dieser beiden evangelischen Vertreter zurückgreifen. Andere Protestanten waren nach Fleigs Auffassung in ähnlicher Weise „belastet“. Wir müssen aber doch wohl fragen, ob es wirklich keine gab, die für die politische Arbeit geeignet gewesen wären, oder ob die Angehörigen der evangelischen Kirche in ihrer Mehrzahl von dem Entschluß zurückscheuten, mit den Katholiken in einer Partei zusammenzugehen? Diese Vermutung liegt nahe, denn es entschlossen sich vorerst nur einige wenige Protestanten zur Mitarbeit. Der prominenteste war der schon erwähnte Pfarrer Dürr, der vorläufig „mitzumachen“ und weiterhin nach geeigneten Männern zu suchen bereit war.

¹⁵⁰⁾ Später Oberkirchenrat in Karlsruhe.

¹⁵¹⁾ Darunter versteht Fleig das Zentrum.

¹⁵²⁾ Ausspruch des Prälaten Dr. Föhr in einem Gespräch mit dem Verfasser.

¹⁵³⁾ Tagebuchnotiz Dr. Fleigs.

Zur gleichen Zeit sammelte Prälat Dr. Föhr zurückkehrende frühere Zentrumsmitglieder um sich, mit denen er die alte Partei wiederzugründen trachtete. In einer Art Mitgliederliste¹⁵⁴⁾ finden sich folgende Namen:

Name	Beruf	Eintrittsdatum
Föhr, Dr. Ernst	Prälat	29. 4. 1945
Fleig, Dr. Paul	Professor	29. 4. 1945
v. Brentano, Clemens	Botschaftsrat a. D.	29. 4. 1945
Zürcher, Dr. Paul	Amtsgerichtsrat	6. 5. 1945
Dichtel, Anton ¹⁵⁵⁾	Kaufmann	17. 5. 1945
Witte	Kaufmann	17. 5. 1945
Koberstein, Dr.	Privatdozent	17. 5. 1945
Lauterwasser	Elektriker	17. 5. 1945
Vogel ¹⁵⁶⁾	Amtmann a. D.	17. 5. 1945
Hoffmann, Dr. W. ¹⁵⁷⁾	Regierungsrat	20. 7. 1945
Person, Dr. Karl	Gymnasiallehrer	27. 7. 1945
Teusch, Dr. ¹⁵⁸⁾	Arzt	3. 8. 1945
Ruby, Dr. ¹⁵⁹⁾	unbekannt	3. 8. 1945

Auch der Erzbischof Dr. Gröber bemühte sich zur gleichen Zeit um politische Anhänger. Ein erstes Zusammentreffen der beiden Richtungen fand wahrscheinlich schon am 6. Mai 1945 statt, als Dr. Fleig, von Brentano und Dr. Zürcher mit dem Kirchenfürsten die Lage erörterten. In seinem Tagebuch berichtet Fleig leider sehr wenig über diese Unterredung. Deutlich wird nur, daß auch die Frage, ob Geistliche im Parteileben wieder aktiv tätig, d. h. Parteiführer werden können, zur Debatte stand und negativ beantwortet wurde. Wenn auch in der Begründung dieses Entschlusses nur von den augenblicklichen Zeitströmungen gesprochen wurde, so stand doch die Person des Prälaten Dr. Föhr im Hintergrund, dem der Erzbischof keinen größeren Einfluß einräumen wollte. Fleig schreibt:

„... Es sei wohl besser, wenn die Geistlichen derzeit politisch nicht hervortreten, sondern wenn die Geistlichen von ihrem Stand und die Laien von dem ihrigen aus arbeiten...“

¹⁵⁴⁾ Archiv Dr. Fleig.

¹⁵⁵⁾ Dichtel, in Westfalen geboren, aber schon seit 30 Jahren in Freiburg ansässig, war früher Gewerkschaftler und nach dem zweiten Weltkrieg als selbständiger Kaufmann tätig. Er wurde später Vorsitzender der Badischen CDU.

¹⁵⁶⁾ Vogel stand politisch sehr weit links. Er unterstützte auch die Bemühungen des Altreichskanzlers Dr. Wirth, in Südbaden aus früheren Zentrums- und SPD-Mitgliedern eine Sammelpartei zu gründen.

¹⁵⁷⁾ Dr. Hoffmann, altes badisches Zentrumsmittglied, bemühte sich vor allem um die Gründung einer badischen Landespartei.

¹⁵⁸⁾ Ein Bruder von Frau Christine Teusch, die 1947—1954 Kultusminister von Nordrhein-Westfalen (CDU) war.

¹⁵⁹⁾ Dr. Ruby spielte bei den Verhandlungen eine etwas undurchsichtige Rolle. Er galt als Vertrauter des Erzbischofs, trat aber auch in der Gruppe des Prälaten Dr. Föhr auf und hatte gleichzeitig Verbindungen zu dem politisch linksstehenden Altreichskanzlers Dr. Wirth.

Auch Dr. Zürcher schloß sich dieser Auffassung an; er meinte¹⁶⁰⁾:

„Als die Fragen des Wahlrechts auftauchten, vertrat ich die Auffassung, daß die Geistlichen das passive Wahlrecht nicht haben sollten. Ich wollte damit nicht in erster Linie den Prälaten Föhr ausschalten, ich wollte aber die Pfarrer im allgemeinen aus der ersten Linie heraushalten, wenn ich auch andererseits die Verbindung zu den Geistlichen und zur Kirche, auch besonders zu Föhr, immer aufrechterhalten wollte.“

Persönliche und sachliche Motive spielten also gleichermaßen eine Rolle. Auch in anderen Teilen Deutschlands wurde die gleiche Frage zu dieser Zeit in demselben Sinne beantwortet, wenn auch dort zumeist nicht solch akuter Anlaß wie gerade in Freiburg gegeben war.

Die ersten Anfänge eines sich wieder regenden öffentlichen Lebens zwangen nun auch die einzelnen politischen Gruppen zu engerer Fühlungnahme. So mußte über die Wiederaufnahme des Unterrichts, die Entfernung belasteter Lehrer, das Erscheinen einer Zeitung, die Einsetzung eines Oberbürgermeisters durch die französische Militärregierung und die Bildung eines „Beirates“ für die Verwaltung verhandelt werden. Die Sozialisten- und die Zentrumsgruppe trafen jetzt häufiger zusammen, und bald machten sich auch die Gegensätze bemerkbar. Die Bildung des „Beirates“ verursachte aber auch in der Zentrumsgruppe selbst ernste Auseinandersetzungen und erste Machtkämpfe. Sie entstanden, als der Prälat nicht in den Beirat eintreten konnte, da sich auch kein evangelischer Geistlicher dazu bereit erklärte. Föhr erklärte daraufhin, daß die sogenannten „Zentrumsvertreter“ dem Beirat deshalb nicht als Parteigruppe, sondern nur als selbstverantwortliche Personen ohne Parteibindung angehören könnten. An den Oberbürgermeister schrieb er am 29. Juni 1945¹⁶¹⁾:

„... Was die Zurückziehung des Herrn Professor Dr. Fleig betrifft, so will das besagen, daß ich mir die Bestellung eines Vertreters von Fall zu Fall vorbehalte. Damit wird die Mitarbeit des Herrn Professor Dr. Fleig in persönlicher Verantwortung in keiner Weise eingeengt. Da aber keine politischen Parteien zugelassen sind, muß meine Gruppe, die nur auf dem persönlichen Vertrauen, das ich genieße, aufgebaut ist, ihren Aktionsradius möglichst einengen, um nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, was ich unter keinen Umständen will.

Aus diesem Grund muß die politische Verantwortung restlos von den durch die Militärregierung Beauftragten als Beamten oder Einzelpersonen getragen werden. Die politischen Aufgaben müssen von den Amtsstellen gelöst werden. Meine Gruppe steht zur Verfügung, soweit sie helfen kann, Not und Schwierigkeiten zu beheben oder durch Beratung Mißgriffe und Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Wir wollen also im Dienste der Bevölkerung stehen, solange uns andere Wege versperrt sind. Die anderen Aufgaben müssen jetzt, wo ein Beirat besteht, von den Mitgliedern desselben in persönlicher Verantwortung gelöst werden . . .“

Dieser Brief ist für Dr. Föhr sehr charakteristisch. Um darzutun, daß er und das Freiburger Zentrum unzertrennlich seien, operierte er lieber dieses und sich selbst als politische Faktoren aus dem Beirat heraus. Seiner Meinung nach

¹⁶⁰⁾ Gespräch des Verfassers mit Dr. Zürcher am 12. Januar 1953.

¹⁶¹⁾ Archiv Dr. Fleig.

konnte nur er und niemand anders die politische Führung des katholischen Volksteils innehaben. Und tatsächlich, trotz mancher Spannungen, besonders zwischen Föhr und Fleig, blieb der Zentrumskreis weiterhin beisammen und erörterte in zahlreichen Sitzungen die immer neu auftauchenden Probleme. So auch das der Gründung einer Partei. Am 22. Juni erklärte der Prälat dazu in einer dieser Zusammenkünfte¹⁶²):

„. . . Wir müssen uns als Zentrum fühlen und führen, weil nur so die Militärregierung unsere Legitimität anerkennt . . .“

Nach Föhrs Auffassung konnten nämlich die Franzosen, wenn sie jemals deutschen Parteien die Erlaubnis zur Betätigung geben würden, nur solche zulassen, die sich schon früher demokratisch legitimiert hatten. Das träfe, wie er ausführt, auf das Zentrum ohne Frage zu. Darüber hinaus habe auch der Name „Zentrumspartei“ bei den Franzosen zweifellos einen guten Klang. Und schließlich könne und dürfe man nicht in einer Zeit, da die Tradition die einzige Legitimation für die demokratische Vergangenheit sei, gerade die Tradition des Zentrums leichtfertig über Bord werfen¹⁶³). Wie sich dann später herausstellen sollte, irrte er sich aber in der Beurteilung der Auffassung der Franzosen. Diesen war an einer Wiedererstehung des Zentrums gar nicht gelegen, da ihrer Meinung nach diese Partei zentralistisch und zu sehr preußisch orientiert gewesen sei und vor allem in Preußen auch ihren Schwerpunkt gehabt hätte¹⁶⁴).

Gleichzeitig setzte die Gruppe um Föhr, der damit aber keinesfalls den Namen und die Tradition des alten Zentrums preisgeben wollte, auch die Suche nach evangelischen Persönlichkeiten, die zur Mitarbeit geeignet schienen, fort. Als solche fanden sich im Laufe des Sommers Prof. Dr. jur. Constantin von Dietze und der Leiter des Freiburger Diakonissenhauses, Prof. Dr. med. Hosemann, bereit, mit den Zentrumspolitikern politisch zusammenzuwirken. Beide gehörten allerdings auch der „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“, später nach ihrem wichtigsten Mitglied allgemein „Bühler-Kreis“ genannt, an, in der sich vor allem Akademiker beider Konfessionen zusammengefunden hatten, um, vorerst völlig unpolitisch, auf der Basis gegenseitigen Verständnisses beide Kirchen angehende wissenschaftliche und aktuelle Probleme zu erörtern¹⁶⁵). Gegründet war dieser Kreis mit wesentlichem Anteil des Erzbischofs. Führend in ihm waren die Katholiken Prof. Bühler und Prof. Müller sowie die Protestanten Prof. von Dietze und Prof. Wolff. Die letzteren waren schon früher als Mitglieder der Bekennenden Kirche hervorgetreten¹⁶⁶). Auf Grund der Ergebnisse der Fuldaer und der

¹⁶²) Archiv Dr. Fleig.

¹⁶³) Die gleichen Gründe wurden auch in Westfalen lebhaft geltend gemacht; vgl. Wieck a.a.O., S. 136 f.

¹⁶⁴) Gespräche des Verfassers mit Dr. Fleig, Dr. Zürcher und Dr. Person im Januar 1954.

¹⁶⁵) Zu einem ähnlichen Zusammenschluß kam es ungefähr zur gleichen Zeit auch in Hamburg; vgl. Wieck a.a.O., S. 183 f.

¹⁶⁶) Prof. v. Dietze soll auch an der 1943 von Mitgliedern der Bekennenden Kirche in Freiburg verfaßten Denkschrift über die staatliche Neugestaltung Deutschlands nach dem Zusammenbruch mitgewirkt haben.

Treysaer Kirchenkonferenzen, die sowohl von katholischer als auch von protestantischer Seite den Gedanken einer interkonfessionellen Zusammenarbeit auch auf politischem Gebiet begrüßt hatten, neigten beide nun auch zur Bildung einer entsprechenden Partei für den badischen Raum. Der Erzbischof, der mit dem Freiburger Oberkirchenrat Friedrich in Verbindung stand, trachtete deshalb danach, diese „Christliche Arbeitsgemeinschaft“ zur Basis der Parteinengründung zu machen. Dem stand aber der Prälat Föhr mit seiner Gruppe, die ganz andere Ziele verfolgte, scharf entgegen. Von August bis Dezember 1945 folgte ein heftiges Ringen, das in dem Schlagwort „Hie Prälatenpartei — hie Bischofspartei“ lauten, vielleicht zu lauten Ausdruck fand. Beteiligt waren außer den beiden Geistlichen in erster Linie noch Dr. Person als engster Freund des Prälaten Föhr, der Baden-Badener Studienrat Leo Wohleb, der mit der französischen provisorischen Landesverwaltung, die von Karlsruhe, das an die Amerikaner abgegeben werden mußte, nach Freiburg verlegt wurde, in Südbadens Hauptstadt kam, und Prinz Max von Fürstenberg aus Donaueschingen. Ferner schalteten sich auch die Franzosen, die eine wichtige Partei des Landes entstehen sahen, in die Gründungsgespräche ein, um die Entwicklung möglichst in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Am 2. August 1945 kamen der früher dem Zentrum angehörende ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler aus dem nördlichen Teil Badens und der frühere Reichskanzler Dr. Josef Wirth nach Freiburg. Während Köhler, der in der Weimarer Zeit mit Föhr in keinem guten Einvernehmen gestanden hatte, sich nur über die Lage unterrichten wollte, da er sich zu jener Zeit noch nicht entschieden hatte, ob er ein Wiederaufleben des Zentrums oder eine neue interkonfessionelle Partei mit anderem Namen fördern solle, beabsichtigte Wirth, politisch wirksam zu werden. Er mußte jedoch die Erfahrung machen, daß die amerikanischen Besatzungsbehörden ihm keine Einreiseerlaubnis in ihre Zone erteilten und auch die Franzosen nur einen fünftägigen Aufenthalt in Freiburg bewilligten¹⁶⁷). Es nimmt wunder, daß beide Besatzungsmächte einem Mann, der in der Weimarer Zeit so sehr für die Erfüllungspolitik eingetreten war, nun politisch mißtrauten. Der Grund für diese Haltung war offenbar, daß Wirth sich in der Schweiz mit Sozialdemokraten zu einer „Demokratischen Arbeitsgemeinschaft“ verbunden und in dieser ein sehr radikales Programm für die Errichtung eines zentralistischen Deutschlands entworfen hatte¹⁶⁸). Die Alliierten aber wünschten keinerlei Erörterung des Wiederaufbaues Deutschlands in einem Einheitsstaat. Auch eine große Zahl deutscher katholischer Politiker lehnte Wirth entschieden ab, da er zu stark nach links neigte. So schrieb am 8. August 1945 ein Berichterstatter aus Leutkirch in Württemberg:

¹⁶⁷) Aktennotiz über ein Gespräch Adam Stegerwalds, Würzburg, mit Josef André, Stuttgart, und Paul Bausch, Korntal, im November 1945 in Würzburg; Archiv Bausch.

¹⁶⁸) Das Programm der von Dr. Wirth und Dr. Högner (SPD) gegründeten Arbeitsgemeinschaft im Archiv Dr. Högner.

„... Der Gedanke einer neuen, auf breiter Basis fundierten sogenannten Linkspartei, wie sie Dr. Wirth in Südbaden aufziehen will, scheint hier weniger Zündkraft zu haben als dort ...“

Trotz der damals sehr schwierigen Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen waren also die Versuche Wirths, in Südbaden in Übereinstimmung mit seinem Schweizer Programm eine solche Partei zu bilden, rasch bekannt geworden. Der Leutkircher Berichterstatter irrte sich jedoch in seiner Meinung über das Echo in Freiburg. In Verhandlungen mit dem Prälaten Föhr, mit Vertretern der „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“, so dem Verleger Dr. Knecht und Höfler vom Caritas-Verband, und mit dem politisch etwas undurchsichtigen Dr. Ruby konnte Wirth sich nicht durchsetzen. Er mußte, da auch die Freiburger Sozialdemokraten, obwohl der frühere preußische Ministerpräsident Otto Braun und Dr. Wilhelm Högner im Exil mit ihm zusammengearbeitet hatten, sich kaum geneigt zeigten, schon nach wenigen Tagen, ohne etwas erreicht zu haben, wieder in die Schweiz zurückkehren. Seine Ausschaltung lag insbesondere auch im Interesse des Erzbischofs, der dadurch eine potentielle Gefahr beseitigt sah. Föhr drängte nun um so stärker auf die rasche Bildung der Partei. In einer Sitzung am 3. August erklärte er¹⁶⁹⁾:

„... Bisher waren wir eine Gruppe und parteipolitisch nicht organisiert. Der französische Kommandant hat jetzt nichts mehr gegen eine inoffizielle Konstituierung. Deshalb sollen und müssen jetzt Spitze und Vorstand des Zentrums für Freiburg — wie auch bei den Sozialdemokraten — gebildet werden. Erst dann, wenn eine große Zusammenkunft im Lande möglich ist, werden wir endgültig über den Namen und das Programm entscheiden und beschließen können ...“

Fleig schreibt dazu noch in seinem Tagebuch:

„... Föhr wollte als Geistlicher sofort vom bisherigen leitenden Posten zurücktreten. Die Versammlung bewegt ihn dazu, bis zur Rückkehr von Prof. Dr. Person¹⁷⁰⁾ zu bleiben ...“

In der nächsten Sitzung, am 10. August 1945, sollte dann eine wesentliche Entscheidung fallen. Bei Fleig heißt es darüber:

„... Föhr führt aus: ‚Ich bin bei den Franzosen als Führer des alten Zentrums anerkannt. Das Zentrum heißt dort: parti catholique. Bei der Linken ist die Einheit zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten aufgehoben worden. Sie laufen getrennt und auch die Demokraten werden sich bilden. Wir sind die Nachfolger der alten Zentrumspartei. Eine neue Partei können wir nicht bilden. Positiv sind unsere Ziele: 1. Christlich. Katholisch zu sein, hat das Zentrum immer abgelehnt ...‘“

Die Angabe dieses Zieles — christlich zu sein — könnte nun leicht die Meinung aufkommen lassen, daß das neue Zentrum anders als die alte Partei aussehen sollte. Das trifft jedoch nicht zu. Dr. Föhr interpretierte vielmehr¹⁷¹⁾:

¹⁶⁹⁾ Niederschrift der Sitzung im Archiv Dr. Fleig.

¹⁷⁰⁾ Dr. Person befand sich Anfang August 1945 noch in alliierter Kriegsgefangenschaft.

¹⁷¹⁾ In einem Gespräch mit dem Verfasser am 12. Januar 1954.

„... Ich halte eine interkonfessionelle Partei mit allgemeiner christlicher Basis für ein Unding, weil die weltanschauliche Basis dann doch in Wirklichkeit fehlt, und weil auch das Wort ‚Christlich‘ nicht im Namen einer Partei erscheinen soll. Und mögen die Dinge heute¹⁷²⁾ auch günstig laufen, so ist doch aller Tage noch nicht Abend. Ich schließe mich der Auffassung meines Vorgängers im Vorsitz der badischen Zentrums-
partei, des Prälaten Schofer, an: Getrennt marschieren und vereint schlagen!

Wenn man beide Konfessionen in eine Partei zwingt, dann gibt es nur einen weltanschaulichen Mischmasch oder eine Neutralisierung und Verflachung des Glaubensgehalts. Wir hörten damals¹⁷³⁾ auch von der Gründung der CDU in Berlin. Damals sagte ich mir: Berlin, ja, das sind ganz andere Verhältnisse, und die lassen es vielleicht für gut erscheinen, den dort gewählten Weg zu beschreiten, aber unsere badischen Verhältnisse lassen nur die Wiedergründung des Zentrums zu und fordern geradezu diese Entscheidung...“

Diese Mitteilungen Föhrs stimmen mit den Aufzeichnungen Fleigs voll überein. Es kann deshalb wohl kein Zweifel bestehen, daß die Zentrumsgruppe überhaupt nicht den Gedanken erwog, auch mit früheren Demokraten liberaler Herkunft zusammenzugehen. Sie wollte lediglich einen kleinen Kreis sozialkonservativer Protestanten, möglichst aus der Bekennenden Kirche, als Minderheit zu sich heranziehen. Die sich abzeichnenden Vorbereitungen der Wiedergründung einer Sozialdemokratischen, einer Kommunistischen und einer Demokratischen Partei ließen für den Kreis um Dr. Föhr nun auch die Wiedergründung des Zentrums dringlich werden. Hinzu kam, daß man ferner ganz bewußt besondere badische politische Verhältnisse wollte, die denen im übrigen Reichsgebiet durchaus nicht analog zu sein brauchten.

Gleichzeitig und im Zusammenhang damit wurde auch die Frage erörtert, ob man für den zu erwartenden politischen Kampf sich die Bundesgenossen links oder rechts suchen sollte. Eine einheitliche Auffassung wurde nicht erreicht, die Meinungen standen sich hart gegenüber. In dem von Dr. Fleig verfaßten Protokoll heißt es:

„Föhr fordert den Verzicht auf die Zusammenarbeit mit der Rechten, um damit den sozialen Charakter der Partei zu unterstreichen. ‚Mit der Linken können wir zusammenarbeiten, die hat eine Zukunft. Die bisherige Zusammenarbeit wäre bis 1933 nicht möglich gewesen. Die Verbindung nach links ist wichtig, weil wir diese nicht gegen das Christentum aufmarschieren lassen dürfen.‘

Gegen die Glorifizierung der Zusammenarbeit mit der Linken wendet sich aber Clemens von Brentano, der vor einem zu engen Zusammengehen warnt...“

Auf einer der nächsten Sitzungen wurde die Diskussion dieses wichtigen Punktes wiederaufgenommen. Die Freiburger Sozialdemokraten hatten nämlich vorgeschlagen, eine „Arbeitsgemeinschaft der antifaschistischen Parteien“ zu schaffen. Föhr sprach sich dafür aus und betonte seine Bereitschaft zur Gründung

¹⁷²⁾ Im Jahre 1954.

¹⁷³⁾ Im Jahre 1945.

einer reichsbannerähnlichen Organisation¹⁷⁴). Die Zusammenarbeit des Zentrums mit den gemäßigten Linksparteien sei in der Weimarer Republik zumeist zufriedenstellend gewesen und müsse deshalb, bei Wahrung jeder Selbständigkeit, von neuem aufgenommen und bis an die Grenze des Möglichen fortgesetzt werden.

Am 10. August trat Dr. Föhr dann auch vom Vorsitz der Gruppe mit der Erklärung, daß Geistliche nicht mehr in vorderster Linie tätig sein sollten, zurück. Er gab damit den verschiedentlich geäußerten Bedenken gegen seine politische Aktivität formal nach, behielt aber als spiritus rector praktisch doch alle Fäden auch weiterhin in der Hand. Sein Nachfolger wurde der gerade aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrte, in Freiburg hochangesehene Prof. Dr. Person, ein alter persönlicher und politischer Freund des Prälaten. Nach Dr. Fleigs Niederschrift betonte der neue Vorsitzende bei Übernahme seines Amtes:

„... Bei den Franzosen und bei den Amerikanern ist das Ansehen der katholischen Partei einzigartig. In Berlin¹⁷⁵) werde das badische Zentrum als das einzige hervorgehoben, das bis zuletzt gegen den Nationalsozialismus Widerstand geleistet habe. Deshalb sollten wir auch am alten Namen festhalten.

Föhr wirft ein: „Jedenfalls zuerst, bis wir weiter Fühlung bekommen. Über den Namen wollen wir nicht diskutieren. In der Idee sind wir alle einig!“

Person schließt die Diskussion: „Die heutige Gründung des Zentrums wäre gekommen — auch ohne jede Einflußnahme von außen!“ . . .“

Diese Worte zeigen, wie sicher sich die Gruppe auf dem eingeschlagenen Weg fühlte. Dr. Ruby, eines ihrer weniger bedeutenden Mitglieder, konnte deshalb auch die „Christliche Arbeitsgemeinschaft“ recht abfällig beurteilen, obwohl er mit seinen Worten unfreiwillig zugab, daß diese die Tätigkeit der Föhrschen Gruppe erschwerte. Er meinte, die Arbeitsgemeinschaft sei eine recht professorale Angelegenheit, eine Gruppe von Gelehrten, die der verschrobenen Idee nachgingen, durch Preisgabe des Zentrums eine interkonfessionelle Partei gründen zu können. Allerdings hatte er schon auf der nächsten Sitzung seine Ansicht wieder geändert. Im Hinblick auf die zu gewinnenden evangelischen Kräfte und auf die Jugend kam er erneut auf die Frage einer Änderung des Parteinamens zurück, wodurch er sich von der „Arbeitsgemeinschaft“ doch nicht ganz unbeeinflusst zeigte. Föhr entgegnete ihm sehr scharf:

„... Das Zentrum ist die Partei der christlichen Staatsidee, welche die Lösung aller Fragen vom christlichen Ideengut aus anstrebt. Ihr allein sei es möglich gewesen, alle Stände und Gruppen vom Großkapital bis zum einfachen Arbeiter zu umfassen. Eine christlich-demokratische Partei komme für Freiburg nicht in Frage, da die Lage hier ganz anders sei als in Berlin. Das Zentrum sei vom Gouvernement als einwandfrei antifaschistische Partei sofort nach dem Krieg angenommen worden. Bei Namensänderungen würde man in Schwierigkeiten geraten . . .“

¹⁷⁴) Gegen Ende der Weimarer Republik war von Angehörigen der bürgerlichen Mittelparteien und Sozialdemokraten das „Reichsbanner“ als demokratische Schutzorganisation gegen die Kampfverbände der Nationalsozialisten und Kommunisten gegründet worden.

¹⁷⁵) Person war direkt aus der ehemaligen Reichshauptstadt gekommen, hatte aber wohl keine Verbindung mit den dortigen Christlichen Demokraten gehabt.

Auch ein weiterer Vorstoß der beiden alten Zentrumsmitglieder Dr. Hoffmann und Dr. Rappenecker fand nur sehr wenig Widerhall. Sie fragten, ob man sich nicht doch mit früheren Liberalen verbinden könne oder sogar solle:

„... Dr. Rappenecker ist grundsätzlich für das Zentrum, betont aber die Heimatlosigkeit der linksliberalen Gruppen. Dr. Hoffmann berichtet über eine Unterredung mit dem Vertreter der Demokraten, Dr. Ruppel, über die Möglichkeit eines Anschlusses der Demokraten an das Zentrum, der auch von Ruppel nicht grundsätzlich abgelehnt werde. Er hatte jedoch Bedenken in der Schulfrage...“

Ihnen wurde lediglich entgegnet, daß man sich um die Liberalen keine weiteren Gedanken zu machen brauche. Die Gruppe hatte sich mit einem Vierparteien-System, bestehend aus Zentrum, Liberalen, SPD und KPD, einverstanden erklärt und wollte sich nun nicht mehr von ihrem Weg abbringen lassen. Unter dem offiziellen Vorsitz Dr. Persons und der tatsächlichen Führung durch Dr. Föhr ging sie jetzt direkt zu den organisatorischen Vorbereitungen des Aufbaues der Partei über. Föhr hoffte nun, die noch abseits stehenden früheren Zentrumsmitglieder durch Schaffung vollendeter Tatsachen rasch für sich gewinnen zu können. Auch glaubte er nach wie vor, die französische Besatzungsmacht hinter sich zu wissen.

Sehr bald aber stellte sich heraus, daß der Prälat in manchen seiner Hoffnungen irrte. Die „Christliche Arbeitsgemeinschaft“ war doch mehr als nur eine lose Verbindung weltfremder Professoren und hatte inzwischen erhebliche Resonanz gefunden. Vor allem aber war der Erzbischof keinesfalls bereit, sich ausschalten zu lassen. Wie Adam Stegerwald im November 1945 Paul Bausch aus Korntal in ihrem Würzburger Gespräch¹⁷⁶⁾ berichtete, hatte er schon früher zuverlässige Nachrichten darüber erhalten, daß Dr. Gröber gedroht habe, das Föhrsche Zentrum von den Franzosen einfach verbieten zu lassen. Nicht so sicher ist eine andere Mitteilung, der Erzbischof habe die von ihm gewünschte christlich-demokratische Partei, als seine Mitarbeiter noch nicht von deren Notwendigkeit überzeugt waren, selbst zur Lizenzerteilung anmelden wollen. Wie dem auch immer sei, der Erzbischof war jedenfalls fest entschlossen, sich das Spiel nicht aus der Hand nehmen und vor allem nicht den Prälaten wieder in eine Schlüsselstellung des politischen Lebens zurückkehren zu lassen.

Über den Weitergang des Geschehens berichtet uns Dr. Person¹⁷⁷⁾:

„... Ich ging zum Erzbischof, um mit ihm über die Zentrumsfrage zu verhandeln. Der Erzbischof vertrat die Auffassung, daß die Gründung einer interkonfessionellen Partei notwendig und unumgänglich sei, und daß er im übrigen auch schon das Einverständnis des evangelischen Oberkirchenrates Friedrich habe. Im Oktober, als inzwischen die Verhandlungen zwischen beiden Gruppen bei zahlreichen Zusammenkünften fortgesetzt worden waren, erschien Herr Ruby, der auch der Zentrumsgruppe angehörte, bei mir und teilte mit, daß der Erzbischof die neue Partei bei der Militärregierung

¹⁷⁶⁾ Niederschrift im Archiv Bausch.

¹⁷⁷⁾ In Gesprächen mit dem Verfasser am 11. und 12. Januar 1954.

anmelden wolle. Dabei sollten gerne Leute von der Föhr-Gruppe dabei sein, jedoch müßten bei einem Zusammengehen folgende Bedingungen eingehalten werden:

1. Ich (Dr. Person) sollte nicht den Vorsitz übernehmen.
2. Vorsitzender der Freiburger Gruppe der Christlichen Demokraten sollte der Gewerkschaftler K. Benz¹⁷⁸⁾ werden.

Auf meine Frage nach den Gründen für diese Bedingungen erklärte Ruby: Der Erzbischof und auch die Christliche Arbeitsgemeinschaft halten es nicht für möglich, daß ein Professor Vorsitzender der Partei würde. Außerdem solle nicht ein Mann Vorsitzender der Partei werden, der mit dem Prälaten Föhr in enger Verbindung stände. Schließlich sollte auch kein früherer Zentrumsabgeordneter Vorsitzender der Partei sein. Als letzten Grund für die diskriminierenden Bedingungen, die der Erzbischof für ein Zusammengehen stellte, nannte Ruby, daß an der Spitze der neuen Partei ein Arbeitnehmer, ein Gewerkschaftler, stehen sollte . . .“

Zweifellos hatte er damit aber nicht die wirklichen Hintergründe erwähnt. Dem Erzbischof ging es vor allem darum, die künftige Parteispitze ganz auf seiner Seite zu wissen, um sich genügend Möglichkeiten für eine eigene Einflußnahme zu sichern. Auf einen an der Spitze der Partei stehenden Arbeitnehmer glaubte er sehr leicht einwirken zu können. Und damit wollte er dann auch von vornherein der zu erwartenden Opposition des Prälaten Dr. Föhr und seiner Freunde jeden Weg verbauen.

Daß der Erzbischof jetzt den Kampf nahezu gewonnen hatte, zeigt die Reaktion Dr. Persons. Statt wegen der „diskriminierenden Bedingungen“ weitere Verhandlungen entschieden abzulehnen, erklärte er sich mit der christlich-demokratischen Lösung einverstanden und gab damit die Niederlage der „Prälatenpartei“ zu. Seine Haltung begründet er wie folgt¹⁷⁹⁾:

„. . . Die Bevölkerung war über den Nationalsozialismus erbittert und wünschte, daß eine bürgerliche Partei gebildet würde, die früher schon bestanden und gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen hatte. Aus diesem Grunde befürwortete ich die Wiedergründung des Zentrums. Aber angesichts der obwaltenden Verhältnisse¹⁸⁰⁾ habe ich mich mit der christlich-demokratischen Lösung einverstanden erklärt. Die besonderen badischen Verhältnisse bestanden in folgender Sachlage:

1. Die Franzosen schätzen Gewissensfreiheit, und der Pfarrer hat im allgemeinen bei den Franzosen eine gute Stellung. Er wird geachtet. Was also ein Landrat nicht sagen konnte, das konnte ein Erzbischof sagen, als wir noch weit von einer politischen Meinungsfreiheit entfernt waren. Man mußte sich dieser Sachlage bedienen, und es wäre falsch gewesen, das moralische und politische Prestige des Erzbischofs nicht auszunutzen.

2. Auf jeden Fall mußte eine Spaltung vermieden werden, und der Erzbischof als Führer der ‚erzbischöflichen Partei‘ war eben doch stärker als der Führer der ‚Prälatenpartei‘, Prälat Föhr. Dem hat sich auch Föhr, jedenfalls zunächst, gefügt . . .“

¹⁷⁸⁾ Gespräch des Verfassers mit Karl Benz am 12. Januar 1954. Die von Dr. Person gegebenen Hinweise stimmen mit dem Bericht von Benz im allgemeinen überein.

¹⁷⁹⁾ In Gesprächen mit dem Verfasser am 11. und 12. Januar 1954.

¹⁸⁰⁾ D. h. der Gefahr, daß sich zwei christliche Parteien nebeneinander bilden würden.

Der Hinweis auf die Franzosen ist aber auch noch in einer anderen Weise zu verstehen. Föhr hatte wiederholt behauptet, daß das Zentrum als „parti catholique“ bei der Besatzungsmacht geschätzt und seine Wiedergründung von ihr gefördert würde. Das Gegenteil war jedoch richtig. Die französischen Stellen waren, wie schon angedeutet, der Auffassung, daß das alte Zentrum zentralistisch organisiert gewesen sei und seinen Schwerpunkt in Preußen gehabt habe. Obwohl nur diese letzte Behauptung der historischen Wahrheit in etwa entspricht, die erste über die zentralistische Organisation aber zweifellos falsch ist, vertraten sie mit Nachdruck beide Meinungen und kamen deshalb zu dem Ergebnis, daß das Wiedererstehen einer solchen Partei in Südbaden ihren politischen Zielen nicht förderlich sein könne. Zugelassen werden sollten danach nur Parteien, die weder mit anderen Gruppen im übrigen Deutschland Verbindung besaßen noch für einen zentralistischen Staatsaufbau eintraten. Aus diesem Grunde wollten die Franzosen auch nur die Gründung von „Landesparteien“, die sich ausschließlich mit „Landesangelegenheiten“ zu beschäftigen hätten, genehmigen. Dieses Ziel aber konnte nur erreicht werden, wenn die neuzugründende christliche Partei nicht als Nachfolgerin des alten, auf einer langen Tradition aufbauenden Zentrums auftrat.

Es schalteten sich daher verschiedene Stellen in die Beratungen über die Gründung einer solchen christlichen Partei ein. Die direkte Verbindung zu Paris stellte möglicherweise Prinz Max von Fürstenberg, ein Bankier mit vielen internationalen Beziehungen, her. Ein Baron Lache hat darüber hinaus seit dem 26. Oktober 1945 mit früheren Zentrumsmitgliedern direkt verhandelt. Dr. Fleig berichtet in seinem Tagebuch über die verschiedenen Zusammenkünfte:

„... 26. Oktober 1945. Baron Lache (Frankreich) in Freiburg; verhandelt mit Wohleb, Zürcher und mir. Jetzt sei eine politische Partei zu gründen. Wir arbeiteten ein Programm aus. Baron Lache war über alle Vorgänge unterrichtet. Leiter der politischen Abteilung bei der französischen Militärregierung ist M. Arnale¹⁸¹⁾ . . .“

„... 20. Dezember 1945. Das Programm ist am 20. Dezember 1945 fertig geworden, nachdem am 16. Dezember in Freiburg die ‚Badische Christlich-Soziale Volkspartei‘ gegründet worden war . . .“

Der Einfluß, den die französische Besatzungsmacht auf das Programm und die Organisation der neuen Partei nahm, war erheblich. Es ist wahrscheinlich, daß nirgendwo anders in den westlichen Besatzungszonen auch nur ein annähernd so starker Druck von einer Militärregierung auf die deutschen Vorbereitungsausschüsse der sich neu bildenden Parteien ausgeübt wurde.

Die Freiburger hatten in ihrem Programmentwurf¹⁸²⁾ auch dem Wunsch Ausdruck gegeben, zu den anderen deutschen Ländern enge Beziehungen zu pflegen:

„... Erbe einer lebendigen, christlichen und freiheitlichen Überlieferung will das badische Volk, das niemals aufgehört hat, dem Nationalsozialismus und dem preu-

¹⁸¹⁾ Später französischer Generalkonsul in Düsseldorf.

¹⁸²⁾ Außer diesem interessanten Passus weist der Entwurf keine erwähnenswerten Besonderheiten auf. Der ganze Wortlaut in gedruckter Form beim Verfasser und im Archiv Dr. Fleig.

ßischen Militarismus einen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen, den ihm gebührenden Platz in der Gemeinschaft der deutschen Länder wieder einnehmen . . .“

Hier war, wenn auch in sehr vorsichtiger Formulierung, der Reichsgedanke ausgesprochen. Die Franzosen, vertreten durch Baron Lache, bestanden darauf, daß nur von einer „Gemeinschaft der süddeutschen Länder“ gesprochen werden dürfe. Damit hatte in einem deutschen Parteiprogramm der Gedanke der Mainlinie seinen Niederschlag gefunden. In der schließlich akzeptierten Fassung heißt es dann in unverbindlicher Form:

„. . . den ihm gebührenden Platz in der Gemeinschaft seiner süddeutschen Nachbarn wieder einnehmen . . .“

Es ist schwer, ja wohl unmöglich, zu entscheiden, ob damit die „Badische Christlich-Soziale Volkspartei“ (BCSV) nur diese schwierige Frage umgehen wollte oder ob etwa auch der Gedanke eines Bundes schwäbisch-alemannischer Stämme, wie Otto Feger ihn in seiner schon erwähnten Schrift gefordert hatte, dahinter stand. Als Tatsache bleibt nur, daß die Franzosen, ob nun von manchen deutschen Kreisen unterstützt oder nicht, mit stärksten Mitteln versuchten, die politische Neugestaltung in dem von ihnen besetzten Südbaden ganz ihren eigenen Zielen unterzuordnen¹⁸³).

¹⁸³) Dr. Fleig schrieb dem Verfasser am 3. Dezember 1954 über die französische Einflußnahme auf Parteigründung und Programmgestaltung der BCSV noch folgenden Brief:

„. . . Schon sehr lange ist es her, daß Sie bei mir waren und auch hernach meine Schriftstücke wieder zurücksandten. Ich weiß nicht, ob Sie in der Zwischenzeit Ihre Arbeit schon fertigstellen konnten. Ist dies nicht der Fall, dann möchte ich Ihnen doch bezüglich eines Punktes noch eine Mitteilung machen, weil ich mich weiter erkundigt habe bei solchen, die es unmittelbar seinerzeit miterlebten.

Als im Oktober ein französischer Diplomat in einmaligem Auftrag (nicht Angehöriger der Besatzungsmacht) (wahrscheinlich Baron Lache; Anm. d. Verf.) zu uns kam und uns die Gründung einer christlichen Partei als genehmigt zusagte, wollten wir, wie ich Ihnen schon sagte, daß wir in der Einleitung ein Bekenntnis zu Deutschland ablegten. Es wurde uns verweigert, wie auch die anderen mir wieder sagten, mit dem besonderen Hinweis auf Preußen, das nicht mehr existiere und unter keinen Umständen mehr in der alten Form kommen dürfe. Unser Einwand, daß dies mit dem Begriff Deutsch nichts zu tun habe, wurde nicht entgegengenommen, sondern das Gebiet wegen seiner politisch ungeklärten Verhältnisse als abgeschrieben angesehen. Um aber auf alle Fälle und zur Vermeidung jeden Verdachts aus einer Isolierung herauszukommen (wir durften ja nicht einmal nach Südwürttemberg hinüber!) und den Rahmen über die Landesgrenze gespannt zu sehen, wurde schließlich der französische Vorschlag angenommen, sich mit dem Begriff Süddeutsch zu begnügen, bis die Verhältnisse nördlich des Mains geklärt seien.

Es bestand daher eine jener Zwangslagen, entweder auf die Bildung einer Partei zu jedem Zeitpunkt überhaupt zu verzichten oder eine Konzession gegenüber der Besatzungsmacht zu gestatten. Diese Zwangslage war gerade für die christliche Partei deswegen gegeben, weil der Aufbau des Zentrums immer auf föderalistischer Grundlage selbstverständlich war; für uns in Baden konnte aber wegen der Grenzlage ein Anschein des Separatismus aufkommen oder angedichtet werden. Gerade dies aber sollte unter allen Umständen vermieden werden. Da eine separatistische Isolierung durch den Kompromißvorschlag des Franzosen unterbunden war, wurde er schließlich nach langen Diskussionen angenommen.

Ich wollte Ihnen dies noch mitteilen, falls es Ihrer Arbeit dienlich sein sollte. . .

PS. Sogar das Rote Kreuz durfte nicht mehr Deutsches heißen, sondern mußte sich Badisches nennen. (Fortsetzung siehe Seite 116)

Den Vorsitz der BCSV übernahm Leo Wohleb, früher Lehrer des Prinzen Max von Fürstenberg. Nach der Gründung des Landes Baden wurde er dann auch dessen Staatspräsident (Ministerpräsident), ein Amt, das er bis zum Zusammenschluß mit Nordbaden und Süd- und Nordwürttemberg zum Südweststaat Baden-Württemberg im Jahre 1951 innehatte¹⁸⁴). Wie aber kam es, daß ein Mann, der bisher im politischen Leben nicht aktiv tätig gewesen und auch sonst nicht hervorgetreten war, einen so wichtigen Posten einnehmen konnte, obwohl doch in Freiburg eine Reihe erfahrener Politiker zur Verfügung stand? Wohleb war der Kompromißkandidat der einzelnen rivalisierenden Gruppen. Dr. Föhr war dem Erzbischof nicht erwünscht. Dieser wollte an der Spitze der Partei in Freiburg, wie wir schon feststellten, einen katholischen Gewerkschaftler sehen. Sein Stellvertreter sollte ein Protestant sein. Nach langen Bemühungen übernahmen Karl Benz und Dr. med. Friedberg diese Posten. Für die Landespartei mußte nun ebenfalls ein geeigneter Mann gefunden werden, der nicht zur Föhr-Gruppe gehörte, im Kreise der Christlichen Arbeitsgemeinschaft mitgearbeitet hatte bzw. in sie als dem Erzbischof genehm aufgenommen werden konnte und auch von den Franzosen akzeptiert wurde. Nicht ohne Einflußnahme des Prinzen Max von Fürstenberg wurde als solcher schließlich Wohleb nominiert und auch gewählt. Er machte den Eindruck eines nachgiebigen Politikers, auf den sowohl die Franzosen als auch der Erzbischof Einfluß ausüben zu können glaubten. Da kaum anzunehmen war, daß er eigene Ziele verfolgte oder diese durchzusetzen wußte, meinten die, die sich für ihn entschieden, ihn künftighin ganz in ihrer Hand zu haben. Er verbreitete zudem im Umgang mit anderen Menschen Wärme und Sympathie und verstand es, in seinen Reden und im Verkehr mit der Bevölkerung jenen persönlich ansprechenden Ton zu finden, der in Baden beliebt ist. Diese Eigenschaft fehlte z. B. dem Prälaten Föhr und auch dessen Konkurrenten Dr. Zürcher ganz, die niemals Kontakt mit der breiten Masse der Bevölkerung gewannen. Wohleb schien somit der geeignete Vorsitzende zu sein, den sowohl die Franzosen als auch der Erzbischof und die Christliche Arbeitsgemeinschaft zu lenken hofften. Sie täuschten sich jedoch. Sehr schnell zeigte dieser „neue Mann“ eigenes politisches Profil und verfolgte eigene Ziele. Hinter seiner nach außen wirkenden Weichheit und Nachgiebigkeit verbarg sich ein leidenschaftlicher Wille ganz besonderer Prägung, gezügelt nur durch eine große taktische Begabung.

In die ersten Zeitungen durfte nichts von einem deutschen Reich geschrieben werden; die Zensur strich alles Derartige.“

Hier wird noch einmal der Druck der französischen Besatzungsmacht deutlich aufgezeigt. Die Zeilen zeigen auch, wie sehr die beteiligten Deutschen mit sich gerungen haben, ob sie die geforderten Konzessionen machen oder ganz ausweichen und sich politischer Fragen überhaupt enthalten sollten. Für die Mehrzahl der Gründer der BCSV dürfen ohne Frage lautere Motive für ihr Verhalten angenommen werden. Einige haben aber gewiß an ein unabhängigeres Baden gedacht, als man gemeinhin anzunehmen bereit ist.

¹⁸⁴) Wohleb ging danach als Gesandter der Bundesrepublik nach Lissabon.

Am 13. Dezember 1945 schuf die Verordnung Nr. 23 der französischen Militärregierung die rechtlichen Voraussetzungen für die Zulassung deutscher politischer Parteien in der französischen Besatzungszone. Sofort erklärten die Freiburger Sozialdemokraten und Kommunisten, daß sie einen Ausschuß zur Bildung einer vereinigten sozialistischen Partei gegründet hätten. Diese scheiterte jedoch, SPD und KPD traten auch in Freiburg schon bald unabhängig voneinander auf die politische Bühne. Am 16. Dezember 1945 wurde dann im Remparthaus in Freiburg auch der Beschluß zur Gründung der BCSV gefaßt. Anwesend waren ungefähr 20 Personen, unter ihnen Dr. Föhr, Dr. Fleig, Dr. Zürcher, K. Benz und Anton Dichtel. Der einzige Auswärtige war Karl Diez (kath.) aus Radolfzell/Bodensee, alle anderen Teilnehmer waren in Freiburg ansässig. Leo Wohleb berichtete über die allgemeine politische Lage und über die mit der Partei-gründung zusammenhängenden Fragen. Er sprach sich für eine Landespartei mit dem Namen „Badische Christlich-Soziale Volkspartei“ statt eines „Zentrums“ aus. Föhr erklärte nunmehr:

„... Ich beuge mich der Entwicklung und werde also der BCSV beitreten, obwohl ich nicht an die Möglichkeit einer interkonfessionellen Partei glaube. Aber ich werde nur solange bei Euch bleiben, solange Ihr Euch nicht der CDU anschließt, solange Ihr also Landespartei bleibt...“

Später interpretierte er¹⁸⁵), daß er eine Landespartei ähnlich der Bayerischen Volkspartei in der Weimarer Zeit, die auch nicht dem Zentrum angeschlossen gewesen sei, aber einen durchaus katholischen Charakter gehabt und mit dem Zentrum zusammengearbeitet habe, angestrebt habe¹⁸⁶). Auch die Mehrzahl der übrigen Versammlungsteilnehmer dürfte derartige Vorstellungen gehabt haben.

Wie schon erwähnt, nahm Karl Diez als einziger Auswärtiger an der Gründungsversammlung teil. Am 16. Februar schrieb er an den Vorsitzenden des Aktionsausschusses der Christlichen Demokraten in Südwürttemberg-Hohenzollern, Dr. Weiß, einen Brief¹⁸⁷), in dem er ausführt:

„... Als wir uns in Tuttlingen sprachen, war ich der Überzeugung, daß wir in Baden uns der Parteibezeichnung anschließen würden, die fast im ganzen übrigen Reiche geltend ist: Christlich-Demokratische Union. Ich freute mich sehr, als ich hörte, daß auch Württemberg und Hohenzollern diese Parteibezeichnung wählten. Als ich am 30. Januar 1946 in Freiburg Herrn Professor Wohleb aufsuchte, stellte ich fest, daß die Anmeldung der Partei noch nicht erfolgt war, wohl aber der Antrag zur Unterschrift vorlag. Ich stellte dann weiterhin fest, daß eine badische Partei angemeldet werden soll,

¹⁸⁵) In einem Gespräch mit dem Verfasser.

¹⁸⁶) Im Sommer 1947 übernahm die BCSV den Namen CDU, und im Jahre 1950 schloß sie sich mit allen anderen Landesverbänden zur CDU der Bundesrepublik zusammen. Aber auch nach der Gründung des Südweststaates Baden-Württemberg blieb der Badische Landesverband der CDU weiterhin selbständig, während alle anderen Parteien (SPD, FDP, KPD usw.) nur jeweils einen Verband für das Gesamtgebiet dieses Landes errichteten. Dr. Föhr trat, seiner politischen Linie getreu, nach der Übernahme des Namens CDU aus der Partei aus und gründete das Badische Zentrum.

¹⁸⁷) Im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern, Akte Allgemein 4.

und ich verweigerte zunächst meine Unterschrift. Da Herr Wohleb eine Änderung nur nach vorheriger Einberufung des Senates¹⁸⁸⁾ glaubte vornehmen zu können, unterzeichnete ich, um eine weitere Verzögerung der Anmeldung zu verhindern. So steht nun mein Name unter einer Parteibezeichnung, die ich ablehnte und noch ablehne. Da diese erst nach Genehmigung durch eine Landesdelegiertentagung endgültig sein wird, habe ich meinen Antrag auf die Bezeichnung „Christlich-Demokratische Union“ angemeldet. Der Delegiertentag wird am 24. d. M. in Freiburg stattfinden, und ich hoffe, daß eine vorbereitende Sitzung am Vorabend die Möglichkeit bieten wird, die Frage zu klären. Ich habe inzwischen festgestellt, daß meine Auffassung in weiten Kreisen, insbesondere auch in der Arbeiterschaft, geteilt wird. Da ich das einzige Mitglied des vorläufigen Landesausschusses bin, das nicht in Freiburg wohnt, hatte ich immer nur die Möglichkeit, mit einzelnen zu sprechen, nie aber einer Sitzung anzuwohnen . . .“

Diez allein opponierte also gegen den Namen BCSV und gegen die Idee einer „Landespartei“. Seine Behauptung, daß weite Kreise, insbesondere auch in der Arbeiterschaft, mit ihm konform gingen, dürfte jedoch nicht den Tatsachen entsprechen. Wahrscheinlich stand er ziemlich allein und hatte nur bei seinen Konstanzer Freunden, die auch gegen die Gründung einer „Landespartei“ waren, einen gewissen Rückhalt. Seine Argumente vermochten auch nichts gegenüber dem vereinigten Willen der Gründer, gegen die Franzosen und gegen den Erzbischof, die diese Richtung nun einmal bestimmt hatten und weiterverfolgten.

Am 8. Februar 1946 wurde dann die „Badische Christlich-Soziale Volkspartei“ auch von der französischen Militärregierung offiziell genehmigt¹⁸⁹⁾. Damit hatte ein fast zehn Monate dauernder Prozeß seinen Abschluß gefunden. Drei verschiedenartige Kräfte wirkten in ihm neben- und gegeneinander: die Gruppe des Prälaten Dr. Föhr, die an die Parteiverhältnisse der Weimarer Zeit anknüpfen und das Zentrum möglichst in seiner alten Gestalt wiedergründen wollte, die Gruppe um den Erzbischof Dr. Gröber, die als Christliche Arbeitsgemeinschaft eine christlich-demokratische Partei nach dem Vorbild der entsprechenden Gründungen im übrigen Deutschland forderte, und schließlich die französische Besatzungsmacht, der es darum ging, eine interkonfessionelle, christlich-bürgerliche Partei, die nicht an frühere Traditionen anknüpfen konnte, ausschließlich auf Landesebene zu schaffen. In der BCSV glaubten die Franzosen zunächst den größten Teil ihrer Forderungen verwirklicht zu haben. Ob das tatsächlich der Fall war, kann heute wohl noch nicht abschließend beurteilt werden. Dazu genügt auch letzten Endes nicht allein das Studium des badischen Materials. Diese Frage läßt sich vielmehr nur unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse

¹⁸⁸⁾ Die BCSV hatte sich als beratendes Organ einen „Senat“ geschaffen, dem aber bezeichnenderweise der Prälat Dr. Föhr nicht angehörte.

¹⁸⁹⁾ „. . . In Beantwortung Ihres Gesuchs vom 31. Januar 1946 hat mich Herr General Schwartz, Oberster Beauftragter für die Militärregierung Badens, um dahingehende Mitteilung an Sie ersucht, daß die Nachprüfung der eingereichten Unterlagen seinerseits zu keiner Beanstandung Anlaß gab.

Er erteilt der „Christlich-Sozialen Volkspartei Badens“ die im Artikel 2 der Verordnung 23 vom 13. Dezember 1945 vorgesehene Sondergenehmigung. gez. Monteux.“

und der Entwicklung in Deutschland und Frankreich prüfen. Dem Verfasser obliegt diese Aufgabe nicht, er hatte nur die Vorgänge selbst darzustellen und zu klären, welche Konzeptionen sich zunächst bei den deutschen Parteigruppen, hier bei den Christlichen Demokraten, durchsetzten und in welcher Weise und mit welchen Zielen die Besatzungsmacht ihren Einfluß ausübte.

b) Die Konstanzer Gruppe

Die Konstanzer Gruppe der badischen Christlichen Demokraten verdient Beachtung, weil ihre politische Konzeption von der der Freiburger in vielen Punkten abwich und in ihr die Initiative von Protestanten unter Führung des früheren Mitgliedes des badischen Christlichen Volksdienstes, des Prokuristen Hermann Schneider, später Bürgermeister von Konstanz, ausging. Sie blieb zwar zahlenmäßig klein und im Einfluß beschränkt, ist aber doch symptomatisch für das Spannungsverhältnis innerhalb der BCSV. Schneider gründete im Jahre 1945 mit Konstanzer Protestanten und Katholiken eine christlich-demokratische Parteigruppe, die sogleich ein vorläufiges Programm ihrer politischen Ziele aufstellte. Der gedruckte Entwurf wurde als „vertraulich“ bezeichnet und ist auch wohl gegenüber der Besatzungsmacht geheimgehalten worden. Das Programm nimmt Stellung gegen jeden Versuch eines Separatismus und zeigt deutlich, daß die Konstanzer nicht von den Fegerschen Gedanken einer völligen Neuordnung im südwestdeutschen Raum beeindruckt waren, sondern sich weiterhin zur Reichsidee bekannten. In ihm heißt es u. a.¹⁹⁰⁾:

„... wollen sich Konstanzer Männer und Frauen — unter voller Achtung und Wahrung der gegenseitigen konfessionellen Wesensarten — zu einer politischen Partei auf deutscher, christlicher und demokratischer Grundlage zusammenfinden . . .

Deutsch, christlich und demokratisch sind für uns die verpflichtenden Elemente einer vaterländischen Politik, die Deutschland in die Gemeinschaft freier, gleichberechtigter und friedwilliger Völker zurückführen soll . . . Wir kämpfen gegen alle undeutschen Überreste des nationalsozialistischen Zwischenreiches und für die Herstellung einer wahren Volks- und Schicksalsgemeinschaft, die alle Deutschen ohne Rücksicht auf Stand, Herkunft, Konfession und Rasse verbindet . . .“

Wenn wir uns erinnern, daß in dem Programm der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei auf Anweisung bzw. infolge des Druckes der französischen Besatzungsmacht die Worte „Deutschland“ und „Deutsch“ nicht erscheinen durften, so zeigt sich der Unterschied zwischen der Freiburger Gründungsgruppe und den Konstanzern recht deutlich. Trotzdem gründeten diese zusammen mit den Freiburgern im Januar 1946 die BCSV und übernahmen deren Programm. Vielleicht ist aus dieser Tatsache aber auch zu schließen, daß die Partei in Wahrheit nicht separatistischen Gedankengängen folgte, sondern — entgegen dem äußeren Anschein — nur im Hinblick auf die Franzosen geschickt taktierte und die Grenze zwischen Föderalismus und Separatismus ganz bewußt nicht fixierte.

¹⁹⁰⁾ Entwurf im Archiv der CDU von Südwürttemberg-Hohenzollern.

Aber auch später gab es zwischen den Freiburgern und den Konstanzern manche Differenzen, die, obwohl nicht zum Bruch führend, politisch relevant waren und blieben. So vor allem in der Frage der Staatsform eines neuen Deutschland. Die Freiburger dachten auch noch im Jahre 1948 an einen nur sehr losen Staatenbund, die Konstanzer aber traten für eine bundesstaatliche Gliederung und Verfassung ein. So schrieb beispielsweise Dr. Sütterle, Bezirksredakteur der „Südwestdeutschen Volkszeitung“, des Organs der Konstanzer Christlichen Demokraten, und Redakteur des katholischen „Suso-Blattes“, am 23. Februar 1948 an den Generalsekretär der nordbadischen CDU, Anton Schwan¹⁹¹⁾:

„... Neu war mir in dieser Darstellung¹⁹²⁾, daß in Südbaden die Idee eines deutschen Staatenbundes besonders stark in Erscheinung tritt. Es ist mir nur so viel bekannt, daß einzelne Persönlichkeiten¹⁹³⁾ vielleicht mit diesem Gedanken liebäugeln, jedenfalls hat sich die südbadische CDU nicht offiziell auf die Idee des deutschen Staatenbundes festgelegt; im Kreise meiner Parteifreunde im Bodenseegebiet dürfte sie kaum Zustimmung finden. Für uns ist die untere Grenze einer Neugliederung Deutschlands ein deutscher Bundesstaat, der den einzelnen Ländern beträchtliche Autonomierechte zubilligt...“

In der Frage der so heftig umkämpften Vereinigung von Baden und Württemberg zu einem Land standen sich die Freiburger und die Konstanzer ebenfalls sehr betont gegenüber, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß die letzteren als wesentlich kleinere Gruppe doch nur einen geringen Einfluß ausüben konnten. In dem schon erwähnten Brief an Anton Schwan berührt Dr. Sütterle auch das Thema des Südweststaates und findet Worte, die ein Leo Wohleb nie geschrieben oder ausgesprochen hätte:

„... Ein südwestdeutscher Staat, bestehend aus ganz Württemberg und ganz Baden, innerhalb eines föderalistischen Deutschland ist aus verschiedenen Gründen, über die ich der Kürze halber nicht sprechen möchte, eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Ich scheue mich nicht, anzuerkennen, daß Stuttgart die gegebene Hauptstadt dieses Landes ist. Aber dieser Staat muß auch in sich föderalistischen Prinzipien treu bleiben. Beispielsweise darf Karlsruhe nicht in einer Weise entthront werden, die der Bedeutung und Tradition dieser Stadt widerspricht. Städte wie Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Konstanz, Sigmaringen, Tübingen, Ulm und Heilbronn haben in der Verwaltungsorganisation als Sitz von regionalen Behörden und politischen Zentren ihre Rolle zu spielen...“

Der Auffassung, daß zunächst ganz Baden in seinen historischen Grenzen wiederhergestellt werden müsse, bevor ganz Baden und ganz Württemberg endgültig vereinigt werden, kann ich nicht zustimmen...“

In einem anderen Brief¹⁹⁴⁾ führt Dr. Sütterle im gleichen Sinne aus:

¹⁹¹⁾ Brief im Archiv des Landesverbandes der CDU Nordbaden in Karlsruhe.

¹⁹²⁾ Der württembergisch-badische CDU-Abgeordnete Harter hatte über die südbadischen Verhältnisse berichtet.

¹⁹³⁾ Dr. Sütterle spielt auf einzelne Regierungs- und Parteimitglieder in Freiburg an.

¹⁹⁴⁾ An Fridolin Heurich, 1. Vorsitzender der nordbadischen CDU vom 7. Juni 1948. Brief im Archiv der CDU Nordbaden in Karlsruhe.

„... Wir befürchten, daß — falls Baden wiederhergestellt wird — die Frage des Zusammenschlusses Baden-Württemberg als erledigt betrachtet werden muß...“

Wir haben es also bei den Konstanzern mit einer für überregionale deutsche Fragen besonders aufgeschlossenen Gruppe der badischen Christlichen Demokraten zu tun, die im Gegensatz zu der zahlenmäßig wesentlich größeren und daher erheblich einflußreicheren Führungsgruppe der BCSV in Freiburg auch über die Grenzen des von den Franzosen geschaffenen südbadischen Staates hinaussah und nicht so traditionsverhaftet war, sondern sich freier bewegte und sich für größere Belange aufgeschlossen zeigte. Trotz dieser Gegensätze zu Freiburg konnte und wollte sie aber keinen Bruch innerhalb der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei herbeiführen, sie blieb ihr verbunden, wengleich sie sich eigener politischer Konzeptionen nicht enthielt.

c) Das Zentrum in Baden

In dem vorwiegend von Katholiken bewohnten Südbaden gewann die BCSV sofort die beherrschende Position. In den ersten Wahlen — und mehrfach auch noch bei späteren — konnte sie die absolute Mehrheit erringen, während die SPD und die Demokratische Partei weit zurückblieben. Eine Übersicht über die Wahlen 1946 und 1947 zeigt dieses recht deutlich:

	BCSV %	SPD %	Demokraten %	KPD %	Unabhängige
Gemeinde- und Kommunalwahlen 16. September 1946	53,2	14,0	8,3	6,0	18,5
Kreiswahlen 13. Oktober 1946	60,3	17,6	14,4	7,7	—
Landtagswahl 18. Mai 1947	55,9	22,4	14,3	7,4	—

Die beherrschende Stellung der BCSV, die sich dann seit dem Sommer 1947 in Anlehnung an die Regelung in den übrigen westdeutschen Ländern ebenfalls CDU nannte, wurde auch durch die Wiedergründung des badischen Zentrums nicht erschüttert. Es trat erstmals bei den Landtagswahlen am 29. April 1951 wieder in die breitere Öffentlichkeit, erhielt aber mit 29816 Stimmen nur 2,1% aller abgegebenen gültigen Stimmen. Auch bei den nächsten Wahlen konnte es keinen höheren Anteil erreichen und blieb eine Splitterpartei.

Prälat Dr. Föhr war schon im Sommer 1947 aus Protest gegen die Namensänderung aus der BCSV ausgetreten, hatte aber doch noch mehr als drei Jahre verstreichen lassen, bevor er zur Wiedergründung des Zentrums schritt. Er war, wie schon dargelegt, niemals mit einer interkonfessionellen Partei einverstanden gewesen, aber erst drei ganz besondere Anlässe riefen ihn dazu auf, die Rückkehr in das politische Leben zu versuchen.

In Übereinstimmung mit dem Erzbischöflichen Ordinariat hatte die BCSV in der Verfassung Südbadens (Art. 28) an der christlichen Simultanschule festgehalten und lediglich (in Art. 27) die Gründung von Konfessionsschulen als Privatschulen zugelassen. Der Prälat forderte dagegen die Einführung der obligatorischen Konfessionsschule und polemisierte in einem Aufsatz in der Rhein-Ruhr-Zeitung am 13. Mai 1947 gegen die Verfassungsbestimmungen:

„... Diese Regelung widerspricht dem gottgegebenen Naturrecht, dem kirchlichen Recht, den Enzykliken der Päpste, den Leitsätzen, welche die Fuldaer Bischofskonferenz 1946 aufgestellt hat, insbesondere aber auch den Artikeln 23 und 25 des Reichskonkordats... Und das hat die CDU Baden getan...“

Desgleichen sträubte er sich auch stets gegen die Vereinigung Badens mit Württemberg und forderte statt dessen die Wiederherstellung Badens in seinen alten Grenzen. Auch Leo Wohleb teilte im Grunde diese Ansicht, hatte in der BCSV-CDU aber mit starken Gegenkräften zu rechnen, die zumindest um der Fortexistenz der Partei willen — da ein Gegensatz zwischen den Christlichen Demokraten in Württemberg, die die Vereinigung forderten, und Baden zum Zerfall geführt hätte — die Neutralität der südbadischen CDU in der Südweststaatsfrage forderten. Föhr meinte nun durch die Wiedergründung des Zentrums dieses zum Ausgangspunkt einer Volksbewegung gegen den Zusammenschluß machen zu können. Wie sich jedoch zeigte, scheiterte sein Versuch, da große Teile der Bevölkerung keinen Anteil an diesem Streit nahmen.

Und nicht zuletzt wurde die Auseinandersetzung mit dem Erzbischöflichen Ordinariat um die Badenia-Aktien für den Prälaten der unmittelbare Anlaß, das Zentrum wieder ins Leben zu rufen. Im Jahre 1933 hatte er im Auftrag der Aktionäre, d. h. des Vorstandes der badischen Zentrumspartei, deren Aktien an der Badenia-Verlagsanstalt dem Erzbischof „übergeben“, um sie vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu retten. Nach 1945 stellte sich dann die Frage, ob das Kapital wirklich in das Eigentum des Ordinariats übergegangen sei oder ob der Prälat es für seine politische Arbeit persönlich zurückfordern könne. Eine freiwillige Rückgabe konnte er nicht erreichen, seine Restitutionsklage wurde abgewiesen. Da er aber als Geistlicher gegen den ihm vorgesetzten Erzbischof nach dem Kirchenrecht keine Zivilklage erheben durfte, blieb ihm nur die Wiedergründung der Partei, die als juristische Person bürgerlichen Rechts an seiner Stelle klagen konnte¹⁹⁵⁾.

Ein Erfolg war, wie in dieser Sache so auch in der politischen Öffentlichkeit, dem neuen badischen Zentrum nicht beschieden. Zu einer Auflösung konnte der Prälat sich jedoch nicht entschließen, so daß die Partei weiterhin nur ein Schatten-dasein führte. Nach den Worten Föhrs sollte sie aber „Gewehr bei Fuß“ stehen, um im Bedarfsfalle wieder in das politische Leben einzugreifen.

Im Jahre 1959 wurde die badische Zentrumspartei dann unter dem Namen

¹⁹⁵⁾ Föhr konnte nur nach langen Mühen zuerst in Dr. Person jun. und dann in Ballweg, Freiburg, einen Vorsitzenden für sein Zentrum finden.

„Badische Christlich-Soziale Volkspartei“ mit dem Ziele der Wiederherstellung des alten Landes Baden wiederbelebt. Der 1945 von der BCSV repräsentierte Gedanke der „Landespartei“ wurde damit, in Umkehrung der historischen Bedingungen, zum Anstoß für die Erneuerung des badischen Zentrums.

II. Die Entwicklung in Nordbaden

Im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern war die Gründung der Christlich-Demokratischen Union in Nordbaden nicht das Werk eines einzigen Kreises, sondern schließlich das Ergebnis der politischen Aktivität dreier verschiedener Gruppen, die sich gesondert in Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe bald nach Kriegsende zur Erörterung politischer Fragen zusammengefunden hatten. Erst aus dem Zusammengehen der drei entstand dann allmählich die Landespartei.

Man sollte meinen, daß der in Nordbaden ansässige frühere Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler, einst ein führender Zentrumsmann, im Jahre 1945 die Initiative zur Wiedergründung des Zentrums oder zur Gründung einer neuen Partei ergriffen hätte. Das ist jedoch nicht der Fall gewesen; er hielt sich in parteipolitischen Fragen sehr zurück, wenngleich er wahrscheinlich die Wiedergründung des Zentrums wünschte und sich erst endgültig für die CDU bei deren Konstituierung für ganz Nordbaden entschied. Am 5. Juli 1945 schrieb er seinem politischen Freund Adolf Kühn in Karlsruhe¹⁹⁶⁾:

„... Wir vom alten Zentrum haben noch eine weitere Verpflichtung. Für uns gilt es, das große Erbe Schofers zu erhalten und weiterzuführen, natürlich in Anpassung an die veränderten Verhältnisse...“

Mit diesen Zeilen verlieh er zwar seinem Gefühl der Verbundenheit mit der früheren Zentrumspartei Badens deutlichen Ausdruck, gab aber keine Hinweise, ob er konkrete Vorstellungen über das besaß, was nun geschehen sollte oder konnte¹⁹⁷⁾.

In allen Kreisen Nordbadens, die sich 1945 um eine neue politische Gruppierung des katholischen Lagers bemühten, spielte, mit wenigen Ausnahmen, der Gedanke einer Wiedergründung des alten Zentrums kaum eine Rolle. Statt dessen aber wurde vorerst die Möglichkeit des engen Zusammengehens und sogar einer parteipolitischen Verbindung mit den Sozialdemokraten lebhaft diskutiert. Diese besonders für Mannheim und Karlsruhe charakteristische Konstellation läßt sich auch aus der Geschichte des Landes erklären. In Verbindung mit dem großherzoglichen Hause hatten bis 1918 die Nationalliberalen und die Liberalen die Führung in Händen gehabt, während Sozialdemokraten und Zentrum gemein-

¹⁹⁶⁾ Brief im Archiv Adolf Kühn.

¹⁹⁷⁾ Dr. Köhler war zunächst Gebietsdirektor des schmalen badischen Streifens, der sogleich von den Amerikanern besetzt wurde. Nach dem Gebietsaustausch zwischen Amerikanern und Franzosen und der Bildung des Landes Nordbaden-Nordwürttemberg im Sommer 1945 wurde er dessen stellvertretender Ministerpräsident. Es mag sein, daß diese Funktion ihn davon abhielt, sich parteipolitisch zu exponieren.

sam in Opposition standen. In der Weimarer Zeit hatten dann diese beiden Parteien eng zusammengearbeitet und sich auch danach in der Opposition gegen den Nationalsozialismus gefunden. Der Karlsruher Rechtsanwalt Dr. Frank, ein Zentrumsmitglied, hatte Sozialdemokraten und Katholiken in einem Oppositionskreis um sich gesammelt und war schließlich den Nationalsozialisten zum Opfer gefallen. So gab es vielerlei Verbindungen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum, die, trotz mancher Bemühungen, sich dann aber doch nicht als so stark erwiesen, daß daraus eine völlig neue politische Konzeption hätte erwachsen können. Für das Zentrum stellte sich daher die Frage nach anderen Verbündeten. Die Liberalen waren nicht erwünscht, insbesondere auf dem Kultursektor gingen die Auffassungen zu weit auseinander. Es blieben also nur die früheren Konservativen und Christlichen Volksdienstler, beides allerdings nur sehr kleine Gruppen, so daß dann bei der Gründung der CDU Nordbadens die Protestanten auch nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Hingewiesen werden muß ferner darauf, daß die Bevölkerung Badens, sowohl in ihrem katholischen als auch ihrem evangelischen Teil, sehr kirchlich eingestellt ist¹⁹⁸⁾. Auch die Sozialdemokraten Nordbadens betonen ihre Verbundenheit mit der Kirche und stellen bei Wahlen ihre Kandidaten entsprechend heraus¹⁹⁹⁾.

a) *Der Mannheimer Kreis*

Schon wenige Wochen nach der Besetzung Mannheims durch amerikanische Truppen kam es in der Wohnung des ehemaligen Gewerbeschuldirektors und späteren Landrats von Buchen, Franz Xaver Schmerbeck, zu ersten Erörterungen über die anzustrebende Neuorientierung des politischen Lebens. Die wichtigsten Teilnehmer waren neben Schmerbeck, der später auch an der Gründung der CDU in Karlsruhe mitwirkte, Regierungsdirektor August Kuhn²⁰⁰⁾, Bauunternehmer Alois Nöll, Architekt Dr. Schmechel²⁰¹⁾ und Betriebsobmann Schilpp. Schmerbeck, Kuhn und Nöll waren katholischer, Schmechel und Schilpp evangelischer Konfession. Weitere Mitglieder der Gruppe, die später ins Arbeitsamt übersiedelte, waren Direktor Max Grande, Architekt Schlechte, Fabrikdirektor

¹⁹⁸⁾ Der Einfluß des Freiburger Oberhirten in Nordbaden war allerdings verhältnismäßig gering. Erst im Jahre 1953 gelang es, ein katholisches Presseorgan für Nordbaden zu schaffen, das auch dann noch keine große Resonanz hatte.

¹⁹⁹⁾ Die badischen Sozialdemokraten standen immer auf dem rechten Flügel der SPD. Bei den Bundestagswahlen 1949 bezeichneten sie ihren Karlsruher Kandidaten, den früheren Oberbürgermeister und späteren Minister Dr. Hermann Veit, als „Sozialisten und Christen der Tat“. In den Wahlzeitungen erschienen Aufsätze unter dem Titel „Christentum und Sozialismus“, in denen die päpstlichen Enzykliken als Leitideen für den Sozialisten Dr. Veit hingestellt wurden.

²⁰⁰⁾ Kuhn war stellvertretender Zentrumsvorsitzender in Mannheim und seit 1929 Mitglied des badischen Landtags gewesen. Er hatte längere Zeit dem Reichsausschuß des Zentrums angehört und später Verbindungen zum Oppositionskreis um Dr. Gördeler gehabt.

²⁰¹⁾ Schmechel hatte dem Christlich-Sozialen Volksdienst in Baden seit seiner Gründung angehört und war dessen letzter Vorsitzender gewesen. Gegen Ende der Weimarer Republik hatte er die Schriften „Warum evangelische Parteibewegung?“ und „Evangelischer Volksdienst in Baden 1932“ verfaßt.

Thomae, Kaufmann Amend, Regierungsrat Schäfer und Kaufmann Vögele. Auch der evangelische Stadtpfarrer Schäfer und der katholische Stadtpfarrer Scharnberger stellten sich schon bald zur Verfügung. Es handelte sich also um einen konfessionell gemischten, nahezu paritätisch zusammengesetzten Kreis, der sich von den Gruppen in anderen Städten Nordbadens, die ebenfalls zum Ausgangspunkt der CDU wurden, durch die politische und soziale Herkunft seiner Mitglieder erheblich unterschied. Frühere Deutschnationale und Demokraten waren in ihm noch nicht vertreten.

In den ersten Sitzungen wurde vornehmlich die Frage erörtert, ob die Gründung künftiger politischer Parteien nach berufsständischen oder nach weltanschaulichen Gesichtspunkten erfolgen solle. Man erörterte, ob es neben einer Arbeiter-eine Angestellten- und Beamten- sowie eine Arbeitgeberpartei geben könne oder ob neben einer marxistischen eine liberale und eine christliche Partei entstehen würden. Theoretisch schien dem Kreis jede dieser beiden Lösungen mit Unklarheiten belastet zu sein. Einig war man sich jedoch in der Überzeugung, daß evangelische und katholische Christen nunmehr gemeinsam und nicht nebeneinander politisch aktiv werden müßten. Über den Fortgang der Gespräche berichtet August Kuhn, der zunächst wohl die einflußreichste Persönlichkeit dieses Kreises war²⁰²⁾:

„... Das dem Leiter der Veranstaltungen²⁰³⁾ bekannte Bestreben des Gördeler-Kreises, wo sich christliche Gewerkschaftler wie Jakob Kaiser, Josef Ersing und Habermann mit Sozialdemokraten wie Leuschner und Leber zusammengefunden und letztere den Marxismus östlicher Prägung eindeutig abgelehnt hatten, ließ die Hoffnung aufkommen, daß das neue Deutschland parteipolitisch von einer vom christlichen Geist getragenen sozialen Partei und einer konservativen Partei — also vom Zweiparteiensystem nach englischem und amerikanischem Muster — getragen werden sollte...“

Das waren die gleichen Gedanken, die bei der Gründung der CDU in Berlin erwogen wurden. Aber auch hier, im Zentrum des badischen Industriegebietes, konnten derartige Überlegungen nicht relevant werden, da sie, verwirklicht, einen Bruch mit der politischen Überlieferung des Landes und eine Mißachtung der sozialen Voraussetzungen in der Bevölkerung bedeutet hätten. Kuhn und die anderen Mitglieder des Kreises wurden sich darüber rasch klar, als sie mit den entsprechenden Gruppen in Heidelberg, Karlsruhe und den anderen nordbadischen Orten Verbindung aufnehmen konnten und über die dortigen Konzeptionen unterrichtet wurden. Andererseits sahen sie sich aber in ihren Bemühungen durch den Versuch Adam Stegerwalds in Würzburg, eine „Arbeiter- und Bauern-Partei“ zu gründen, die die Pläne des christlichen Gewerkschaftsführers aus den zwanziger Jahren²⁰⁴⁾ in die Praxis umsetzen sollte, bestätigt. In Anknüpfung an weitere Nachrichten aus Berlin beschloß der Kreis daher, sich als christlich-demokratische Gruppe zu konstituieren. Die Entscheidung fiel somit in Mannheim schon verhältnismäßig früh. Der Kreis entwickelte dann aber doch nicht genü-

²⁰²⁾ Bericht an den Verfasser vom 21. März 1954.

²⁰³⁾ D. h. August Kuhn.

²⁰⁴⁾ Vgl. Wieck, a.a.O., S. 48 Anm. 79.

gend Aktivität, stieß vielleicht auch auf erhebliche Schwierigkeiten, so daß es ihm nicht gelang, über die Stadt hinaus in anderen nordbadischen Städten Fuß zu fassen.

Auch das Problem des Zusammengehens mit den Liberalen tauchte nun auf. Kuhn schreibt darüber²⁰⁵⁾:

„. . . Nach der Gründung sprachen ehemalige führende Persönlichkeiten der Demokratischen Partei der Weimarer Zeit (Staatspartei), und zwar der jetzige Stadtrat Barber und Stadtbaudirektor Elsässer, bei dem Vorsitzenden der CDU-Gruppe mit der Bitte vor, die ehemaligen Demokraten in die CDU aufzunehmen. Nach längeren Verhandlungen kam es zu folgender Vereinbarung:

- a) der Anschluß der ehemaligen demokratischen Führer an die CDU ist nur sinnvoll, wenn die spätere Gründung bzw. Wiedergründung der demokratischen oder Staatspartei unterbleibt;
- b) die vorsprechenden demokratischen Persönlichkeiten werden sich mit ihren Freunden aus dem Land Baden in Verbindung setzen, deren Meinung erfragen und im Sinne ihrer Auffassung handeln.

Nach einigen Tagen kamen Barber und Elsässer mit folgender Erklärung wieder: „Wir haben mit den Herren Theodor Heuß und mit dem Stadtoberschulrat Hoffheinz die Angelegenheit eingehend besprochen. Beide sind mit uns der Meinung, daß die ehemalige Demokratische Partei nicht wiedergegründet werden solle. Sie begrüßen und empfehlen unseren Anschluß an die CDU.“

In Auswirkung dieser Erklärung wurden beide wie auch andere Mitglieder der Staatspartei in die CDU-Mannheim aufgenommen und sind heute noch Mitglieder und Mitarbeiter der CDU²⁰⁶⁾ . . .“

Damit hatte die Entwicklung in Mannheim ihren ganz besonderen Akzent erhalten. Trotz des früher herrschenden Gegensatzes zwischen Christlichen und Liberalen vereinigten sich nun beide zu einer politischen Partei. Während beispielsweise zur gleichen Zeit in Karlsruhe dieser Plan nur zögernd geprüft und nie mit echter Überzeugung verwirklicht wurde, stießen die Mannheimer unter dem Einfluß von Erörterungen in anderen Teilen des Reichsgebietes ganz bewußt in politisches Neuland vor, regional bestimmte Sentiments und Ressentiments weit hinter sich lassend.

Interessant ist, daß sich auch der spätere Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Prof. Dr. Theodor Heuss, der sich in Heidelberg aufhielt, nach Kuhns Bericht ebenfalls für die Vereinigung christlicher und liberaler Gruppen ausgesprochen hatte. In der Tat war Heuss damals von der Notwendigkeit einer einzigen christlichen und zugleich liberalen Partei überzeugt. Auch später, als eine selbständige Demokratische Volkspartei bereits wieder entstanden war, sei er noch für eine Einigung eingetreten. Kuhn schreibt hierzu:

„. . . Der heutige Bundespräsident Theodor Heuß, der damals in Heidelberg wirkte, war zweifellos Gegner der Wiedererstehung einer besonderen Demokratischen Partei

²⁰⁵⁾ Bericht an den Verfasser vom 21. März 1954.

²⁰⁶⁾ Im Jahre 1946 kehrte der ehemalige Landesvorsitzende und Landtagsfraktionsführer der Deutschen Volkspartei, Dr. Florian Waldeck, aus der Emigration zurück. Er schloß sich sogleich der CDU Mannheim an und wurde in ihr politisch tätig.

neben der CDU. Neben den oben genannten Beweisen darf ich feststellen — das werden die früheren Fraktionsvorsitzenden der CDU in der ersten Verfassunggebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden und des ersten Landtages des genannten Landes bestätigen —, daß Dr. Heuß auch in den Jahren 1946 bis 1948 das Aufgehen der Demokratischen Volkspartei in der CDU im Gegensatz zu Dr. Reinhold Maier angestrebt hat . . .“

Wenn auch aus diesen Zeilen vielleicht eine gewisse Einseitigkeit spricht und Kuhn den möglichen Gegensatz zwischen Heuss und dem für eine selbständige liberale Partei eintretenden Stuttgarter Gründerkreis der Demokratischen Volkspartei, der späteren FDP, um Dr. Reinhold Maier und Dr. Wolfgang Haußmann zu sehr betont, so kann man doch herauslesen, daß die Mannheimer im Jahre 1946 von der Richtigkeit ihres politischen Unterfangens, der Vereinigung ehemaliger Zentrumsangehöriger, Christlicher Volksdienstler und Liberaler in einer Partei, als etwas ganz Neuem, Zukunftweisendem fest überzeugt waren²⁰⁷⁾. Daß sie Traditionen und Rücksichten zu opfern bereit waren und ehrlich wünschten, die neue Parteigründung nicht nur als ein taktisches Manöver zur Verwirklichung alter Vorstellungen aufzufassen, zeigt ein Brief des Gründungsmitgliedes Schmerbeck, den dieser um die Jahreswende 1945/46 an seinen Karlsruher Parteifreund Sprauer richtete²⁰⁸⁾:

„. . . Einige grundsätzliche Bemerkungen: in den neuen parlamentarischen Körperschaften sind Landtagsabgeordnete und Reichstagsabgeordnete der ehemaligen Zentrumsparlei untragbar. Die neue Zeit, die neue Partei, die nicht als Fortsetzung des alten Zentrums in Erscheinung treten darf, verlangt neue Männer. Das muß klar und deutlich gesagt werden. Die Sache steht über der Person! . . .“

Die Mannheimer CDU ging nun mit weitgespannten Hoffnungen und Wünschen an die politische Arbeit. Sie fand sich in den ersten Wahlen nach dem Kriege — den Wahlen zur Stadtvertretung im Mai und den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung im Juni 1946 — dann auch bestätigt. Die Sozialdemokraten der Industriestadt wurden, wie auch früher, wieder die stärkste Partei, die CDU aber folgte jedoch mit nur geringem Abstand und hatte somit die Stimmen des früheren Zentrums, des Volksdienstes und des größten Teils der Liberalen auf sich vereinigen können²⁰⁹⁾.

²⁰⁷⁾ Tatsächlich konnte die Demokratische Volkspartei dann in Mannheim nur schwer Fuß fassen.

²⁰⁸⁾ Brief im Archiv des CDU-Landesverbandes Nordbaden.

²⁰⁹⁾ Wahlen im Stadtkreis Mannheim:

	25. 10. 1925	27. 10. 1929		26. 5. 1946	30. 6. 1946
SPD	34,7%	31,8%	SPD	40,0%	42,8%
DNVP	4,6%	1,8%	CDU	35,5%	31,1%
CSVD	—	3,1%	Demokratische Volkspartei	7,5%	8,0%
Deutsche Volkspartei	16,2%	12,8%			
Deutsche Demokratische Partei	8,6%	6,1%			
Zentrum	15,5%	16,4%			

b) *Der Heidelberger Kreis*

Im Frühsommer 1945 fanden im Heidelberger Katholischen Gesellenhaus mehrere Zusammenkünfte statt, in denen vor allem die Frage der Gründung einer großen bürgerlich-christlichen Sammelpartei besprochen wurde. Teilnehmer waren frühere Parteipolitiker, Universitätsprofessoren und Geistliche beider Konfessionen, so u. a. Pfarrer Hauser (kath.), Stadtdekan Maas (ev.), Professor Dr. Theodor Heuss (ev., früher DDP), Baurat Hampe (ev., früher DDP), Professor Dr. Gustav Radbruch (ev., früher SPD), Frau Baum (ev.), Oberbaurat Honickel (kath., früher Zentrum) und Professor Dr. Georg Jellinek (ev.). Einige frühere Zentrumsmitglieder, die daneben auch noch unter sich tagten und, wenigstens zum Teil, vorerst die Wiedergründung ihrer alten Partei erstrebten, kamen ebenfalls dazu. Es handelte sich also nur um einen sehr losen Zusammenschluß, und nicht alle Gesprächsteilnehmer waren bereit, der zu gründenden Partei auch später selbst beizutreten. So förderte Prof. Radbruch zwar die Bestrebungen des Kreises, da er von der Notwendigkeit einer großen bürgerlichen Partei überzeugt war, wurde aber bald darauf wieder Mitglied der SPD, für die er schon in der Weimarer Zeit als Reichsminister amtiert hatte. Prof. Jellinek trat später parteipolitisch nicht mehr hervor. Trotz seines mehr akademischen Charakters wurde der Kreis doch sogleich von der Öffentlichkeit und der Militärregierung als eine „Parteigruppe“ angesehen, so daß Prof. Heuss als deren Mitglied, obwohl er nur an wenigen Sitzungen teilnahm, einer der drei Lizenzträger der neuen Rhein-Neckar-Zeitung wurde.

Noch bevor es aber zu einer abschließenden Klärung der Frage, auf welche Art das von dem Kreis angestrebte Ziel erreicht werden könne, kam, wurde Heuss in die Landesregierung nach Stuttgart berufen und schied deshalb als weiterer Gesprächsteilnehmer aus. Das mag mit ein Grund dafür gewesen sein, daß sich nun Anzeichen einer Spaltung in eine liberale und in eine christliche Richtung bemerkbar machten. Noch am 26. Mai 1945 hatte ein altes Zentrumsmitglied geschrieben²¹⁰):

„... Für die Neuplanung der Partei möchte ich die Bezeichnung ‚Christlich-Soziale Volkspartei‘ vorschlagen, nebst Aufstellung sogenannter Beiräte wie zuletzt vor 1933, die die einzelnen Berufsschichten erfassen: a) Arbeiter; b) Beamte, Angestellte; c) Handel, Industrie; d) Landwirtschaft; e) Mittelstand; f) selbständige Berufe ...

... Die Unterwühlung durch die Kommunisten darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden ...“

Das Ziel, eine große bürgerliche Sammelpartei zu gründen, wird in diesen Worten deutlich zum Ausdruck gebracht. Am 5. November aber berief Grathwohl, unterstützt von den Liberalen in Stuttgart, eine Zusammenkunft früherer Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei ein, um von Heidelberg aus die Gründung einer Demokratischen Volkspartei

²¹⁰) Felix Stürmer an Minister Beyerle. Brief im Archiv Beyerle, Stuttgart.

für Nordbaden vorzunehmen. Baurat Hampe wurde zum Vorsitzenden vorgeschlagen, bat sich aber Bedenkzeit aus und konferierte am 8. November mit den übrigen Mitgliedern des Kreises, die für eine christlich-soziale Partei mit Ein-schluß der Demokraten eintraten. Erst nach einer erneuten Besprechung mit Grathwohl am Tage darauf entschied er sich endgültig für die christlich-soziale Richtung, deren erster Vorsitzender in Heidelberg er dann bald wurde. Die Demokraten aber machten nicht mit, sondern vollzogen von sich aus die Trennung. Der Heidelberger Kreis hatte also sein ursprüngliches Ziel, die große bürgerliche Sammelpartei, nicht erreicht; statt ihrer bildeten sich aus ihm nun eine Demokratische Volkspartei und eine Christlich-Soziale Partei. Es stießen allerdings bei weitem nicht alle Liberalen zur Demokratischen Volkspartei, ein Teil verblieb weiterhin, dem Sammelgedanken folgend, bei der Christlich-Sozialen Partei, in der jetzt die ehemaligen Zentrumsangehörigen die Mehrheit besaßen.

Die Entwicklung in Heidelberg nahm also einen ganz anderen Verlauf als die im benachbarten Mannheim. Dort waren zunächst nur frühere Zentrums- und CSVD-Politiker zusammengelassen, die erst später die Liberalen zu sich heranzogen und dadurch zur wesentlichen Verbreiterung der Anhängerschaft der bürgerlich-christlichen Partei beitrugen. Hier dagegen hatte es zuerst eine breite Ausgangsbasis gegeben, die dann wieder zerfiel und die Spaltung in zwei bürgerliche Parteien zur Folge hatte.

Am 29. November 1945 gaben sich die Heidelberger Christlich-Sozialen ein erstes Programm²¹¹), das ganz deutlich neben christlichen auch liberale Züge trug. In seiner Präambel heißt es:

„... Aus dem Chaos, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen.

Wir bekennen uns zum Christentum als Kern und Grundlage abendländischer Kultur und treten nachdrücklich ein für die Freiheit der Kirchen und aller religiöser Bekenntnisse, für die Anerkennung der Kirchen als Mitträger des Gemeinschaftslebens und für die Erhaltung ihrer Eigenschaft als Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Wir verlangen Religionsunterricht in allen Schulen, der unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts von der Kirche erteilt und überwacht wird. Der Schutz der Familie als Grundlage sittlicher und religiöser Erziehung muß gewährt werden, die Jugend in Ehrfurcht vor Gott, vor Alter und Erfahrung erzogen werden. Den zugelassenen freien und religiösen Jugendverbänden ist staatlicher Schutz zu gewähren.

Eintrachtige Zusammenarbeit aller Bekenntnisse auf sozialem, politischem und kulturellem Gebiet ist das Gebot der Stunde...“

Wie die Mannheimer setzten sich auch die Heidelberger für ein „einheitlich regiertes Deutschland“ ein. Föderalistische Pläne oder die besonderen badischen Verhältnisse, die z. B. für die Freiburger Konzeption ausschlaggebend waren, wurden nicht angesprochen. Gefordert wurden statt dessen lediglich die „Wieder-

²¹¹) Archiv Beyerle, Stuttgart.

herstellung der Selbstverwaltung auf allen Stufen und die Neugliederung der deutschen Länder“. In wirtschaftlichen Fragen knüpften sie an neo-liberale Auffassungen an und lehnten deshalb die Sozialisierung oder Vergemeinschaftung der Grundindustrie ab. Nur zur Behebung der unmittelbaren Notlage der Nachkriegszeit sollten unumgängliche planwirtschaftliche Eingriffe gestattet sein.

In Organisationsfragen hielten sich die Heidelberger bewußt an die ihnen inzwischen bekanntgewordenen CDU- und CSU-Gründungen im übrigen Deutschland, ohne irgendwelche Besonderheiten zu betonen. Sie entwickelten auch keine größere Aktivität, um ihre Ansichten in das benachbarte Gebiet hinauszutragen. Auf die weitere Entwicklung der CDU in Nordbaden übten sie daher keinen entscheidenden Einfluß aus.

c) *Der Karlsruher Kreis*

Ebenso wie in Mannheim tauchte auch in Karlsruhe in den ersten Nachkriegsdebatten über parteipolitische Fragen die These eines Zusammengehens früherer Zentrumsangehöriger mit den Sozialdemokraten auf. Angeknüpft wurde an die Beziehungen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus²¹²⁾ und an das Regierungsbündnis der beiden Parteien in der Weimarer Zeit. Gedacht wurde an eine „Demokratischen Union“. Doch auch hier blieben diese Pläne bloße Theorie. Als nämlich die Amerikaner im Sommer 1945 einen provisorischen Stadtrat ernannten, tauchten ohne vorherige Diskussion die alten Namen Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei, Zentrum und Demokratische Partei wie selbstverständlich wieder auf. Die beiden linken Parteien bekundeten auch die feste Absicht, unmittelbar an die früheren Formen anzuknüpfen, Zentrum und Demokraten, dieses durch Siegfried Kühn, Ramstein und Franz Sprauer, jene durch den früheren Minister Dr. Erwin Umhauer und Rechtsanwalt Dr. Kessel im Stadtrat vertreten, empfanden jedoch die getroffene Regelung nur als vorläufig, zumal schon Gespräche über die praktisch einzuschlagenden Wege, die zu einer neuen Konzeption führen konnten, stattgefunden hatten. Sprauer erinnert sich an die diesbezüglichen ersten Erörterungen im katholischen Lager²¹³⁾:

„... Außer mir gehörten Adolf Kühn, Siegfried Kühn, Fridolin Heurich, der im Sommer 1945 auch die Gewerkschaften wiedergründete, Baur, später erster Geschäftsführer der badischen CDU, Stadtdechant Rüde und Geierhaß zu unserer Gruppe.

Rüde äußerte zunächst: ‚Wir müssen eine Gegenreformationspartei gründen. Jetzt ist die Stunde gekommen²¹⁴⁾.‘ Er konnte mit seiner Ansicht aber nicht durchdringen.

²¹²⁾ Der nach dem 20. Juli 1944 umgekommene Rechtsanwalt Dr. Frank (Zentrum) hatte einen solchen Kreis um sich versammelt.

²¹³⁾ In einem Gespräch mit dem Verfasser am 24. Juni 1953.

²¹⁴⁾ Diese Ansicht wurde damals häufiger von Mitgliedern des unteren und mittleren Klerus vertreten, setzte sich aber nirgends nachhaltig durch. Auch katholische Laien waren vereinzelt dieser Auffassung, so z. B. in Nordrhein-Westfalen Dr. Hamacher.

Schließlich haben auch die katholischen Geistlichen in Karlsruhe unseren Standpunkt geteilt und unseren Weg unterstützt, aber im Grunde ist ihnen der Gedanke, das Zentrum wiederzugründen, doch sehr teuer gewesen.

Die Laien — Heurich, Kühn etc. — traten gegen den Standpunkt des Stadtdechanten auf und forderten die Preisgabe des Zentrums und eine Partei, in der zwar das alte Zentrum den Kern bilden möge, die aber eben nicht nur von diesen Kreisen getragen werde.

Nachdem wir mit den Sozialdemokraten nicht weitergekommen waren, mußte man sich nach den Liberalen umschaun, denen man zwar nicht ganz traute, die aber ihrerseits auch in einer etwas verlorenen Situation waren und deshalb geneigt sein konnten, diesen Weg mitzugehen . . .“

Auch mit früheren Volksdienstlern wurde Verbindung aufgenommen. Das Ziel war, wie auch anderswo, in Karlsruhe die große bürgerlich-christliche Sammelpartei zu schaffen, die der Linken gegenüber treten konnte.

In der alten Hauptstadt des Landes Baden aber stellte sich noch ein weiteres Problem. Durch die Neuverteilung der südwestdeutschen Besatzungsgebiete war der nördliche Teil des Landes mit Karlsruhe endgültig zur amerikanischen, der südliche mit Freiburg zur französischen Zone gekommen. Es war nur natürlich, daß diese Zweiteilung gerade in Karlsruhe die Gemüter heftig bewegte, zumal beide Besatzungsmächte ihre Gebiete nahezu hermetisch abriegelten. Um nun den Wunsch und das Ziel der Badener auf Wiederherstellung des Landes zum Ausdruck bringen zu können, neigten die Karlsruher dazu, in erster Linie eine „Badische Volkspartei“ zu schaffen, deren vornehmste Aufgabe eben die Wiederherstellung der Einheit bzw. die Vermeidung der durch die Teilung des Landes in zwei Besatzungsgebiete drohenden endgültigen Spaltung sein sollte. Zu diesem Zweck suchten sie auch Verbindung mit ihren Freiburger Freunden aufzunehmen. Diese wurde aber durch die von den Besatzungsmächten verfolgte strikte Trennung der beiden Zonen auch auf parteipolitischem Gebiet sowie durch die Tatsache, daß die Freiburger Christlichen Demokraten als Folge der französischen Restriktion und der internen Spannungen viel langsamer vorgehen mußten, stark behindert. Eine engere Zusammenarbeit wurde unter diesen Umständen kaum möglich. Auch waren die beiderseitigen Ansichten in vielen Punkten sehr verschieden, so daß man sich nicht einmal auf einen gemeinsamen Namen einigte. So wurde dann am 4. September 1945 in Karlsruhe eine „Christlich-Demokratische Partei“ gegründet, die sich zwar auch dem besonderen badischen Anliegen verpflichtet fühlte, dieses aber nicht, anders als einige Monate später die Freiburger Gruppe, im Namen programmatisch zum Ausdruck brachte.

Geführt wurden die Karlsruher Christlichen Demokraten in der Mehrheit von früheren Zentrumsvertretern, zu denen einige ehemalige Volksdienstler — der CSVD hatte in der Stadt nur verhältnismäßig wenige Anhänger gehabt — und Demokraten (Dr. Umhauer) hinzutraten, während andere frühere Liberale (Dr. Kessel, kath.) eine eigene Partei bildeten.

Während das Programm des Heidelberger Kreises in den grundsätzlichen Fragen vom Geist eines aufgeklärten Christentums getragen wurde und dadurch recht unbestimmt blieb, bricht in dem der Karlsruher CDP, bedingt durch den stärkeren Einfluß der Katholiken, das besondere religiöse Anliegen ihrer Gründer deutlich sichtbar durch. Es heißt in ihm:

„... Tausende evangelische und katholische Pfarrer haben in harter Verfolgung unter Anteilnahme der christlichen Bevölkerung in den Konzentrationslagern standhaft Widerstand geleistet. Im Geiste ihres Vermächtnisses geeint durch die gleiche Liebe zu unserem Volke, erkennen wir unsere Pflicht und Aufgabe, mit diesem Volke den Weg einer Neugestaltung und Wiedergesundung zu gehen. Zur Erreichung dieses Zieles haben sich die Angehörigen der beiden großen Konfessionen zu einer christlichen und sozialen Volkspartei unter dem Namen ‚Christlich-Demokratische Partei‘ zusammengeschlossen. Dieser Zusammenschluß hat seinen Grund in der gemeinsamen Bedrängnis des christlichen Glaubens unter dem glaubenfeindlichen Druck der letzten 12 Jahre und in der Überzeugung, daß eine wirkliche Rettung und allmähliche Wiedergesundung unseres Volkes nur dann möglich ist, wenn die göttlichen Gebote in unserem Volke wieder zur Geltung kommen. Alle unsere Arbeit im öffentlichen Leben wird sich nach diesen Geboten richten ohne Ansehen der Person, der Religion, der Abstammung oder politischen Überzeugung . . . Aber bei all unserer Arbeit wollen wir stets eingedenk sein, daß an Gottes Segen alles gelegen ist . . .“

Obwohl in der Karlsruher Gruppe zunächst der Gedanke einer stärkeren Linksorientierung, d. h. ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten, ernsthaft erörtert worden war, fanden sich in ihren ersten programmatischen Erklärungen dann doch keine typisch sozialistischen Forderungen, so z. B. die nach Vergesellschaftung der Grundindustrie. Betont wurde vielmehr der besondere Schutz jeglichen Privateigentums.

In organisatorischen Fragen waren die Karlsruher dann wesentlich aktiver als die Mannheimer und die Heidelberger und erweiterten ihr Wirkungsfeld bald auf die meisten nordbadischen Kreise. Es mag hinzugekommen sein, daß die Landgebiete das, was aus der alten Landeshauptstadt kam, bevorzugt aufnahmen. Tatsache bleibt jedoch, daß bei der Entstehung der CDU in Nordbaden die Christlich-Demokratische Partei in Karlsruhe die Führung übernahm, während die Heidelberger und Mannheimer lokal beschränkt blieben und dann in der größeren Organisation aufgingen.

d) *Die Christlichen Demokraten in Nordbaden*

Die Gründungsversammlung des nordbadischen Landesverbandes der Christlichen Demokraten, die gemäß den Empfehlungen der Godesberger Tagung der Christlichen Demokraten im Rheinland im Dezember 1945 auch für sich den Namen CDU wählten, fand am 10. Februar 1946 in Heidelberg statt. In den Vorstand wurden die folgenden Mitglieder berufen:

Name	Beruf	Ort	Konf.	Frühere pol. Bindung
I. Vorsitzender: Heurich, Fridolin	Gewerkschaftler	Karlsruhe	kath.	Zentrum
Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Kaufmann-Bühler	Studienrat	Heidelberg	ev.	—
Kuhn, August	Arbeitsamtsdirektor	Mannheim	kath.	Zentrum
Kühn, Adolf	Verwaltungsbeamter	Karlsruhe	kath.	Zentrum
Berggötz, Heinrich	Kirchenbeamter	Karlsruhe	ev.	CSVD
Weitere Vorstandsmitglieder: Sprauer, Franz	Lehrer	Karlsruhe	kath.	Zentrum
Eichenlaub, Valentin	Oberregierungsrat	Karlsruhe	kath.	Zentrum
Walter, Franz	Finanzinspektor	Karlsruhe	kath.	—
Schmelcher	Kaufmann	Heidelberg	ev.	—
Baum, Marie	Beamtin	Heidelberg	ev.	—
Lauer, Otto ²¹⁵⁾	Kaufmann	Pforzheim	ev.	—
Schmerbeck, Franz Xaver	Landrat	Buchen	kath.	Zentrum
Dr. Kühn, Siegfried	Richter	Karlsruhe	kath.	Zentrum

Diese Zusammensetzung zeigt deutlich das Übergewicht des Karlsruher Kreises und der katholischen Vertreter. Die Heidelberger Richtung mit ihrem Programm eines humanistischen Bildungschristentums war durch die politisch aktiveren Kräfte Karlsruhes in den Hintergrund gedrängt worden. Eindeutig überwog im Landesvorstand das „bürgerliche“ Element, wenn auch den Gewerkschaften durch Heurich und Kuhn eine wichtige Position eingeräumt war.

Die Vorherrschaft der Katholiken in der nordbadischen CDU blieb auch in den ersten Jahren noch erhalten. Die Partei fand in der evangelischen Bevölkerung des zu 50 % katholischen und zu 46 % evangelischen Landesteils nur eine schwache Resonanz. Nach einer Mitgliederstatistik aus dem Jahre 1948²¹⁶⁾ sind 85 % katholische und nur 15 % evangelische Mitglieder nachgewiesen. An diesem Verhältnis gemessen war der Anteil der protestantischen Vertreter im Landesvorstand sogar übermäßig groß.

Bei den ersten Gemeindewahlen erhielt die nordbadische CDU rund zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen, bei den ersten Kreistagswahlen gut die Hälfte und bei den ersten Stadtratswahlen im Frühjahr 1946 etwas mehr als ein Drittel. Sie fand vor allem bei der ländlichen Bevölkerung ein starkes Echo, während die Arbeiter und Angestellten in der Stadt mehr der Linken und den Demokraten zuneigten. Aus der Wahl zur Verfassungegebenden Landesversammlung im Juni 1946 ging die CDU dann mit 44,7 % aller gültigen Stimmen als stärkste Partei Nordbadens hervor. Diese Position konnte sie auch bei den ersten Landtagswahlen im November 1946 mit 40,9 % behaupten.

²¹⁵⁾ Lauer trat 1947 als „religiöser Sozialist“ zur SPD über.

²¹⁶⁾ Im Archiv des Landesverbandes der nordbadischen CDU.

5. Kapitel

Die Christlichen Demokraten und die Liberalen in Württemberg

Auch Württemberg wurde 1945 in eine französische und eine amerikanische Zone geteilt. Unmittelbar nach der deutschen Kapitulation hielten die Franzosen noch den größten Teil des Landes, einschließlich seiner Hauptstadt Stuttgart, besetzt. Sie beriefen schon kurze Zeit später eine provisorische „Landesregierung“ — in der aber die einzelnen Landesdirektoren bzw. Minister den französischen Militärbehörden unmittelbar verantwortlich waren und daher keinen Ministerrat oder ein Kabinett bilden konnten — zur Durchführung der notwendigsten Verwaltungsmaßnahmen, dachten aber keineswegs daran, dieser irgendwelche politische Funktionen zuzuerkennen. Als dann im Sommer 1945 die Amerikaner den Norden des Landes mit Stuttgart in ihre Zone übernahmen, unterbanden sie sofort die weitere Tätigkeit dieser Pseudo-Regierung, die sich nun auf den französisch besetzten Südtel Württembergs beschränken mußte, und beriefen mit etwas mehr Vollmachten eine neue Regierung unter Dr. Reinhold Maier²¹⁷).

Nord- und Südwürttemberg mußten nun, bedingt durch die verschiedenartige Politik der Besatzungsmächte, getrennte Wege gehen. Allerdings wurde der Graben, der sich auch hier allmählich bildete, längst nicht so tief und breit wie der zwischen Nord- und Südbaden. Nicht nur die Stuttgarter, sondern auch die Tübinger Regierung traten immer wieder für die Wiedervereinigung des Landes ein und ließen die Verbindungen untereinander nicht abreißen, obwohl Amerikaner und Franzosen — diese nachhaltiger und länger als jene — größten Wert darauf legten, ihre Zonengebiete möglichst von Einflüssen von außen frei zu halten. Anders als in Baden gingen daher bei der Neubildung deutscher Parteien in Württemberg die Verbindungen immer wieder über die Zonengrenze hinweg, zumal das, was in Stuttgart geschah, auch im Süden des Landes stets mit größtem Interesse verfolgt wurde.

Die Amerikaner legten die von ihnen besetzten Teile Württembergs und Badens, anders als die Franzosen, die zwei Länder — Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern — schufen, auch sogleich zusammen und unterstellten sie der provisorischen Regierung in Stuttgart. Es war nur natürlich, daß diese an die alten württembergischen Pläne wiederanknüpfte und nicht nur die

²¹⁷) 1889 in Schorndorf geboren, Rechtsanwalt, 1924 Vorsitzender der Demokratischen Partei in Stuttgart, 1930 Landtagsabgeordneter, später württembergischer Wirtschaftsminister, 1932/33 kurze Zeit demokratischer Reichstagsabgeordneter. Vgl. sein Buch „Ende und Wende“, Stuttgart und Tübingen 1948.

Wiedervereinigung des Landes, sondern auch den Zusammenschluß ganz Württembergs und ganz Badens zu einem Südweststaat energisch anstrebte.

Die Landeshauptstadt Stuttgart hatte schon früher für die politischen Parteien im Südwesten des Reiches, auch über die Grenzen Württembergs hinaus, zentrale Bedeutung gehabt. Die Entstehung der CDU und die Gründung der DVP (Demokratische Volkspartei) in Stuttgart in den Jahren 1945 und 1946 waren deshalb auch mehr als nur lokale Ereignisse. In einigen Städten Württembergs wurden zwar von den Stuttgarter Konzeptionen abweichende Parteigründungen versucht²¹⁸⁾, konnten sich aber doch letztlich gegenüber dem dominierenden Einfluß der parteipolitischen Gruppen in der Hauptstadt nicht durchsetzen.

Eine nicht unerhebliche Rolle in den 1945 in Württemberg geführten politischen Diskussionen spielte die Konfessionsfrage. Südwürttemberg mit der Bischofsstadt Rottenburg ist überwiegend katholisch, das Bistum selbst hingegen umfaßt das ganze Land Württemberg. Sitz des württembergischen protestantischen Landesbischofs und Oberkirchenrats ist Stuttgart im protestantisch bestimmten nördlichen Teil des Landes. Es konnte somit nicht ausbleiben, daß die katholischen Führer in Südwürttemberg Überlegungen anstellten, in welcher Weise die neuen Verhältnisse, die durch die Teilung in dem nun selbständigen südlichen Landesteil der katholischen Kirche das Übergewicht gegeben hatten, auch politisch ausgenutzt werden konnten. Man hörte sogar vereinzelt Stimmen, die eine Vereinigung Südwürttembergs mit Südbaden und den österreichischen Ländern Tirol und Vorarlberg forderten. Wesentlich stärker als diese irrealen Pläne war jedoch der Ruf nach Wiedergründung des Zentrums. Vertreter des Bischofs von Rottenburg verhandelten darüber im Sommer 1945 in Stuttgart mit früheren Mitgliedern dieser Partei. Es setzte sich allerdings rasch die Erkenntnis durch, daß man mit einem solchen Schritt die Zweiteilung des Landes nur vertiefen und den nordwürttembergischen Raum praktisch dem Liberalismus und der Linken preisgeben würde.

Und noch ein Letztes verdient hervorgehoben zu werden. Wie auch nach anderen Orten waren die Nachrichten über die Berliner Parteigründungen und das dort geschaffene Vierparteiensystem schon früh nach Stuttgart gelangt. Dessen politische Kreise waren jedoch nicht geneigt, die Berliner Konzeption ohne weiteres zu übernehmen, sondern stellten ihre Erwägungen sehr viel mehr auf die parteipolitischen Verhältnisse, wie sie vor 1933 in Württemberg bestanden hatten, ab. Sie kamen schließlich dann ebenfalls zu einem Vierparteiensystem, doch waren die Kräfte, aus denen die beiden bürgerlichen Parteien wuchsen, ganz anders geartet als die, von denen die Berliner Gründungen getragen wurden. Nicht nur die CDU, noch mehr die Demokratische Volkspartei Württembergs waren eng mit den parteipolitischen Traditionen des Landes verbunden.

²¹⁸⁾ So z. B. in Heilbronn, Leonberg und Pforzheim. Hier wollten frühere Zentrumsmitglieder und Volksdienstler im Gegensatz zu Stuttgart auch mit den Liberalen zusammengehen.

I. Die Entwicklung in Nordwürttemberg

a) *Der Kreis der früheren Zentrumspolitiker*

Nach der Besetzung Stuttgarts durch die Franzosen ernannten diese den parteipolitisch nicht gebundenen Dr. Klett zum vorläufigen Oberbürgermeister, der dann in den ersten Monaten der Besetzung einen weit über seine normalen Funktionen hinausgehenden Einfluß ausübte und auch auf die Zusammensetzung der ersten provisorischen Landesregierung, die am 13. Juni 1945 von der französischen Militärverwaltung berufen wurde, einwirkte. Landesdirektor des Innern wurde der Sozialdemokrat Fritz Ulrich, in dessen Behörde der Kommunist Buchmann den Posten eines Abteilungsleiters übernahm und seinen Parteifreunden wichtige Positionen verschaffte. Direktor der Justizverwaltung wurde der frühere Minister Dr. Beyerle (Zentrum), der später bei der Gründung der CDU eine maßgebliche Rolle spielte. Das Kulturressort erhielt der damals noch parteilose Tübinger Professor Dr. Carlo Schmid, später erster Regierungschef von Südwürttemberg. Die Leitung der Wirtschaftsverwaltung wurde gleichberechtigt an Dr. Kilper und von Waechter gegeben. Dr. Wolfgang Haußmann, der zusammen mit Dr. Klett zu Verhandlungen über die Besetzung Stuttgarts den französischen Truppen entgegengefahren und dabei verwundet worden war, übernahm, wahrscheinlich noch nicht wiederhergestellt, in den ersten Wochen dagegen kein öffentliches Amt, wenn auch in seinem Hause damals zahlreiche Besprechungen über die Wiedererrichtung der Verwaltung und die Gründung politischer Parteien stattfanden. Nach der Übergabe der Stadt an die Amerikaner kamen auch Dr. Reinhold Maier und Prof. Dr. Theodor Heuss, die beide bisher im schon amerikanisch besetzten Gebiet gewohnt hatten, nach Stuttgart. Die neue Landesregierung, in der Maier den Posten des Regierungschefs und Heuss das Kulturressort übernahmen, wurde dann am 13. September von den Amerikanern berufen.

Über die in den ersten Nachkriegsmonaten in Stuttgart herrschende politische Atmosphäre liegen verschiedene Polizeiberichte und Meldungen des Counter Intelligence Corps (CIC) vor, in denen die Lage wohl zutreffend wiedergegeben wird. In einem Polizeibericht vom 5. Mai 1945²¹⁹⁾ heißt es:

„... Die früheren Parteien sind noch nicht wieder in Erscheinung getreten. Es hat sich lediglich ein Kampfbund gegen den Faschismus, in dem zunächst frühere Angehörige der SPD und der KPD vertreten sind, gebildet. Ferner ist ein Antifaschistischer Kampfbund (Antifa) aufgetreten. Beide Bewegungen, deren Anhängerzahl äußerst gering ist, dürften bis jetzt zu einer Beanstandung noch keine Veranlassung gegeben haben...“

Am 26. Juni 1945 wurde für Stuttgart der Verein der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) und am 15. September die Deutsche Friedensbewegung gegründet. Am 30. September meldete sodann der CIC:

²¹⁹⁾ Archiv Dr. Hermann Vietzen, im Stadtarchiv Stuttgart.

„... Die Aktivität der Kommunisten fällt auf. Das Innenministerium ist angeblich weitgehend personalpolitisch von Kommunisten durchsetzt. Neigung zur Gründung weiterer Parteien besteht, aber die große Masse der Bevölkerung steht dem parteipolitischen Leben noch verständnis- und interesselos gegenüber...“

Dem äußeren Anschein nach war dieses Bild zweifellos richtig gezeichnet. In Wirklichkeit aber hatten frühere Zentrumsmitglieder, Liberale und Volksdienstler schon Monate vorher begonnen, sich ernsthafte Gedanken über die Neubildung politischer Parteien zu machen und Pläne vorzubereiten.

Frühere Zentrumsmitglieder kamen bereits seit Anfang Mai 1945 im Stuttgarter Marienhospital zu regelmäßigen Gesprächen zusammen. Die wichtigsten Teilnehmer waren der Gewerkschaftler Joseph André, der frühere Minister und damalige Landesdirektor Dr. Josef Beyerle, Johannes Groß, der letzte Vorsitzende des Zentrums in Stuttgart Felix Walter, der Verleger Dr. Vögele, Dr. Hermann Gögler und seit dem Juni 1945 Dr. Gebhard Müller. Auch der Rottenburger Bischof oder einer seiner Mitarbeiter, meist Dr. Sedlmeier, waren häufig anwesend. Von Berlin kam Josef Ersing, der an der dortigen CDU-Gründung beteiligt gewesen war und über diese nun aus erster Hand berichten konnte, hinzu.

Dr. Vögele vertrat später die Auffassung²²⁰), daß die Gruppe sogleich entschlossen war, keinesfalls das alte Zentrum wieder ins Leben zu rufen. Das scheint jedoch nicht den ersten Überlegungen dieser Gruppe zu entsprechen. Tatsache ist vielmehr, daß die früheren Zentrumsmitglieder die Lage und die gegebenen Möglichkeiten, soweit sie politisch zu nutzen waren, sehr lange und ernsthaft prüften, aber vorerst zu unterschiedlichen Ergebnissen und demzufolge nicht zu einer von allen gebilligten Entscheidung kamen. Auch die Preisgabe des Zentrums und damit zusammenhängend die Frage, ob bei den Konservativen, den Liberalen oder den Sozialdemokraten Bundesgenossen gewonnen werden könnten, standen selbstverständlich zur Erörterung.

Staatssekretär a. D. Dr. Paul Binder (ev.), später ein führendes Mitglied der CDU Südwürttembergs, schrieb über die Verhandlungen²²¹):

„... Die Frage einer Verbindung der beiden christlichen Konfessionen ist schon vor der Gründung der CDU in Südwürttemberg von mir und einigen evangelischen und katholischen Herren in Stuttgart besprochen worden, wobei der Vertreter der Diözese Rottenburg damals für eine rein katholische Partei eintrat. Die Anregung zum Zusammengehen hat offensichtlich das in Berlin gegebene Vorbild... gegeben...“

Der Rottenburger Gewerkschaftler Wenger, ein früheres Zentrumsmitglied, berichtete Anfang Juni 1945 seinen Stuttgarter Parteifreunden über ein Gespräch, das er mit dem Präsidenten des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Mikoles, in Aalen geführt hatte. Seine Ausführungen gaben die damals in weiten Arbeitskreisen vorherrschenden Auffassungen wohl zutreffend wieder²²²):

²²⁰) In einem Gespräch mit dem Verfasser am 27. Juni 1953.

²²¹) Brief an den Verfasser vom 20. September 1953.

²²²) Protokoll über das Gespräch im Archiv Dr. Beyerle, Stuttgart.

„... Die Aalener Gewerkschaften (4000—5000 Mitglieder) sind gegen rasche Parteibildungen.

Die Namen ‚Sozialdemokratische Partei‘ und ‚Zentrum‘ sind bei den Arbeitern und Angestellten unbeliebt.

Gründe: Man wünscht keine Konfessionspartei und verzeiht dem Zentrum nicht die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Der SPD wird das Versagen Severings vorgeworfen. Das Programm der Labour-Partei in England gilt als Vorbild.

Eine in Aalen abgehaltene Abstimmung der Gewerkschaft, die auf Wunsch der Amerikaner durchgeführt worden war, ergab, daß 2,6% der Gewerkschaftler Anhänger der Kommunistischen Partei waren. . . .“

Wenger stand wohl selbst einer Parteikonzeption nach dem Vorbild der britischen Labour-Party nahe. Auch über das Verhältnis der beiden Konfessionen in politischer Sicht machte er sich Gedanken:

„... Aus Gesprächen mit Aalener Geistlichen entnahm ich, daß das Mißtrauen zwischen Katholiken und Protestanten sehr groß ist, und zwar gegenseitig. Es fehlt an Köpfen mit Autorität, und infolge ihres Fehlens wird die Frage nach den alten Parteien akut.

Das Zentrum hat eine schlechte Presse. Man mißtraut auch den alten Köpfen; insbesondere von seiten der zurückkehrenden Frontgeneration wird der Verdacht geäußert, das Zentrum gehe nach rechts! . . .“

Diese Feststellungen sind nicht nur für die damalige Situation sehr kennzeichnend, sondern waren auch für den Stuttgarter Zentrumskreis zweifellos recht aufschlußreich. Sie charakterisieren unverfärbt die bestehenden Schwierigkeiten, die ständigen Reibungen und das gegenseitige Mißtrauen auf konfessionellem Gebiet sowie das Gefühl des Unbefriedigtseins, sobald der Gedanke, wieder an die alten Formen anknüpfen zu müssen, erörtert wurde. Man befand sich in einer Lage, aus der viele Wege herausführen konnten, aber keiner schien so erfolgversprechend und verlockend, daß man ihn ohne weiteres zu gehen bereit war. Wenger z. B. propagierte den Labour-Party-Gedanken, konnte aber auch nicht sagen, ob der gleiche Wille auf der anderen Seite, bei den Sozialdemokraten, überhaupt vorhanden war.

Ähnlich unbestimmt blieb ein anderer Vorschlag²²³), durch den lediglich zum politischen Zusammenstehen aufgefordert wurde, zur Zusammenarbeit aller Kräfte, zur Vermeidung eines Kampfes der Parteien untereinander um die Vorherrschaft auf der politischen Bühne:

„... In erster Linie wird eine politische Einheitsfront aller aufbauwilligen und gutgesinnten Kräfte herzustellen sein. Ein Volk, dessen nackte Existenz auf dem Spiele steht, kann sich keinen politischen Streit leisten. . . .“

Die Stuttgarter Gruppe ehemaliger Zentrumsmitglieder erhielt ihre Berichte nicht nur aus Nordwürttemberg, sondern auch aus dem für sie sehr viel wichtigeren Süden des Landes. Am 8. August 1945 schrieb z. B. der frühere Zentrumsjournalist Dr. Josef Notheis an Dr. Beyerle²²⁴):

²²³) Denkschrift Dr. Leibfried im Archiv Dr. Beyerle, Stuttgart.

²²⁴) Der gesamte Briefwechsel Dr. Notheis — Dr. Beyerle im Archiv Dr. Beyerle, Stuttgart.

„... Hinsichtlich der Frage nach Bildung der Parteien rührt sich kaum etwas, ganz abgesehen davon, daß die Behandlung dieser Frage in der französischen Okkupationszone noch ungeklärt ist. In Friedrichshafen z. B. ist die Diskussion darüber ausdrücklich verboten. Bei Fühlungnahme mit alten politischen Freunden gewannen wir den Eindruck, daß drei Viertel gegen das Wort ‚Zentrum‘ sind und eine breitere Basis wünschen, etwa unter der Firma ‚Christlich-Soziale Demokratische Volkspartei‘, wobei die Frage aber ist, ob ein Zusammengehen zwischen katholischen und evangelischen Wählern schon in den untersten Gebilden und nicht bloß im Bezirk oder in der Landesgruppe stattfinden solle. Auf der anderen Seite kam auch zum Ausdruck, daß gerade das katholische Programm, wie es dem Zentrum zugrundelag, mit Nachdruck vertreten werden muß. Es wird unter anderem darauf hingewiesen, daß alle sogenannten demokratischen Institutionen vor dem nationalsozialistischen Ansturm wie Zündhölzer zusammengeknickt sind und daß letzten Endes nur diejenigen Menschen, die fest in der christlichen, d. h. in der katholischen Glaubensgemeinschaft oder der Bekenntniskirche wurzelten, der nationalsozialistischen Barberei trotzen konnten und eine feste Insel in der allgemeinen Sintflut bildeten. Der Gedanke einer neuen, auf breiter Basis fundierten sogenannten Linkspartei, wie sie Dr. Wirth in Südbaden aufziehen will, scheint hier weniger Zündstoff zu haben als dort ...

... Eine gewisse Tendenz ‚Weg von Berlin‘ ist unverkennbar festzustellen. Sogar der Gedanke, unter Habsburg eine bessere Zukunft zu gewinnen, taucht da und dort auf. Die Erkenntnis, daß von Berlin aus unsere Generation in zwei Weltkriegskatastrophen hineingetrieben wurde, die bei gutem Willen zu vermeiden gewesen wären, dürfte die Bewegung für stärkere Eigenverantwortlichkeit der Süddeutschen und zum ‚Selbst Herr im Hause bleiben‘ stark fördern ...“

Auch dieser Bericht ist recht instruktiv und zeigt die Probleme der politischen Praxis, vor die sich tatsächlich alle südwestdeutschen früheren Zentrumsangehörigen gestellt sahen. Man war nirgends begeistert von dem Gedanken einer Ausweitung des bisher rein katholischen Zentrums auf evangelische Kreise, wollte andererseits aber das alte Zentrum doch nicht wiederhaben. Man verfiel sogar auf völlig abwegige Neugliederungspläne. Man war von der Notwendigkeit einer Neuorientierung überzeugt, hatte aber von dieser selbst keinerlei klare Vorstellung.

Rechenschaft zu geben über die Frage, wie sich ein neues Parteiensystem bilden und entwickeln könne und welche politischen Gesichtspunkte man berücksichtigen solle, war auch die Aufgabe einer Denkschrift, die Dr. A. Huber seinen Freunden vom früheren Stuttgarter Zentrum zuleitete²²⁵). Ihr Verfasser meint, daß auch in Deutschland der Zug zum Zwei- oder Dreiparteiensystem bald unverkennbar sein würde, sofern man die Kommunisten als grundsätzliche Gegner einer demokratischen Ordnung nicht mitzähle. Eine sozial-demokratische, eine christlich-demokratische und eine liberal-demokratische Partei würden entstehen. Nach Hubers Auffassung würde es dann aber auch möglich werden, die sozial-demokratische und die christlich-demokratische Partei auf eine gemeinsame Basis zu stellen, die die Voraussetzungen schaffen konnte, daß einerseits die Sozialdemokraten ihre Versuche, sich immer mehr vom Marxismus zu entfernen, inten-

²²⁵) Denkschrift Dr. Huber im Archiv Dr. Beyerle, Stuttgart.

sivieren würden, andererseits die bürgerlichen Gruppen einen sozialen Kurs einschließen und zugleich das Christentum nicht mehr als Etikette einer einzigen politischen Partei zu dienen brauchte. Über die praktischen Folgen einer solchen Zusammenarbeit schreibt Huber:

„... Gelänge dieser Weg, so würde das bedeuten:

- a) Wir würden den Klassenkampf zugleich begraben. Es würde sich zeigen, daß auf dieser Plattform nicht nur der politische Anschluß an die Masse der sozialdemokratischen Wähler, sondern auch an alle die gefunden ist, die sich liberale Demokraten nennen. Es wäre der Weg frei zu einer großen Einigungs-Partei, und zwar nicht nur unter Überwindung der konfessionellen, sondern auch der sozialen Trennungslinien.
- b) Es bestünde Aussicht auf ein Mehrheitswahlrecht, wie es England und die Vereinigten Staaten haben, und das zum Sieg der aufrichtig demokratischen Kräfte führen würde.
- c) Die Kirche würde aus dem politischen Streit und Spiel herausgelassen. Die Arbeiter stünden nicht mehr unter der Zwangsvorstellung, in ihrem Kampf um eine bessere soziale Ordnung die Kirche zum Gegner zu haben, und das Vorurteil, daß die Kirche politische Macht anstrebe, würde verschwinden. Es fielen die Trennungswände zwischen der Kirche und den Herzen zahlloser Menschen, und der Weg würde frei für die kulturgestaltenden Kräfte des Christentums . . .“

Das war ein Idealbild, von dem auch der Verfasser selbst wohl ahnte, daß es niemals ganz in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnte. Daß er trotzdem seine Analyse und seine Forderungen vorlegte, zeigt, mit welchem Ernst im Jahre 1945 versucht wurde, am inneren Neubau Deutschlands gestaltend mitzuarbeiten. Huber ging es dabei weniger, anders als den meisten seiner politischen Freunde, um die Zusammenarbeit der Konfessionen im weltlichen Bereich, sondern vor allem um den Ausgleich und den endgültigen Frieden zwischen Kirche und Arbeiterschaft, also um die Lösung eines Problems, das nahezu ein Jahrhundert lang Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen, nicht nur in Deutschland, gewesen war. Da in Deutschland sowieso alles verschüttet liege und man von Grund auf neu beginnen müsse, sei es besser, nun nicht nur Flickwerk zu leisten, sondern mutig den schwersten Fragen gegenüberzutreten.

Alle diese so verschiedenartigen Ansichten wurden nun bei den Zusammenkünften im Marienhospital eingehend geprüft und erörtert. Zudem reiste auch noch Joseph André häufiger zu den früheren Parteifreunden in Nord- und Südwürttemberg, um deren Meinungen zu erkunden, da der Stuttgarter Kreis Wert darauf legte, auch die kleinen politischen Gruppen draußen im Lande zu hören. Daß André selbst auf seinen Reisen, die sich bis zum September 1945 hinzogen, schon eine eigene Konzeption vertrat, ist jedoch kaum anzunehmen, da es in der Absicht des Kreises lag, vorerst möglichst viele Auffassungen und Vorschläge zu prüfen, bevor er sich endgültig über seinen Weg klar wurde und seine Beschlüsse faßte.

Mehr und mehr setzte sich der Gedanke durch, auch in Württemberg das Zentrum preiszugeben. Zu klären war dann aber immer noch die Frage, mit wem

ein Zusammengehen möglich und nutzbringend sein würde. Deshalb wurde es für den Kreis der früheren Zentrumsmitglieder in Stuttgart einfach notwendig, sich nicht nur auf die eigenen Reihen zu beschränken, sondern auch die inzwischen aktiv gewordenen anderen politischen Gruppen näher zu erkunden.

b) *Die früheren Christlichen Volksdienstler*

Der Christlich-Soziale Volksdienst, in einigen Gebieten Deutschlands auch Evangelischer Volksdienst genannt, hatte in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik einen zwar kleinen, aber doch äußerst rührigen Anhängerstamm besessen. Geistiges und teilweise auch organisatorisches Zentrum dieser Partei war damals ohne Frage die Korntaler Brüdergemeinde in der Nähe von Stuttgart, eine außerhalb der württembergischen Landeskirche stehende Gründung der pietistischen Bewegung des frühen 19. Jahrhunderts. Die Bemühungen des über das ganze Reichsgebiet verbreiteten CSVD, eine neue Ordnung des Verhältnisses zwischen Staat und evangelischer Kirche zu schaffen, wurden allerdings, vor allem wegen des sektenhaften Charakters Korntals, von den protestantischen Kirchenleitungen durchweg skeptisch beurteilt, verschiedentlich sogar offen abgelehnt, so daß er sein Ziel, sich als Gegengewicht zum Zentrum zu einer großen protestantischen Bewegung zu entwickeln, auch nicht annähernd erreichte.

Der württembergische Theologe Haug, früher einer seiner Förderer, schrieb rückblickend über ihn²²⁶):

„... Im Zwischenreich kam es zum zweiten Mal zur Bildung einer evangelischen Partei — dem CSVD. Stöcker suchte in Verbindung mit den Parteien der Rechten und der Monarchie die Arbeiter zu gewinnen. Der CSVD unternahm einen viel grundsätzlicheren Versuch, und zwar auf allen Gebieten. Es ging ihm nicht um die Wahrung kirchlicher Interessen... Diese Partei hat von 1924 bis 1933 in schwerster Zeit eine starke Bewegung in evangelischen Kreisen ausgelöst. Der Volksdienst wurde von außerhalb der Kirche Stehenden und zum Teil auch in der Kirche selbst erbittert bekämpft...“

Über die Gründe dieser ablehnenden Haltung äußerte sich der württembergische Oberkirchenrat Sautter²²⁷):

„... Der CSVD hatte unter den Geistlichen einzelne Anhänger, ohne daß es ihm gelungen wäre, erhebliche Teile der Geistlichkeit zu gewinnen; das hing wohl damit zusammen, daß die Deutschnationalen hier²²⁸) starken Anhang hatten und auch die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei nicht ohne Anhänger waren...“

Die Antwort der evangelischen Kirchenleitung Württembergs auf die sich ihr 1945 stellende Frage, ob sie im Prinzip oder aus taktischen Gründen die interkonfessionelle CDU unterstützen solle oder auch die Demokratische Volkspartei als eine christlich orientierte Partei gleichermaßen fördern müsse, ist in diesem

²²⁶) Haug „Die politische Verantwortung der Kirche“ in Heft 11/1947 der „Evangelischen Zeitstimmen“.

²²⁷) In einem Brief an den Verfasser vom 28. Juni 1953.

²²⁸) D. h. in der evangelischen Kirchenleitung Württembergs.

Rückblick Sautters auf den CSVD bereits vorgezeichnet. Auch die Liberalen unter den Protestanten seien in ihrem politischen Bemühen von der Kirche zu dulden und eine protestantische Sekte könne von der Kirchenleitung unmöglich als alleinige Sprecherin des politischen Wollens des Protestantismus anerkannt werden.

Noch stärker bringt der Schwiegersohn des früheren württembergischen Landesbischofs D. Wurm, Dr. Schumacher, im Jahre 1945 diese Ablehnung des CSVD durch die Kirchenleitung zum Ausdruck²²⁹⁾:

„... Was den evangelischen Teil der CDU in Württemberg betrifft, so fällt bei ihm bestimmt die Korntaler Gemeinde sehr ins Gewicht. Das hat rein lokale Gründe, da sowohl der Kultusminister Simpfendörfer²³⁰⁾ als auch Mitarbeiter von ihm in Korntal wohnen.

Der dem schwäbischen Pietismus nicht verbundene und verpflichtete Teil der Glieder der evangelischen Landeskirche hat das Gewicht, das der Pietismus in Schwaben für sich in Anspruch nimmt, noch immer als fromme Anmaßung betrachtet und ist dann auch bei vielleicht sehr verwandter politischer Programmatik eigene Wege gegangen, weil man der vom Pietismus geprägten Mentalität nicht gerade mit besonderem Vertrauen begegnen will. Persönlich bin ich der Überzeugung, daß in Württemberg ein

²²⁹⁾ In einem Brief an den Verfasser vom 2. Juni 1954.

²³⁰⁾ Wilhelm Simpfendörfer, Studienrat, war als Vorsitzender des CSVD zur Zeit der Weimarer Republik Landtags- und Reichstagsabgeordneter. Wie aus einem am 29. März 1936 zu den an diesem Tage stattfindenden Wahlen von ihm im „Evangelischen Weg“ veröffentlichten Artikel, der am 19. März 1947 von der „Stuttgarter Zeitung“ nachgedruckt wurde, hervorgeht, stand er in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“ dem Nationalsozialismus nicht ablehnend gegenüber. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Es sollte am 29. März in Deutschland niemand geben, der nicht wüßte, was an diesem Tage seine ganz selbstverständliche Pflicht als Deutscher ist. Die Beschlüsse der Locarnomächte haben wohl über Deutschlands Grenzen hinaus allen, die guten Willens sind, die Augen darüber geöffnet, wo die größte Gefahr für den Frieden der Welt lauert. Nirgends anders als dort, wo man nach 18 leidvollen Jahren es noch wagt, die elementarsten Rechte einem großen Volke vorzuenthalten, wo man sich untersteht, mit dem Vorwand des Schutzes der angeblich von Deutschland bedrohten Sicherheit Europas an Deutschland die demütigendsten Zumutungen zu stellen. Man vergleiche dieses Dokument geschichtlicher Überheblichkeit, Ungerechtigkeit, Anmaßung und Verständnislosigkeit mit der Rede des Führers und seinem Friedensangebot an unsere ehemaligen Gegner, und keiner, der sich ein gesundes Gefühl für Wahrheit und Gerechtigkeit bewahrt hat, kann im Zweifel darüber sein, wer nun in Wirklichkeit für eine auf Wahrheit und Gerechtigkeit ruhende Neuordnung Europas kämpft, die allein Frieden verbürgt.

Deutschland und sein Führer verteidigen heute mit dem Lebensrecht des deutschen Volkes die Zukunft Europas. Würden die Grundsätze der Locarnomächte triumphieren, so wäre damit das Schicksal Europas endgültig besiegelt. In diesem Kampf um eine gerechte Neuordnung Europas, im Kampf um das Recht, die Freiheit und Ehre unseres Volkes haben wir Christen mit in vorderster Front zu stehen. Die Welt muß wissen und sehen, daß die Christen Deutschlands in diesem schweren und entscheidungsvollen außenpolitischen Kampf entschlossen und opferbereit sich dem Führer zur Verfügung stellen.

Jede Stimme für Adolf Hitler ist am 29. März ein Bekenntnis zu echter Volks- und Schicksalsgemeinschaft, zur Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung Deutschlands und ein Protest gegen den bösen Geist und die unmoralische Ordnung des Versailler Vertrages . . .“

Im zweiten Weltkrieg schloß sich Simpfendörfer Oppositionskreisen an und wirkte an der Abfassung der „Freiburger Denkschrift“ der Bekenrenden Kirche über die staatliche Neuordnung Deutschlands nach dem Kriege mit. Nach der Gründung der CDU Nordwürttembergs wurde er deren erster Vorsitzender und war bis 1958 badisch-württembergischer Kultusminister.

nicht geringer Teil der Freien Demokraten sich dort aufhält, weil er in der gesetzlichen Lebensauffassung des Pietismus eine Gefahr für die kirchliche, aber auch für die politische Freiheit erblickt. Wenn katholische Mitglieder der CDU zu derselben Entscheidung kommen, dann geschieht sie, wie ich annehme, aus völlig anderen Voraussetzungen auch dann, wenn das Ergebnis parallel ist, denn die Gesetzlichkeit innerhalb des Katholizismus ist eine sowohl geschichtlich wie auch theologisch reifere Gesetzlichkeit als die etwas kleinbürgerliche des Pietismus . . .“

Sowohl diese als auch die vorangegangenen Ausführungen kennzeichnen recht deutlich die subjektive Aufrichtigkeit, aber auch die Grenzen der von Korntal ausgehenden politischen Bestrebungen, die in der Weimarer Zeit im CSVD relevant waren und sogleich nach dem deutschen Zusammenbruch 1945 wieder aktiviert wurden. Lassen wir zur Erläuterung dieses aus einer religiösen Haltung gewachsenen politischen Sendungsbewußtseins aber auch einen Korntaler selbst sprechen. Paul Bausch²³¹⁾ gab am 15. Dezember 1945 in Plochingen eine Interpretation dessen, was die CDU sein wollte und weshalb sie gegründet worden war²³²⁾:

„. . . Wo ist das Leuchtfeuer, nach dem wir uns richten könnten, die wir als geschlagenes Volk im lecken Staatsschiff auf den tobenden Wogen des Völkerlebens Europas hin und her geschleudert werden?

Wir haben zwei Leitsterne, die uns in dem Dunkel unserer Zeit den Weg zu zeigen vermögen. Wir haben die Wahrheit. Wenn wir ihr mit unerbittlichem Ernst folgen, auch dann, wenn sie uns schuldig spricht, dann werden wir nicht in der Irre gehen, sondern durch die Wirrsal unserer Zeit einen neuen Weg finden. Und wir haben die Liebe zu unseren Nächstmenschen und zu unserem Volk. Wenn wir von ihr erfüllt sind, wenn wir uns nicht verbittern lassen, wenn wir immer neu den Weg zueinander suchen, dann werden wir den Weg zu einer neuen Gemeinschaft finden . . .“

Der Redner sieht sein Volk als eine einzige große christliche Gemeinde, zu der er predigt. Für ihn und seine Freunde gibt es keine Grenzen zwischen dem politischen und dem religiösen Bereich. Der Mensch wird von beiden gleichermaßen umfaßt, für beide gelten im Grunde die gleichen Gesetze. Bausch kann deshalb auch fortfahren:

„. . . Wir brauchen in allererster Linie eine Erneuerung unseres Volks- und Staatslebens aus christlichem Geiste. Wir sind auf politischem Gebiet geschlagen worden, und zwar deshalb, weil wir irrtümlicherweise geglaubt haben, diese Gebiete hätten mit dem Christentum nichts zu tun. Wir haben Politik und Religion getrennt und sind dadurch schuldig geworden am Untergang unseres Volkes. Wir haben politisch gesündigt und müssen auf politischem Gebiet Buße tun und müssen auf politischem Gebiet wiedergutmachen.

Ich möchte nun für diese neue Haltung zum politischen Leben unseres Volkes folgende Grundsätze aufstellen, die uns alle in Fleisch und Blut übergehen müssen:

1. Es gibt kein politisches System von Dauer, das nicht auf religiöse Wahrheiten gegründet wäre . . .

²³¹⁾ Einer der Mitgründer des CSVD, 1932/33 Reichstagsabgeordneter, danach Beamter im württembergischen Wirtschaftsministerium, seit 1949 Bundestagsabgeordneter (CDU).

²³²⁾ Text der Rede im Archiv Bausch.

2. Die Trennung von Politik und Christentum ist zu verwerfen. Das politische und staatliche Leben ist ein Teilstück des Lebens, das genau wie jedes andere Lebensgebiet dem Herrschaftsanspruch Gottes unterliegt²³³). Die durch Hitler bewirkte Abschaltung des politischen Lebens von den Einflüssen des christlichen Geistes ist die wesentliche Ursache für die Katastrophe Deutschlands.
3. Die Politik ist daher nicht nur in Verbindung mit dem Christentum zu bringen. Sondern es ist dafür Sorge zu tragen, daß das politische Leben in allen seinen Verzweigungen den Forderungen des christlichen Sittengesetzes unterworfen wird. Die Zehn Gebote Gottes stellen das eherne Fundament des Staatslebens dar. In ihnen findet das christliche Sittengesetz, soweit es in die rechtliche, politische und staatliche Sphäre hineingreift, seinen wichtigsten Ausdruck . . .
4. Es ist nicht nur das staatsbürgerliche Recht, sondern auch die religiöse Pflicht des Christen, um eine Staatsführung zu kämpfen, welche sich diesen Normen unterwirft . . .“

Weder die Franzosen noch die Amerikaner zogen bei der Bildung der Stuttgarter Regierung und der Errichtung der verschiedenen Verwaltungen die kleine, aber sehr tätige Gruppe der früheren Volksdienstler heran. Um so mehr drängte sie daher zur Sammlung und mußte sich mit der Frage beschäftigen, ob sie wieder allein oder mit anderen politischen Gruppen gemeinsam eine Partei bilden sollte. Mit den Liberalen konnte und wollte sie keinesfalls zusammengehen. Eine auf einer Versammlung in Göppingen am 1. Oktober 1945 gefaßte Resolution brachte das deutlich zum Ausdruck:

„. . . Eine Verschmelzung der Christlich-Sozialen Volkspartei mit der vermutlich auch in Göppingen wie in Stuttgart ins Leben tretenden Demokratischen Volkspartei . . . wird *grundsätzlich*²³⁴) abgelehnt, weil wir in der DVP ein Wiederaufleben der früheren Nationalliberalen Partei erblicken müssen, deren Weltanschauung und politische Tendenzen zu einer Verwässerung unserer politischen Grundsätze führen müßten . . .“

Vergegenwärtigen wir uns, daß zur gleichen Zeit in vielen anderen Teilen Deutschlands den katholischen Förderern des politischen Zusammenschlusses der beiden Konfessionen manchmal Bedenken kamen, weil möglicherweise das liberal-protestantische Element leicht zur inneren Zersetzung der Union führen könnte, so läßt die vorstehende Resolution deutlich erkennen, daß derartige Bedenken keinesfalls die ehemaligen Volksdienstler betreffen konnten, die dem Liberalismus in seiner Gesamtheit noch ablehnender als die Katholiken gegenüberstanden. So hielt z. B. der frühere Rektor und Landwirt Kling, der nicht der Korntaler Gemeinde angehörte, aber im CSVD politisch tätig gewesen war, den Zusammenschluß von früherem Zentrum und Volksdienst einerseits, von Sozialdemokraten und Liberalen andererseits für eine sinnvolle Lösung. Er schrieb an Dr. Beyerle²³⁵):

²³³) Ähnlich auch die Thesen der Synode der Bekennenden Kirche aus dem Jahre 1934; vgl. Wieck a.a.O., S. 91 Anm. 144.

²³⁴) Sperrung durch den Verfasser.

²³⁵) Brief des früheren Reichs- und Landtagsabgeordneten Hermann Kling an Dr. Beyerle vom 14. September 1945 im Archiv Beyerle, Stuttgart.

„... Ist die Christlich-Demokratische Partei auch in Württemberg schon gegründet? Ich bin bereit, mitzutun. Ich glaube versichern zu können, daß sich die Mehrheit der evangelischen Kirchenbesucher dafür gewinnen läßt... Den Zusammenschluß der Sozialdemokraten mit den Demokraten halte ich für begrüßenswert...“

Bereits im Laufe des Sommers 1945 entschieden sich die früheren Volksdienstler, ihre alte Partei nicht wiederzugründen, sondern ein Zusammengehen mit den Katholiken anzustreben, sofern von diesen der gleiche Wunsch laut werden würde. Für den gemeinsamen Weg sprachen vor allem viele nahezu gleiche kultur- und sozialpolitische Auffassungen sowie das beiden gemeinsame Bekenntnis zu einer christlichen Ordnung des Staates. Zur Bedingung machten die Volksdienstler allerdings, daß die Liberalen, wie auch die obige Resolution von Göppingen es deutlich aussprach, nicht zum dritten Partner werden dürften. Den früheren Zentrumsmitgliedern hingegen war, da ihnen die Basis Zentrum-CSVD doch sehr schmal erschien, die Verbindung mit einigen liberal-protestantischen Gruppen, falls diese nicht die Mehrheit in der neuen Partei gewinnen würden, doch erwünscht. Sie bemühten sich daher zumindest um die nicht unbedeutende Gruppe des früheren württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes, deren Repräsentant Heinrich Stooß sich auch zur Mitarbeit bereit erklärte. Der Sparerbund und bisher politisch nicht tätig gewesene protestantische Kreise schlossen sich ebenfalls an. Frühere Deutschnationale zu gewinnen, hatte dagegen wenig Erfolg, da sie zumeist politisch belastet erschienen.

Für die Entscheidung der ehemaligen Volksdienstler, zusammen mit den Katholiken eine interkonfessionelle Partei zu bilden, waren in erster Linie nicht taktische, sondern weltanschauliche Erwägungen ausschlaggebend. Die Erklärung der Treysaer Konferenz vom 30. August 1945, in der sich die Evangelische Kirche in Deutschland für die politische Union zwischen Protestanten und Katholiken einsetzte²³⁶), wurde von ihnen sehr ernst genommen. Paul Bausch äußerte später emphatisch²³⁷):

„... 1945, Treysa, ja, das war eine göttliche Erleuchtung!...“

Wir können also zusammenfassend sagen, daß in Württemberg nicht nur frühere Zentrumskreise, die nach langen Überlegungen ihre alte Partei nicht wiedergründen wollten, den Gedanken einer politischen Union der beiden Bekenntnisse zu fördern bereit waren, sondern auch ein Teil der Protestanten, repräsentiert durch die ehemaligen Volksdienstler, allerdings ohne Beteiligung

²³⁶) „... Die an vielen Orten bereits in Gang gekommenen Bestrebungen, politische Gegensätze zwischen Protestantismus und Katholizismus auszuräumen, die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Säkularismus zu betonen und so eine gegenseitige geistige und politische Annäherung beider Konfessionen vorzubereiten, verdienen ebenso unsere Unterstützung wie die Bemühungen katholischer Kirchenführer und Laienkreise, ein Wiederaufleben der ehemaligen Zentrumspartei zu verhindern und statt dessen ein politisches Zusammengehen beider Konfessionen auf dem Boden einer christlichen Union zu ermöglichen...“ Nach Keesings Archiv der Gegenwart, Bd. 1945, S. 402.

²³⁷) In einem Gespräch mit dem Verfasser am 28. Juni 1953.

der Kirchenleitung, dieses Ziel intensiv verfolgte. Die Verbindung beider aber schloß von vornherein eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten — es gab unter den „religiösen Sozialisten“ eine Gruppe, die dazu unter bestimmten Voraussetzungen bereit war — und vor allem eine solche mit den Liberalen aus, denen deshalb keine andere Wahl blieb, als ihre eigenen Wege zu gehen.

c) *Die früheren Liberalen in Stuttgart
und die Gründung der Demokratischen Volkspartei (DVP) Nordwürttembergs*

Seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts gab es in dem vorwiegend konservativ orientierten Württemberg auch eine relativ bedeutende liberale Partei. Gegründet von Karl Mayer, sind aus ihren Reihen u. a. Friedrich Payer und Conrad Haußmann hervorgegangen. Friedrich Naumann, wenn auch nicht gebürtiger Württemberger, war von 1907 bis 1911 liberaler Reichstagsabgeordneter für Heilbronn. In den ersten Jahren der Weimarer Republik hatte sie ihre alte Stellung noch ausbauen können, war aber dann wie alle bürgerlichen Parteien in einem fortschreitenden Verfallsprozeß bis zur Bedeutungslosigkeit abgesunken und 1933 aufgelöst worden. Nach dem deutschen Zusammenbruch im Jahre 1945 bemühte sich sogleich eine Anzahl früherer Liberaler, wieder eine selbständige liberale bzw. demokratische Partei in der württembergischen und darüber hinaus in der deutschen Politik aktiv werden zu lassen.

Die Liberalen Stuttgarts, das auch schon früher Mittelpunkt der liberalen Bewegung in Württemberg gewesen war, fanden in den ersten Nachkriegsmonaten ihren rührigsten Vorkämpfer in Dr. Wolfgang Haußmann, einem Sohne Conrad Haußmanns, der als Rechtsanwalt tätig und durch keine offiziellen Funktionen in der erst von den Franzosen, dann von den Amerikanern eingesetzten deutschen Verwaltung behindert war. Da sein Parteifreund Dr. Reinhold Maier sich als Chef dieser Verwaltung nicht allzu sehr mit den Vorbereitungen einer Parteineugründung befassen konnte, sammelte Haußmann die liberalen Kräfte um sich und führte die notwendigen Verhandlungen. Beteiligt waren außerdem noch die früheren Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei, Oberbürgermeister a. D. Dr. Lautenschläger, Finanzpräsident a. D. Wetter, Regierungsdirektor Heinz Gauß und Angestellter Haslsteiner, einst Mitglied der „Gelben Gewerkschaften“. Von der Deutschen Volkspartei kam Konsul a. D. Henry Bernhard, langjähriger Privatsekretär Stresemanns, hinzu, vom Zentrum Oberstudiendirektor Orgeldinger, ein persönlicher Freund Haußmanns.

Bis zum 18. September 1945 fanden in Haußmanns Wohnung wiederholt Zusammenkünfte statt, um die Frage zu behandeln, in welcher Form die Liberalen parteipolitisch wieder an die Öffentlichkeit treten sollten. Das alte Problem, ob Mitglieder- oder Wählerpartei, wurde eingehend erörtert. Der Kreis entschloß sich sodann, den Namen „Demokratische Volkspartei“ zu wählen, womit deutlich bekundet wurde, daß die Neugründung alle Schichten der Bevölkerung

ansprechen wollte. Überlegungen, auch mit dem früheren Zentrum eine engere Verbindung einzugehen, also den Versuch zu machen, eine bürgerliche Sammelpartei zu werden, fanden allerdings kaum ein Echo. Es sollte vielmehr Wert darauf gelegt werden, die Mitglieder als einzelne möglichst aus allen früheren Parteien — mit Ausnahme der Links- und der Rechtsradikalen — zu gewinnen. Der einzelne Katholik sollte somit gern willkommen geheißen werden, die Zusammenarbeit mit den Gruppen des früheren Zentrums wurde dagegen abgelehnt. Über die Gründe, warum die Stuttgarter Liberalen sich gegen den Sammelgedanken wandten, schrieb wenig später der erste Landesgeschäftsführer der Demokratischen Volkspartei in Nordwürttemberg, Ernst Mayer²³⁸⁾:

„... Sie²³⁹⁾ sahen sich alle vor entscheidende Fragen gestellt, deren beherrschendste die war: Zusammenschluß mit anderen oder eine eigene Partei?

Der Zusammenschlußgedanke war aktuell. Es war in die innerdeutsche Debatte das Schlagwort vom Zweiparteiensystem hineingeplatzt. Wie viele Schlagworte, unverstanden weitergetragen, zur Forderung vor allem von denen erhoben, die dem politischen Leben bisher ferngestanden und glaubten, aus der bloßen Kopie wirklicher oder vermeintlicher fremder Zustände eine Patentlösung finden zu können.

Man sah, oder man glaubte zu sehen, gut funktionierende Zwei- oder Dreiparteiensysteme in den angelsächsischen Ländern, sah aber nicht ebenso gut funktionierende Mehrparteiensysteme in anderen europäischen Demokratien. Man sah vor allem nicht die ganz anderen Gegebenheiten. Es gab in Amerika keine Reformation, die praktisch heute noch nicht beendet ist. Es gab und gibt eine grundsätzlich andere gesellschaftliche Struktur als Ergebnis eines ganz anderen Werdens unter ganz anderen Voraussetzungen. Den geschulten Skeptiker mußte dies alles schon zur Skepsis stimmen, und sie mußte bei dem verstärkt werden, der sah, wie mit altgewohnter Betriebsamkeit sich wirkliche oder vermeintliche Politiker aus den Splitterparteien von gestern zusammenfanden und annahmen, aus ihrer eigenen Addition ergebe sich die Addition der verschiedenen politischen Meinungen²⁴⁰⁾.

Wird sich diese Meinung auf die Dauer schon als Fehlschätzung erweisen, so wird etwas anderes heute schon allorts offenbar, daß nämlich weltanschauliche Gegensätze nicht dadurch aus der Welt geschafft werden, daß man zeitweise nicht von ihnen spricht. Zwang und Freiheitswollen vertragen sich nicht. Man mag Kompromisse finden auf Zeit, früher oder später werden die Risse wieder klaffen . . .“

Die Stuttgarter Liberalen lehnten also eine Verschmelzung mit anderen Gruppen entschieden ab und kritisierten die politischen Bemühungen der früheren Zentrumsmitglieder und Christlichen Volksdienstler. Mayers Darlegungen machen ferner deutlich, daß sie sich stark genug fühlten, ohne jede Verbindung mit anderen Gruppen eine eigene Partei zu gründen, gestützt auf die Masse liberal-protestantischer Bürger, die dem Pietismus, also auch dem Christlichen Volksdienst, genauso fernstanden wie dem politischen Katholizismus. Durch

²³⁸⁾ Ernst Mayer „Der Weg der Demokratischen Volkspartei“, in „Das andere Deutschland“ (ab 20. Juli 1946 „Das neue Vaterland“), Zeitschrift der DVP in Württemberg, 1. Jg. Nr. 1, 1946.

²³⁹⁾ D. h. die alten Liberalen aus der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei sowie andere, die bisher politisch nicht tätig gewesen waren.

²⁴⁰⁾ Mayer meint hier vor allem die früheren Mitglieder des CSVD, des Bauern- und Weingärtnerbundes und des Sparerbundes, die zur CDU gegangen waren.

die intensiven Bemühungen des Kreises um Haußmann wurde Stuttgart somit eines der wenigen Zentren in Deutschland, in dem sich eine liberale Partei noch vor den Christlichen Demokraten formierte und die Liberalen jeglichen Sammelgedanken aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ablehnten. Nahezu alle früheren Mitglieder der Deutschen Demokratischen und der Deutschen Volkspartei fanden hier auch den Weg zur neuen Demokratischen Volkspartei, während sich im übrigen Deutschland die früheren Liberalen zumeist, wenn auch oft nicht auf die Dauer, der CDU anschlossen²⁴¹⁾.

Die Demokratische Volkspartei wurde dann am 18. September 1945 in Haußmanns Wohnung mit einem feierlichen Akt gegründet. Ihr Programm²⁴²⁾, das der Militärregierung zusammen mit dem Anmeldungs- und Genehmigungsantrag eingereicht wurde, war sehr allgemein gehalten und entbehrte jeder Stellungnahme zu den damals besonders aktuellen politischen Problemen. Die Schulfrage, das Verhältnis von Staat und Kirche, die Eigentumsfrage an Großindustrie, Bodenschätzen und Versorgungsbetrieben wurden in ihm nicht erwähnt. Als Voraussetzung für eine Erneuerung Deutschlands forderte die Partei die Wiederherstellung einer gesicherten Rechtsordnung und die Absage an alle Gewaltmethoden, die Anerkennung der bürgerlichen Freiheitsrechte und die Achtung der Menschenwürde.

Als dann etwas später die CSV (Christlich-Soziale Volkspartei) Stuttgarts gegründet wurde, nahm auf Einladung einiger christlicher Gewerkschaftler, mit denen er im Allgemeinen Gewerkschaftsbund zusammenarbeitete, auch Haslsteiner als Vertreter der DVP an der Gründungsversammlung teil. Die Christlichen Demokraten hofften wohl, über ihn doch noch eine Fusion der beiden Gruppen zu erreichen, also die Sammelpartei zu schaffen. Haslsteiner versagte sich jedoch, da nach seiner Auffassung die CSV vor allem von katholischen Gruppen getragen wurde und nur wenige Protestanten, die zudem scharfe Gegner des liberalen Gedankens waren, zu ihren Anhängern zählte. Sosehr also die Christlichen Demokraten eine Fusion wünschten, so entschieden lehnten die Liberalen Stuttgarts diese ab. Die Gegensätze wurden von ihnen für unüberbrückbar gehalten.

Es gab unter den Liberalen Württembergs aber auch eine zweite Richtung, die sich im Gegensatz zu dieser entschiedenen Haltung der Stuttgarter um eine Annäherung bemühte. Ihr Förderer war Prof. Dr. Theodor Heuss, damals Kultusminister im nordwürttembergischen Kabinett. Wenn auch nicht in der Landeshauptstadt, so konnte sie doch in Eßlingen, Heidenheim und Leonberg, vor allem aber in Heilbronn, wo Dr. Sihler, Franz Reichle, Friedrich Nahm und Willy Dürr ihre aktivsten Vertreter waren, Erfolge für sich buchen. Über die Entwicklung in Heilbronn berichtet Dürr²⁴³⁾:

²⁴¹⁾ Vgl. Wieck, Die Entstehung der CDU . . ., passim.

²⁴²⁾ Im Archiv des Landesverbandes der DVP Baden-Württemberg.

²⁴³⁾ Brief an den Verfasser vom 6. April 1954.

„... Als die Amerikaner im August 1945 die Bildung von Parteien zuließen, hat zunächst Oberbürgermeister Beutinger, der immer Demokrat, wenn auch kein abgestempelter Parteimann war, den Versuch gemacht, alle aufbauwilligen, demokratischen Elemente in der zerstörten Stadt Heilbronn zu einer Art „Aufbaupartei“ zusammenzufassen. Von den früheren Parteien waren außer Demokraten auch die SPD und das Zentrum vertreten. Demokraten und Zentrum begrüßten den Versuch; der SPD-Mann Britsch unterstützte für seine Person diesen Versuch wohl auch, aber er mußte erst mit ehemaligen Parteifreunden sprechen. Bei der zweiten Besprechung erhoben die SPD-Leute, die H. Britsch mitgebracht hatte, Bedenken. Eine dritte Besprechung kam nicht mehr zustande, da sich inzwischen die SPD unter Führung von Postamtman Riegraf wieder konstituiert hatte. Darauf ergriff ich die Initiative, um die übrigen politischen Kräfte, die sich für einen demokratischen Aufbau zur Verfügung stellen wollten, zusammenzufassen unter dem Namen „Volkspartei“. Die konstituierende Versammlung der Volkspartei fand im November 1945 statt, bei der Dr. Theodor Heuss die „Taufrede“ hielt...“

Der letzte Satz dieses Berichtes ist zweifellos besonders aufschlußreich. Theodor Heuss war als Mitglied der Stuttgarter Regierung Maier ohne jede Frage auch über die Neugründung der Parteien genau orientiert. Er war sich also bewußt, daß der Heilbronner Versuch, der zeitlich nach der Gründung der DVP und der CVP in Stuttgart lag, den Intentionen der Stuttgarter Liberalen um Wolfgang Haußmann und Reinhold Maier entschieden zuwiderlief. Er unterstützte diesen Versuch trotzdem und brachte damit seine gegenteilige Konzeption, die er auch schon Monate vorher in Mannheim und Heidelberg vertreten hatte, deutlich zum Ausdruck. Von Staatssekretär a. D. Binder hören wir ergänzend zu dieser Frage²⁴⁴):

„... Wie mir im Sommer 1947 der damalige Stuttgarter Kultminister und jetzige Bundespräsident, Herr Dr. Th. Heuss, mitteilte, ist die Verschmelzung der demokratischen Kreise mit der CDU in Stuttgart lediglich an dem Einspruch des damaligen Ministerpräsidenten, Dr. Reinhold Maier, gescheitert...“

Auffällig ist jedoch, daß die in Heilbronn von Liberalen und früheren Zentrumsanhängern gegründete „Volkspartei“ nicht den Zusatz „Christlich“ trug. Der Verzicht auf diese oder eine andere Beifügung zum Namen sollte ihr nämlich die Möglichkeit geben, entweder die eigene Konzeption auch auf Landesebene auszudehnen oder aber, falls das nicht gelingen sollte, sich die freie Wahl zum Anschluß an die DVP oder die CSV (CDU) offenzuhalten. Über die Bemühungen der Heilbronner berichtet Dürr weiter:

„... Dr. Heuss versuchte zusammen mit der Heilbronner ‚Volkspartei‘, auch auf Landesebene eine ähnliche Sammlung, deren Sinn die Ausschaltung einer konfessionellen Partei war, voranzutreiben. In Heilbronn war es gelungen, den Vorsitzenden des Zentrums, Kleine, dessen Vater schon Vorsitzender des Zentrums war, und einige Katholiken zu gewinnen. Kleine ist heute noch Stadtrat der Demokratischen Volkspartei in Heilbronn. Auch die führenden Weingärtner des früheren Bauernbundes, Hermann Schneider und Carl Haag, traten bei und führten der ‚Volkspartei‘ den größ-

²⁴⁴) Brief an den Verfasser vom 20. September 1954. Dr. Paul Binder war nach dem Kriege Mitglied des Kabinetts Carlo Schmid in Tübingen.

ten Teil der Bauern und Weingärtner im Kreis Heilbronn zu. Eine CDU gab es in den Gründungstagen der ‚Volkspartei‘ nicht. Diese nahm nun auch Führung mit Stuttgart auf, und zwar mit Unterstützung von Theodor Heuss. Es fanden auch von Heilbronn aus mit Minister André²⁴⁵) und Simpfendorfer Besprechungen statt.

Leider hat sich das Heilbronner Experiment in Stuttgart nicht verwirklicht. Die dortigen Liberalen Maier und Haußmann und die Volksdienstler wünschten diese Einigung auch gar nicht . . .“

Der Heilbronner Versuch, die besondere Konzeption einer bürgerlichen „Volkspartei“, in der Liberale und frühere Zentrumsanhänger zusammenarbeiten konnten, scheiterte also an den Stuttgarter Liberalen, die aus grundsätzlichen Erwägungen keine Einigung mit dem politischen Katholizismus wünschten. Er scheiterte aber auch ebenso sehr an den ehemaligen Volksdienstlern, denen der Liberalismus der politische Gegner war und blieb. Die Heilbronner mußten sich nun entscheiden, ob sie sich der DVP oder der CSV (CDU) anschließen sollten. Sicher unter dem Einfluß von Theodor Heuss, der stärker zum Liberalismus tendierte, entschlossen sie sich mit wenigen Ausnahmen, zur DVP zu gehen. Dürr berichtet darüber:

„. . . Von Stuttgart aus breiteten sich die beiden Parteien — DVP und CSV — neben der SPD über das ganze Land aus. Auch im Kreise Heilbronn bildeten sich CSV-Gruppen, zuerst in dem katholischen Bezirk Neckarsulm, schließlich aber auch in Heilbronn selbst. Die ‚Volkspartei‘ versuchte, ihre Position möglichst lange zu halten. Schließlich wurde sie aber gezwungen, durch die bevorstehende Landtagswahl, sich für eine der beiden Parteien — DVP oder CDU — zu entscheiden. Ich selbst war am 7. Januar 1946 von dem Ministerpräsidenten Maier in das Stuttgarter ‚Vorparlament‘ berufen worden, wo ich zunächst als Hospitant bei der DVP fungierte, bis auch in Heilbronn eine Klärung erfolgte. Gegen zwei Stimmen wurde im Frühjahr 1946 der Anschluß an die DVP beschlossen, was nur 4 Austritte zur Folge hatte — bzw. Übertritte zur CDU, die bei der Gemeindewahl im Mai 1946 9 Mandate erhielt — gegenüber 8 Mandaten für die DVP . . . Heute sitzt die CDU nur noch mit sechs Vertretern im Gemeinderat, während die DVP zwölf hat [SPD: 15, KPD: 2, freie Wählervereinigung: 1 (Hospitant bei der DVP)] . . .“

Die in Leonberg, Heidenheim und Eßlingen parallel zu Heilbronn gegründeten „Volksparteien“ wählten dagegen nahezu ausschließlich den Weg in die CDU. Über die Leonberger Vorgänge, die in der Öffentlichkeit besondere Beachtung fanden, wurde folgende Erklärung herausgegeben²⁴⁶):

„. . . Bei der am 12. Mai 1946 in Korntal (Kreis Leonberg) von zahlreichen Mitgliedern, den Vertrauensmännern, Obmännern, Kreistagsabgeordneten, Gemeinderäten und Kreisdelegierten besuchten Kreistagung der Volkspartei bestätigten diese nach vorheriger Aussprache einstimmig

- a) die Aufstellung der Kandidaten zu den Wahlen für die CDU; und
- b) die Vereinigung der Volkspartei, Kreis Leonberg, mit der CDU . . .“

²⁴⁵) Damals der aktivste Organisator der württembergischen CDU.

²⁴⁶) Abdruck in der Zeitschrift der DVP „Das andere Deutschland“ (später „Das neue Vaterland“), zweite Mai-Nr. 1946.

Die DVP äußerte allerdings, daß dieser von der CDU veröffentlichte Bericht nicht ganz zutreffen könne, da nicht alle Mitglieder der „Volkspartei“ befragt worden seien. Es ist jedoch müßig, dieser Behauptung weiter nachzugehen. Man kann ohnedies schließen, und das genügt für den Zusammenhang völlig, daß die in den verschiedenen nordwürttembergischen Städten nach der Heilbronner Konzeption gegründeten „Volksparteien“ ihr Ziel, Liberale und Christliche Demokraten, die in Stuttgart gegenteilige Positionen bezogen hatten, in einer großen Sammelpartei zusammenführen zu können, nicht erreichten, vielmehr sogleich zwischen den Feuern standen, ihre Selbständigkeit nicht bewahren konnten und sich deshalb, jeweils nach der in ihnen stärkeren Komponente, entweder der DVP oder der CDU anschließen mußten.

Die Konzeption der Berliner CDU-Gründer, Zentrumskreise, Liberale und Konservative in einer christlichen Sammelpartei zu vereinigen, setzte sich somit in Württemberg nicht durch. Sowohl die früheren Christlichen Volksdienstler als auch die Liberalen lehnten eine derartige Fusion entschieden ab. Wenn auch dann rein äußerlich die Parteiengruppierung in Württemberg der in Berlin entsprach — hier wie dort das Schema KPD—SPD—CDU—FDP (DVP) —, so war doch die Kräfteverteilung ganz anders und die jeweiligen realen politischen und geistigen Grundlagen der beiden bürgerlichen Parteien waren in Württemberg sehr verschieden von denen in anderen Teilen Westdeutschlands.

Ein vom Landesverband der DVP Nordwürttemberg-Nordbaden der amerikanischen Militärregierung eingereichter Bericht²⁴⁷⁾ vom 4. Februar 1946 gibt die besondere Position dieser Partei deutlich wieder und zeigt auf, besser als jedes Programm es vermag, warum die württembergischen Liberalen so entschieden gegen den Zusammenschluß mit dem Zentrum waren und unbedingt zu einer eigenen Organisation drängten:

„... Die Demokratische Volkspartei ist in ihrer Zusammensetzung und Zielsetzung nur noch ganz bedingt die Nachfolgerin der alten Deutschen Demokratischen Partei. Sie leidet aber unter dem Ablauf von deren Geschichte. Die alte Demokratische Partei stand von 1919 bis 1933 fast ununterbrochen in der Verantwortung und war dem Andrängen der Opposition von links und rechts ausgesetzt. Die hinter ihr stehenden Wählerschichten waren im besonderen Maße Leidtragende der wirtschaftlichen Folgen des verlorenen ersten Weltkrieges und des Vertrages von Versailles. Diese Mittelschicht, nicht wie die des Zentrums in einer zusätzlichen konfessionellen Bindung verankert und nicht wie die der SPD gewerkschaftlich und betrieblich organisiert, war in der Vereinzelung und in ihrer Existenznot auch besonders anfällig für die Heilsbotschaften der Nazis, denen sie von Jahr zu Jahr mehr folgte. So bestand die alte Demokratische Partei, die im Verlaß auf ihre traditionellen Bindungen auch nur sehr mangelhaft organisiert war, 1933 nur noch aus einer treu zur demokratischen Sache stehenden Führerschaft und einer geringen Zahl Getreuer im Lande, meist älteren und durch den Abfall der anderen in die Resignation getriebener Männer.

Diese Männer hatten mit wenig Ausnahmen auch unter der Diktatur der Nazis deren Lockungen widerstanden und waren 1945, als, viel früher als erwartet, unter der Besatzung

²⁴⁷⁾ Im Archiv des Landesverbandes der DVP Baden-Württemberg.

die Freiheit politischer Betätigung wieder gewährt wurde, zur Aufnahme dieser Tätigkeit bereit. In der Einsamkeit der 12 Jahre hatte sich ihre Vorstellung von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten unter der gänzlich veränderten Sachlage aber verschieden entwickelt²⁴⁸⁾. Der Marxist hatte in den 12 Jahren als Regulativ seiner Meinung die marxistische Lehre, der Anhänger des Zentrums die Satzungen seiner Kirche. Sie alle hatten es 1945 sehr viel leichter als die Demokraten. Die einen kannten sich aus Gewerkschaften bzw. Arbeitsfront, die andern aus der Kirchenbank, die einen konnten an die personellen Restbestände ehemaliger Massenorganisationen anknüpfen, die andern hatten Pfarrer und Schwestern als Kernpunkte einer neuen Organisation. Den Demokraten fehlte dies alles.

Dieser . . . Nachteil wurde noch verstärkt durch die Art, wie in der amerikanischen Zone die Parteien entstehen konnten. Da eine mehr als örtliche Zusammenfassung erst im Laufe des Dezembers angesichts der bereits ausgeschriebenen Wahlen möglich wurde, eine Lenkung von oben fehlte, wurden örtliche Gruppen nur vereinzelt gebildet. Sehr oft standen die Anhänger der Partei unter dem Eindruck des Wunschbildes vom Zweiparteiensystem und schlossen sich örtlich mit Kräften, die sich alsbald wieder nach ihrer früheren konfessionellen Bindung orientierten, zu einer christlich-demokratischen Gemeinschaft zusammen. Solche Gemeinschaften wurden meist später gegen den Willen der Gründer der CDU angeschlossen. Aber örtlich geführte Einigungsverhandlungen bieten kaum Aussicht auf Erfolg. Die demokratische Partei sieht sich dabei den unbestimmten, vielfach apolitischen Grundhaltungen entsprungenen Wünschen politischer Neulinge mit stark konfessioneller Bindung gegenüber, deren zahlenmäßige Stärke von einigen geschulten Parteifunktionären alter Schule unter Mißbrauch der Kirche und der positiven Einstellung der Massen zu ihr zu einer Parteipolitik ausgenutzt wird, der die Demokratische Partei nicht zu folgen vermag. Sie erkennt aber gerade hieran, wie notwendig ihre Bemühungen sind, eine Neuordnung des deutschen politischen Lebens im Sinne einer weltoffenen, sauberen Demokratie herbeizuführen . . . Im übrigen sieht sie den grundsätzlichen Unterschied zwischen den beiden Flügelparteien SPD und CDU²⁴⁹⁾ für so groß an, daß bei einem abwechselnden Regieren beider zu große Erschütterungen unseres staatlichen Lebens eintreten müßten, um eine ausgleichende Mittelpartei nicht als notwendig erscheinen zu lassen. Eine solche wird, immer nach beiden Seiten kämpfend, selten die Chance haben, eine große Massenpartei zu werden, aber sie wird auch als kleinere Partei die Möglichkeit haben, einen Ausgleich auf mittlerer Linie herbeizuführen . . .“

Die von der Demokratischen Volkspartei eingenommene und weiterhin einzunehmende Haltung sowie ihr taktisches Vorgehen im Kräftespiel der Parteien werden durch diesen Bericht voll verständlich. Darüber hinaus werden die Auffassungen, die sie von den Christlichen Demokraten trennen, deutlich sichtbar. Erkennbar wird auch, daß die Partei mit vielen Protestanten als Anhängern rechnete, die anders als die katholische Bevölkerung nicht mehr in ihrer Gemeinde wurzelten, nicht mehr kirchentreu waren, wohl aber christlich-humanistischen Ideen anhängen. Als typischer Vertreter dieser Richtung des württembergischen Liberalismus kann der Naumann-Schüler Theodor Heuss gelten. Die Antwort, die er am 19. September 1946 in der Verfassungsgebenden Landesversammlung für

²⁴⁸⁾ Ein deutlicher Hinweis auf die schon erwähnten beiden Richtungen unter den Liberalen.

²⁴⁹⁾ Die württembergischen Demokraten fühlten sich somit in einer Mittlerrolle zwischen SPD und CDU, während doch sonst die FDP zumeist den Anspruch, eine Rechtspartei zu sein, erhob.

Nordwürttemberg-Nordbaden den Christlichen Demokraten Paul Bausch und Fridolin Heurich gab, ergänzt im geistigen Bereich die stärker politischen und organisatorischen Thesen, die die DVP in ihrem Bericht an die amerikanische Militärregierung aufgestellt hatte. Bausch hatte, wie schon früher erwähnt, bereits im Dezember 1945 postuliert, daß Kirche und Staat keine getrennten Bereiche seien und die politischen Handlungen des Christen ausschließlich von den christlichen Lehren, vor allem aus dem Dekalog, abgeleitet werden müßten. Im Verlauf der Debatte über die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Verfassung hatte er für die CDU diesen Standpunkt wiederholt, worauf ihm Heuss wie folgt entgegnete²⁵⁰):

„. . . Ich möchte zu dem Traktatus Stellung nehmen, den uns gestern Herr Bausch über den immanenten Charakter der transzendenten Bindung von *ordo, auctoritas, regnum* und *imperium* vorgelesen hat . . . und auch zu dem, was Herr Heurich in der Berufung auf das Naturrecht angemerkt hat. . . Ich habe den Eindruck, daß wir uns hier eigentlich weder in einem religions- noch in einem rechtsphilosophischen Seminar befinden, auch daß wir nicht ein Konzilium darstellen, das die Kohärenz der ewigen und der weltlichen Dinge in irgendwie zu bestimmen hat. Wir stehen vielmehr in einer sehr irdischen Aufgabe, vor einem sehr irdischen Werk, und wir wollen nach meiner Meinung Gott nicht allzusehr für die Unvollkommenheiten unseres Tuns in Anspruch nehmen. Ich weiß es nicht, aber vielleicht hat die CSU in Bayern auch ein gewisses Gefühl dafür, daß man Grenzen halten soll. Dort gibt es so irgendeine Gruppe „Wiederaufbau“, und die hat auf einmal in die Verfassung den lieben Gott hineinbringen wollen, den die bayerische CSU vergessen hatte; da hat dann der Sprecher der CSU gesagt: ‚Nein, lassen wir ihn draußen; Du sollst den Namen Deines Herrn nicht vergeblich führen!!

Wenn ich daran erinnere, dann deshalb, weil wir etwas bescheiden sein sollen in der Darstellung dieser Dinge. Wir suchen hier zusammen nach einem Rechtsverhältnis, nach einer würdigen Ordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, und wir wissen, beide, Staat und Kirche, sind geschichtliche Gegebenheiten, im Großen wie im Kleinen. Wir wollen uns nicht darum streiten, wir werten nicht ab, wer das Primat zu beanspruchen habe im Historischen, im Geistigen. Wir stehen im staatlichen Raum und haben kein Religiöses und kein Theologisches zu erledigen.

Das Jahr 1847 . . . bringt auch für das Gebiet der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche eine Erinnerung. Da gab es nicht nur das Kommunistische Manifest, sondern es gab auch einen interessanten Mann, Friedrich Julius Stahl, der in diesem Jahr 1847 seinen ‚Christlichen Staat‘ herausgegeben hat. Damals hat Bismarck — ich weiß nicht, wer von Ihnen ihn als einen immerhin beachtenswerten Mann anerkennt — das Wort gesprochen: ‚Die Bezeichnung christlicher Staat kann nur Verwirrung schaffen, da sie zu dem irrigen Glauben Veranlassung gibt, der Staat gründe sich auf die Kirche.‘

Und darüber, Herr Kollege Bausch, müssen wir uns klar werden: Der Staat ruht nicht oder doch nicht nur auf der kirchlichen Legitimierung. Der Staat wird um des Volkes willen gebaut. . .

Andererseits wird der Staat, eben um des Staates willen, auf die religiösen Kräfte nicht verzichten können, im Gegenteil, er wird sie um des Volkes willen zu pflegen und

²⁵⁰) Stenographischer Bericht der 7. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung für Nordwürttemberg-Nordbaden am 19. September 1946; im Archiv des Landtags von Baden-Württemberg.

zu sichern haben. Aber, wenn Herr Bausch mit einer gewissen Verächtlichkeit davon gesprochen hat, daß dieser Staat ‚religiös neutral‘ sei und daß eben aus dieser religiösen Neutralität, die etwa in der Weimarer Zeit deklariert wurde, ein Stück seines Versagens zu begründen sei, so warne ich, man soll von dieser ‚Neutralität‘ des Staates in kirchlich-religiösen Dingen nicht gering denken, und nicht zu gering davon reden. Denn sie ist für die Kirchen zu einem entscheidenden Gewinn der Geschichte geworden. Diese Verhältnisse sind erst geschichtlich geworden. Im Ausgangspunkt einer Unterhaltung über den deutschen Raum steht historisch das ‚cuius regio, eius religio‘, eine peinliche Notlösung, die einem wahrhaft religiösen Entscheid geradezu ins Gesicht schlägt. Wir können nicht auf einmal, Herr Kollege Bausch, die religiöse Kompromißhaltung einer erschöpften Nation, als die sich der Religionsfriede darstellt, zum Ausgangspunkt machen. Der konfessionelle Mischprozeß nach 1803 hat die Neutralität dann staatspolitisch mehr und mehr gefordert. Was aber lehrt uns die neueste Geschichte?

Wir haben gerade in der letzten Zeit den religiös nicht neutralen Staat erlebt. Ob Sie Hitler luziferisch oder dämonisch oder satanisch nennen, ist gleichgültig. Die Nazis selbst nannten sich ‚gottgläubig‘; schon dies könnte uns immer mahnen, mit dem Rückgriff auf Gott etwas vorsichtiger zu sein. Hitler war auf dem Wege, unserem deutschen Volk ein Stück säkularisierter Theokratie aufzuzwingen. Das war sein letztes Ziel. Darum diese ewigen transzendenten Bezugnahmen, an deren Ende der Divus Adolphus? Das eben wollen wir nicht. Wir wollen die Reinlichkeit der Beziehungen haben. . .

Die Auffassungen von der Sinnbeziehung zwischen Staat und Kirche gehen auseinander, eben wegen der Unvollkommenheit der Ordnungen im irdischen Raum. Man soll nicht meinen, daß mit der Einschaltung des ‚Ewigen‘ oder ‚Göttlichen‘ oder ‚Christlichen‘, eines Wörtleins, eines großen Wortes in einer Verfassung etwas geschehen sei. Da muß man theologisch schon tiefer gehen und von der Erbsünde sprechen und denken, in die alles Menschenwerk verstrickt ist . . .

Ich mache diese Ausführungen deswegen, weil es mir nicht erlaubt schien, die theologische Deklaration, die wir gehört haben, ohne eine Art von Korrektur hinausgehen zu lassen. Wenn wir vor diesem neuen Verfassungsabschnitt stehen, dann ist uns klar, daß das Staatskirchentum vorbei ist. Darüber sind wir uns alle einig. Das war rein religiös oft eine sehr herbe Sache, und gerade Sie, Herr Kollege Bausch, sollten wissen, daß der Pietismus einmal in seinen großen Vätern die Befreiungsbewegung gegen dieses erstarrte Staatskirchentum lutherisch-orthodoxer Prägung gewesen ist, eine Befreiungsbewegung von suchenden Seelen. Meine Sorge ist heute: Soll uns heute eine Verengung dieses Befreiungsaktes kommen? . . .“

Damit war deutlich ausgesprochen, was die Demokratische Volkspartei von den Christlichen Demokraten trennte, und zwar von einem Politiker, der nicht lange vorher selbst noch den Gedanken einer Sammelpartei, wenn auch anders als in der Vorstellung der CDU, befürwortet hatte. Es war nunmehr völlig klar, daß weitere Versuche, beide Parteien, die DVP und die CDU, doch noch zusammenzuführen, zum Scheitern verurteilt sein mußten. Die selbständigen Positionen waren bezogen, beide Parteien konnten ihren Einzug nicht nur in die württembergische, sondern auch in die deutsche Politik halten.

Der Antrag auf Genehmigung des Landesverbandes Nordwürttemberg-Nordbaden der DVP war der amerikanischen Militärregierung bereits am 11. Dezember 1945 eingereicht und von dieser drei Tage später zustimmend beantwortet

worden. Am historischen „Dreikönigstreffen“ der Liberalen²⁵¹⁾ 1946 fand dann die erste öffentliche Veranstaltung statt, auf der auch der Landesvorstand berufen wurde. Seine acht Mitglieder hatten schon alle der Deutschen Demokratischen Partei angehört und waren, mit Ausnahme des katholischen Dr. Kessler, protestantischer Religion. Der Vorstand setzte sich wie folgt zusammen:

Name	Beruf	Amt	Ort
Haußmann, Dr. Wolfgang	Rechtsanwalt	1. Vorsitzender	Stuttgart
Kessler, Dr. Hermann	Rechtsanwalt	Stellv. Vorsitzender	Karlsruhe
Bacher, Karl	Bankdirektor	Schatzmeister	Schorndorf
Mayer, Ernst	DVP-Landesgeschäftsführer	Schriftführer	Stuttgart
Heuss, Dr. Theodor	Minister	Vorstandsmitglied	Stuttgart
Maier, Dr. Reinhold	Ministerpräsident	Vorstandsmitglied	Stuttgart
Hieber, Johannes	Staatspräsident a. D.	Vorstandsmitglied	Uhingen
Ilg, Paul	Kaufmann	Vorstandsmitglied	Stuttgart

Die überragende Bedeutung des Stuttgarter Kreises für die DVP kommt in dieser Zusammensetzung deutlich zum Ausdruck. Von Stuttgart aus wurden dann auch überall im Lande Untergliederungen der Partei geschaffen. Daneben bahnten sich sogleich Verhandlungen über die Bildung eines Zonenverbandes an, in denen sich wiederum das organisatorische und ideologische Übergewicht der Stuttgarter Liberalen, die möglichst schnell über eine nur regionale Politik hinauswachsen wollten, deutlich erwies. Auch das erste Programm des Landesverbandes, das bei der Gründung verkündet worden war²⁵²⁾, zeigte, daß die Partei nicht nur lokale oder regionale Ziele verfolgte, sondern in allen deutschen Gebieten und in jedem politischen Bereich tätig werden wollte. In dem Abschnitt über die Außenpolitik wurde die Errichtung und Erhaltung eines neuen Deutschen Reiches gefordert, darüber hinaus aber auch ein für die damalige Zeit noch überraschendes Bekenntnis zur europäischen Einigung abgelegt:

„. . . Aus dem Vertrauen zueinander und dem Verständnis füreinander soll über allen nationalen Egoismus hinweg durch übernationale Lösungen ein enger Zusammenschluß der europäischen Völker in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht unserem Erdteil den Frieden sichern . . .“

Manche Punkte des Programms waren allerdings weniger deutlich. Im wirtschaftlichen Bereich wurde weder ein Bekenntnis zur Erhaltung des Privatbesitzes, wie es liberalem Denken gemäß gewesen wäre, abgelegt, noch zur Frage der Vergemeinschaftung bzw. Verstaatlichung bestimmter Grundstoff-, Verarbeitungs- und Versorgungsindustrien Stellung bezogen. Wenn auch die Demokratische Volkspartei das Verhältnis Staat—Kirche möglichst deutlich zu for-

²⁵¹⁾ Die württembergische „Volkspartei“ war am 6. Januar 1862, also am Dreikönigstag, gegründet worden. Später veranstalteten die Liberalen zur Erinnerung ihre Parteitreffen immer an diesem Tage.

²⁵²⁾ Abdruck in „Das andere Deutschland“ (später „Das neue Vaterland“), 1/1946.

mulieren und beide Bereiche scharf voneinander abzugrenzen bestrebt war, blieben doch sogar auf diesem Gebiet noch manche Fragen im Programm ungeklärt. In der Schulfrage wurde allerdings präzisiert festgelegt, daß „christliche Gemeinschaftsschulen mit pflichtmäßigem Religionsunterricht für die einzelnen Konfessionen“ geschaffen werden sollten, womit der Bekenntnisschule, die nahezu überall eine der primärsten Forderungen der CDU war und blieb, entschieden abgesagt wurde.

In Zusammenfassung können wir feststellen, daß die Demokratische Volkspartei von nur wenigen, aber dafür um so aktiveren Liberalen aus der früheren Deutschen Demokratischen Partei, die sich sogleich über den einzuschlagenden Weg klar waren, in Stuttgart vorbereitet worden war und sich sehr schnell über ganz Nordwürttemberg und Nordbaden ausdehnte. Zwei ursprünglich divergierende Richtungen, die von Wolfgang Haußmann und Reinhold Maier einerseits sowie die von Theodor Heuss andererseits, fanden, begünstigt durch den besonderen Charakter der württembergischen CDU, die durch die ehemaligen Volksdienstler scharf antiliberal eingestellt war, in der DVP zueinander. Ähnlich wie die Frankfurter Christlichen Demokraten für ihre Partei, waren die Stuttgarter Liberalen dann bald bestrebt, ihre eigenen politischen Konzeptionen möglichst rasch in ganz Deutschland bekannt zu machen und damit die Demokratische Volkspartei zur Kernzelle einer allgemeinen Erneuerungsbewegung des Liberalismus zu entwickeln.

d) *Die Gründung der Christlich-Sozialen Volkspartei in Nordwürttemberg*

Am 21. September 1945 schrieb der damalige nordwürttembergische Justizminister Dr. Beyerle dem früheren Reichstagsabgeordneten des CSVD, Hermann Kling, auf dessen Angebot, politisch wieder tätig zu werden²⁵³):

„... Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union nach dem Vorbild der Berliner Gründung ist in Württemberg noch nicht vollzogen. Bei unseren Besprechungen ist jedoch der Wunsch immer näher in den Vordergrund getreten, ein parteimäßiges Zusammengehen beider christlichen Bekenntnisse anzustreben, und zwar denken wir daran, die neue Partei ‚Christlich-Soziale Volkspartei‘ zu nennen. Herr André verhandelt mit Herrn Bausch. Herr Gross versucht, Herrn Simpfendorfer zu erreichen. Ihre Bereitwilligkeit, sehr geehrter Herr Kling, auf dieser Grundlage mitzuarbeiten und zu werben, hat bei uns freudige Aufnahme gefunden. Die frühere demokratische Partei wird selbständig gehen. Sie hat sich als ‚Demokratische Volkspartei‘ angemeldet. Ein förmlicher Zusammenschluß mit der Sozialdemokratischen Partei²⁵⁴) hat also, jedenfalls hier, nicht stattgefunden...“

Die Entscheidung, mit welcher Gruppe der Protestanten die Anhänger des früheren Zentrums in einer neuen interkonfessionellen Partei zusammengehen

²⁵³) Brief im Archiv Dr. Beyerle.

²⁵⁴) Kling hatte vermutet, daß Demokraten und Sozialdemokraten sich zusammenschließen würden.

sollten, war zu dieser Zeit also schon eindeutig zugunsten der ehemaligen Volksdienstler (Bausch, Simpfendörfer) gefallen. Sowohl die Abneigung der liberal-protestantischen Gruppen gegen das alte Zentrum, die hier vielleicht größer als in anderen deutschen Ländern war, als auch die Gegnerschaft der politisch sehr aktiven pietistischen Kreise Korntals gegen den Liberalismus in jeder Form hatten nahezu zwangsläufig zu dem dann für Württemberg typischen Zusammenschluß der ehemaligen Zentrumsanhänger mit den kleineren Gruppen aus dem Volksdienst, dem Bauern- und Weingärtnerbund und dem Sparerbund geführt. Es dürfte aber auch kein Zweifel bestehen, daß die Zentrumskreise hier lediglich der Notwendigkeit folgten. Ihr Zusammenschluß mit den Liberalen hätte der neuen interkonfessionellen Partei sicher eine sehr viel breitere Basis gegeben, sie wären aber gezwungen gewesen, der Forderung der Gruppe um Haußmann nachzugeben, die das Wort „Christlich“ im Parteinamen aufzunehmen nicht bereit war, sowie in Schul- und Kulturfragen bedenkliche Kompromisse zu schließen. Die Vereinigung mit den Volksdienstlern brachte ihnen dagegen sehr viel weniger neue Anhänger ein, diese wenigen verfochten jedoch politische Grundsätze, die den ihren sehr nahe waren. Ob allerdings die Entscheidung für diese Lösung, die das Prinzip höher als die Taktik stellte, ganz aus sich selbst erfolgte oder auch durch die frühzeitige Gründung der „Demokratischen Volkspartei“ unter Wolfgang Haußmann präjudiziert wurde, läßt sich nicht mehr feststellen. Die „kleinere“ Lösung wurde jedenfalls Tatsache und von der Mehrheit akzeptiert. Manche Zentrumsvertreter hielten auch weiterhin die „größere“ für ein erstrebenswertes Ziel, wenn sich auch niemals später dazu eine Möglichkeit bot. So erklärte noch im Jahre 1953 der Mitbegründer der CDU in Stuttgart, Johannes Gross, dem Verfasser²⁵⁵):

„. . . Wir haben 1945 die Chance gehabt, mit den ‚liberalen‘ Protestanten oder mit den Korntalern zusammenzugehen. Da wir uns für die letztere Lösung entschieden haben, ist die CDU in Württemberg kleiner geblieben. Wenn ich noch einmal die Wahl hätte, so würde ich mich jetzt für den anderen Weg entscheiden . . .“

Die Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Volkspartei fand dann am 25. September 1945 im Stuttgarter Katholischen Gesellenhaus statt. In dem Sitzungsprotokoll heißt es:

„. . . André²⁵⁶) stellt den Antrag, daß wir heute beschließen sollten: ‚Die Christlich-Soziale Volkspartei wird gegründet.‘

Simpfendörfer²⁵⁷) stimmt freudig zu . . . und weist auf die historische Bedeutung der Stunde hin.

Pierrung²⁵⁸) fragt nach der ‚Demokratischen Partei‘. André antwortet²⁵⁹).

²⁵⁵) In einem Gespräch am 25. Juni 1953.

²⁵⁶) Früher Zentrum.

²⁵⁷) Früher CSVD.

²⁵⁸) Früher Zentrum, Teilnehmer aus Südwürttemberg.

²⁵⁹) Die Antwort ist leider nicht in das Protokoll aufgenommen.

Stooss²⁶⁰): Die Christlich-Soziale Partei ist ein sehr weiter Gedanke . . . eine Tat des Zentrums, sich selbst aufzugeben. „Für mich persönlich ist das, was hier im Kommen ist, zusagend. Ich hätte gerne gewünscht, mit einem größeren Kreis von Bauern vorher zu sprechen, um die Meinung eines größeren Kreises zum Ausdruck zu bringen.“

Beyerle²⁶¹): „Die Grundlagen der neuen Partei sind die christlichen Kräfte.“

Kling²⁶²): ebenso; auch André . . .“

Ein 1953 geschriebener Bericht des Gründungsmitgliedes Dr. Max Koch zeigt ergänzend, daß noch unmittelbar vorher im Kreise der früheren Zentrumsangehörigen Meinungsverschiedenheiten bestanden hatten²⁶³):

„. . . An jenem Tage fand sich vor der sich unmittelbar daran anschließenden Sitzung mit Herren des evangelischen Volksdienstes aus den Kreisen des Christlichen Volksdienstes . . . ein Gremium von früheren Mitgliedern der alten Zentrumspartei zusammen, u. a. Beyerle, Luise Rist, Ersing, Walter und Koch. Es wurde hauptsächlich die Frage erörtert, ob wieder das alte Zentrum aufgemacht werden oder ob sich die Katholiken mit dem evangelischen Volksteil zu einer christlich und sozial orientierten neuen Partei zusammenschließen sollten. Ich selbst habe mich mit aller Entschiedenheit für das Zusammengehen mit dem evangelischen Volksteil ausgesprochen und näher ausgelegt, daß beide Konfessionen doch im Christentum wurzeln und heutzutage das Christentum überhaupt durch einen ausgesprochenen antichristlichen Zeitgeist bedroht werde, der nur durch einen festen Block überzeugter Christen wirksam bekämpft werden könne. Mir erschien die Chance für eine einmalige, vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit, die unter keinen Umständen verpaßt werden dürfe. Hierbei hoffte ich auch, daß durch den politischen Zusammenschluß des evangelischen und katholischen Volksteils der unheilvolle konfessionelle Hader jedenfalls in seinen größten Auswüchsen allmählich überwunden werde, oder daß sich wenigstens ein besseres gegenseitiges Verstehen anbahnen könne.

Nur der inzwischen verstorbene Bundestagsabgeordnete Felix Walter²⁶⁴) trat dieser Auffassung entgegen, blieb aber mit seiner Auffassung allein. Er meinte, man sei es dem alten sturmerprobten und ruhmbedeckten Zentrum schuldig, es wieder auferstehen zu lassen²⁶⁵) . . .“

Relevant wurden diese Ansichten eines einzelnen nicht, in den nächsten Wochen bildeten sich vielmehr, dem Stuttgarter Beispiel folgend, in zahlreichen Kreisen Nordwürttembergs christlich-demokratische Kreisparteien. So wurden z. B. in Eßlingen und Leonberg je eine „Christlich-Demokratische Partei“ und in Aalen eine „Christlich-Demokratische Union“ gegründet. Am 13. Januar 1946 folgte der Zusammenschluß zu einem Landesverband, der sich, da in Nordbaden die dortigen Christlichen Demokraten eine eigene Organisation schufen, im Gegensatz zur beide Gebiete erfassenden Demokratischen Volkspartei nur auf Nordwürttemberg beschränkte. Gleichzeitig wurde ein erster Landesvorstand

²⁶⁰) Früher Bauern- und Weingärtnerbund.

²⁶¹) Früher Zentrum.

²⁶²) Früher CSVD.

²⁶³) Brief an den Verfasser vom 21. November 1953.

²⁶⁴) Letzter Vorsitzender des Zentrums vor dessen Auflösung 1933.

²⁶⁵) Walter stimmte zwar gegen den Beschluß, mit Protestanten zusammenzugehen, wirkte aber dann doch bei der Gründung der CSV mit.

berufen, der durch seine Zusammensetzung, ähnlich wie bei der DVP, dem Stuttgarter Gründerkreis die Mehrheit gab. Daß in ihm auch die früheren Zentrumsanhänger überwogen, entsprach ebenfalls der tatsächlichen Lage: die Zahl der protestantischen Anhänger der CSV, die sich im Frühjahr 1946 in CDU umbenannte, war und blieb immer erheblich hinter der ihrer katholischen zurück. Dem ersten Landesvorstand gehörten an:

Name	Beruf	Wohnort	Konfession	Frühere pol. Bindung
André, Josef	Wirtschaftsminister	Stuttgart	kath.	Zentrum
Bausch, Paul	Regierungsrat	Kornthal	ev.	CSVD
Gross, Johannes	Reichsbahnbeamter	Stuttgart	kath.	Zentrum
Simpfendorfer, Wilhelm	Studienrat	Kornthal	ev.	CSVD
Dr. Beyerle, Josef	Justizminister	Stuttgart	kath.	Zentrum
Müller, Bernhard	Prokurist	Stuttgart	ev.	CSVD
Ersing, Josef	Gewerkschaftler	Stuttgart	kath.	Zentrum
Stooss, Heinrich	Landwirt	Redelsdetten	ev.	Bauern- u. Weingärtnerbund
Dr. Huber, Anton	Dipl.-Landwirt	Stuttgart	kath.	Zentrum
Dr. Helmes, Walter	Direktor	Leonberg	ev.	CSVD
Rist, Luise		Stuttgart	kath.	Zentrum
Dr. Koch, Max	Ministerialdirektor	Stuttgart	kath.	Zentrum
Kaiserauer, H.	Arbeiter	Stuttgart	kath.	Zentrum
Walter, Felix	Oberregierungsrat	Stuttgart	kath.	Zentrum
Kiellmeyer, Karl ²⁶⁶⁾	Werkmeister	Waiblingen	ev.	CSVD
Seybold, Willy	Kaufmann und Bürgermeister	Kornthal	ev.	CSVD
Ketterer, Artur ²⁶⁷⁾	Parteisekretär	Stuttgart	kath.	Zentrum

Im Januar 1946 bemühten sich einige Berliner Vertreter, u. a. der kurz vorher von den Sowjetbehörden abgesetzte erste Berliner CDU-Vorsitzende, Dr. h. c. Andreas Hermes, in Stuttgart um eine Einigung zwischen den Liberalen und den Christlichen Demokraten. Doch auch diese Versuche scheiterten, die Fronten hatten sich schon zu sehr gefestigt. So wie Hermes im November 1945 in Rheinland-Westfalen sich vergeblich bemüht hatte, Zentrum und Christliche Demokraten zusammenzuführen²⁶⁸⁾, so war ihm auch in Nordwürttemberg kein Erfolg beschieden.

Die ersten Wahlen im Jahre 1946 brachten die CDU dann sogleich an die Spitze der politischen Parteien Nordwürttembergs, wenn auch ihr Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen hier nicht ganz so hoch wie in anderen deutschen Gebieten war. Immerhin lag er doch über dem Anteil der Katholiken an der Bevölkerung, wodurch erkennbar wurde, daß nicht nur diese, sondern auch ein

²⁶⁶⁾ Später aus der CDU ausgetreten.

²⁶⁷⁾ Ketterer trat später wieder aus und schloß sich dem „Bund der Deutschen“ an.

²⁶⁸⁾ Vgl. Wieck, a.a.O., S. 149 f.

Teil der protestantischen Bevölkerung dem Programm der CDU folgte, die protestantischen Vertreter in der Parteiführung also doch keine „Offiziere ohne Mannschaften“ waren, wie man vielfach befürchtet hatte. Die Wahlen brachten die folgenden Ergebnisse (in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen):

	CDU	SPD	DVP	KPD	Unabhängige u. a.
Gemeindewahlen ²⁶⁹⁾ 27. Januar 1946	23,8	19,8	9,6	4,2	42,6
Gemeinderatswahlen ²⁷⁰⁾ 28. April 1946	39,4	29,3	14,0	11,9	5,4
Stadtratswahlen 26. Mai 1946	26,0	33,9	21,6	12,3	6,2
Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung 30. Juni 1946	38,3	31,1	20,9	9,7	—
Landtagswahl 24. November 1946	36,8	30,6	22,8	9,8	—

Ernstliche Versuche, in Nordwürttemberg neben der CDU noch das Zentrum wieder ins Leben zu rufen, wurden weder 1945 noch in den nächsten Jahren unternommen, wenn auch die nordrhein-westfälische Zentrumsführung wiederholt Fühler ausstreckte. Erst nach der Wiedergründung des badischen Zentrums durch den Prälaten Föhr wurde am 14. April 1951 in Ellwangen ein Ortsverband geschaffen, der sich im August 1951 als Landesverband des Zentrums in Nordwürttemberg konstituierte und nach Bildung des Landes Baden-Württemberg am 8. März 1952 in die Landespartei des Zentrums aufging. Irgendwelchen politischen Einfluß konnte diese Neugründung aber nicht erringen.

e) *Die Kirche und die Parteien Württembergs in den Jahren 1945 und 1946*

Für die Neugründung politischer Parteien im Jahre 1945 war die Haltung, die die Vertreter der beiden christlichen Kirchen einnahmen, von ganz erheblicher Bedeutung. Nicht nur die CDU erhob den Anspruch, eine christliche Partei zu sein, auch die DVP und die SPD beriefen sich auf die christlichen Grundlagen einer neu zu schaffenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. Den beiden Kirchen war dadurch aufgegeben, ihrerseits Stellung zu beziehen und sich mit den durch den Wiederaufbau eines demokratischen Lebens auch an sie herantretenden Problemen auseinanderzusetzen.

Die Haltung der katholischen Kirche in Württemberg, also die des Bischofs von Rottenburg, war durch die Erklärungen der Fuldaer Bischofskonferenz vom September 1945 vorgezeichnet. Diese hatte sich dafür ausgesprochen, die Versuche zur Gründung einer interkonfessionellen Partei nachhaltig zu unterstützen, eine Wiedergründung des Zentrums als „katholische“ Partei aber abzulehnen.

²⁶⁹⁾ In Gemeinden unter 20000 Einwohner.

²⁷⁰⁾ In Gemeinden über 20000 Einwohner.

Da die Geistlichkeit der Diözese, vor allem in den vorwiegend katholischen Gebieten Südwürttembergs, weniger in der Diaspora im nördlichen Landesteil, ursprünglich aber wohl eine Wiedergründung des Zentrums erhoffte, erließ Bischof Sproll am 15. September 1946 ein Rundschreiben an die Pfarrer, in dem er alle katholischen Männer und Frauen aufforderte, ihrem Wahlrecht verantwortungsbewußt nachzugehen und sich für christliche Politiker und eine christliche Politik einzusetzen. Wenn auch keine Partei genannt wurde, so wußte doch jeder Gläubige, daß der Oberhirte sich für eine Unterstützung der CDU aussprach. Der Brief²⁷¹⁾ lautete:

„. . . Bei der nächsten und überhaupt bei den künftigen Wahlen in den Gemeinden usw. ist an einem passenden Sonn- oder Feiertag vor den Wahlen bzw. am Wahlsonntag selbst in den Morgengottesdiensten folgender Passus bekannt zu geben:

Bei der entscheidenden Bedeutung, welche die Wahlen in allen Besatzungszonen für die Gestaltung nicht nur des bürgerlichen, sondern auch des kirchlichen Lebens in den Gemeinden und im Staat haben, macht der Bischof alle wahlberechtigten Gläubigen, besonders auch die Frauen, darauf aufmerksam, daß es ihre ernste Gewissenspflicht ist, zur Wahl zu gehen und nach ihrem christlichen Gewissen zu wählen.

Die Pflicht legt der Heilige Vater in einer Ansprache vom 12. Mai 1946 in der Peterskirche zu Rom mit allem Nachdruck den Frauen und Jungfrauen ans Herz, wenn er sagt:

„Eine beträchtliche Zahl von Euch erfreut sich schon der politischen Rechte, nämlich des Stimmrechts. Diesen Rechten entsprechen ebenso viele Pflichten. Dem Recht auf die Stimmabgabe die Pflicht dazu, die Pflicht, Eure Stimme nur jenem Kandidaten und nur jenen Kandidatenlisten zu geben, die nicht vage und zweideutige Versprechungen, sondern sichere Garantien darbieten, welche die Rechte Gottes und der Religion respektieren. Denkt wohl daran, die Pflicht ist für Euch heilig, sie verpflichtet im Gewissen, sie verpflichtet vor Gott, weil Ihr mit Eurem Wahlzettel die hohen Interessen Eures Vaterlandes in der Hand habt. Es handelt sich darum, Eurem Volke seine christliche Zivilisation zu schützen und sie zu bewahren, seinen jungen Mädchen und seinen Frauen die Würde, seinen Familien ihre christlichen Mütter. Die Stunde ist schwer. Seid Euch Eurer Verantwortung bewußt. Gehet alle, junge Mädchen und Jungfrauen, geht mit Eurem Beispiel voran. Gehet hin und kläret die unwissenden, unsicheren und zögernden Gewissen auf. Gehet und lehret von Haus zu Haus, von Familie zu Familie, von Straße zu Straße, von Gasse zu Gasse. Lasset Euch von niemanden an Rührigkeit, Begeisterung, Eifer, Wahrheits- und Gerechtigkeitssinn und in der Liebe übertreffen.“

Es erübrigt sich, den klaren Anweisungen des Heiligen Vaters ein weiteres Wort hinzuzufügen.

Johannes Baptista, Bischof.“

Ein vertrauliches Schreiben des Generalvikars vom 27. September 1946²⁷²⁾, an alle Geistlichen der Diözese gerichtet, erläuterte dann diesen Wahlauf Ruf noch näher. In ihm heißt es:

„. . . Unsere Mahnung zur Zurückhaltung in politischen Dingen, die ganz mit den Intentionen des übrigen Episkopats wie mit den Weisungen des Heiligen Vaters übereinstimmt, scheint eine Reihe von Geistlichen etwas zu eng aufzufassen.

²⁷¹⁾ Im Archiv des Landesverbandes der CDU Südwürttemberg/Hohenzollern.

²⁷²⁾ Im Archiv des Landesverbandes der CDU Südwürttemberg/Hohenzollern.

Deshalb weisen wir darauf hin, daß wir es keinem Priester verwehren, seinen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten zu genügen. Für die Übernahme von politischen Ämtern gilt die Vorschrift von can 129 § 4 des CIC²⁷³), von der nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen abgegangen werden kann.

Daß die Geistlichen den Männern und Frauen, die sich für die Durchsetzung der christlichen Weltanschauung im öffentlichen Leben einsetzen, ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung schenken, dürfte selbstverständlich sein.

Daß es heute wieder mehr als je gilt, die Säkularisierung des öffentlichen Lebens zu unterbinden und dem Gottesreich auch im öffentlichen Raum und zwar mit politischen Mitteln, Geltung zu verschaffen, zeigt die Entwicklung seit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus mehr als deutlich.

Hier gilt es für den Geistlichen, sich positiv einzusetzen und nicht durch falsch verstandene Zurückhaltung der Sache Christi und der Kirche zu schaden.

Dabei bleibt bestehen, was wir immer betont haben: Die Kirche identifiziert sich nicht mit irgendeiner Partei. Aber es gilt vor allem, der Wahlmüdigkeit zu wehren.

Was wir in dem kleinen Hirtenwort zum 15. September hinausgegeben haben, ist jeweils vor den Wahlen zu verlesen.

Zur eigenen Orientierung, wie für die Belehrung des Volkes sei hier noch ein weiteres Papstwort wiedergegeben aus einer Ansprache des Heiligen Vaters an die Pfarrer von Rom:

„Die Kirche wird sich nie in die vier Wände ihres Gotteshauses einschließen lassen. Die Trennung von Religion und Leben, von Kirche und Welt steht im Gegensatz zum christlichen Denken.

Es ist ein Recht und gleichzeitig eine wesentliche Pflicht der Kirche, die Gläubigen in Wort und Schrift zu belehren, von der Kanzel und in anderen üblichen Formen, in bezug auf alles, was Glauben und Sitten betrifft oder auch unvereinbar ist mit ihren eigenen Lehren und deswegen unannehmbar für Katholiken, mag es sich um philosophische oder religiöse Systeme handeln, oder um sittliche Auffassungen in betreff des Lebens sowohl des Einzelmenschen wie der Gemeinschaft.

Die Ausübung des Stimmrechts ist ein Akt schwerer sittlicher Verantwortlichkeit, zumindest, wenn es sich darum handelt, jene zu wählen, welche berufen sind, dem Lande seine Verfassung und seine Gesetze zu geben, im besonderen jene, welche z. B. die Heiligkeit der Festtage, die Ehe, die Familie, die Schule, die nach Recht und Billigkeit vorzunehmende Regelung der vielgestaltigen sozialen Verhältnisse betreffen. Es steht daher der Kirche zu, den Gläubigen ihre sittlichen Verpflichtungen zu erklären, die sich aus diesem Wahlrecht ergeben.“

Der Generalvikar Dr. Kottmann.“

In Ausführung dieser Weisungen wurde dann auch von fast allen katholischen Geistlichen Württembergs mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die CDU unterstützt, da sie allein als Vertreterin christlicher Grundsätze in der Politik und Gegnerin jeder Säkularisierung des öffentlichen Lebens angesehen wurde. Das Programm der württembergischen CDU entsprach auch ganz den Hoffnungen des bischöflichen Ordinariats. Insbesondere in allen kulturpolitischen Fragen vertrat sie immer wieder nachhaltig alle jene Forderungen, die auch für die katholische Kirche unabdingbar waren. Eine Regelung des Verhältnisses Staat—Kirche in einem für die Diözese annehmbaren Sinne wurde von ihr stets verfochten.

²⁷³) Corpus Juris Canonici.

Erstaunlich ist allerdings, daß weder der Bischof noch der Generalvikar in ihren Schreiben auf das Problem der Zusammenarbeit beider Konfessionen in einer politischen Partei, die von der Fuldaer Bischofskonferenz befürwortet worden war, eingingen. Es läßt sich heute nicht mehr entscheiden, welche Gründe, ob vorsichtige Zurückhaltung oder stillschweigende Anerkennung der geschaffenen Tatsachen, dafür ausschlaggebend waren. Wahrscheinlich treffen beide in gleicher Weise zu.

Das Verhältnis der katholischen Kirche zu den politischen Parteien Württembergs war jedenfalls durch das Hirtenwort des Bischofs von Rottenburg und die Erläuterungen seines Generalvikars verhältnismäßig eindeutig festgelegt. Wesentlich schwieriger, wenn nicht gar unmöglich, ist es dagegen, die Haltung der evangelischen Landeskirche zu den politischen Parteien und insbesondere zur CDU aufzuzeigen.

Die Treysaer Konferenz der deutschen evangelischen Kirchen im August 1945 hatte die „Christliche Union“ von Katholiken und Protestanten in einer politischen Partei außerordentlich warm begrüßt. Schon wenig später wurden aber auch oppositionelle Stimmen laut, die bald erhebliches Gewicht erlangten. Der Baseler Theologieprofessor Karl Barth, in der nationalsozialistischen Ära der geistige Führer der Bekennenden Kirche, erklärte z. B.²⁷⁴):

„. . . Die Versuchung wird nicht klein sein, sich zur Durchsetzung gewisser kulturpolitischer (z. B. schulpolitischer) Postulate mit der sozialen Reaktion zu verbünden. Was soll man davon halten, daß sich die kirchlichen Protestanten in Deutschland nun vielfach mit dem ehemaligen Zentrum den beiden Linksparteien gegenüber zu einem christlich-demokratischen Block zusammenschließen? Wird die evangelische Kirche Realismus genug aufbringen, um die Bedenklichkeit, um nicht zu sagen, den Trug einer solchen Gruppenbildung zu durchschauen? . . .“

Solche und ähnliche Stimmen konnten und durften nicht überhört werden, und die einzelnen evangelischen Landeskirchen waren dadurch gezwungen, sich in politischen Fragen weitgehend zurückzuhalten. Ganz allgemein versuchten sie nun, dem Überschwung von Treysa nicht mehr folgend, den Parteien gegenüber echte Neutralität zu wahren. Der Wunsch, daß jede Partei vom christlichen Geist getragen sein möge und die Kirche ihnen allen dann auch gleich nahe sein könne, wurde daher nicht nur ein nach außen zur Schau getragenes, sondern das echte Leitbild für die Vertreter des deutschen Protestantismus.

Auch die württembergische Landeskirche nahm diese Haltung ein und legte sich deshalb weder durch offizielle Verlautbarungen noch durch irgendwelche Aufrufe oder Stellungnahmen zugunsten einer Partei fest. Ihren Geistlichen überließ sie es, selbst eine Position zu beziehen, ohne daß diese den Anspruch geltend machen konnten, nun von sich aus für die Kirche zu sprechen. Wie sehr

²⁷⁴) Nach einem Zitat des Landtagspräsidenten Wilhelm Keil — SPD in der Verfassgebenden Landesversammlung Nordwürttemberg-Nordbaden am 17. September 1946. Stenogr. Berichte, im Archiv des Landtags Baden-Württemberg.

diese Meinungen differieren konnten, aber trotz allem doch eine einheitliche Grundlinie erkennen ließen, mögen verschiedene Äußerungen und Berichte namhafter Vertreter des württembergischen Protestantismus zeigen.

Dr. Weeber, Direktor im Stuttgarter Oberkirchenrat, schrieb dem Verfasser am 12. Oktober 1953²⁷⁵⁾:

„... Es ist durchaus möglich, daß Herr Rektor Kling der Meinung ist, Landesbischof D. Wurm habe nach der Gründung der CDU in Stuttgart im September 1945 eine Kirchenkonferenz einberufen, bei der u. a. auch die Fragen, welche die CDU-Gründung aufgeworfen hatte, erörtert worden seien. Es entzieht sich aber meiner Kenntnis, um was für eine Konferenz es sich dabei gehandelt haben soll. Ich bestätige auf Grund meiner Erinnerung, daß bei keiner kirchenamtlichen Konferenz zu der Frage der CDU-Gründung Stellung genommen worden ist. Herr Rektor Kling steht leicht in Gefahr, die Kirche in allzu nahe Beziehungen mit parteipolitischen, vor allem CDU-Interessen zu bringen, was allerdings eine völlige Verkennung der tatsächlichen Lage im Bereich der Württembergischen Landeskirche zur Voraussetzung hat²⁷⁶⁾. Strikte parteipolitische Neutralität der Kirche ist die mehrfach ausgesprochene und eingehaltene Leitlinie für das Verhalten der Württembergischen Landeskirchenleitung.

Dies schließt nicht aus, daß vielleicht Landesbischof D. Wurm auf Grund persönlicher Bekanntschaften mit diesem oder jenem Politiker als Staatsbürger auch zu parteipolitischen Fragen sich geäußert hat. Es wäre aber unzutreffend, solche privaten Äußerungen als kirchenamtliche Stellungnahmen zu werten. Wir haben ja schon wiederholt Gelegenheit gehabt, etwa bei Äußerungen des Herrn Kirchenpräsidenten Niemöller, auf diesen Unterschied aufmerksam zu werden...“

Weeber bestätigt dann weiter, daß sowohl in den evangelischen Gemeinden als auch in der Pfarrerschaft sehr unterschiedliche Ansichten über die CDU herrschten, die aber nicht zu irgendwelchen Gruppierungen führten. Von der Kirchenleitung seien mit den maßgeblichen Vertretern aller Parteien Gespräche geführt worden, zumeist über Verfassungsfragen. Es ist offensichtlich, daß alle diese Ausführungen sich ganz an die von der Kirchenleitung gewünschte Sprachregelung halten, durch die jede Festlegung nach der einen oder anderen Seite abgewertet werden sollte. Das zeigt sich besonders in Weebers Charakterisierung des Verhältnisses der beiden Konfessionen zueinander. Er schreibt:

„... Das Verhältnis der evangelischen zur katholischen Kirche in unserem Raum zeigt keine besonderen Spannungen. Das Verhältnis ist vielmehr sachlich und friedlich und ohne besonderen Merkmale...“

Die Äußerungen bleiben also sehr vordergründig und vermeiden, die wirkliche Problematik anzurühren. Deutlich wird allerdings, daß die Landeskirche sich jeder eigenen Stellungnahme möglichst enthalten wollte, aber doch versuchte, mit allen Parteien Gespräche zu führen.

²⁷⁵⁾ Brief im Archiv des Verfassers.

²⁷⁶⁾ Kling hatte am 5. Februar 1946 auf einer Versammlung in Untertürkheim erklärt: „Erfreulich ist, daß die Kirchenleitungen mit der Gründung der Partei einverstanden sind, ebenso die beiden theologischen Fakultäten der Universität Tübingen.“ Diese Formulierung war zumindest mißverständlich, wenn nicht sogar falsch, und die Kirchenleitung konnte sie keinesfalls gutheißen.

Ein sehr viel realistischerer Bericht, dem eine gewisse persönliche Note nicht mangelt, stammt aus der Feder des Stuttgarter Oberkirchenrats Sautter. Er schrieb dem Verfasser am 28. August 1953²⁷⁷⁾:

„. . . Mit Herrn Landtagsabgeordneten André habe ich über das Zusammengehen evangelischer und katholischer Christen ausführlich geredet. Er kam von der Arbeiterbewegung her und hatte zunächst den Gedanken, die Arbeiterschaft nicht mehr in drei verschiedene Gewerkschaften auseinanderfallen zu lassen, sondern einheitlich zu organisieren und in diesem Sinne die christliche Bevölkerung politisch zusammenzufassen. . . Gerade unter dem Bürgertum war die Stimmung²⁷⁸⁾ außerordentlich zurückhaltend; es haben deshalb an der Gründungssitzung der CDU in Stuttgart auch einige Herren teilgenommen, die später die DVP aufmachten²⁷⁹⁾. Man stand damals allgemein unter dem Gedanken: es wird vieler Mühe bedürfen, wenn die bürgerlichen Kreise auch nur eine einzige gemeinsame Partei zuwege bringen sollen. Daß die bewußten Christen ohne Unterschied der Konfession zusammenhalten müßten, war gemeinsame Auffassung, wenn auch von katholischer Seite die Sorge geäußert wurde, es könnten die katholischen Belange nicht die genügende Vertretung finden. . .“

Sautter hatte an der Gründungsversammlung der CDU im Stuttgarter Gesellenhaus teilgenommen, weist aber in seinem Bericht nachdrücklich darauf hin, daß zwischen den persönlichen Anschauungen und politischen Auffassungen einzelner Geistlicher und der offiziellen Haltung der Kirchenleitung scharf getrennt werden müsse:

„. . . Wir waren im Oberkirchenrat uns durchaus einig und fest entschlossen, eine unbedingte Neutralität zu wahren, schon um den Menschen aller Parteien gleich nahe zu sein und in der allgemeinen Zerrissenheit ein Zentrum neuen Zusammenschlusses zu sein. . . Ich erinnere mich nur an eine vorübergehende Verstimmung, als von seiten einiger CDU-Vertreter so getan wurde, als stehe die evangelische Kirche mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie die katholische Kirche hinter der CDU. Das wurde deutlich abgewehrt, aber auch nie vergessen, daß zahlreiche kirchliche Anliegen von keiner Partei so sachkundig aufgenommen wurden und werden als von der CDU. . .“

Das ist allerdings schon wesentlich deutlicher. Bei Wahrung der parteipolitischen Neutralität sah die Kirchenleitung in der CDU doch die stärkste Stütze ihrer Anliegen, eine Stütze, die ihr wesentlich zuverlässiger als jede immerhin mögliche, aber letzten Endes nicht grundsätzlich feststehende Hilfe durch andere Parteien schien. Zu berücksichtigen hatte sie jedoch die Einstellung der einzelnen Gemeinden zur CDU, über die sich Sautter wie folgt äußert:

„. . . Es kommt ganz darauf an, welche Erfahrungen die evangelischen Gemeindeglieder mit der katholischen Kirche machen: Wo es zu Unfreundlichkeiten oder Zusammenstößen kommt, sinkt die Willigkeit, CDU zu wählen, alsbald merklich; vor

²⁷⁷⁾ Brief im Archiv des Verfassers.

²⁷⁸⁾ D. h. die Haltung zur Wieder- bzw. Neugründung von Parteien.

²⁷⁹⁾ Sautter irrt sich in diesem Punkt. Die DVP wurde in Stuttgart vor der CSV (CDU) gegründet. Irgendein DVP-Mitglied, mit Ausnahme von Haslsteiner, nahm an der Gründungsversammlung der CSV nicht teil.

allein in Diasporagegenden hört man häufig: „Die CDU können wir auf jeden Fall nicht mehr wählen.“

Daneben gibt es Gemeinden, in denen die bewußt evangelischen Kreise ohne weiteres in der CDU ihre Partei sehen, vor allem, wo die Gemeinschaften noch eine führende Rolle spielen . . .“

Diese Sätze sind außerordentlich wichtig. Sie beweisen, daß eine positive Einstellung der evangelischen Bevölkerung zur CDU tatsächlich weitgehend von dem Willen der führenden Parteiführer und der katholischen Bevölkerung, eine echte Interkonfessionalität zu exemplifizieren, abhängig war. Die württembergischen Protestanten verschlossen sich keinesfalls dem Gedanken eines politischen Zusammengehens der beiden Konfessionen, forderten aber als Grundbedingung die wirkliche Parität. Von der Kirchenleitung wurden, wie Sautters Zeilen zeigen, grundsätzlich keine Einwendungen gegen eine interkonfessionelle Partei erhoben.

Die den theologischen Gedanken Karl Barths folgenden württembergischen Geistlichen wandten sich allerdings sehr entschieden gegen diesen Kurs. Unter Pfarrer Diem in der „Theologischen Sozietät“ zusammengeschlossen — Dr. Weebers Erklärung, daß es zu keiner Gruppenbildung kam, trifft somit nicht ganz zu, wenn auch feststeht, daß diese lose Verbindung von Pfarrern primär nicht aus einem politischen Anliegen, sondern aus theologischen Fragestellungen erwuchs —, sahen sie, wie auch die früher zitierte Erklärung Barths beweist, jedes „Paktieren“ mit katholischen Kreisen als dem Protestantismus abträglich an. Oberkirchenrat Dr. Manfred Müller schreibt darüber²⁸⁰⁾:

„. . . Die CDU ist zweifellos in unserem kirchlichen Raum umstritten, wie dies wohl überall der Fall ist. Sie haben recht, wenn Sie annehmen, daß die Sozietät die CDU ablehnt. Ablehnung findet sie auch von der Seite der ‚Kulturprotestanten‘²⁸¹⁾ aus konfessionellen Gründen und von Teilen des Pietismus, der grundsätzlich einer politischen Tätigkeit der Christen widerspricht²⁸²⁾. . .“

Und dazu noch eine letzte Äußerung von kirchlicher Seite. Der inzwischen verstorbene Dekan Theodor Haug²⁸³⁾ beschäftigte sich in seiner 1947 erschienenen Schrift „Die politische Verantwortung der Kirche“²⁸⁴⁾ ebenfalls mit der Frage, ob die Protestanten sich der CDU anschließen könnten und welche Stellung die Kirche zu dieser Partei einnehmen solle. Seine folgenden Sätze²⁸⁵⁾ fanden sicher die volle Zustimmung eines Teiles der protestantischen Pfarrerschaft Württem-

²⁸⁰⁾ Brief an den Verfasser vom 19. September 1953.

²⁸¹⁾ Müller meint damit offenbar jene Protestanten, die in dem Bericht der DVP an die Militärregierung vom 4. Februar 1946 als Mittelschicht, die „nicht wie die des Zentrums in einer zusätzlichen konfessionellen Bindung verankert“ ist, bezeichnet werden.

²⁸²⁾ Damit sind jedoch nicht die aus dem CSVD kommenden politisch sehr aktiven Gruppen, insbesondere die Korntaler gemeint.

²⁸³⁾ Nicht zu verwechseln mit dem württembergischen Landesbischof D. D. Martin Haug, dem Nachfolger von Bischof D. Wurm.

²⁸⁴⁾ Heft 11 der „Evangelischen Zeitstimmen“, Hamburg 1947.

²⁸⁵⁾ Ebd., S. 45.

bergs, mußten aber entschieden von den von Oberkirchenrat Dr. Müller skizzierten Kreisen abgelehnt werden:

„... Es finden diese Männer²⁸⁶⁾ ihren Arbeitsplatz in den vorhandenen Parteien oder in einer besonderen christlichen Partei. Diese Frage ist aus dem Stadium der theoretischen Erörterung herausgetreten, da in ganz Deutschland evangelische und katholische Männer sich zur CDU zusammengeschlossen haben, die eine der vier anerkannten Parteien im neuen Deutschland darstellt . . .

Ich verstehe sehr gut, daß die Kirchenführer und viele evangelische Christen lieber keine Partei christlicher Prägung sehen, damit die Überparteilichkeit klar herausgestellt und die Beschränkung der Christen auf bestimmte Parteien von vornherein ausgeschaltet ist. Wir werden mit gewissem Neid nach England und den USA hinüberblicken, wo es keine christlichen Parteien gibt, aber alle in gleicher Weise den Christen zur Betätigung offen stehen.

Und das ist in Deutschland erschwert, weil die sozialistischen Parteien von ihren Anfängen her gegenchristlich eingestellt sind. Doch wird mit Recht gesagt, daß die Linksparteien nicht einfach den Kurs von einst fortsetzen. Es finden sich in ihnen erfreuliche Ansätze, die Gleichgültigkeit gegen die Kirche oder gar die Gegensätzlichkeit zu ihr zu überwinden, bis hinein in die Reihen der Kommunisten.

Ein letzter Anstoß ist für viele Evangelische das Zusammengehen mit den katholischen Christen. Sie fürchten, daß damit die Evangelischen in das Schlepptau des Katholizismus kommen und dabei die evangelische Glaubensgrundlage gefährden.

Es gilt, an dieser Stelle nüchtern zu sein, doch bereit auch zu neuen Lösungen unter veränderten Zeitverhältnissen.

Sosehr ich anfangs den Bedenken gegen die selbständige Betätigung der Christen zugänglich war, so scheint mir doch, je länger ich darüber nachsinne, der Weg der christlichen Partei heute unter göttlicher Fügung, ja irgendwie nach Gottes Willen . . . In der Vergangenheit hat die Neutralität der Kirche, wie wir sahen, weithin zur Passivität geführt und zur Einflußlosigkeit der Kirche im öffentlichen Leben. Auch der Vorwurf der Parteilichkeit konnte mit Recht gegen sie erhoben werden, da die Neutralität nicht durchgeführt wurde . . . Wir sollen es diesmal nicht so billig haben. Das Vorhandensein einer christlichen Partei wird, wenn ich richtig sehe, die Kirche dazu führen, daß sie ihre politische Verantwortung ernst nimmt. Bei rechter Einstellung kann den Gefahren, die zweifellos vorhanden sind, weitgehend begegnet werden . . .“

Interessant ist, daß Haug auf die Gefahren der Neutralität der Kirche hinweist, die doch von der Kirchenleitung offensichtlich als Basis ihres Verhältnisses zu den Parteien bezeichnet wurde. Diese war sich zweifellos dessen bewußt, was Haug so deutlich in den Vordergrund stellt, hielt aber doch die Neutralität wohl für das kleinere Übel und verneinte deshalb die offene Unterstützung irgendeiner bestimmten Partei. Der frühere südwürttembergische Staatssekretär Dr. Binder schreibt hierzu²⁸⁷⁾:

„... Die evangelische Kirche Württembergs, die in Tübingen lediglich durch einen für kirchliche Fragen zuständigen Vertreter beim Staatssekretariat und bei der fran-

²⁸⁶⁾ Die sich als Christen mit politischen Fragen zu befassen haben.

²⁸⁷⁾ Brief an den Verfasser vom 20. September 1953.

zösischen Militärregierung vertreten war, hat bestimmt keinen Einfluß auf die politische Willensbildung genommen, da sich die evangelisch-lutherische Landeskirche Württembergs grundsätzlich politisch neutral verhält, was nicht ausschließt, daß einige Oberkirchenräte und auch der jetzige Landesbischof²⁸⁸⁾ persönlich der CDU angehören. . .“

Dieses alles zusammenfassend läßt sich sagen, daß führende Vertreter der württembergischen Landeskirche offen mit dem CDU-Gedanken sympathisierten, zum Teil sogar Parteimitglieder wurden. Abgelehnt wurde die CDU dagegen von einer Minorität, vor allem den Pfarrern, die der Theologie Karl Barths anhingen. Die Kirche als Gesamtorganismus aber versuchte mit Nachdruck, echte Neutralität zu wahren, sie akzeptierte die CDU wie jede andere Partei und sprach ihren Mitgliedern das Recht, ja sogar die Pflicht zu, sich in eigener christlicher Verantwortung für eine der politischen Richtungen frei zu entscheiden.

II. Die Entwicklung in Südwürttemberg

Der südliche Teil Württembergs wurde, nachdem die Zonengrenzen endgültig feststanden, von der französischen Militärregierung nach und nach zu einem selbständigen Gebiet umgebildet. Ihm eingegliedert wurde der frühere preußische Regierungsbezirk Sigmaringen, der zunächst der französischen Administration in Baden-Baden direkt unterstellt gewesen war. Als provisorische Regierung des neuen Landes entstand dann im Winter 1945 das „Staatssekretariat“ in Tübingen, das sich jedoch nur als „Abwesenheitspfleger“ der an der Ausübung ihrer Funktion gehinderten Stuttgarter Regierung empfand und diese besondere Stellung auch in der Notverfassung (Statut) deutlich zum Ausdruck brachte. Die Franzosen versuchten zeitweilig, Südwürttemberg und das gleichfalls zu ihrer Zone gehörende Südbaden zu einem Lande zu vereinigen, stießen aber auf nachhaltigen deutschen Widerstand.

Da durch den Zusammenbruch des Reiches so viele staatliche und Verwaltungsbande zerrissen waren, tauchten auch im südwürttembergischen Raum vielerlei Pläne auf, die eine völlige Umgestaltung Deutschlands befürworteten, zum Teil sogar eine weitgehende Separation bezweckten. Dr. Binder, Staatssekretär in der ersten württembergischen Regierung, schreibt darüber²⁸⁹⁾:

„. . . Auch hat bei der Mentalität der südwürttembergischen CDU eine Rolle gespielt, daß Südwürttemberg zum großen Teil bis zum Reichsdeputationshauptschluß (1803) vorderösterreichisch war oder in eine Reihe reichsunmittelbarer Fürstentümer und Grafschaften zerfiel und sich dadurch noch eine gewisse eigenständige, gegen das protestantische Stuttgart gerichtete Tradition ergab. Doch handelt es sich dabei nur um Unterströmungen. . .“

Alle diese Unterströmungen liefen zusammen in der Konzeption einer „Alpinen Union“, die aus österreichischen und südwestdeutschen Gebieten gebildet werden

²⁸⁸⁾ D. Dr. Martin Haug.

²⁸⁹⁾ Brief an den Verfasser vom 20. September 1953.

sollte. Wenn auch diese Überlegungen politisch niemals relevant wurden, so muß doch an sie erinnert werden, da sie zeigen, welche Spekulationen der deutsche Zusammenbruch auszulösen vermochte. Prof. Dr. Theodor Eschenburg, Tübingen, erklärte dem Verfasser²⁹⁰), daß diese „Alpine Union“ vor allem in adligen Kreisen erörtert worden sei, die darunter eine Art Donaukonföderation mit Südbaden, Südwürttemberg, Tirol und Vorarlberg verstanden. Otto Feger, auf dessen Schrift „Alemannische Demokratie“ schon früher hingewiesen wurde, wollte in dieses Gebiet auch noch die Schweiz und Teile Nordwürttembergs und Nordbadens einschließen. Die schließlich nicht verwirklichten französischen Bemühungen, aus Südwürttemberg und Südbaden einen „Südwestdeutschen Staat“ zu schaffen, mögen als Versuch eines ersten Ansatzes zur Verwirklichung dieser Pläne gesehen werden.

Andere Kreise wieder bemühten sich darum, das Reichsgebiet mit dem Main als Trennungslinie in zwei Teile zu zerlegen und diese dann noch weiter unterzugliedern, um danach zu einer neuen föderalen Gestaltung ganz Mitteleuropas zu gelangen²⁹¹).

Konstruktionen dieser oder ähnlicher Art waren natürlich viel zu phantastisch, um überhaupt nur die Möglichkeit einer Verwirklichung erkennen zu lassen. Sie zeigen aber, daß man vielerorts nach völlig neuen Formen staatlicher Zusammenschlüsse suchte. Im Gegensatz zu Nordwürttemberg, in dem in allen politischen Kreisen von Anbeginn an ohne jede Diskussion die zu bewahrende Einheit des Reiches als Voraussetzung unantastbar war, gab es in Südwürttemberg, ähnlich wie in Südbaden, manche Gruppen, die den Zerfall des Reiches als Vorstufe neuer staatlicher Formen betrachteten. Aber auch sie blieben letztlich Außenseiter, denn die politischen Zusammenschlüsse, aus denen die Parteien neu entstanden, bauten auf einem sichereren Boden.

a) *Die Bemühungen von Dr. Franz Weiß*

Im Sommer und Herbst 1945 tauschten die führenden politischen Persönlichkeiten in Nord- und Südwürttemberg wiederholt ihre Ansichten über die Wieder- oder Neugründung der Parteien aus. Auch die Frage, ob das Zentrum wiedererstehen oder eine interkonfessionelle Partei gebildet werden sollte, stand zur Diskussion. Wenn auch bis zum Erlaß Nr. 22 der französischen Militärregierung vom 13. Dezember 1945 Parteigründungen in der französischen Zone nicht erlaubt waren, so wurden doch schon vorher, zum Teil im Rahmen dieser Gespräche,

²⁹⁰) In einem Gespräch am 29. Juni 1953.

²⁹¹) Im Archiv des Landesverbandes der CDU von Südwürttemberg-Hohenzollern befindet sich eine Aufzeichnung von Fr. Nerz aus Beuren, Kr. Hechingen, in der es heißt: „... Teilung Deutschlands — politisch — in zwei Hälften, in einen Nord- und einen Südbund. Trennung durch die Mainlinie. Weitere Aufspaltung der zwei Bünde ‚Germaniens‘ in Kantone (nach Schweizer Vorbild) ... Neuer politischer Zusammenschluß zu einem Mittel-Europa. Bund der zwei Bünde mit der Schweiz, mit der Tschechoslowakei, mit Österreich, mit Ungarn, mit Dänemark und den Niederlanden. Garantie der Neutralität dieses Gebietes durch die Vereinten Nationen. . .“

die Voraussetzungen für die späteren Entscheidungen geschaffen. Im Kreise der früheren Zentrumspolitiker trat vor allem Dr. Franz Weiß sehr aktiv hervor. Er konnte mit seinem nordwürttembergischen Parteifreund André, der sich für die Bildung einer interkonfessionellen Partei einsetzte, sprechen und besuchte mit besonderer Erlaubnis der französischen Besatzungsbehörden jeden der fünfzehn südwürttembergischen Kreise, um dort auftretende Fragen sowie die lokalen politischen Strömungen zu studieren. Während dieser Zeit wurden auch Einzelheiten über die Berliner CDU-Gründung bekannt. Josef Ersing, der von Berlin nach Stuttgart zurückgekehrt war, berichtete über sie. Jakob Kaiser schrieb an seine Gewerkschaftsfreunde in Südwürttemberg und versuchte, da nach Ersings Auffassung²⁹²⁾ eine Wiedergründung des Zentrums viele Anhänger finden würde, für die Nachahmung des Berliner Beispiels zu werben. Kaiser führte im einzelnen aus²⁹³⁾:

„... Über die politische Neugestaltung seid Ihr im wesentlichen unterrichtet. Wir waren uns alle in der politischen Arbeit der Jahre zwischen 1933 und 1945 klar geworden, daß eine Parteizersplitterung, wie sie vor 1933 herrschte, nicht mehr stattfinden durfte. Lange hat die Bildung einer ‚Partei der Arbeit‘ eine Rolle gespielt. Da sich aber nach der Zulassung der Parteibildung in Berlin die SPD von heute auf morgen wieder nach ihren alten Gesetzen formierte, war für uns der Weg zur Bildung einer großen christlichen und demokratischen Partei gewiesen. Es fanden sich Überlebende des 20. Juli zusammen, die unter Führung von Dr. Hermes zur Bildung der Christlich-Demokratischen Union schritten. Ihr habt inzwischen erfahren, daß auch Josef Ersing und ich zu den Gründern gehören. Der Weg war uns um so verständlicher, als wir ja, ganz abgesehen von den Erfahrungen der Hitlerzeit, an die Traditionen des Essener Kongresses von 1920 anknüpfen konnten. Es bedarf deshalb auch nicht vieler Worte der Erklärung. Sinn und Aufgabe der Partei sind heute die gleichen wie 1920, nur daß wir vor weit schwereren Aufgaben stehen.

Zu Eurer Orientierung will ich nur noch bemerken, daß auch gleich führende Männer der früheren demokratischen Partei zu uns gefunden haben. So der frühere preußische Handelsminister Dr. Schreiber und Ernst Lemmer, der letzte Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften...“

Daß der katholische Volksteil Südwürttembergs ursprünglich stärker einer Wiedergründung des Zentrums zuneigte, wird auch von Dr. Weiß bezeugt²⁹⁴⁾. Staatssekretär a. D. Dr. Binder vertritt die Meinung²⁹⁵⁾, daß vor allem die niedere Geistlichkeit sich zunächst besonders dafür einsetzte, da sie glaubte, daß eine rein katholische Partei, gestützt auf die, wenn auch nur geringe, katholische Mehrheit im Lande, am ehesten alle wichtigen politischen Positionen in die Hand bekommen könne. Dem steht allerdings die Ansicht des Leutkircher Journalisten Dr. Notheis gegenüber, der an Dr. Beyerle in Stuttgart am 8. August 1945 schrieb,

²⁹²⁾ Brief Josef Ersings an den Verfasser vom 18. Januar 1952.

²⁹³⁾ Brief an Karl Gengler vom 9. Dezember 1945; im Archiv des Landesverbandes der CDU von Südwürttemberg-Hohenzollern.

²⁹⁴⁾ Brief an den Verfasser vom 18. November 1953.

²⁹⁵⁾ Brief an den Verfasser vom 20. September 1953.

daß in Südwürttemberg keine Neigung zu spüren sei, wieder an alte Parteiformen anzuknüpfen. Er gibt jedoch gleichzeitig zu, daß auf der unteren Ebene das politische Zusammengehen der beiden Konfessionen noch sehr problematisch sei.

Das evangelische Lager war nach Dr. Weiß' Auffassung sich noch weniger einig. Der überwiegende Teil strebe eine liberale Partei an, und die Sozialdemokratie ziehe auch bewußte Protestanten an sich. Nur eine Minderheit bemühe sich um den interkonfessionellen Zusammenschluß auf politischer Ebene. Weiß schreibt dann aber weiter²⁹⁶):

„. . . Die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf um die christliche Sache während des Dritten Reiches führte aber doch auf beiden Seiten zu der Erkenntnis, daß ein Zusammengehen der beiden christlichen Konfessionen auch nach dem Zusammenbruch das Richtige sei . . .“

Für die Haltung der Führungskreise trifft dieser Satz sicher zu, aber in der Alltagswirklichkeit, besonders in den konfessionell sehr gemischten Gemeinden und Städten Südwürttembergs, waren doch die beiderseitigen Ressentiments zumindest noch ebenso stark. Ein Brief des an der Gründung der CDU aktiv beteiligten Protestanten Arist Dethleffs aus Isny an Amtsgerichtsrat Kiechle in Wangen vom 20. Mai 1946 bringt dieses besonders deutlich zum Ausdruck²⁹⁷):

„. . . Gestatten Sie mir, Sie zu Ihrer Wahl zum Kreisvorsitzenden der CDU des Kreises Wangen zu beglückwünschen.

Ich begrüße die Entscheidung um so mehr, als der evangelische Teil der Union des Kreises Wangen Sie für dieses Amt in Vorschlag gebracht hätte, sofern ihm die Möglichkeit gegeben gewesen wäre, mit Delegierten auf der Tagung in Kislegg am 13. Mai 1946 vertreten zu sein. Ich bedaure zugleich, daß Herr Lutz, Leutkirch, der im Falle Ihrer Weigerung, dieses Amt zu übernehmen, als zweiter Kandidat von unserer Seite vorgesehen war, nach dieser Wahl im Vorstand überhaupt nicht vertreten ist.

Es liegt mir selbstverständlich völlig fern, Ihnen einen Vorwurf daraus zu machen, daß es sich in Kislegg um eine reine Katholiken-Tagung handelte. Daß der Einberufer, Herr Notar Abt, den tiefsten Sinn der ‚Union‘ leider keinesfalls erfaßt hat, mußte ich ja schon sehr bald nach der 1. Sigmaringer Landeskonferenz erkennen. Sein weiteres Verhalten disqualifizierte ihn völlig — nicht nur in den Augen der Protestanten. Wenn ich gegen seine Wahl zum 2. Vorsitzenden des Kreises Wangen hiermit formell Einspruch erheben muß, so erfolgt dies nicht primär aus dem Grunde, weil Herr Abt unser Vertrauen gründlich verscherzte, sondern deshalb, weil es Grundsatz der Union ist, daß das Amt des 2. Vorsitzenden einem Vertreter der konfessionellen Minderheit übertragen werden muß . . . Wir dürfen gerade jetzt beim Beginn der Zusammenarbeit nie vergessen, daß Vertrauen erst erworben werden muß und der ehrliche Wille zur gemeinsamen Arbeit noch von weiten Kreisen bezweifelt wird . . .“

Gerade der letzte Satz dürfte symptomatisch sein. Es wurde eine Verbindung eingegangen, deren Dauer nicht durch ein allmähliches gegenseitiges Näherkommen vorbereitet war. Jeder Schritt, mit dem Neuland betreten wurde, mußte daher besonders sorgsam getan werden. Auf beiden Seiten war mit den bestehen-

²⁹⁶) Brief an den Verfasser vom 18. November 1953.

²⁹⁷) Im Archiv des Landesverbandes der CDU von Südwürttemberg-Hohenzollern.

den Ressentiments zu rechnen, weshalb alles auf den festen Willen zur Zusammenarbeit, zur Beseitigung der Gegensätze und zur Vermeidung der Unstimmigkeiten ankam. Bewußte oder auch unbewußte Ungeschicklichkeiten gerade unterer Organe konnten den Zusammenschluß wieder ernsthaft in Frage stellen.

Um im evangelischen Lager noch intensiver für den CDU-Gedanken werben zu können, führte Dr. Weiß auch Gespräche mit Landesbischof D. Wurm. Er berichtet darüber:

„... Ich suchte u. a. auch Landesbischof Wurm auf der evangelischen Seite (in Stuttgart) auf, um durch seine Zustimmung mehr Einfluß auf die evangelischen Kreise zu gewinnen. Landesbischof Wurm stellte sich rückhaltlos auf die Seite der CDU, nachdem ich ihm Ziel und Zweck auseinandergesetzt hatte. Durch die Unterstützung von Landesbischof Wurm wurde die Sache der CDU auf evangelischer Seite erheblich gefördert...“

Es kann danach nicht in Frage gestellt werden, daß der Bischof sich persönlich für die interkonfessionelle Zusammenarbeit auf politischem Gebiet lebhaft einsetzte. Er gab aber doch nur seiner eigenen Auffassung Ausdruck, denn die Kirchenleitung hatte sich ja, wie bereits dargestellt, offiziell auf eine neutrale Linie festgelegt.

Prof. Dr. Köberle, evangelischer Theologe in Tübingen und an der Gründung der CDU beteiligt, faßt die Haltung der Protestanten in Südwürttemberg wie folgt zusammen²⁹⁸). Ursprünglich sei der Wunsch nach Zusammenarbeit und Verständigung mit den katholischen politischen Gruppen sehr stark gewesen, zumal sich auch der Landesbischof dafür ausgesprochen habe. Dann sei jedoch diese Zusammenarbeit schweren Belastungen ausgesetzt worden. In katholischen Kreisen habe man die Teilung Württembergs vielfach als ein „Geschenk Gottes“ angesehen, da dadurch die Chance zur Majorisierung Südwürttembergs gegeben worden sei. Die Franzosen, sofern sie kirchliche Bindungen hatten, seien ganz offen für die katholischen Gruppen eingetreten. Die antikatholische Politik und Propaganda Dr. Reinhold Maiers habe deshalb auch in Südwürttemberg im protestantischen Lager auf fruchtbaren Boden fallen und der CDU manche Anhänger nehmen können.

Einheitlich war dagegen die Haltung der katholischen Kirche, nachdem die Hoffnungen, das Zentrum wiederzugründen, sich als nicht realisierbar erwiesen hatten. Dr. Weiß schreibt:

„... Auf katholischer Seite fand ich von kirchlichen Kreisen nach Überwindung gewisser Bedenken uneingeschränkte Unterstützung...“

Diese Unterstützung fand ihren sichtbaren Ausdruck bei den Gründungsverhandlungen, als die Geistlichen den CDU-Vertretern die Namen von Persönlichkeiten mitteilten, die nach ihrer Ansicht für die Parteiarbeit besonders geeignet waren. In Hechingen gehörten sogar mehrere Pfarrer dem Gründungskomitee

²⁹⁸) In einem Gespräch mit dem Verfasser am 30. Juni 1953.

der CDU an. Und der Bischof von Rottenburg gestattete einem seiner Beamten, als Landesgeschäftsführer in Tübingen in die Dienste der CDU zu treten.

Für die Wiedergründung des Zentrums trat jetzt nur noch Dr. Lorenz Bock aus Rottweil, später erster Staatspräsident von Südwürttemberg-Hohenzollern, ein. Er argumentierte ähnlich wie die Zentrumsanhänger in Nordrhein-Westfalen:

„. . . Wie bereits erwähnt, verhielt sich der nachmalige Staatspräsident Lorenz Bock zunächst ablehnend in der Meinung, daß mit einer beide Konfessionen umfassenden Partei eine erfolgreiche parlamentarische Arbeit nicht zu leisten sei. Die Gegensätze seien zu groß. Er könne sich nicht vorstellen, daß in einer Fraktion, der beide Konfessionen angehörten, positive Arbeit geleistet werden könne . . .²⁹⁹⁾.“

Auch bei der entscheidenden Sitzung in Aulendorf am 6. Januar 1946 stimmte Bock für das Zentrum. Er beugte sich dann aber dem Mehrheitsbeschluß und unternahm keinen Versuch, neben der CDU das Zentrum wiederzugründen, sondern trat der neuen Partei bei.

Über die Haltung der Besatzungsmacht, deren katholische Vertreter, wie schon erwähnt, die katholischen Belange besonders zu unterstützen bereit waren, weiß Dr. Weiß wie folgt zu berichten:

„. . . Die Gründung einer christlichen Partei wurde vor allem durch den französischen Abbé Laugeois begünstigt und gefördert. Er ermöglichte mir insbesondere durch die Bereitstellung von Benzin den Besuch der 15 Landkreise des Landes und unterstützte mich auch sonst in jeder Hinsicht tatkräftig.

Die offiziellen Kreise der Militärregierung verhielten sich neutral. Manchmal war der Einfluß der Kommunisten spürbar. An der 1. Landeskonferenz in Sigmaringen nahm ein Vertreter der Besatzungsmacht teil, ohne irgendwie in die Verhandlungen einzugreifen. Es wurde der Besatzungsmacht bald klar, daß in dem Land Württemberg-Hohenzollern das christliche Element überwiegend war. Die führenden Persönlichkeiten waren klug genug, um daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. . .“

Dieser Auffassung entsprechen auch zum Teil die Erfahrungen, die die südwürttembergischen Liberalen mit den französischen Stellen machen sollten. Wilhelm Wirthle, Tübingen, schreibt darüber³⁰⁰⁾:

„. . . Nachdem die Anträge auf Gründung der Demokratischen Volkspartei zweimal bei der Militärregierung ‚verlorengegangen waren‘, erklärte schließlich der Adjutant des Gouverneurs, Oberst de Mangou, in einer neueren Unterredung mit den liberalen Vertretern:

Die Eingaben seien verlorengegangen und jetzt erst wieder zum Vorschein gekommen. Er versuchte uns klar zu machen, daß eine weitere Partei (KPD, SPD und CDU bestanden schon) absolut überflüssig sei. Unseren Einwand, daß wir weite Kreise des Bürgertums bis zur Arbeiterschaft hinüber, besonders aber Gewerbe und Handel erfassen wollten, ließ er nicht gelten. Das könnten wir alles in der CDU haben. Eine etwas unvorsichtige Bemerkung des früheren Landtagsabgeordneten Kübler, Ravensburg, daß der evangelische Bevölkerungsteil des schwäbischen Oberlandes dann politisch

²⁹⁹⁾ Dr. Weiß an den Verfasser am 18. November 1953.

³⁰⁰⁾ Brief an den Verfasser vom 22. September 1953.

heimatlos bleibe, parierte de Mangou sofort mit dem Einwurf: „Sie wollen also eine evangelische Partei?“ Wir versuchten ihm das auszureden. Er blieb aber skeptisch und verabschiedete uns bald . . .“

Die Haltung der französischen Militärregierung in der Frage der Neugründung politischer Parteien kann also dahingehend umrissen werden, daß ihr ein Dreiparteiensystem am liebsten gewesen wäre, in dem für die Liberalen kein Platz blieb, und daß sie mehr oder weniger die christlichen Demokraten unterstützte. Die in einigen katholischen Kreisen Oberschwabens vorherrschenden betont föderalistischen Auffassungen kamen ihren eigenen Absichten sehr entgegen, zudem wünschte sie auch keinesfalls irgendeinen politischen Einfluß von außen, den sie bei den Liberalen, die besonders enge Verbindungen zu Stuttgart pflegten, als gegeben ansah. Auf die Dauer zeigte sich jedoch, daß die deutschen Parteien nicht von der Besatzungsmacht dirigiert werden konnten, die Liberalen sich vielmehr ebenfalls durchsetzten und die CDU auch nicht zum Sprecher der Franzosen wurde.

b) Die „*Demokratische Vereinigung*“ in Tübingen
und die Gründung der *Demokratischen Volkspartei*

In der neuen Landeshauptstadt Tübingen hatte sich schon im Frühjahr 1945 eine Anzahl angesehenen Bürger der verschiedenen Parteien zu einer losen Vereinigung zusammengefunden, um politische Probleme zu erörtern und das öffentliche Leben wieder in Gang zu bringen. Wilhelm Wirthle, später Präsident der Postdirektion, berichtet über diese Gruppe und ihre Entwicklung³⁰¹):

„. . . Gleich nach dem Einmarsch der Franzosen fand sich eine Anzahl älterer Tübinger Bürger, lauter . . . Gegner des Nationalsozialismus, zusammen, um der Not der Bevölkerung zu steuern und zu versuchen, das Schlimmste von ihr abzuhalten.

Ich lebte, da ich unter Polizeiaufsicht gestanden, sehr zurückgezogen und wurde erst nach der zweiten oder dritten Sitzung des Gremiums durch den Dolmetscher des Stadtvorstandes, Max Kübler (früher DDP), den jetzigen Direktor des Hotels Alsterhof in Hamburg, zur Teilnahme aufgefordert. Man traf sich trotz des Versammlungsverbots jeden Mittwochabend in der gut abgedunkelten Wirtsstube des ‚Gasthofes zum Pflug‘ in der Altstadt. Es waren Angehörige aller Parteirichtungen, die sich hier zusammenfanden³⁰²). Fast alle kannten sich. Nur ein paar fremde Gestalten tauchten auf, die große Töne redeten, aber bald, als Hochstapler entlarvt, wieder verschwanden. . . Es wurde viel geredet, aber auch einiges geschaffen. Zunächst wurde die lose Versammlung als ‚Demokratische Vereinigung‘ in Form gebracht und der Vorsitz dem Herrn Baudermann, der wegen Abreißens von Wahlplakaten ein Jahr in Dachau verbringen

³⁰¹) Brief an den Verfasser vom 22. September 1953.

³⁰²) Teilnehmer waren: Bartels, Wilhelm Baudermann, Otto Erbe, Prof. Dr. Furch, Adolf Hartmaier, W.-Hans Hebsacher, Wilhelm Hirn, Prof. Dr. Erich Kamke, Albert Karle, Gottlieb Karrer, Karl Kehrer, Georg Kocher, Prof. Dr. Adolf Köberle, Max Kübler, Jakob Krauß, Jakob Merkle, Viktor Renner, Johannes Röhm, Dr. Carlo Schmid, Karl Schuster, Paul Schwarz, Oskar Trinks, Arno Vödtsch, Albert Weidle, Wilhelm Wirthle, Zahr, Ferdinand Zeeb (Die am 2. Januar 1946 vom französischen Kreisgouverneur als Stadtbeiräte eingesetzten Mitglieder der „Demokratischen Vereinigung“ sind durch Sperrdruck bezeichnet)

mußte, übertragen . . . Erstes Anliegen war die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse und die Beschaffung von Lebensmitteln. Die hierzu notwendigen Verhandlungen erforderten eine energische Persönlichkeit auf dem Rathaus. Der von den Franzosen eingesetzte kommissarische Oberbürgermeister war ein alter, kranker Mann. An seiner Stelle übernahm der Landgerichtsrat Viktor Renner — politisch ein unbeschriebenes Blatt — die Leitung der Stadtverwaltung. Hartmaier übernahm das wichtige Sozialamt, Max Kübler das Wohnungsamt, der jetzige Landrat Zahr wurde Stellenleiter der Vorstadt Derendingen, Universitäts-Professor Furch solcher der Vorstadt Lustnau. Vödlich übernahm das wichtige Arbeitsamt . . .

Alle Genannten mit Ausnahme von Renner, Furch und Kübler waren früher Angehörige der SPD. Renner trat dann dieser Partei auch bei, wie sein Freund Carlo Schmid, der gleichzeitig Landesdirektor in Stuttgart und Universitätsprofessor in Tübingen wurde. Ich wurde mit dem Aufbau der Postanstalten und der Vorbereitung der Wiederaufnahme des Postdienstes beauftragt . . .

Carlo Schmid schwebte über den Wassern. Die glänzende Beherrschung der französischen Sprache und seine Bekanntschaft mit Gouverneur Widmer (vom Gefangenenlager her) sicherten ihm die führende Stellung beim Wiederaufbau einer neuen Staatsregierung.

Zu diesem Zeitpunkt wurde die Erlaubnis zur Gründung politischer Parteien erteilt³⁰³). Sozialdemokratie und Kommunisten organisierten sich nach dem Vorbild ihrer alten Parteien.

Uns Bürgerlichen schwebte eine Art Zweiparteiensystem nach englischem Vorbild vor. So fanden sich um die Jahreswende wöchentlich ein- bis zweimal Männer in meinem Dienstzimmer ein, denen dieses Ideal vorschwebte. Aus der alten Deutschen Demokratischen Partei waren es nur wenige: Otto Erbe, Rudolf Konz zur Linde, Kocher, Kehrer, Weidle und Wirthle. Zahlreicher waren Bürger, die der Zentrums- partei, dem CVJM (Christlicher Verein Junger Männer — eine nicht politische Vereinigung) und sonstigen kirchlich orientierten Organisationen angehört hatten oder mit ihnen sympathisierten. Ich zähle aus dem Gedächtnis auf: Paul Schwarz — früher Zentrumsvorsitzender und Stadtrat in Tübingen; Jakob Krauss — früheres Mitglied des CVJM, Schneidermeister, ev.; Adolf Köberle — Dr. theol., Professor, Universität Tübingen, der in den dreißiger Jahren viel in der Schweiz gelebt hatte; Mayer — Forst- rat, Vorstand der Sophienpflege Lustnau, kirchlich gebunden; Rieckert — Vorstand der Genossenschaftsbank Lustnau, ebenfalls kirchlich stark gebunden; Gerd Weng — Gerichtsassessor, jetzt Justizrat beim Landesbischof von Rottenburg und Vorsitzender der CDU in Tübingen. Von dieser Seite wurden zu jeder Besprechung noch einige jüngere Freunde aus der Universität beigezogen.

Die Verhandlungen verliefen in freundschaftlichsten Formen, denn man war sich in der Zielsetzung einig. Auch über die wichtigsten Programmpunkte, die das Wesen einer bürgerlich-demokratischen Partei bestimmen, war man derselben Meinung, nur über den Namen der neuen Partei konnte man sich noch nicht einigen. Wir Demokraten wollten in der neuen Firma die demokratische Zielsetzung und die Verbundenheit mit den breitesten Schichten der Bevölkerung — von den Bauern bis in die bodenständige Arbeiterschaft hinein — zum Ausdruck bringen. Die anderen (die zweite Gruppe) legten größten Wert darauf, neben diesen beiden Faktoren auch den christlichen Charakter der Partei zu betonen.

In Stuttgart, wo Ernst Mayer (Landesgeschäftsführer der Demokratischen Volkspartei) und andere die Gründung einer Demokratischen Partei mit liberalem Einschlag

³⁰³) Am 13. Dezember 1945.

betrieben, war man mit meinen Absichten nicht einverstanden. Aber die Zonengrenzen verhinderten eine aktive Einflußnahme.

In der letzten gemeinschaftlichen Sitzung hatte Professor Köberle in fast zweistündigen Ausführungen die Verpflichtung zum christlichen Standpunkt vertreten, als abends 22 Uhr ein Abgesandter des Bischofs von Rottenburg hereinplatzte mit der Mitteilung: Soeben sei in Rottenburg die CDU gegründet worden³⁰⁴). Darauf erhoben sich die Mitglieder der christlich-orientierten Richtung unter höflichsten Entschuldigungen und verließen das Lokal. Zu dieser vorgerückten Stunde gründete das ‚Rumpfparlament‘ die Demokratische Volkspartei . . .“

Wirthles Darstellung, deren Richtigkeit von den verschiedenen Mitgliedern der Vereinigung bezeugt wird, gibt einen guten Einblick in die speziellen Tübinger Verhältnisse. Nach der Absonderung der Sozialdemokraten und Kommunisten bestand zunächst die Neigung, eine große bürgerliche Partei zu gründen. Diese Absicht konnte jedoch nicht realisiert werden, da zwei Gruppen, die liberalen und die christlichen Demokraten, um die Vorherrschaft rangen und sich nicht einigen konnten. Der nordwürttembergische Einfluß, insbesondere vom nahen Stuttgart her, wurde deutlich spürbar. Wie in Heilbronn, so konnte sich auch in Tübingen der Gedanke einer Sammelpartei des nichtmarxistischen Bürgertums nicht durchsetzen.

In seinem Bericht nennt Wirthle nicht das Datum der Spaltung in Tübingen. Wahrscheinlich wird es der 6. Januar 1946 gewesen sein, der Tag des Aulendorfer Beschlusses, in Südwürttemberg die CDU zu gründen. Es ist aber auch durchaus möglich, daß es erst der 23. März 1946 war, an dem der CDU-Landesverband offiziell gebildet wurde.

Wie schon dargestellt, hatten Dr. Weiß und seine Freunde zunächst große Schwierigkeiten, mit Protestanten überhaupt ins Gespräch und später zu einer Einigung zu kommen. Die katholischen Gruppen Südwürttembergs meinten sogar, daß der Protestantismus politisch überhaupt nicht aktiv werden könne. Wirthles Bericht zeigt jedoch, daß dem nicht so war. Die Tübinger Gruppe um den evangelischen Theologieprofessor Köberle trat bewußt für den Einsatz der Protestanten im politischen Leben ein, bekannte sich zur Zusammenarbeit mit den früheren Zentrumsangehörigen und verwandte sich für die Übernahme des Wortes „Christlich“ in den Parteinamen. Diese betonte Wendung aber brachte den Konflikt mit den Tübinger Liberalen. So kam es, daß die Anhänger der CDU hier die Initiative in der Hand hatten und die Liberalen nur nachziehen konnten. Daß diese dann zudem noch durch die Haltung der französischen Militärregierung und, wie von ihnen behauptet wird, auch von der deutschen Regierung unter Carlo Schmid an einer Entfaltung gehindert wurden, war der Grund für die drittrangige Stellung, die sie in den ersten Nachkriegsjahren in Südwürttemberg einnahmen, obwohl doch nur 60 km nördlich in Stuttgart das

³⁰⁴) Wirthle dürfte hier einige Fakten verwechselt haben. Der Beschluß, die CDU für Südwürttemberg zu gründen, wurde nicht in Rottenburg, sondern in Aulendorf gefaßt. Der Überbringer der Mitteilung wird sicher auch nicht vom Bischof gesandt worden sein.

tatsächliche Zentrum der DVP sich zur gleichen Zeit erheblich zu entfalten vermochte. Erst später gelang es Eberhard Wildermuth, von 1949 bis zu seinem Tode im Jahre 1952 Wohnungsbauminister im ersten Kabinett Adenauer, die Demokratische Volkspartei auch in Südwürttemberg auf eine breitere Basis zu stellen.

c) *Die Gründung der südwürttembergischen CDU und ihre politischen Ziele*

Am 6. Januar 1946 fand in Aulendorf eine von Dr. Weiß organisierte Versammlung früherer Zentrumsangehöriger statt, auf der ein Aktionsausschuß zur Vorbereitung der Gründung der christlich-demokratischen Partei Südwürttembergs berufen wurde. Im Sitzungsprotokoll³⁰⁵⁾ heißt es darüber:

„. . . Dr. Weiß berichtete über die von ihm bis jetzt geleisteten Vorarbeiten (Besuch der einzelnen Kreise, um die Einstellung zur Gründung einer christlichen Partei kennenzulernen). Anlässlich eines Besuches beim Bischof von Rottenburg wurde festgelegt, daß bindende Abmachungen mit der evangelischen Kirche nicht getroffen werden³⁰⁶⁾.

Es wurden die Gründe für und wider das Zusammengehen beider Konfessionen erörtert und auf die Vorgänge in anderen Ländern hingewiesen³⁰⁷⁾.

Nach einer ausgiebigen Aussprache, an der auch Minister André³⁰⁸⁾ teilnahm, einigte man sich schließlich auf ein Zusammengehen beider Konfessionen.

Die Partei soll die Bezeichnung Christliche Volkspartei führen.

Anschließend wurden Organisationsfragen besprochen, Bestimmung von Kreisvertretern und von örtlichen Vertrauensmännern.

Dr. Weiß wird bei der Militärregierung in Tübingen die Genehmigung der Partei beantragen. Er schloß die Tagung mit einem Appell zu aktiver Mitarbeit der christlichen Sache wegen.

Bei der Tagung waren die Kreise Tettnang, Ravensburg, Wangen, Biberach, Ehingen und Sigmaringen mit insgesamt etwa 25 Teilnehmern vertreten. . .“

Die Sätze zeigen deutlich, daß die Frage, ob Zentrum oder CDU, immer noch Schwierigkeiten bot und trotz der Teilnahme nordwürttembergischer CSV-Vertreter und der aus fast allen deutschen Ländern bereits vorliegenden Berichte über die Neugründungen der Schritt zur interkonfessionellen Partei nur zögernd getan wurde. Die Vertreter des Zentrumsgedankens warteten zweifellos weiterhin mit sehr ernsthaften Überlegungen auf und konnten nur schwer überzeugt werden.

Ein erster Antrag an die Militärregierung auf Genehmigung der „Christlichen Volkspartei“ wurde vom Aktionsausschuß am 11. Januar 1946 formuliert,

³⁰⁵⁾ Im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern.

³⁰⁶⁾ Der Satz ist außerordentlich aufschlußreich. Er läßt erkennen, daß das Bischöfliche Ordinariat dem Plan einer interkonfessionellen Partei doch sehr skeptisch gegenüberstand und die katholischen Belange gegebenenfalls in anderer Weise zu sichern suchte. Es wollte auf jeden Fall vermeiden, daß irgendwelche Verpflichtungen, etwa in der wichtigen Schulfrage, gegenüber der evangelischen Kirche schon als Vorausleistung eingegangen wurden.

³⁰⁷⁾ Hier wurden sicher die Kölner und Berliner Konzeptionen, die inzwischen bekanntgeworden waren, sowie auch die Verbindungen zur nordwürttembergischen Schwesterpartei eingehend diskutiert. Diese hatte auch Teilnehmer zur Sitzung entsandt, wahrscheinlich mit Erlaubnis der Besatzungsmacht, die in einem solchen Falle nur schwer übergangen werden konnte.

³⁰⁸⁾ Damals Vorsitzender der Christlich-Sozialen Volkspartei Nordwürttembergs.

wegen offengebliebener technischer Fragen jedoch nicht abgeschickt. Am 17. Januar waren dann aber alle Unklarheiten beseitigt, der Antrag auf Zulassung der „Christlich-Demokratischen Union“ in Württemberg-Hohenzollern wurde den französischen Behörden vorgelegt und von diesen sehr schnell genehmigt.

Einen starken Zuwachs erhielten die Anhänger des Unionsgedankens dann durch die Tübinger protestantische Gruppe um Prof. Köberle, die sich nach der schon beschriebenen Abspaltung der Demokraten unter Wilhelm Wirthle nunmehr dem Kreis um Dr. Weiß anschloß, der dadurch erst einen wirklich interkonfessionellen Charakter erhielt. Der christlich-demokratischen Partei war jetzt die tragfähige Basis gegeben, auf der aufgebaut werden konnte.

Die offizielle Gründung folgte am 23. März 1946. Auf dem 2. Landestreffen, ebenfalls in Sigmaringen, am 22. und 23. Juni 1946 wurde sodann der provisorische Vorstand durch den ersten ordentlich gewählten abgelöst, der das Ergebnis der vorangegangenen Kämpfe um die Führung der Partei war und eine möglichst gerechte Vertretung aller Kreise und Stände darstellen sollte. Er setzte sich wie folgt zusammen:

Name	Beruf	Ort	Konfession	Frühere pol. Bindung
1. Vorsitzender: Dr. Weiß, Franz	Mitglied der prov. Regierung	Sigmaringen	kath.	Zentrum
2. Vorsitzender: Steiner, Ulrich ³⁰⁹⁾	Gutsbesitzer	Schloß Laupheim	ev.	Bauern- u. Weingärtner-Bund
Vorstandsmitglieder: Bischoff, Philipp ³¹⁰⁾	Hauptlehrer	Dettingen	ev.	CSVD
Gengler, Karl ³¹¹⁾	Kassenleiter	Rottweil	kath.	Zentrum
Krauss, Jakob	Schneidermeister	Tübingen	ev.	
Kammerer, Fabr.	Arbeiter	Calw		
Bauknecht, Bernhard	Landwirt	Albertshofen	kath.	Zentrum
Weinrebe, Heinz	Student	Tübingen	ev.	
Rädler, Josef	Kaufmann	Wangen	kath.	
Hofer, Christian ³¹²⁾	Kassenleiter	Horb	kath.	Zentrum
Leibinger	Arbeiter	Mühlheim		

³⁰⁹⁾ Ulrich Steiner, 1908 geboren, mußte 1933 aus „rassischen“ Gründen das Studium aufgeben und übernahm 1935 den väterlichen Guts- und Brauereibetrieb. 1940 wurde er aus der Wehrmacht ausgeschlossen und 1944 zusammen mit seiner Mutter inhaftiert.

³¹⁰⁾ Philipp Bischoff, 1889 geboren, gehörte seit 1928 dem CSVD an und wurde 1933 wegen Widerstandes gegen die Einsetzung des „Reichsbischofs“ Müller zeitweilig inhaftiert.

³¹¹⁾ Karl Gengler, 1886 geboren, war von 1910 bis 1933 Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes für Südwestdeutschland und lange Zeit auch Landesvorsitzender der Christlichen Gewerkschaften in Württemberg-Hohenzollern. Von 1919 bis 1933 hatte er ein Zentrumsmandat im Württembergischen Landtag inne, später gehörte er dem Oppositionskreis um Jakob Kaiser an.

³¹²⁾ Christian Hofer, 1893 geboren, war von den Nationalsozialisten aus politischen Gründen einige Zeit in Haft gehalten worden.

Bezeichnend ist, daß kein früherer Liberaler Aufnahme gefunden hatte, aber auch die Tübinger Gruppe nur schwach vertreten war. Die Aktivität des katholischen Kreises um den nunmehrigen ersten Vorsitzenden Dr. Weiß fand in der Zusammensetzung des Landesvorstandes ihren sichtbaren Ausdruck. Man kann jedoch sagen, daß dieser nach der Konfessionsverteilung und der sozialen Stellung seiner Mitglieder doch einen repräsentativen Querschnitt durch die Partei darstellte.

Die ersten Kundgebungen der CDU Südwürttembergs, die Diskussionen auf den ersten Landeskonferenzen und die Erörterungen auf den Sitzungen des Landesvorstandes kreisten dann immer wieder um die gleichen Probleme, die schon vor der Gründung der Partei verhandelt, aber noch nicht gelöst waren. Der Kernpunkt aller dieser Fragen war, wie auch der erste Aufruf feststellte, daß in der Union sich beide Konfessionen auf politischer Ebene zur Zusammenarbeit gefunden hätten und daß nunmehr aus den Kräften des christlichen Glaubens ein neuer Staat zu bauen sei. Das war die grundsätzliche Forderung, deren Realisierung jedoch, und darüber waren sich alle Beteiligten klar, noch vieler Kleinarbeit bedurfte. Den kulturpolitischen Fragen mußte selbstverständlich ein besonderes Gewicht zuerkannt werden. Die Partei war sich einig, das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder unbedingt zu wahren, auf eine Erziehung, die „in Ehrfurcht vor Gott, vor Alter und Erfahrung“ zu führen sei. Damit war sogleich und unmittelbar die Frage der Schulform angerührt, zumal Württemberg früher nur die konfessionell gemischte Volksschule gekannt hatte. Ob nunmehr eine Neuorientierung des ganzen Schulaufbaues durchzuführen sei und welchen Anteil die beiden Konfessionen daran zu nehmen hätten, war eines der entscheidenden Probleme.

Nach Beendigung eines Krieges, der unendlich viel Eigentum zerstört und Millionen von Menschen verarmt, zu Unterstützungsempfängern gemacht hatte, stellte sich aber auch — schon aus dem Gebot der christlichen Nächstenliebe — in gleicher Intensität die soziale Frage. Die südwürttembergische CDU einigte sich zunächst auf die Formel: „Christlicher Sozialismus ist die Grundlage all unserer wirtschaftlichen Bestrebungen³¹³⁾.“ Aber wie sollte sich dieser christliche Sozialismus nun konkretisieren? Zu den Problemen der Sozialisierung von Grundindustrien und der Bodenreform mußte daher unbedingt Stellung genommen werden. Eine Entscheidung über die Sozialisierung ließ sich keinesfalls allein mit dem Schlagwort „Zusammenballung von Kapital in wirtschaftlichen Machtgebieten ist abzulehnen; derartige bestehende Gebilde sind öffentlich zu kontrollieren³¹⁴⁾“ fällen. Und neben den vielen kleinen landwirtschaftlichen Betrieben bestanden von alters her etliche größere Güter, deren Aufteilung die Linksparteien nun als selbstverständlich forderten.

³¹³⁾ Aufruf vom 22. März 1946; im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern.

³¹⁴⁾ Aufruf vom 22. März 1946; im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern.

Nicht zuletzt mußte auch zu den außenpolitischen Problemen und der Frage der staatlichen Kontinuität Stellung genommen werden, obwohl die französische Besatzungsmacht deutlich zu erkennen gab, daß die deutschen Parteien ihrer Zone sich ausschließlich auf sozial-, wirtschafts- und kulturpolitische Themen beschränken sollten, die Außenpolitik, worunter auch die Politik der Besatzungsmächte verstanden wurde, und überregionale Beziehungen, also auch die Fragen der Weiterexistenz des Reiches und der Neugliederung des bisherigen Reichsgebietes, jedoch nicht verhandeln durften. Die südwürttembergische CDU schnitt daher, ganz offensichtlich nur aus taktischen Gründen, in ihrem ersten Programm das Problem „Deutschland“ überhaupt nicht an, sie hielt sich aber trotzdem verpflichtet, zumindest die interne Diskussion darüber weiterzuführen und eine öffentliche Behandlung des Themas zu gegebener Zeit ausreichend vorzubereiten.

Alle diese und noch weitere Fragen mußten nun geklärt werden, nachdem durch die Gründung der Partei erst einmal die äußere Form geschaffen war. Sie mit Inhalt zu füllen, war die Aufgabe, an die die südwürttembergische CDU jetzt heranzugehen hatte.

In einer der ersten Denkschriften, die nach der Gründung der Partei verfaßt wurden, heißt es über das Verhältnis der beiden Konfessionen zueinander³¹⁵):

„... Geben wir uns keinen Illusionen hin, noch herrscht in allen Landesteilen aller Zonen reichliches Mißtrauen zwischen dem katholischen und dem protestantischen Flügel. Und dieses Mißtrauen wächst, anstatt abzunehmen. Bei den Protestanten nicht so sehr verwunderlich, hat doch zum Beispiel der englische Rundfunk seinen Landsleuten die CDU als die ‚catholic party‘ erklärt. Zentrumsleute ältester und bekanntester Provenienz sind ebenfalls rührig am Werk. Die Beispiele ließen sich beliebig erweitern. Andererseits ist für eine Reihe ältester Katholiken der Protestant bestenfalls ein AUCH-Christ. Diese Katholiken verlassen sich auf den fest gegründeten Turm der in härtesten Stürmen erprobten katholischen Kirche mit ihrer weisen politischen Tradition. Sie sehen auf den armen protestantischen Bruder ein bißchen mitleidig herab und glauben in ihrer politischen Rechnung ihn ruhig an die zweite Stelle setzen zu können. Protestantisches Stimmvieh für eine Nachfolgepartei des Zentrums! So grundfalsch diese Einstellung gegenüber der CDU ist, einige Kreise sind in ihr befangen. Unsere Aufgabe also ist es, dieses Mißtrauen zu zerstreuen, die ehrliche Loyalität der beiden Konfessionssäulen in der Tat nachzuweisen und die Hoffnungen der Feinde der CDU auf Spaltung zunichte zu machen. Wichtig ist dabei, daß der schon einsetzenden Jagd nach Posten, daß der Vetterlewirtschaft und daß dem Pfauenspiel allzu menschlicher Eitelkeit und persönlichen Ehrgeizes aus Vernunft, Anständigkeit und Toleranz ein Damm gesetzt wird ...“

Protestanten und Katholiken standen sich also mit mancherlei Mißtrauen gegenüber, das auf beiden Seiten nicht so leicht aus der Welt zu schaffen war. Trotzdem wurde auch hier wieder nachdrücklich postuliert, daß in der CDU die Basis für die politische Verständigung der beiden Konfessionen geschaffen sei.

³¹⁵) Der Verfasser konnte nicht ermittelt werden. Abgefaßt wurde die Denkschrift wahrscheinlich im Sommer 1946.

Mitglieder und führende Persönlichkeiten, die nur die eigene Konfession sahen und in den Kategorien einer früheren Zeit dachten, konnten deshalb zu einer wirklichen Gefahr für den Unionsgedanken werden. Besonders auf katholischer Seite waren die Bestrebungen, den anderen Teil zu majorisieren, häufig recht stark. Ulrich Steiner, der evangelische 2. Landesvorsitzende, sah sich sogar gezwungen, auf der Sitzung des Landesvorstandes in Tübingen-Bebenhausen am 4. Dezember 1946 entschieden zu warnen³¹⁶⁾:

„... Wir müssen an eine intensive Bearbeitung unserer evangelischen Wähler herangehen. Wir verlieren unsere evangelischen Wähler mit absoluter Sicherheit, wenn nach wie vor der tatsächliche Kurs, der stark katholisch ist, bleibt und in allen ersten Posten Katholiken sind. Die Intelligenz³¹⁷⁾ geht immer mehr zur DVP über...“

Diese Spannungen, die unausbleiblich waren, in einigen Gebieten aber durch das ungeschickte Verhalten der lokal oder regional führenden Gremien besonders verschärft wurden, schlugen sich auch in dem sehr unterschiedlichen Zulauf, den die CDU in den ersten Monaten ihres Wirkens erhielt, deutlich nieder. Einer Mitgliederaufstellung 1. September 1947³¹⁸⁾, die allerdings keine Aufschlüsselung nach der Konfessionszugehörigkeit enthält, ist immerhin zu entnehmen, daß die Partei sich sehr viel schneller und stärker in den vorwiegend katholischen Gebieten durchzusetzen verstand. In dem protestantischen Reutlingen, einer der größten Städte des Landes, werden z. B. nur 96 Mitglieder nachgewiesen, während in dem kleinen, fast ausschließlich katholischen Kreis Wangen 800 und in dem ungefähr ebenso großen katholischen Kreis Ravensburg sogar 1100 Personen die Mitgliedschaft erworben hatten. Im überwiegend protestantischen Kreis Tübingen werden wiederum nur 417, in dem weithin katholischen Kreis Biberach dagegen 724 eingeschriebene Mitglieder geführt. Diese Gegenüberstellung ließe sich mit dem gleichen Ergebnis noch beliebig fortsetzen. Auch die ersten Wahlen in Württemberg-Hohenzollern deuten auf die Spannungen hin. Die Zusammenfassung (in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen) läßt das zwar nicht sogleich erkennen, sondern weist lediglich nach, daß die CDU bei den Kreistagswahlen im Oktober 1946 den größten Teil der bei den Gemeindewahlen vier Wochen vorher für die Unabhängigen abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und bei der Landtagswahl im Mai 1947 dann einen fühlbaren Rückschritt erlitt:

	CDU	SPD	DVP	KPD	Unabhängige
Stadtkreis- und Gemeindewahlen 15. September 1946	32,8	13,6	5,6	5,0	37,6
Landkreiswahlen 13. Oktober 1946	63,1	19,8	10,3	6,8	—
Landtagswahlen 18. Mai 1947	54,2	20,8	17,7	7,0	—

³¹⁶⁾ Protokoll der Sitzung im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern.

³¹⁷⁾ Gemeint ist selbstverständlich nur die protestantische Intelligenz.

³¹⁸⁾ Im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern.

Gliedert man diese Ergebnisse weiter auf, so zeigt sich, daß in den evangelischen Gebieten ein verhältnismäßig großer Teil der bei den vorangegangenen Gemeindevahlen für die Unabhängigen abgegebenen Stimmen auch der SPD und der DVP zufiel und der Rückschlag der CDU bei der Landtagswahl 1947 fast ausschließlich der DVP zugute kam. Wodurch erneut erkennbar wird, daß die Union sich in den katholischen Kreisen fest konsolidiert hatte, in den protestantischen aber doch sehr labil blieb. Das oben zitierte Mahnwort Ulrich Steiners war also keineswegs Schwarzmalerei, sondern hatte eine echte Sorge zum Anlaß. Denn noch stärker als in Nordwürttemberg sah der protestantische Teil der Bevölkerung Südwürttemberg-Hohenzollerns die CDU keineswegs als die allein für ihn in Frage kommende politische Vertretung an, sondern wußte zwischen ihr, der SPD und der DVP als den ihm in gleicher Weise gemäßen Parteien seine Entscheidung zu treffen. —

Wie in allen anderen deutschen Gebieten, so trat auch in Südwürttemberg der katholische Bevölkerungsteil — in Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Bischofs von Rottenburg³¹⁹⁾ und dem kanonischen Recht (CIC — 1372/73, 1381 §§ 1 u. 2), aber entgegen den Ansichten des Freiburger Erzbischofs — für die Einführung der Konfessionsschule ein, während der überwiegende Teil der Protestanten in Anknüpfung an die früheren Verhältnisse eine „Christliche Gemeinschaftsschule³²⁰⁾“ wünschte. Diese Meinungsverschiedenheiten traten naturgemäß auch in der CDU deutlich hervor.

Am 17. Mai 1946 — d. h. kurz vor Beginn der parlamentarischen Verhandlungen über die Schulfrage — gab Dr. Weiß namens des Landesvorstandes dem Bischöflichen Ordinariat eine schriftliche Erklärung ab, nach der es schien, als ob die CDU die katholischen Ansichten voll vertreten würde. Es hieß in dem Brief³²¹⁾:

„. . . Auch die Christlich-Demokratische Union Südwürttembergs und Hohenzollerns geht in der Schulfrage vom Elternwillen und vom Elternrecht aus und setzt sich für die konfessionelle Schule ein.

Grundsätzlich hat auch die Kirchenkonferenz in Treysa der Bekenntnisschule zugestimmt . . .“

Diese Erklärung war eindeutig, aber der Landesvorsitzende hatte mit ihr seine Kompetenzen überschritten, da die meisten protestantischen Vorstandsmitglieder sie nicht gebilligt hatten. Ein ähnlich gefaßter Passus tauchte deshalb in den weiteren Deklarationen und Entwürfen nicht wieder auf. In einer im Laufe des Jahres 1946 verfaßten Resolution hieß es z. B. sehr viel weniger bestimmt und ganz bewußt allgemein gehalten³²²⁾:

³¹⁹⁾ Vgl. Denkschrift des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg über die Gestaltung der Volksschule in Württemberg vom 22. Februar 1946, vom Bischof persönlich unterzeichnet; im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern.

³²⁰⁾ Simultanvolksschule mit konfessionell getrenntem Religionsunterricht.

³²¹⁾ Im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern.

³²²⁾ Im Programmentwurf der CDU Südwürttemberg-Hohenzollern. Dieser Entwurf wurde zwar in allen CDU-Kreisen eingehend diskutiert, zur Abfassung eines eigenen Parteiprogramms ist es jedoch nie gekommen. Der Entwurf im Archiv des Landesverbandes.

„... Vor allem von der Schule sollen alle uniformierten Einflüsse ferngehalten werden. Die Freiheit der religiösen Überzeugung muß unbedingt gewahrt werden. Der Einfluß der Eltern auf Form und Lehrplan der Schule muß garantiert werden ...“

Ähnlich taktierte die CDU dann auch in der Verfassungsgebenden Landesversammlung. Der mit ihrer Unterstützung beschlossene Artikel 112 der Verfassung ordnete schließlich die Schulfrage mit folgenden Worten:

- „1. Die öffentlichen Volksschulen sind christliche Schulen.
2. Maßgebend für die Gestaltung der Schulform ist der Wille der Erziehungsberechtigten. Ihm wird Rechnung getragen, wenn die Zahl der Schüler es erlaubt. Ein Schulgesetz regelt das Nähere.
3. In allen Volksschulen wird der Unterricht so erteilt, daß die Gefühle Andersdenkender nicht verletzt werden und die gegenseitige Achtung vor dem anderen Glaubensbekenntnis gefördert wird.“

Das war ganz bewußt eine Kompromißformel, die nur die Grundzüge bestimmte. Die Realisierung blieb einem besonderen Schulgesetz überlassen, die Diskussion darüber wurde gleichzeitig weitgehend in den außerparlamentarischen Raum verschoben. Die Eltern, aber auch durch sie die Lehrervereine, Kirchen usw. konnten nun mitbestimmen. Da die überwiegende Zahl der südwürttembergischen Gemeinden eine katholische Mehrheit aufwies, war dieser durch den Verfassungsartikel die Möglichkeit gegeben, ohne daß die Verfassung selbst die generelle Lösung, die Dr. Weiß in seinem Brief angedeutet hatte, bestimmte, fast überall katholische Konfessionsschulen einzurichten, während die Schulen der protestantischen Minderheit nicht gesetzlich gesichert waren. Bei den Abstimmungen optierten fast 90% der katholischen Eltern für die Bekenntnisschule, während die meisten der protestantischen Erziehungsberechtigten sich für die Christliche Gemeinschaftsschule, in der lediglich der Religionsunterricht nach Konfessionen getrennt erteilt werden sollte, einsetzten. Da aber der Protestantismus keineswegs einen festen Block darstellte, der sich entschlossen einzusetzen verstand, kam es fast überall zur Einrichtung von Bekenntnisschulen.

Auch auf schulpolitischem Gebiet konnten sich also die Auffassungen des katholischen Teils der Union wesentlich besser durchsetzen als die des protestantischen Partners. Zugegeben muß allerdings auch werden, daß dieser letzten Endes auch hier wegen des Mangels an einheitlichem Willen und einer offenbaren Gleichgültigkeit mancher Kreise sich selbst schadete, während die Katholiken eine fest umrissene Willensäußerung zu erkennen gaben. Man kann also nicht sagen, daß die konfessionelle Mehrheit rücksichtslos und bewußt die Belange der Minderheit übergang, sondern muß vielmehr dahingehend abmildern, daß die Protestanten durch eine häufig sichtbar werdende Lässigkeit dem kraftvolleren Partner die Initiative überantworteten. —

Nach ihrer ersten programmatischen Äußerung vom 22. März 1946 bekannte sich die südwürttembergische CDU zu einem „christlichen Sozialismus“, durch den jedem Bürger menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu garantieren seien. Postuliert wurde weiterhin der Schutz des Eigentums,

und nur für ganz wenige Fälle — so z. B. bei einer Gefahr für den Staat als Folge wirtschaftlicher Machtkonzentration oder bei Maßnahmen zur Linderung eines Staatsnotstandes — sollte an staatliche Eingriffe gedacht werden können. Dieser Begriff eines „christlichen Sozialismus“ — wahrscheinlich von den Berliner oder Kölner Programmsätzen übernommen — wurde jedoch später nicht wiederholt, die südwürttembergischen Christlichen Demokraten zogen es vielmehr vor, sich nicht mehr programmatisch zu äußern, sondern direkt zu den sozialen und wirtschaftlichen Fragen der Tageswirklichkeit Stellung zu beziehen. Jede Verge-meinschaftung, Verstaatlichung, Enteignung oder Aufteilung industrieller Unternehmen und landwirtschaftlicher Betriebe wurde von ihnen entschieden abgelehnt. Mit Nachdruck wandten sie sich sogar gegen die von den Franzosen im Zuge der Entnazifizierung vorgesehene Enteignung solcher Betriebe, die sich in den Händen der früheren Nationalsozialisten befanden. Am 17. April 1946 sandte z. B. der Landesverband den folgenden Brief an die Militärregierung in Tübingen³²³⁾:

„... Zu dem beabsichtigten Verfahren der Nationalisierung eines Großteils der wirtschaftlichen Unternehmungen, wie es die in Aussicht genommene Regelung vom 6. April 1946 vorsieht, gestatten wir uns, auf folgendes hinzuweisen:

Diese Auffassung der Säuberung betrifft an Stelle der an sich schuldigen Menschen unser derzeitiges Wirtschaftssystem aufs tiefste, das damit praktisch der Sozialisierung unterworfen wird. Wir bedauern, eine in diesem Ausmaß geplante Sozialisierung nicht befürworten zu können, da sie im Widerspruch zu allen programmatischen Beschlüssen aller bisherigen Delegiertentagungen der CDU und zweifellos des Großteils der Bevölkerung stünde.

Die Anerkennung einer solchen Sozialisierung stünde auch im Gegensatz zur christlichen Sittenlehre, wie sie u. a. in den Enzykliken zum Ausdruck kommt . . .“

Immer wieder wurde von der CDU darauf hingewiesen, daß das Eigentum zu erhalten sei. Sowohl in den Vorschlägen zur Agrarreform als auch in den Diskussionen über mögliche Enteignungen in der Industrie drang sie auf den Schutz des persönlichen Besitzes. Sie ging jedoch nicht so weit, sich als prinzipieller Gegner jeder Enteignung festzulegen. In dem mit Zustimmung der CDU angenommenen Artikel 15 der Verfassung wurde daher der Schutz des Eigentums zugesichert, eine Enteignung oder Beschränkung „bei dringender Notwendigkeit im öffentlichen Interesse“ gegen gerechte Entschädigung aber gestattet. Ebenfalls sollte für „dringende Zwecke des Gemeinwohls“, z. B. für die Siedlung, die Enteignung land- und forstwirtschaftlichen Bodens erlaubt werden. Artikel 98 schrieb ferner vor, daß Rohstoffe, insbesondere Bodenschätze, zum lebenswichtigen Bedarf des Volkes gehörende Erzeugnisse, Großbetriebe, Wasserkräfte und Verkehrsmittel in Gemeineigentum überführt werden „könnten“, falls die Rücksicht auf das Gemeinwohl dieses erforderlich mache. Das war allerdings eine sehr unbestimmte Formel, die der CDU die Möglichkeit gab, Experimente irgendwelcher Art auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet überhaupt zu verhindern.

³²³⁾ Brief im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern.

Der südwürttembergischen CDU wurde deshalb — insbesondere aus Vertriebenenkreisen — mehrfach vorgeworfen, eine Partei der Besitzenden zu sein, die sich gegen jede notwendige Neuordnung und gegen jeden Fortschritt stemme.

Daß sie das aber keineswegs sein wollte und auch nicht war, zeigen die von Ulrich Steiner, ihrem zweiten Vorsitzenden, am 29. März 1947 auf der 3. Landesversammlung in Biberach/Riß zu den Fragen der Sozialisierung und der Agrarreform abgegebenen Erklärungen³²⁴):

„. . . Von Experimenten ist wenig zu halten. Ideologische Experimente irgendwelcher Art können wir uns in unserem heutigen Zustand nicht mehr leisten . . . Man kann allerdings in den derzeitigen Notzeiten ohne eine planvoll gesteuerte Wirtschaft nicht auskommen. . .“

„. . . Wenn in diesen Notzeiten und wegen dieser Notzeiten eine gewisse Neuverteilung des noch vorhandenen Besitzes als unumgänglich erscheint, so ist das eine Notmaßnahme zur Bereinigung des Hitlerschen Konkurses, nicht aber eine prinzipielle Einstellung der Union gegen die naturrechtlichen Gegebenheiten des Eigentums . . .“

An anderer Stelle betonte Steiner in gleichem Sinne, daß die Möglichkeit gewisser Eigentumsübertragungen keinerlei Einschränkungen des Eigentumsrechtes, des Erb- und des freien Verfügungsrechtes bedeuten könne, sofern der Eigentümer seiner Verpflichtung, nicht dem Gemeinwohl zuwiderzuhandeln, nachkomme und sich nicht außerhalb der Gemeinschaft stelle.

Deutlich wird aus alledem, daß die südwürttembergische CDU auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet eine Mittel- und Mittlerstellung einnahm und auch ganz bewußt einnehmen wollte. Die Demokratische Volkspartei lehnte jeden staatlichen Eingriff in die Besitzverhältnisse und die Sozialstruktur prinzipiell und entschieden ab, die Sozialdemokraten traten dagegen für eine gemäßigte Sozialisierung und Agrarreform ein. Zwischen diesen beiden Flügeln bekannte sich die CDU zu dem Grundsatz, daß der Schutz des Eigentums seiner Bürger von einer höheren Ordnung her die erste Pflicht des Staates sei und gerechte Eingriffe deshalb nur im Notfalle, d. h. bei Gefährdung der staatlichen Ordnung, erfolgen dürften. —

Irgendwelche Konzeptionen, die gegen die Erhaltung des Deutschen Reiches gerichtet waren, wurden im Vorstand der südwürttembergischen CDU niemals ernsthaft diskutiert. Das Land wurde als Teil eines Ganzen betrachtet, dem man sich trotz allem auch weiterhin zugehörig fühlte. Die Partei setzte sich aber von Anbeginn für die weitgehend föderalistische Gestaltung eines neuen Deutschlands ein, vor allem weil sie jede Hegemoniebestrebung, wie sie ihrer Ansicht nach früher von Preußen und Berlin ausgegangen war, der süddeutschen Tradition zuwider empfand. In einer Rede vor Kreis- und Gemeinderäten der CDU erklärte Dr. Weiß zu dem Problem mit aller Deutlichkeit:

„. . . Und was die politische Gestaltung des Deutschen Reiches anbelangt, so können wir sagen: wir wünschen keine Zerstückelung, und wir wünschen die politische Einheit

³²⁴) Nach einem Redeentwurf zum Agrarreformproblem; im Archiv des CDU-Landesverbandes Südwestfalen-Hohenzollern.

mit der Einschränkung, daß wir weitgehend selbständige Gliederstaaten bekommen. Wir lehnen ab einen Einheitsstaat unter preußischer Führung . . .“

In diesem Sinne empfand die südwürttembergische CDU das erst durch die Franzosen geschaffene Land auch als einen selbständigen deutschen Gliedstaat und nicht mehr als den abgetrennten Teil eines früheren deutschen Landes. Die CDU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung versuchte daher, diesem Gliedstaate eine vollgültige und nicht nur eine provisorische Verfassung zu geben. Um die Eigenstaatlichkeit noch besonders zu betonen, wünschte sie ferner die Schaffung des repräsentativen Amtes eines Staatspräsidenten. In dieser Frage konnten sie jedoch ihr Ziel nicht ganz erreichen: Der Titel „Staatspräsident“ wurde zwar pro forma eingeführt, sein Träger war aber lediglich der vom Vertrauen des Landtages abhängige Chef des Kabinetts, also der Ministerpräsident, jedoch nicht der Repräsentant des Landes im staatsrechtlichen Sinne.

Ihr Bekenntnis zu einer deutschen Föderation noch überwölbend, setzte sich die südwürttembergische CDU für die Eingliederung Deutschlands in einen freien Staatenbund ein. Der Gedanke der europäischen Integration, von anderen CDU-Landesverbänden schon lebhaft propagiert, hatte also auch hier Eingang und Anhänger gefunden.

d) *Zusammenfassung: DVP und CDU in Südwürttemberg*

Sowohl die CDU als auch die DVP Südwürttembergs bildeten sich verhältnismäßig spät, nachdem schon in den meisten deutschen Ländern die Parteigründungen ihren Abschluß gefunden hatten. Die Diskussionen über die einzuschlagenden Wege dauerten hier länger als anderswo, obwohl die Vorgänge im übrigen Deutschland bereits weitgehend bekannt geworden waren. Man kann also sagen, daß die beiden südwürttembergischen Parteien durchaus selbständig und nicht durch von außen kommende Einflüsse entstanden. Während die Katholiken sich nach kurzem Zögern doch sehr bald für eine interkonfessionelle Partei und für ein Zusammengehen mit früheren Rechtsparteilern und Volksdienstlern entschlossen, konnten sich die Protestanten zunächst noch nicht entscheiden. Sie strebten im Grunde eine christliche, aber zugleich auch bürgerlich-liberale Partei an und kamen erst später, als sie sahen, daß dieser Plan sich nicht verwirklichen ließ, mit den früheren Zentrumspolitikern in engere Berührung. Diese führte dann zu einer Spaltung der Protestanten in zwei Gruppen. Die eine gründete nach dem Stuttgarter Vorbild, das ursprünglich nicht angestrebt, dann aber als Notlösung akzeptiert wurde, die Demokratische Volkspartei Südwürttembergs, die schon bald unter den beherrschenden Einfluß ihrer nordwürttembergischen Schwesterpartei geriet. Die andere Gruppe ging nach dessen Wunsch mit dem früheren Zentrum in der CDU zusammen, in der jedoch die Katholiken in den entscheidenden Fragen weitgehend die Führung in die Hand bekamen. Während aber im benachbarten Südbaden die Christlichen Demokraten sich nicht ganz

unfreiwillig als „Landespartei“ konstituierten und deshalb jegliche Verbindung über die Landesgrenzen hinaus nach Möglichkeit von sich wiesen, war die süd-württembergische CDU zwar auch föderalistisch orientiert, bemühte sich aber doch, mit den christlich-demokratischen Parteien der anderen deutschen Gebiete zusammenzuarbeiten und an deren Zusammenschluß mitzuwirken.

6. Kapitel

Zonale und interzonale Verbindungen der Christlichen und der Freien Demokraten

a) *Der Versuch einer Zonenverbandsliga der CDU in der französischen Besatzungszone*

Die recht aktiven pfälzisch-rheinischen Christlichen Demokraten nahmen die von der CDU der britischen Zone einberufene inoffizielle Godesberger Tagung³²⁵⁾ im Dezember 1945 und die im Februar 1946 veranstaltete Zusammenkunft in Frankfurt³²⁶⁾ zum Anlaß, ihrerseits die Initiative zu einer engeren Verbindung der christlichen Parteien in der geographisch nicht zusammenhängenden, von der Saar bis zum Bodensee sich erstreckenden französischen Zone zu ergreifen. Sie beriefen zum 24. März 1946 eine erste Konferenz nach Mainz ein, zu der achtzehn Vertreter aus der Pfalz, Rheinhessen und Koblenz, zwei aus dem Saargebiet und je einer aus Südbaden und Südwürttemberg erschienen. Die Teilnehmer einigten sich in dem Wunsch, nach Möglichkeit in Baden-Baden, dem Amtssitz des Chefs der französischen Militärregierung, eine Koordinierungsstelle zwecks engerer Zusammenarbeit der einzelnen christlichen Parteien der Zone einzurichten. Die Franzosen versagten sich jedoch diesen Plänen sehr entschieden. Eine für Mai 1946 in Aussicht genommene weitere Sitzung in Neustadt (Pfalz) konnte nicht mehr stattfinden.

Wichtig ist, daß auf der Mainzer Tagung kaum weltanschauliche und parteipolitische Fragen erörtert wurden, sondern vor allem solche der Weiterexistenz des Reiches und der föderativen Neugliederung Deutschlands zur Debatte standen. Meldungen über rheinische Absonderungsbestrebungen und über die Loslösung des Saargebietes mögen hierfür der direkte Anlaß gewesen sein. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß wegen der Politik der französischen Besatzungsmacht diese Probleme für alle politischen Gruppen der französischen Zone ganz besonders brennend waren, ja an erster Stelle standen, und deshalb nach Möglichkeit ein einheitlicher deutscher Standpunkt gefunden werden mußte.

Nach der Unterbindung dieses ersten Versuches, eine Zusammenarbeit oder gar Einigung herbeizuführen, wurden von den Christlichen Demokraten der französischen Zone keine weiteren Schritte mehr unternommen, einen Zonenverband zu schaffen. Nicht nur der anhaltende Widerstand der Franzosen, son-

³²⁵⁾ Vgl. Wieck, a.a.O., S. 215.

³²⁶⁾ Material darüber im Archiv Bruno Dörpinghaus.

dern auch die sich zwischen den christlichen Parteien in den drei Ländern vertiefenden Gegensätze — insbesondere zwischen Südbaden und Südwürttemberg — vereitelten alle entsprechenden Ansätze.

b) *Der Ellwanger Kreis*

Auch in der amerikanischen Zone unternahmen die Christlichen Demokraten den Versuch, einen Zonenverband zu bilden. Aber schon bei den ersten Vorbesprechungen kam es zwischen den Vertretern der Christlich-Sozialen Union Bayerns und den Stuttgarter Christlich-Sozialen Volksparteilern zu Meinungsverschiedenheiten. Insbesondere wurde um einen gemeinsamen Parteinamen gestritten, so daß schließlich, um überhaupt zu einer Einigung zu kommen, auf einer Sitzung in Stuttgart am 3. April 1946 der Vorschlag gemacht und auch angenommen wurde, die Bezeichnung „Christliche Union“ zu wählen. Dieser Name war bereits im Jahre vorher von Dr. Gerhard Kroll, Bamberg, in einer vielbeachteten Denkschrift empfohlen worden, die Evangelische Kirchenkonferenz in Treysa im September 1945 hatte sich des gleichen Ausdrucks bedient und die Christlichen Demokraten Südwürttembergs wollten sich ursprünglich „Christliche Volkspartei“ benennen. Der Vorschlag konnte sich also einer gewissen Resonanz erfreuen. Auch die anwesenden Vertreter der CDU der britischen Besatzungszone, Dr. Konrad Adenauer und Oberpräsident Theodor Steltzer, stimmten ihm zu. Die Auswirkungen dieser Namensänderung wurden dann in der Sitzung näher erörtert. Es kamen aber auch noch andere wichtige Punkte zur Sprache. In dem Protokoll heißt es darüber³²⁷⁾:

„... Am 3. April 1946 sind in Stuttgart zu einer Besprechung zusammengetreten die folgenden Herren: für die CDU Großhessens: Minister Dr. Hilpert; für die CDU Nordbadens: stellv. Ministerpräsident Köhler; für die CDU Württembergs: Minister André, Josef Ersing, W. Simpfendörfer; für die CDU der britischen Zone: Dr. Konrad Adenauer, Oberpräsident Th. Steltzer; für die CSU Bayerns: Dr. Müller, Botschafter von Prittwitz.

Nach eingehender Aussprache über die Prinzipien und die grundlegenden Forderungen der verschiedenen Parteien wurde folgendes beschlossen:

Die Christlich-Soziale Partei Bayern, die CDU Württemberg, Nordbaden, Großhessen vereinigen sich zu einer Partei, die den Namen ‚Christliche Union‘ führen wird.

Die CDU der britischen Zone wird ebenso wie die Christliche Union der amerikanischen Zone bei den entsprechenden Stellen die Zustimmung dazu nachsuchen, daß sie sich zu einer Partei zusammenschließen. Alle Anwesenden waren sich darin einig, daß alles geschehen soll, damit die CDU Berlins und der russischen Zone ebenfalls sich mit den Parteien der übrigen Zonen zusammenschließen solle, daß aber der Sitz der künftigen Parteileitung nicht Berlin oder ein Ort der russischen Zone sein dürfe. Man war sich darüber einig, daß trotz der großen Bedeutung, die eine Lösung der Ostfrage in einer für Deutschland erträglichen Weise hat, Berlin auch dann nicht Sitz der Parteileitung für ganz Deutschland sein würde, wenn Berlin nicht von den Russen usw. besetzt wäre.

³²⁷⁾ Aktennotiz Dr. Konrad Adenauers für Besprechungen mit Jakob Kaiser im April 1946; im Archiv des CDU-Landesverbandes Rheinland.

Man war sich weiter darin einig, daß man danach streben müsse, einen Ort zum Sitz der Parteileitung zu machen, der etwa in der Mainlinie liege. Da Dr. Adenauer mitteilte, daß Herr Jakob Kaiser, Berlin, ihn vor seiner Rückkehr nach Berlin aufsuchen würde, wurde er ersucht, Herrn Jakob Kaiser mitzuteilen, was oben beschlossen worden sei. Er wurde weiter ersucht, Herrn Jakob Kaiser mitzuteilen, daß trotz der größten Hochachtung vor seiner Person und der Mannhaftigkeit, mit der er auf seinem schweren Posten ausharre, die Anwesenden sich nicht einverstanden erklären könnten mit verschiedenen Sätzen, die Herr Kaiser in der letzten Zeit in öffentlichen Reden programmatisch ausgesprochen habe, oder die in dem von der CDU-Leitung Berlin herausgegebenen Material enthalten seien. Es wurden insbesondere in dieser Hinsicht folgende Ausführungen angeführt, mit denen man nicht einverstanden sei:

1. auf deutschem Boden, bzw. in Berlin, müsse eine Synthese zwischen Ost und West erfolgen;
2. die bürgerliche Epoche sei zu Ende;
3. das Kommunistische Manifest sei eine Großtat.

Dr. Adenauer wurde weiter ersucht, Herrn Jakob Kaiser als einstimmige Ansicht der Versammelten mitzuteilen, daß Ausführungen wie ‚Wir sind sozialistisch‘ oder ‚Christlicher Sozialismus‘ nicht am Platze seien. Es handle sich dabei nach der Ansicht der Anwesenden um Schlagworte ohne besonderen Inhalt, die eben geeignet seien, Verwirrung und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten unter den Anhängern der CDU bzw. der bayerischen Christlich-Sozialen Union hervorzurufen . . . Herr Dr. Adenauer wurde weiter von allen Anwesenden beauftragt, Herrn Jakob Kaiser mitzuteilen, daß eine Beschickung des von der CDU Berlin für die nächste Zeit vorgesehenen Parteitages durch Vertreter der CDU in den anderen Teilen Deutschlands für unerwünscht gehalten werde, weil man sich nicht der Gefahr aussetzen dürfe, in der Atmosphäre der russischen Zone zu Beschlüssen zu kommen, die vom Standpunkt der Parteien der übrigen Zonen . . .³²⁸⁾. . ., als ob in der russischen Zone ein für sämtliche Parteien maßgebender Tag abgehalten würde . . .“

Das waren außerordentlich schwere Bedenken, die die Vorsitzenden der westdeutschen Christlichen Demokraten gegen die Berliner und die sowjetzonale CDU äußerten. Die Gefahr einer Einheitsfront des Westens gegen Jakob Kaiser und seine Parteifreunde schien nahe. Es gelang diesem jedoch, in seiner Besprechung mit Adenauer in Rhöndorf am 6. April 1946 einen großen Teil der westdeutschen Besorgnisse zu zerstreuen, wenngleich er nicht alle Bedenken beseitigen konnte. In einer weiteren Besprechung am nächsten Tage, an der auch Geheimrat Katzenberger, einer der Berliner Mitgründer, und Karl Arnold teilnahmen, konnte Dr. Adenauer sogar bewogen werden, den Gedanken, die Gesamtpartei „Christliche Union“ zu benennen, wieder fallenzulassen, und zwar vornehmlich wegen der vorauszusehenden schwierigen Situation, in die die Berliner CDU dann geraten würde. Seinen Stuttgarter Gesprächspartnern berichtete Adenauer am 8. April 1946³²⁹⁾:

„. . . Er³³⁰⁾ sei der Ansicht, daß eine Änderung des Namens in ‚Christliche Union‘ sowohl bei den Anhängern der Landesparteien, die jetzt den Namen ‚Christlich-De-

³²⁸⁾ Hier fehlen im Original ein oder zwei Worte.

³²⁹⁾ Durchschrift im Archiv des CDU-Landesverbandes Rheinland.

³³⁰⁾ Jakob Kaiser.

mokratische Union' führen, wie bei den Alliierten stärkstes Befremden auslösen und z. T. auf starken Widerstand stoßen würde. Er wies weiter darauf hin, daß man durch die Streichung des Wortes ‚Demokratie‘ aus dem Parteinamen den Gegnern der Partei eine sehr starke Stütze für ihre Behauptung, die CDU oder CSU seien im Grunde reaktionär, geben würde. Die gegnerischen Parteien würden mit solchen Behauptungen auch bestimmt bei den Alliierten Eindruck machen. Die Arbeit der CDU in Berlin sei dadurch — er könne das, nachdem er sich die Dinge nochmals überlegt habe, nur noch einmal unterstreichen — auf das äußerste gefährdet. Herr Katzenberger, Berlin, bestätigte die Ausführungen Herrn Kaisers als richtig . . .

. . . Die Befürchtungen der Herren Kaiser und Katzenberger, daß eine außerordentlich starke Schädigung der Geltung der CDU und damit der gesamten deutschen Sache in Berlin und der russischen Zone eine Folge der geplanten Namensänderung sein werde, ist nicht von der Hand zu weisen . . .“

Adenauer unterstützte nun den Vorschlag Jakob Kaisers, daß sich vorerst in der amerikanischen Zone die Christlichen Demokraten Großhessens, Nordbadens und Nordwürttembergs zusammenschließen sollten, falls sich die bayerische CSU noch abseits halten würde und den allgemein eingeführten Namen „CDU“ nicht akzeptieren wollte. Trotz mehrfacher Verhandlungen kam es aber zu keiner Einigung, so daß, obwohl die amerikanische Militärregierung im Gegensatz zur französischen Haltung keine Einwendungen gegen einen zonalen Zusammenschluß erhob, kein Verband der christlich-demokratischen Parteien in der US-Besatzungszone entstand.

Um dennoch eine gewisse Aussprache zwischen den führenden Gremien und den führenden Politikern dieser Parteien zu ermöglichen, trat etwas später — wahrscheinlich auf Initiative des bayerischen CSU-Vorsitzenden Dr. Joseph Müller, genannt „Ochsensepp“ — in Ellwangen ein regelmäßig tagender Kreis zusammen, in dem die einflußreichsten Führer der CDU und CSU der amerikanischen und bald auch der französischen Zone ihre gemeinsamen Anliegen von nun an erörterten. Anstoß zu diesem offiziellen Zusammenschluß mag auch der Wunsch der süd- und südwestdeutschen Landesverbände gewesen sein, sich in irgendeiner lockeren Form zu verbinden, um gegenüber dem starken, unter der Führung Adenauers stehenden Verband der CDU der britischen Zone ein gewisses Gegengewicht zu errichten. Staatssekretär Dr. Binder berichtet rückschauend über diesen Ellwanger Kreis³³¹):

„. . . Zweck des Ellwanger Kreises war es, die Wiedervereinigung Deutschlands auf föderativer Grundlage in die Wege zu leiten. Aus den ersten Besprechungen ging der Plan der im Juni 1947 in München stattgehabten Konferenz der deutschen Länder hervor, bei der seinerzeit die Ostzonenminister brüsk die Konferenz verlassen haben. Als feststand, daß mit der Ostzone nicht weiterzukommen war, hat der Kreis unter Heranziehung der Direktoren des Wirtschaftsrates Frankfurt/Main sich intensiv um den Zusammenschluß der drei westlichen Zonen bemüht und insbesondere den Amerikanern immer wieder beigebracht, daß die französische und die englische Zone, was die politische Freiheit und die wirtschaftliche Lage anbelangt, auf das Niveau der amerikanischen Zone gehoben werden müßten. Man hat im Ellwanger Kreis auch genaue Ver-

³³¹) Brief an den Verfasser vom 20. September 1953.

fassungspläne durchdiskutiert, die nachher in die Herrenchiemsee'er Vorschläge eingegangen sind. Dadurch, daß die Teilnehmer den Regierungsapparat in der Hand hatten, übte der Ellwanger Kreis einen effektiven Einfluß aus. Mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Ehard und einiger seiner Kabinettsmitglieder sowie des Staatssekretärs Strauß sind die damaligen Herren nicht mehr im Amt. Widerspruch erfuhr der Ellwanger Kreis nur von zwei Seiten: einmal von Joseph Müller, der ihn auch späterhin mit einer gesamtdeutschen Konzeption zu überrunden versuchte, zum anderen vom Parteivorsitzenden der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen, dem derzeitigen Bundeskanzler Dr. Adenauer, der im Mai oder Juni 1948 an einer entscheidenden Tagung des Ellwanger Kreises, die ausnahmsweise ihm zuliebe nach Bad Brückenau verlegt wurde, teilnahm und sich dort mit verbissener Entschiedenheit gegen das Ziel der Zonenvereinigung wandte mit der Begründung, daß es dafür noch zu früh sei. Wenige Wochen später kamen die Währungsreform und die Ausschreibung der Wahlen zum Parlamentarischen Rat . . .“

Die Tätigkeit des Ellwanger Kreises, der nach allen seinen Zeugnissen nichts weiter als ein lockeres Diskussionsgremium war, wurde in der Öffentlichkeit häufig mißverstanden. Es tauchten in der Presse gelegentlich sogar Meldungen auf, daß die christlich-demokratischen Parteien der amerikanischen und französischen Zone über ihn die Bildung eines autonomen, katholischen Staates in Süddeutschland anstrebten. Die heftigen Dementis der CDU erfolgten nach Ansicht des Verfassers zweifellos zu Recht, obwohl nicht geleugnet werden kann, daß in fast allen süd- und südwestdeutschen Gebieten gewisse Unterströmungen vorhanden waren, die auf eine Aufteilung des Reiches oder eine Abtrennung bestimmter deutscher Gebiete ausgingen. Sie wurden auch in der CDU diskutiert, deren Spitzengremien selbst aber bei der Ansicht blieben, daß lediglich das politische Schwergewicht bei Wiederherstellung der deutschen Einheit unbedingt von Berlin weg nach dem Westen verlagert werden müsse. In diesem Sinne hatte Dr. Adenauer den Vorsitzenden der christlich-demokratischen Parteien Hessens, Bayerns, Nordbadens und Nordwürttembergs bereits am 8. April 1946 geschrieben³³²⁾:

„. . . Ich habe Herrn Kaiser ausdrücklich erklärt, daß es für den Westen wie für den Süden Deutschlands ganz ausgeschlossen sei, daß nach einer Wiedererrichtung Deutschlands die politische Zentrale des neuen Deutschlands in Berlin ihren Sitz finde. Dabei sei es ganz gleichgültig, ob und von wem Berlin und der Osten besetzt seien . . .“

Den gleichen Standpunkt hatte er ungefähr zur selben Zeit auch vor dem Vorstand des CDU-Zonenverbandes der britischen Zone vertreten.

Die Bedeutung des Ellwanger Kreises ging dann nach 1948 rasch zurück. Marcel Schulte, Chefredakteur der „Frankfurter Neuen Presse“ und Mitgründer der CDU in Hessen, der gastweise Teilnehmer einiger Sitzungen in Ellwangen war, vertritt die nicht zu widerlegende Ansicht³³³⁾, daß dem Kreis nach dem Zusammenschluß der CDU in der Bundesrepublik und der Schaffung der CDU/

³³²⁾ Durchschlag im Archiv des CDU-Landesverbandes Rheinland.

³³³⁾ Brief an den Verfasser vom 13. Oktober 1953.

CSU-Bundestagsfraktion kaum noch ein Einfluß blieb. Man muß aber festhalten, daß er in einer Zeit, als die süd- und südwestdeutschen Länder ohne jede Überwölbung nebeneinander bestanden und nur sehr locker durch den Länderrat verbunden waren, ein politisch außerordentlich wichtiges Gremium war und, wie auch Dr. Binder feststellt, eine echte Funktion ausübte, obwohl ihm gerade in seinen ureigensten Bestrebungen — die Wiedervereinigung Deutschlands auf föderativer Grundlage vorzubereiten und gegen die starke CDU der britischen Zone ein entscheidendes Gegengewicht zu setzen — der Erfolg versagt blieb.

c) *Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in Frankfurt/Main*

Der auf Initiative der Berliner CDU im Dezember 1945 nach Bad Godesberg einberufenen inoffiziellen Konferenz der Christlichen Demokraten, an der die Vertreter aller damals schon gegründeten oder vorbereiteten Landesparteien teilnahmen, schloß sich zunächst die Gründung des Zonenverbandes der CDU der britischen Besatzungszone am 21./22. Januar 1946 in Herford an. Damit war unter Konrad Adenauer ein starker Block geschaffen, der neben der Frankfurter Gruppe der Berliner und sowjetzonalen CDU den bisher erhobenen Prioritäts- und Führungsanspruch mit Erfolg streitig machen konnte, zumal diese durch die bald darauf auf Veranlassung der sowjetischen Behörden erfolgende Absetzung ihrer beiden Vorsitzenden Dr. Hermes und Dr. Schreiber einer ersten schweren Belastungsprobe ausgesetzt wurde.

Um nun eine engere Verbindung aller schon bestehenden oder vorbereiteten christlich-demokratischen Parteien herbeizuführen, war in Godesberg ferner beschlossen worden, mit dem Sitz in Frankfurt einen „Zwischenzonenverbindungsausschuß“ zu schaffen. Dieser trat auch bald in Erscheinung, konnte jedoch keine große Bedeutung erlangen und geriet schnell unter den Einfluß der hessischen CDU. Auf einer Sitzung am 14. Februar 1946 entschlossen sich die Anwesenden, in Kürze in Heidelberg ein gesamtdeutsches Treffen der Christlichen Demokraten zu veranstalten. Sie konnten sich jedoch nicht auf einen Redner für das Hauptreferat, die CDU in der Innen- und Außenpolitik, sozusagen auf einen Repräsentanten, einigen. Statt dessen wurde beschlossen, das Thema von vier führenden Vertretern, nämlich von Dr. Joseph Müller, München, Dr. Andreas Hermes, Berlin, Dr. Konrad Adenauer, Köln, und Dr. Eugen Kogon, Frankfurt, behandeln zu lassen. Auch das wieder ein deutliches Zeichen, wie groß noch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Gruppen waren! Die gesamtdeutsche Tagung in Heidelberg fand übrigens nicht statt.

Unabhängig von den Arbeiten dieses Zwischenzonenverbindungsausschusses trafen sich, wie schon berichtet, die Vorsitzenden der CDU der britischen Zone, Hessens, Nordwürttembergs, Nordbadens und der bayerischen CSU am 3. April 1946 in Stuttgart, um Pläne zur Zusammenarbeit der einzelnen Landesparteien und zur Bildung eines Zonenverbandes für die amerikanisch besetzten Gebiete zu erörtern. Die Gegensätze zwischen der bayerischen CSU und den Christlichen

Demokraten Nordwürttembergs, die ihren Ausdruck in dem Streit um einen gemeinsamen Parteinamen fanden, und andere Rivalitäten verhinderten jedoch jeden engeren Zusammenschluß. Einig waren sich die westlichen Gruppen lediglich in der Ablehnung der Politik der Berliner und sowjetzonalen CDU, deren nunmehrigem ersten Vorsitzenden, Jakob Kaiser, ein zu scharfer Linkskurs vorgeworfen wurde. Es wurde daher beschlossen, den von diesem für den Sommer 1946 in Aussicht genommenen „Reichsparteitag“ in Berlin als solchen abzulehnen und nicht offiziell zu beschicken, da zu befürchten stand, dort zu Entscheidungen veranlaßt zu werden, die nicht mit den Grundsätzen der westdeutschen Christlichen Demokraten übereinstimmen.

Während die süddeutschen Landesparteien sich nicht einigen konnten, baute Konrad Adenauer die CDU der britischen Zone zu einer starken Partei-
gruppe aus, die bei den Wahlen am 15. September und 13. Oktober 1946 beachtliche Erfolge erzielte³³⁴). Die Arbeiten zur Bildung eines Zwischenzonenverbindungsausschusses aber schleppten sich nur mühsam dahin, so daß auf einer erneuten Zusammenkunft am 28./29. August 1946 in Königstein (Taunus) ein weiterer Versuch mit dem Ziel unternommen werden mußte, ihn endlich aktionsfähig zu machen. Der bei dieser Gelegenheit gefaßte Beschluß lautete³³⁵):

„... Über die Formen der Zusammenarbeit wurde eine Verständigung dahingehend erzielt:

1. Bis zur Bildung einer Reichspartei wird ein Ausschuß gebildet, in den jede Zone 2 Vertreter und 2 Stellvertreter entsendet.
Jede Zone hat in dem Ausschuß 2 Stimmen.
Dem Ausschuß obliegt es, über einheitliche Linien der Parteipolitik zu befinden.
Es ist in Aussicht genommen, daß der Ausschuß in jedem Monat einmal zusammentritt.
Jede Zone hat das Recht, den Zusammentritt des Ausschusses zu verlangen.
2. Zur Durchführung der Zusammenarbeit wird eine Geschäftsstelle errichtet. Jede Zone stellt einen Geschäftsführer.
Bis zur Errichtung der Geschäftsstelle hat Herr Dörpinghaus die geschäftlichen Angelegenheiten wahrzunehmen.
3. Es werden folgende Arbeitsausschüsse gebildet:
 - I. Kulturausschuß;
 - II. Verfassungsausschuß;
 - III. Wirtschafts- und Sozialausschuß;
 - IV. Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß;
 - V. Flüchtlingsausschuß.

Die Ernennung der Persönlichkeiten für den leitenden Ausschuß sowie der Geschäftsführer erfolgt bis zum 1. Oktober . . .“

Auch dieser Beschluß macht deutlich, wie schwierig es war, gleichgerichtete Parteien über die Zonengrenzen hinweg zu enger Zusammenarbeit zu verbinden.

³³⁴) Die CDU wurde in Nordrhein-Westfalen die stärkste, in Hamburg und Schleswig-Holstein die zweitstärkste Partei. Lediglich in Niedersachsen hatte sie ihre Position noch nicht festigen können.

³³⁵) Protokoll der Sitzung im Archiv Bruno Dörpinghaus.

Den Christlichen Demokraten jeder einzelnen Zone mußte noch weitgehende Selbständigkeit zugestanden werden. Und nicht einmal dieser sehr föderativ gehaltene Beschluß war sofort zu verwirklichen. Es sollte vielmehr noch ein halbes Jahr hingehen, bis am 5./6. Februar 1947 auf einer weiteren Tagung in Königstein endlich die „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU“ gebildet werden konnte, allerdings immer noch unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der einzelnen Landes- bzw. Zonenparteien. Der Vorstand³³⁶⁾ sollte daher auch keine Parteispitze sein, sondern nur das Lenkungsorgan der Arbeitsgemeinschaft, die weiter nichts als eine Plattform zur Begegnung der christlich-demokratischen Parteien der vier Zonen darstellte, aber keinen Einfluß auf die Politik nehmen durfte. Gewiß war dieses nur sehr langsame Ineinanderwachsen der Christlichen Demokraten durch die keine gesamtdeutschen Parteien wünschenden Besatzungsmächte mitbestimmt, andererseits müssen die Ursachen dafür aber auch in den Rivalitäten der einzelnen Gruppen und in den hinter den Kulissen geführten Auseinandersetzungen um die Führung gesucht werden. Ein gut fundierter und abgewogener Artikel des Berliner „Tagesspiegels“ vom 14. Oktober 1947 mit der Überschrift „Die CDU in Königstein“ gibt alle diese Probleme, um die gerungen wurde, außerordentlich treffend wieder³³⁷⁾:

„Aus gut unterrichteten Kreisen der CDU wird uns geschrieben:

„Jene große, tiefe Erschütterung, die man als Wirkung des Zusammenbruchs erwarten konnte, hat leider bei uns im Südwesten die breiten Massen der Bevölkerung nur wenig berührt. Sie leben deshalb ein wenig in der Vorstellungswelt der Vor-Hitler-Zeit mit dem Wunsch nach geordneten Besitzverhältnissen und — ganz offen heraus — auch nach einer gewissen Bequemlichkeit.“

Einer jener CDU-Delegierten, die zum erstenmal auf einer gemeinsamen Tagung aller Zonen erschienen waren, ein Mann aus der französischen Zone, sprach in einer Privatunterhaltung dieses Urteil über seine Landsleute aus, das zugleich die Grenzen seiner politischen Bewegungsfreiheit zeigen sollte. Aber wenn man den Kreis der in Königstein im Taunus versammelten Arbeitsgemeinschaft genauer betrachtet, so konnte man aus diesem Worte noch weitere Schlußfolgerungen ziehen. Es war charakteristisch für die Gesamtatmosphäre so vieler bewußter und unbewußter Unterschiede, die in der Entwicklung einzelner Zonen ihren Ursprung haben. Eine Zusammenkunft von Politikern aus allen Teilen Deutschlands trägt heute — mögen die Teilnehmer sämtlich einer einzigen Partei angehören — ein wenig den Charakter einer Diplomatischen Konferenz. Das gilt für die zurückhaltende Vorsicht, aber auch für die Neigung, sich hinter der Begrenztheit ihrer Aufträge, wie ein Diplomat hinter seinen

³³⁶⁾ Dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft gehörten Dr. Konrad Adenauer, Köln (kath.); Dr. Friedrich Holzapfel, Herford (ev.); Prof. Hugo Hickmann, Dresden (ev.); Jakob Kaiser, Berlin (kath.); Dr. Erich Köhler, Wiesbaden (ev.); Dr. Joseph Müller, München (kath.), und Ulrich Steiner, Laupheim (ev.), an. In einem nach der Königsteiner Sitzung verfaßten Kommuniqué wurde über den Zweck der Arbeitsgemeinschaft gesagt, daß sie „die ständige Zusammenarbeit der einzelnen Parteioorganisationen und ihre politische Übereinstimmung sichern“ solle. Diesem losen Zusammenschluß entsprach auch die Satzung (im Archiv Sprauer, Karlsruhe).

³³⁷⁾ Es wird vermutet, daß Bruno Dörpinghaus diesen Artikel weitgehend inspirierte, vielleicht sogar selbst schrieb. Andererseits darf aber nicht übersehen werden, daß der „Tagesspiegel“ gerade zu dieser Zeit über die westdeutschen Parteien besonders gut unterrichtet war.

Instruktionen, zu verschanzen, und für die verschiedenen Sprachen, die gesprochen werden, weil mit dem gleichen Wort vielfach jede Zone einen anderen Sinn verbindet.

Aus diesen Voraussetzungen wird schon ersichtlich, daß die Vier-Zonen-Zusammenkunft der CDU, aus der die Konstituierung einer Arbeitsgemeinschaft hervorging, nicht nur in lauter Harmonie verlief. Das hatte auch niemand erwartet. Im Gegenteil, man hatte allgemein das Gefühl, daß die einzelnen Gruppen sich auf Auseinandersetzungen um Grundsätze, aber auch um Machtpositionen vorbereitet hatten. CDU und CSU stellen, wenn sie als Gesamtheit angesehen werden können, heute durch die Zahl ihrer Wähler einen ganz wesentlichen Faktor, für manche Fragen vielleicht den entscheidenden Faktor im politischen Kräftespiel Deutschlands dar . . . Bereits in der Frage, wie die CDU zu einem für ganz Deutschland gleich wirksamen Instrument gemacht werden könne, trennen sich die Geister. Der Kampf zwischen Sozialdemokraten und CDU spielt in den westlichen Zonen eine weit größere Rolle als in Ostdeutschland, wo keine Sozialdemokratie existiert, oder als in Berlin, wo die gegebenen Tatsachen sogar manchmal beide Parteien veranlassen, taktisch zusammenzugehen. Darum wollen die westlichen Zonen die Aufgabe der CDU, wie sie verstehen, mehr regional beschränken. Sie möchten weder durch das Programm noch durch die praktische Politik Unpopularität bei ihren Wählern riskieren, falls etwa nur dadurch die Position der Partei über ganz Deutschland hin zu stärken wäre. Jedenfalls spielt der Gesichtspunkt ‚das können wir unseren Wählern nicht zumuten‘ oder ‚das würde uns unmittelbar vor den Wahlen in der britischen Zone allzusehr belasten‘ im Westen eine viel größere Rolle, als man im Osten erwartet hatte.

Die Königsteiner Tagung hatte eine organisatorische und eine programmatische Aufgabe. Zunächst sollte eine neue Form gemeinsamer Arbeit für die Parteigründung gefunden werden, die sich selbständig und auch unter Abweichung im offiziellen Namen in den einzelnen Teilen Deutschlands vollzogen hatte. Wenn Berlin dabei den Anspruch erhob, daß der Gedanke einer Zusammenfassung früher politisch und konfessionell getrennter Kräfte in einer Union zuerst auf diesem Boden entstanden sei³³⁸), so legten die Vertreter der anderen Zonen Wert darauf, von einer Gleichzeitigkeit aller Unionsgründungen zu sprechen — was indirekt auf die Abwehr eines etwaigen Berliner Anspruchs hinauslief. Der Furcht vor Berliner Ansprüchen auf der einen Seite stand also auf der anderen Seite das Gefühl gegenüber, Berlin sei durch die Macht der Tatsachen, die hauptsächlich in der Existenz des Alliierten Kontrollrates in dieser Stadt begründet sind, nun einmal der geeignete Boden für deutsche Politik in einem größeren Sinne. Das organisatorische Ziel konnte unter solchen Umständen keinesfalls ähnlich wie bei anderen Parteien durch die Bestätigung einer festen, etwa gar personellen Spitze erreicht werden. Der Ausweg eines ‚Direktoriums‘ oder eines ‚Bundesrates‘ erschien für deutsche Parteiverhältnisse zu ungewöhnlich, so daß es schließlich zu einem ‚Vorstand‘ kam, einem vielköpfigen Gremium, das wiederum nicht der Vorstand etwa der Unionen als solcher ist, sondern nur der Vorstand einer Arbeitsgemeinschaft . . .

³³⁸) Dieser Streit war im Grunde unfruchtbar und konnte zu nichts führen. Offen war, was überhaupt als „Geburtsstunde“ gelten sollte: die gedankliche Konzeption oder deren Verwirklichung? Im ersten Falle konnte genaugenommen keiner der Gründer die Priorität für sich in Anspruch nehmen, da doch schon Stegerwald auf dem Essener Kongreß 1920 den ersten ernsthaften Versuch zur Bildung einer interkonfessionellen Partei unternommen hatte und es sich nach 1945 nur noch um die Bereitschaft und den Willen, an diese Pläne wiederanzuknüpfen, handelte. Wollte man jedoch den Zeitpunkt der Zulassung als Maßstab setzen, so konnte die Berliner CDU für sich in Anspruch nehmen, sich besonders schnell konstituiert zu haben, allerdings mit Hilfe der sowjetischen Behörden. In den übrigen deutschen Gebieten aber hing das Datum der Zulassung bzw. der offiziellen Gründung in erster Linie von der mehr oder weniger retardierenden Haltung der zuständigen Besatzungsmacht ab.

Dies erscheint soweit ganz logisch bei dem Charakter einer Partei, die nicht wie die Sozialdemokraten oder Kommunisten auf ehemalige Programm- und Organisationsformen zurückgreifen kann, sondern versucht hat, etwas Neues zu entwickeln. Aber eine Eigentümlichkeit ergibt sich daraus, daß man wegen der gegenseitigen Hemmungen und des gegenseitigen Mißtrauens auch nicht dazu gelangte, sich auf einen festen Sitz der Partei zu einigen. Die Arbeitsgemeinschaft als Zusammenfassung der verschiedenen Unionen wird bald in der einen, bald in der anderen Zone tagen . . . Es würde aber eine Verkennung der wahren Situation bedeuten, wollte man für diese Kompromißlösung nur sachliche Gründe suchen. Personelle Dinge spielen dabei eine nicht minder wichtige Rolle, und dieser Komplex der personellen Auseinandersetzung schob sich als dritter Punkt zwischen die organisatorische und programmatische Frage. Die Wahrheit ist wohl, daß weder das Organisatorische noch das Programmatische für die Dauer befriedigend gelöst werden kann, wenn nicht über die personellen Gegensätze . . . klar entschieden wird. In Königstein waren leitende Unionspolitiker aus allen vier Zonen anwesend. Das erste Auftreten der Delegierten aus der französischen Zone³³⁹⁾ offenbarte, daß man in mancher Hinsicht nicht nur wie bisher von drei Unionen — der berlinerisch-ostdeutschen, der nordwestdeutschen und der bayerischen — sondern von mindestens vier Unionen, wenn nicht gar von fünf sprechen mußte, da die ausgleichende hessische Richtung sich wieder in manchem Charakterzug von der vielgestaltigen bayerischen Union, ebenso aber auch von der Union in der französischen Zone unterscheidet.

Indessen hat sich in dem vier- oder fünffachen Richtungsstreit der Gegensatz Adenauer—Kaiser als beherrschend für die Beurteilung der Union erwiesen. Und so sehr sich inzwischen gezeigt hat, daß starke und beachtenswerte Persönlichkeiten auch aus anderen Zonen — gleichviel ob aus Berufung oder nur aus Ehrgeiz — eine Rolle zu spielen suchen, so sehr ist doch der Zweikampf Adenauer—Kaiser Mittelpunkt geblieben. Wenn dieser Zweikampf sich nicht nur auf Entfernung in öffentlichen Reden und Erklärungen oder auch im Briefwechsel, sondern in der persönlichen Begegnung abspielt, wie es bei der jetzigen organisatorischen Lösung des öfteren der Fall sein muß, werden die Gegensätze nicht verschleiert werden können³⁴⁰⁾: es geschah übrigens auch in Königstein nicht. Ein hartes, erbittertes Gegeneinander hat dort wohl manchen der nicht voll Eingeweihten mehrfach geradezu erschüttert. Nach den Königsteiner Eindrücken ist zu sagen, daß Adenauers jahrzehntelange taktische Routine ihm sehr zur Hilfe gekommen ist, indem er zunächst andere Personen als ‚Instrument‘ benutzte und so einen förmlichen kleinen Feldzug durchführte, ehe er selbst mit seinen eigenen Kampfmitteln halbausgesprochener Vermutungen, Andeutungen, Sorgen und Mahnungen die Haltung der Unbefangenen in jene Richtung gegen Kaiser zu zwingen suchte, die ihm richtig erschien. Diese Routine scheint Adenauer in dem ersten persönlichen Kampf vor einem größeren Gremium den tatsächlichen Erfolg gesichert zu haben. Andererseits ließe sich vermuten, daß er hierbei doch schon einen guten Teil seiner Kräfte und Fähigkeiten eingesetzt hat, während Kaiser, den viele der Anwesenden bis dahin überhaupt nicht kannten, erst allmählich ‚in Form kommt‘, um einen sportlichen Ausdruck zu gebrauchen. Adenauers taktisches Geschick hat die Beteiligten für ihn eingenommen, jedoch zum guten Teil anscheinend in einer Weise, daß sie selbst mit

³³⁹⁾ Delegierte aus der französischen Zone hatten auch schon an den vorausgegangenen Sitzungen und Tagungen teilgenommen, hier in Königstein traten aber die Vertreter aus Rheinland-Pfalz, Südbaden und Südwürttemberg zum ersten Male offiziell auf.

³⁴⁰⁾ Der Verfasser übertreibt ohne jede Frage. Denn es ist doch wohl kaum möglich, den Aufbau der CDU in damaliger Zeit nur auf den persönlichen Machtkampf zweier oder dreier führender Politiker zurückzuführen.

sich nicht ganz zufrieden sind und der erkannten taktischen Routine Adenauers nachträglich die Erwägung gegenüberstellen, bei welchem der beiden Kämpfer wohl das größere moralische Gewicht liege, das gerade die jüngeren Politiker ehrlich suchen. Das bedeutet, daß der Zweikampf Adenauer—Kaiser sich fortsetzen und seine nächste Phase vielleicht unter anderen Voraussetzungen stehen wird . . .

Auf der Arbeitstagung in Königstein wurde bekanntlich ein Arbeitsausschuß gebildet, dessen markanteste Ecksteine Dr. Adenauer aus Köln, Ernst Lemmer aus Berlin und Dr. Joseph Müller aus München sind. Schon allein diese drei Namen zeigen die inneren Schwierigkeiten, denn Adenauers Union ist nicht ohne weiteres mit der christlich-gewerkschaftlichen Kaisers oder Lemmers und erst recht nicht mit der eigenwilligen bayerisch-volksparteilichen, der Müller entstammt, zu identifizieren. (Pikant scheint nebenbei, daß gerade Müller, der im Bayerischen Landtag durch seine eigene Partei in die Opposition gedrängt worden ist, der Tagung repräsentativ beiwohnte.) Daß auch die durch Prof. Hickmann (Dresden) vertretene Union der Ostzone eine besondere Stellung einnimmt, braucht kaum ergänzt zu werden. Offenbar ist es auch auf der Königsteiner Tagung nicht gelungen, die Divergenzen in den Anschauungen und Absichten zugunsten einer Generallinie zu überwinden. Über die Meinungsverschiedenheiten in den Kardinalfragen der Sozialisierung und des staatsrechtlichen Aufbaus hat man sich mit vorsichtigen Formulierungen hinweggeholfen . . . Bezeichnend ist ferner, daß auf der Tagung selbst betont wurde, die verschiedenen Voraussetzungen für die Entwicklung der Union in den einzelnen Zonen verhinderte eine Übereinstimmung in allen grundsätzlichen Fragen. So richtig es sein mag, daß die eine CDU (der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb) sich intensiver für die Sozialisierung einsetzt, als wie die andere, folgerichtig muß man daraus schließen, daß von einer Einheit der CDU trotz aller Arbeitstagungen und Arbeitsausschüsse so lange nicht die Rede sein kann, bis die Parteivorzeichen für die unbeeinflusste Tätigkeit in allen Zonen die gleichen geworden sind. Das ist aber, wie wir wissen, eine Frage der Weltpolitik . . .“

Es ist nicht zu leugnen, daß der „Tagesspiegel“ die in Königstein verhandelten und noch mehr die hinter den Verhandlungen stehenden und weiterhin relevant bleibenden Probleme durchaus richtig sah, ganz gleich, wer auch immer der Verfasser dieses Artikels gewesen sein mag. Zweifellos sind, um des journalistischen Effekts willen, manche Punkte von ihm überbewertet worden, so z. B. der persönliche Gegensatz Adenauer—Kaiser. Aber auch hier gibt es einen echten Kern: die der eigenwilligen Führung Konrad Adenauers bereits unterstehende CDU der britischen Zone war keinesfalls gewillt, der Berliner Gruppe in einer vielleicht doch noch zu schaffenden Reichspartei den Vortritt zu lassen, sondern hoffte vielmehr, wenn auch nicht die Berliner und sowjetzonale CDU, so doch zumindest die süd- und südwestdeutschen Landesparteien sich angliedern zu können. Lediglich in einem Punkte irrt der Verfasser: die Formulierung auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet waren keineswegs so vorsichtig, wie er annimmt, allerdings auch nicht immer so präzise, wie sie im Falle einer einheitlichen Willensäußerung aller Beteiligten hätten aussehen müssen. Es heißt in den Königsteiner Beschlüssen u. a.:

„. . . Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des Einzelnen; Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaft-

liche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte . . . Kohle ist das entscheidende Produkt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke . . .

Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muß davon ausgehen, daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist. Es muß aber ebenso vermieden werden, daß der private Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen sein dürfte.

Es muß eine neue Struktur der Wirtschaft gesucht werden, die die Mängel der Vergangenheit vermeidet und die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des Einzelnen läßt . . .“

In der Analyse des Verfassers des „Tagesspiegel“-Artikels über die Entwicklung der CDU darf vor allem der Hinweis auf die nachhaltigen Auswirkungen der Weltpolitik auf die Gestaltung der Partei nicht übersehen werden. Während sich in den internen Diskussionen der deutschen Parteien eine Annäherung der Zonen- und Landesverbände abzeichnete, gerieten die Besatzungsmächte in Deutschland — auf der einen Seite die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, auf der anderen Seite die Sowjetunion — in immer stärkere Gegensätze hinein, sowohl in ihrer Einstellung zum deutschen Problem als auch zu anderen Problemen der Nachkriegszeit. Diese Gegensätze bestimmten auch den weiteren Gang der Entwicklung in Deutschland. Diejenigen politischen Gruppen, die sich nicht den Forderungen der Besatzungsmacht in der sowjetischen Zone beugen wollten, verloren jede Einwirkungsmöglichkeit und wurden in die Westzonen abgedrängt. Schon bald nach der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU wurden die Verbindungen der sowjetzonalen CDU zu ihren westdeutschen Bruderparteien zerrissen. Diese Trennung war nicht durch parteiinterne Gegensätze, sondern durch die immer stärker werdenden Auseinandersetzungen zwischen den Besatzungsmächten in Fragen der internationalen und der Deutschland-Politik bedingt und wurde von den sowjetischen Militärbehörden erzwungen. Jakob Kaiser, der sich deren Anordnungen nicht unterzuordnen bereit war, verlor durch diese Entwicklung seinen politischen Rückhalt. Er gewann zwar dafür im Westen ein besonderes Prestige als Politiker, konnte aber Adenauer die Führung der Gesamtpartei nicht mehr streitig machen.

Als dann in Auswirkung der weltpolitischen Spannungen zwei Jahre später die Bundesrepublik Deutschland gebildet und in der sowjetischen Besatzungszone ein „linientreues“ Regime eingesetzt wurde, an dem man auch die Zonen-CDU geringfügig beteiligte, standen nicht mehr nur die Zonengrenzen zwischen den Parteien gleichen Namens, sondern auch tiefe weltanschauliche und politische Gegensätze, die fortan jedes weitere Verbindung suchende Gespräch unmöglich machten.

Aber auch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland bewirkte noch nicht den sofortigen Zusammenschluß der nord-, west- und süddeutschen Christlichen Demokraten. Erst im Herbst 1950 konnte auf dem 1. Bundesparteitag der CDU

in Goslar die Fusion der einzelnen Landesparteien vollzogen werden. Die Gründungsepoche hatte also rund fünf Jahre gedauert. Außerhalb der Partei blieb weiterhin die bayerische CSU als selbständiges Gebilde, wenn sie auch seit der Konstituierung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 und anschließend im Deutschen Bundestag mit der CDU in einer gemeinsamen Fraktion verbunden blieb.

Ohne Verbindung mit der CDU blieb die „Christliche Volkspartei“ des Saarlandes unter Johannes Hoffmann, der enge Beziehungen zur französischen Besatzungsmacht pflegte. Die Angliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik wurde politisch von den sogenannten Heimatparteien, zu denen auch die später in Konkurrenz zur CVP gegründete saarländische CDU gehörte, vorbereitet. Nach der Lösung des Saarproblems Anfang 1957 schloß sich die Saar-CDU dann automatisch der CDU der Bundesrepublik an. In einem mühsamen und langwierigen Prozeß vollzog sich dann allmählich auch die Verschmelzung der Überreste der CVP mit der saarländischen CDU.

d) *Die Arbeitsgemeinschaft der Liberalen in der US-Zone*

Einer Anregung des Stuttgarter Parteitages der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Badens vom August 1946 nachkommend, wurde auf einer Sitzung in Frankfurt/Main am 28./29. September 1946, an der auch der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei Berlins und der Sowjetzone, Dr. Külz, teilnahm, eine Dachorganisation der drei süddeutschen liberalen Parteien — der DVP Württemberg-Badens, der Liberal-Demokratischen Partei Hessens und der Freien Demokratischen Partei Bayerns — gegründet³⁴¹). Zum ersten Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Theodor Heuss (Württemberg-Baden), zum zweiten Rechtsanwalt August Martin Euler (Hessen), zum dritten Rechtsanwalt Dr. Thomas Dehler (Bayern) bestimmt. Über die Sitzung, die sich auch mit dem Problem einer gesamtdeutschen Vereinigung der bestehenden regionalen liberalen Parteien auseinandersetzte, liegt ein ausführlicher Bericht von Ernst Mayer, dem Geschäftsführer der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Badens, vor, in dem es u. a. heißt³⁴²):

„... Reichlich durcheinandergehend hatten ,im Auftrage der Reichsparteileitung‘ sowohl Augsburg als auch Frankfurt zu einer Interzonenkonferenz der demokratischen Parteien der amerikanisch besetzten Zone eingeladen. Ich hatte mit den erreichbaren Herren des Vorstandes, Dr. Haußmann, Ministerpräsident Dr. Maier, Kultminister Dr. Heuss, die Dinge besprochen und mit ihnen verabredet, daß ich allein zur Tagung fahren und dort den Standpunkt der Partei vertreten solle. Die Meinung der Beteiligten sowie der früher Befragten, Herrn Dr. Kessel und Herrn Dr. Orgeldinger, ging dahin, eine Arbeitsgemeinschaft mit den benachbarten demokratischen Parteien einzugehen... Ich selbst hatte am Samstag nachmittags Gelegenheit, Herrn Dr. Külz gegenüber unter

³⁴¹) Material über die Verhandlungen im Archiv des Landesverbandes der Demokratischen Volkspartei (jetzt Freie Demokratische Partei) Baden-Württemberg in Stuttgart.

³⁴²) Bericht ohne Datumsangabe im Archiv der DVP (FDP) Stuttgart.

Bezugnahme auf frühere Verhandlungen mit Mossner, Berlin, unseren Standpunkt zu umreißen. Ich erklärte ihm bei dieser Gelegenheit, daß die DVP aus dem Zwang der Lage heraus an ihrer Selbständigkeit festhalten müsse, im übrigen aber bereit sei, in eine Liga der freien demokratischen Parteien oder in eine Arbeitsgemeinschaft mit ihnen einzutreten. Dr. Külz kam offenbar mit viel weitergehenden Wünschen und war auf meine Eröffnung einigermaßen verstimmt.

Dem Vorsitzenden von Hessen erklärte er, wie mir hernach berichtet wurde, Württemberg sei seine härteste Nuß. Am Samstagvormittag vor Beginn der Konferenz nahmen die Vertreter Nürnbergs und Münchens mit mir Fühlung auf und erklärten ihrerseits, noch ehe ich einen Vorschlag hatte machen können, sie wollten eine Zusammenfassung der süddeutschen Demokraten unter württembergischer Führung. Die Sitzung begann mit einem Referat von Dr. Külz, in dem er absichtlich bemüht war, die Arbeit der Partei in der russischen Zone als ziemlich erfreulich zu schildern. Nach zwei anderen Rednern erklärte ich zunächst, daß der Wunsch nach Einheit des Reiches Allgemeingut aller sei, und daß es sich erübrige, daß wir uns die Reichstreue gegenseitig versicherten. Ich machte den Vorschlag, von uns aus die Anregung zu geben, die ausgebrannte Paulskirche auf dem Boden einer Nationalspende des deutschen Volkes wieder aufzubauen. Das Reich habe nie treuere Vorkämpfer gehabt als die süddeutschen Demokraten. Wenn ich heute im Namen derer von Baden und Württemberg eine andere Haltung einnehmen müsse, wie sie von Herrn Dr. Külz u. a. gewünscht werde, dann besage das gar nichts über unsere Einstellung zum Reich und zu Berlin. Diese Einstellung decke sich vielmehr mit der von Dr. Külz mehrfach und sehr rühmend hervorgehobenen Stellungnahme unseres Kultministers Dr. Heuss zu dieser Frage.

Unser Wille nach Selbständigkeit unserer Partei werde bestimmt von taktischen Erwägungen und von dem Wissen, daß keine Reichsparteileitung, die unter russischer Besetzung wirke, reichsverbindliche Beschlüsse fassen und Anordnungen treffen könne. Es gäbe nach meiner eigenen Kenntnis der Dinge in dieser Zone keinerlei Freiheit. Ich bestritt die Darstellung von Dr. Külz, daß in allen Parteien das Bestreben zu einer Einigung über das Reich hinweg vorhanden sei, und betonte unter dem Beifall der Tagung, daß im Gegenteil sich auch die Parteien, die ursprünglich Reichsparteien waren, jetzt samt und sonders in Zonen- oder Ländergruppen aufspalteten. Ich bestritt weiter die Richtigkeit der Darstellung, daß die Führung der CDU einer inneren Krise zum Opfer gefallen sei, und machte von meinem besseren Wissen Gebrauch, demzufolge Hermes und Schreiber auf Wunsch der russischen Besatzungsmacht verschwinden mußten. Unter diesen Umständen, so schloß ich, sei im Interesse der Einheit des Reiches und im Interesse einer kommenden Einheitspartei nichts anderes möglich, als eine Zusammenfassung aller freien demokratischen Gruppen der amerikanischen Zone zu einer Arbeitsgemeinschaft. Bayern stimmte diesem Vorschlag lebhaft zu, begrüßte das von mir festgestellte Anknüpfen an die Tradition der alten süddeutschen Volkspartei und forderte, daß die Führung dieser Arbeitsgemeinschaft nach Stuttgart verlegt werde.

Dr. Külz unterbreitete einen Entschließungsentwurf, der etwa besagte: Die Liberal-Demokratische Partei Hessens, die Demokratische Volkspartei für Württemberg und Baden und die Demokratischen Gruppen Bayerns schließen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Diese Arbeitsgemeinschaft tritt ihrerseits in Arbeitsgemeinschaft mit der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Ich gab meine Zustimmung zum 1. Absatz der Entschließung, verweigerte sie aber zum zweiten, indem ich erklärte, die Annahme der Entschließung in dieser Fassung bedeute die Anerkennung eines Führungsanspruches der LDP in der russischen Zone. Ich erklärte mich meinerseits bereit, der Entschließung zuzustimmen, wenn etwa formuliert würde:

Die Arbeitsgemeinschaft steht ihrerseits in Arbeitsgemeinschaft mit den Liberal-Demokratischen und den Freien Demokratischen Parteien Deutschlands.

Ich erklärte Herrn Dr. Külz ganz offen, daß es mir darauf ankomme, durch den Wortlaut der EntschlieÙung darzutun, daß es sich hier um ein Abkommen gleichberechtigter Parteien handle. Külz beteuerte, daß er keine Hegemonieansprüche erhebe, aber an seinem Wortlaut festhalten müsse . . . Schließlich wurde der Teil 1 der EntschlieÙung einstimmig angenommen. Bei der Abstimmung über den Teil 2 enthielten sich die bayerischen Vertreter und ich mich der Stimme. Ich verzichtete darauf auf weitere Einwände, nachdem gleichfalls mit meiner Stimmenthaltung auf bayerischen Antrag hin als Vorort der Arbeitsgemeinschaft Stuttgart und mit der Federführung ich bestimmt worden waren. Dr. Külz war sichtlich mit seinem Erfolg recht wenig zufrieden. Er war vor allen Dingen nicht sehr davon erbaut, daß Württemberg-Baden damit in die Führung der süddeutschen Arbeitsgemeinschaft gestellt worden war. Ihm kam es sichtlich vor allem darauf an, sich seine Berliner Stellung mit uns Süddeutschen zu untermauern. Das ist ihm durch die Annahme des 2. Teils der EntschlieÙung nur insofern gelungen, als wir selbst es begrüßen können . . .“

Diese zwar sehr persönlich gefärbte, aber die Verhandlungen doch deutlich erkennbar werden lassende Aufzeichnung zeigt, wie ähnlich die Probleme waren, mit denen die demokratischen Gruppen, sowohl die christlich-demokratischen als auch die liberalen, bei ihren Bemühungen um die Bildung überregionaler Parteiorganisationen zu ringen hatten. Dem Führungsanspruch der Berliner und sowjetzonalen CDU stellten sich vor allem die CDU der britischen Zone und die bayerische CSU entgegen, schärfster Gegner des Führungsanspruches der LDP Berlins und der Sowjetzone waren, wie Mayer berichtet, die Stuttgarter Demokraten. Es ging in diesen Auseinandersetzungen innerhalb der beiden großen Parteigruppen aber keineswegs um irgendeinen regional bestimmten Egoismus und auch nicht um persönliche Machtkämpfe, sondern die westdeutschen Gruppen wurden in ihrer Haltung durch die klare Erkenntnis bestimmt, daß die Parteien im sowjetischen Besatzungsgebiet nicht frei in ihren EntschlieÙungen waren und es in Zukunft immer weniger sein würden. Dr. Hermes und Dr. Schreiber waren von den sowjetischen Behörden als Vorsitzende der Ost-CDU bereits ausgebootet worden. Jakob Kaiser und Ernst Lemmer hatten als deren Nachfolger einen erheblichen Druck zu erdulden, und von Dr. Külz, dem Vorsitzenden der Ost-LDP, war im Westen bekannt, daß er den sowjetischen Wünschen schon mehrfach nachgegeben hatte und auch in Zukunft kaum irgendwelchen ernsthaften Widerstand gegen die Maßnahmen der Sowjets und der mitteldeutschen Kommunisten leisten würde. Die Parteigruppen in den westlichen Besatzungszonen wollten keinesfalls einen Zusammenschluß verhindern, wohl aber Reichsorganisationen mit dem Sitz in Berlin aus dem Wege gehen, da sie wußten, daß diese mit Sicherheit nicht frei würden handeln können, sondern mehr oder weniger nur Gehilfen der deutschen Politik der Sowjets sein würden.

Dem Versuch von Dr. Külz, in Frankfurt den Führungsanspruch der Ost-LDP durchzusetzen, wurde deshalb ein deutliches Halt geboten und statt dessen als Nahziel zuerst einmal die Arbeitsgemeinschaft der Liberalen in der amerikanischen

Besatzungszone gebildet. Deren erste Aufgabe sollte die Abstimmung über die Grundsätze und die einzuschlagende Politik, insbesondere im Länderrat der amerikanischen Zone, sein. Darüber hinaus beabsichtigten die Stuttgarter Führungskreise, sie zur Keimzelle einer großen liberalen Reichspartei zu machen, die entgegen den Absichten des Dr. Külz von unten wachsen, nicht aber von oben her organisiert werden sollte.

e) *Die Bemühungen um die Errichtung einer liberalen Reichspartei*

Der Sitzung in Frankfurt war bereits eine Vorbesprechung der Liberalen aller vier Besatzungszonen am 6. September 1946 in Nürnberg vorausgegangen. Hier war es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Freien Demokraten Bayerns und den Vertretern der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Badens gekommen, so daß Dr. Külz, der zu vermitteln versuchte, sich in den Vordergrund spielen konnte und an Ansehen gewann. In dem Sitzungsprotokoll³⁴³) heißt es:

„... Dr. Bungratz, München, greift in übelster Form Generalsekretär Mayer, Stuttgart, an und behauptet, die Württemberger Verhältnisse wären so undurchsichtig, daß ein Zusammenschluß mit den Württembergern, solange Herr Mayer die Sache in der Hand hätte, nicht zu empfehlen wäre. Er gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß, sobald sie mit den Württembergern zur Zonenpartei gekommen wären, es nie zu einer Reichspartei kommen würde, denn Herr Mayer habe ja selbst gesagt: ‚Ihr könnt Euch entscheiden, entweder wir oder Berlin, etwas anderes gibt es nicht!‘ Auch ist das Stimmenverhältnis so, daß Württemberg mehr Stimmen besitzt als Hessen und Bayern zusammen, so daß befürchtet werden muß, daß wir von den Württembergern majorisiert werden . . .

Dr. Külz, Berlin, bittet die anwesenden Herren, das Persönliche nicht in den Vordergrund treten zu lassen, sondern an das Große, an das wir heranwollen, an die Reichspartei zu denken. Wenn wir zur Reichspartei jetzt kommen, so werden wir die einzige Partei sein, die zur Gesamtheit sich zusammengeschlossen hat, denn die CDU ist eine zersplitterte Partei und wir sind die einzige nicht-sozialistische Partei . . .“

Daß sich die Vertreter der beiden süddeutschen Landesparteien dann in Frankfurt wieder verständigten, war vor allem durch taktische Erwägungen bestimmt. Die Spannung zwischen ihnen blieb. Die Arbeitsgemeinschaft der Liberalen in der US-Zone mußte daher unter fortdauernden Mißhelligkeiten leiden und konnte kaum aktiv werden. Dem nächsten Treffen der liberalen Führungskreise am 8. und 9. November 1946 in Coburg, an dem erstmalig ein Vertreter aus der französischen Zone teilnahm, blieben die Stuttgarter bewußt fern. Ohne größeren Widerstand bestimmten aber nun statt der Süddeutschen die Abgesandten der Ost-LDP und der zentralistisch eingestellten Liberalen aus der britischen Zone den Tenor der Verhandlungen und billigten für das Programm der zu schaffenden Reichspartei schon im voraus die folgenden Thesen³⁴⁴):

³⁴³) Im Archiv der DVP (FDP) Stuttgart.

³⁴⁴) Im Archiv der DVP (FDP) Stuttgart.

„... Die Partei steht rückhaltlos auf dem Boden der Reichseinheit. Das neue Deutsche Reich soll alleiniger Träger der Souveränität sein. Die Länder sind Glieder des Reichs ohne Staatscharakter...“

Außerdem wurde ein „Koordinierungsausschuß“ eingesetzt, der weitere Schritte vorbereiten sollte. Die Ergebnisse dieser Beratungen wurden jedoch von allen Beteiligten als unbefriedigend empfunden, da ein solcher „Rumpfapparat“ ohne die tatkräftige Stuttgarter Gruppe nicht als wirkliche Repräsentanz der liberalen Kräfte angesehen werden konnte. Nach längeren Bemühungen sagten deshalb die Führer der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Badens zu, sich an der nächsten Vollkonferenz am 17. März 1947 in Rothenburg ob der Tauber wieder zu beteiligen. Drei Tage vorher fand dann in der gleichen Stadt eine Vorbesprechung der hessischen, württembergischen und bayerischen Vertreter statt, bei der man „unter sich“ war und deshalb vor allem auch die Probleme des Zusammengehens mit den Liberalen der Sowjetzone offen erörtern konnte. Die „Bestandsaufnahme“ zeigte, daß die Liberalen der französischen Zone sich aus Gründen der Besatzungspolitik an den Verhandlungen kaum beteiligen konnten, die aus Südbaden sich nicht einmal beteiligen wollten. Ernstlich beunruhigt war man weiterhin über die Liberalen der britischen Zone, die stark nach rechts tendierten und nach Ernst Mayer die Gefahr des Entstehens einer Art von Harzburger Front heraufbeschworen, da sie die nationale Haltung überbetonten. In aller Ausführlichkeit wurden die Befürchtungen besprochen, die wegen der Mitwirkung der Liberalen der Sowjetzone an der von den Kommunisten eingeführten und weiterhin ausschließlich bestimmten sogenannten „Blockpolitik“³⁴⁵⁾ laut wurden. Ernst Mayer erklärte hierzu³⁴⁶⁾:

„... Die Schwierigkeiten in der Ostzone sind bekannt. Berlin suche in der gesamtdeutschen Frage die Führung zu übernehmen, stehe aber der Tatsache gegenüber, daß in der Ostzone keine Partei zugelassen sei, die sich nicht an der Blockpolitik beteilige. Entscheidend sei daher die Frage, ob die LDP sich an uns oder an den Block binde...“

Mit diesen Erwägungen war das entscheidende Problem der Verhandlungen mit den Berlinern angerührt. Es war die Frage, ob es möglich sein würde, eine Partei, die in einer Zone zugelassen und damit in gewissem Sinne der Aufsicht der zuständigen Besatzungsmacht unterstellt war, dazu zu bewegen, von den vorherrschenden Prinzipien ihrer Zone abzurücken und sich den Thesen und Zielen der Bruderparteien in den anderen Zonen anzuschließen. Ernst Mayer forderte nichts weniger als dieses, als er erklärte, daß die LDP der Sowjetzone sich zwischen der kommunistisch gelenkten Blockpolitik und dem Zusammengehen mit den westdeutschen Liberalen entscheiden müsse. Es mußte aber einem objektiv Denken-

³⁴⁵⁾ Seit dem Herbst 1945 gehörten die KPD, SPD (beide zusammen ab 1947 SED), CDU und LDP der Sowjetzone dem „Antifaschistischen Block“ an, in dem die bürgerlichen Parteien durch die KPD, später SED, praktisch zur Annahme nur dieser genehmer politischer Ziele gezwungen wurden. Eine erste große Auseinandersetzung um die „Blockpolitik“ hatte es im Winter 1945 anläßlich der Bodenreform-Gesetzgebung gegeben. Vgl. Wieck, a.a.O., S. 214 Anm. 331 bis 333.

³⁴⁶⁾ Protokoll der Sitzung im Archiv des Landesverbandes der DVP (FDP) Baden-Württemberg in Stuttgart.

den schon bei dieser Art Fragestellung klar sein, daß Dr. Külz und seine Anhänger den zweiten Weg nicht begehen konnten und deshalb eine Einigung nicht zu erreichen war. Anders aber als der schroffe Ernst Mayer fühlten die bayerischen Liberalen trotz aller Gegensätze stärker die Verantwortung für ihre mittel-deutschen Freunde. Im Protokoll heißt es darüber:

„... Dr. Dehler unterstrich Mayers Ausführungen zur Ost-Block-Politik, aber man müsse doch den Versuch machen, den Osten zu retten. Dazu sei vielleicht auch eine Repräsentanz unserer Parteien nützlich. Er habe den Beschluß des Vorstandes der FDP Bayerns zu übermitteln, daß man eine solche repräsentative Spitze schaffen müsse, wie es andere Parteien getan haben ...“

Der Vorschlag wurde angenommen, einig war man sich jedoch darüber, daß der Vorsitz einer solchen gesamtdeutschen Repräsentanz der Liberalen keinesfalls einem Vertreter der Ost-LDP zufallen dürfe.

Die Sitzung am 17. März 1947 in Rothenburg war dann offiziell von den Liberalen der US-Zone unter der Führung von Prof. Heuss und der Sowjetzone unter Dr. Külz beschiedt. Ein bevollmächtigter Vertreter der Liberalen der britischen Zone war nicht anwesend, Dr. Greve, Hannover, und Dr. Middelhauve, Leverkusen, nahmen jedoch ohne ausdrückliches Mandat dessen Aufgaben wahr. Als Beobachter der Liberalen aus der französischen Zone beteiligte sich Dr. Ungeheuer, Trier. Nach sehr harten Auseinandersetzungen einigte man sich schließlich auf eine Lösung, die dem Vorschlag Dr. Dehlers vom 14. März sehr nahe kam. Es sollte eine Plattform geschaffen werden, auf der in weiteren Diskussionen sowohl die Führungsfrage als auch das Programm einer liberalen Reichspartei erörtert werden könnten. Prof. Heuss und Dr. Külz wurden die gleichberechtigten Vorsitzenden dieser „Demokratischen Partei Deutschlands“ (DPD), innerhalb derer die Zonen- bzw. Länderparteien jedoch wie bisher in der Festlegung der Richtlinien ihrer Politik, in deren Ausführung sowie im Programm weitgehend unabhängig blieben. Die DPD war also nur ein Überbau, keineswegs aber ein Zusammenschluß. Bedrückend blieb jedoch, daß zweifellos in der öffentlichen Meinung von nun an die geschaffene Repräsentanz mit einer Gesamtpartei verwechselt, deren Maßnahmen überbewertet und die eine oder andere Landespartei durch die Politik anderer liberaler Gruppen, an die sie selbst überhaupt nicht gebunden war, mitbelastet werden würde. Wenn auch die Konstruktion der gleichberechtigten Vorsitzenden und eines Vorstandes, der alle Beschlüsse gemeinsam fassen mußte, der damaligen politischen Situation Deutschlands durchaus entsprach, so blieb im Grunde die gefundene Lösung für alle Beteiligten doch sehr unbefriedigend und der Ausbreitung des liberalen Gedankens hinderlich. Ernst Mayer kommentierte die nunmehrige Lage mit folgenden Worten³⁴⁷):

„... Es wurde auch sichtbar, und niemand denkt daran, daraus ein Hehl zu machen, daß bei aller Übereinstimmung im Grundsätzlichen das verschiedene politische Klima

³⁴⁷) Ernst Mayer, „Versuch einer Einheit“; im Archiv des Landesverbandes der DVP (FDP) Baden-Württemberg in Stuttgart.

der einzelnen Zonen die einzelnen Parteien in Taktik und Dialektik sehr stark mitgeprägt hat . . .

Sie³⁴⁸⁾ billigen den Freunden in den anderen Zonen die Freiheit zu, unter den für sie gegebenen Umständen jeweils das Möglichste in Richtung des gemeinsamen Zieles auf den ihnen richtig erscheinenden Wegen zu erreichen. Sie werden sich selbst diese Freiheit aber auch bewahren und haben darüber hinaus die Zuversicht, daß im Interesse künftiger Gesamtheit die Parteigruppen der anderen Zonen sich mit ihnen auf gleicher Linie finden werden . . .“

Auch die nächsten gemeinsamen Sitzungen — 9. Juli und am 3. November 1947 — brachten keine weitere Klärung. Deutlich wurde nur, daß die LDP der Sowjetzone und die Liberalen der westdeutschen Zonen sich immer weiter auseinanderlebten. Einer Politik der Ost-LDP, die Dr. Külz folgendermaßen umriß, konnten und wollten die Westdeutschen nicht zustimmen³⁴⁹⁾:

„. . . Dr. Külz bezeichnet die Sowjetmacht als ein Leistungsmassiv, das eine dreißigjährige Entwicklung hinter sich habe. Eine praktische realpolitische Einwirkung gegenüber den Zielen der Sowjetpolitik, die in Deutschland dieselben seien wie auf dem Balkan, ergebe sich durch die Existenz der LDP und ein verständigungswilliges Zusammenarbeiten mit der Besatzungsmacht . . . Die Blockpolitik stelle keine Gesinnungsgemeinschaft, sondern eine Bekenntnisgemeinschaft dar. Sie sei antifaschistisch ausgerichtet und vertrete eine Friedenspolitik. In der Frage der Bodenreform habe sich die LDP aufs äußerste widersetzt, sei aber nicht durchgedrungen. Die LDP kenne kein willensloses Nachgeben gegenüber einem Druck der Besatzungsmacht. Er habe die Wyschinski-Rede nicht restlos gelobt, wie er auch den Marshall-Plan nicht abgelehnt, sondern verlangt habe, seine politischen Bedingungen zu prüfen . . .“

Das war der Versuch einer Rechtfertigung, der offen ließ, ob Dr. Külz wirklich die Verständigung mit der Sowjetunion wünschte, ob er unter politischem Druck handelte oder ob er die politischen Verhältnisse ganz und gar verkannte. Annehmen konnten ihn die Liberalen der Westzonen nicht mehr, denen zumindest jetzt klar wurde, daß vorläufig eine politische Einheit nicht herzustellen war und es deshalb sinnlos wurde, nur aus Propaganda und Prestige Gründen die Fiktion einer sogenannten Einheitsorganisation, die DPD, weiter aufrechtzuerhalten.

Das, was unvermeidlich war, trat am 18. Januar 1948 auf der Sitzung des vorläufigen Reichsvorstandes der Demokratischen Partei Deutschlands in Frankfurt/Main ein. Anwesend waren aus der britischen Zone Franz Blücher, Altenhain, Dr. Schäfer, Siemann, Dr. Krekeler und Dr. Middelhaue, aus der französischen Zone Wildermuth, Dr. Lenze, Dr. Neubronner und Dr. Dohr, aus der US-Zone Prof. Heuss, Ernst Mayer, Dr. Dehler, Bezold, Euler und Bleek, aus der Sowjetzone und Berlin Lieutenant, Moog, Dieckmann, Bretschneider, Dr. Damerow und Schwennicke. Prof. Heuss erklärte³⁵⁰⁾:

³⁴⁸⁾ Die südwest- und süddeutschen Liberalen.

³⁴⁹⁾ Protokoll der Sitzung des sogenannten Reichsvorstandes der Demokratischen Partei Deutschlands am 3. November 1947 in Frankfurt/Main; im Archiv des Landesverbandes der DVP (FDP) Baden-Württemberg in Stuttgart.

³⁵⁰⁾ Protokoll im Archiv des Landesverbandes der DVP (FDP) Baden-Württemberg in Stuttgart.

„... Die heutige Sitzung ist notwendig geworden wegen der Beteiligung der LDP der Ostzone an dem sogenannten Volkskongreß. Das innere Verhältnis zu Dr. Külz sei schockiert durch seine Beteiligung am Volkskongreß, obwohl in der voraufgegangenen Vorstandssitzung vom 3. November 1947 eine Parteienrepräsentanz des deutschen Volkes abgelehnt worden sei. Der Volkskongreß stelle nichts anderes dar als die Fortsetzung der Blockpolitik und den Versuch, sie auf ganz Deutschland zu übertragen. Es bedeute eine Option für die russische Auffassung von der Einheit Deutschlands. Die politische Lage verbiete eine einseitige Option ...“

Damit war wieder die gleiche Frage gestellt, die Ernst Mayer fast ein Jahr vorher schon aufgeworfen hatte. Jetzt war diese Frage sogar noch weiter konkretisiert. Der vorläufige Reichsvorstand hatte eine bestimmte Politik festgelegt, und die Ost-LDP hatte diesen Richtlinien zuwider gehandelt. Offen war nun, ob der Vorstand berechtigt und in der Lage war, dem Vorsitzenden der LDP der Sowjetzone, der auch zugleich einer der Vorsitzenden der Gesamtrepräsentanz der Liberalen war, das Mißtrauen auszusprechen oder ihn gar von seinem Posten zu entbinden. Die Mehrheit der Sitzungsteilnehmer entschloß sich für eine milde, trotzdem aber deutliche Form der Mißbilligung. Den Vertretern der Ost-LDP war jetzt der willkommene Anlaß gegeben. Sie erklärten, wegen dieser ungerechtfertigten Maßnahme die Konferenz verlassen zu müssen. Im Protokoll heißt es darüber:

„... Lieutenant erklärte, daß durch die Annahme des Kommuniqués die Weiterarbeit der Ostzonenvertreter zunächst unmöglich sei. Sie könnten sich an den Verhandlungen nicht mehr beteiligen ...“

Damit endete die Zusammenarbeit zwischen den mitteldeutschen und den westdeutschen Liberalen, so wie sich auch jetzt die Liberalen in Ost- und West-Berlin spalteten. Die Unvereinbarkeit der Gegensätze, seit langem nur noch notdürftig überbrückt, war offen zutage getreten. Auch der Versuch, in der „Demokratischen Partei Deutschlands“ eine allen gemeinsame Repräsentanz zu schaffen, hatte nicht dazu führen können, unter dem bestehende Besatzungsregime und über die Zonengrenzen hinweg eine alle Landes- und Zonenparteien einer Richtung bindende Politik aufzubauen.

Nur wenig später schlossen sich die liberalen Parteien der drei westdeutschen Zonen in der „Freien Demokratischen Partei“ (FDP) zusammen. Aber auch zwischen deren einzelnen Landesverbänden blieben weiterhin unausgetragene Gegensätze bestehen, deren wichtigste Ernst Mayer schon früher angedeutet hatte, als er darauf hinwies, daß die süddeutschen Liberalen das Erbe der alten „Volkspartei“ in sich weitertrügen, während die norddeutschen Freien Demokraten, nach seinen Worten auf der Sitzung am 14. März 1947, stark zum rechten Flügel tendierten, zentralistische Organisationsformen anstrebten und nationalistischen Vorstellungen anhängen. Die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Polen sollte weiterhin die Geschichte der FDP bestimmen.

Schluß

Nach dem deutschen Zusammenbruch entstanden in den Jahren 1945 bis 1947 in allen deutschen Ländern als Ausdruck wiedererwachenden demokratischen Lebens politische Parteien, die in ihrem Aufbau und Wirken die Lehren aus den zwölf Jahren des totalitären nationalsozialistischen Regimes und der vorangegangenen inneren Auflösung des Weimarer Staates zu befolgen bestrebt waren. SPD und KPD versuchten mehr oder weniger an die Formen vor 1933 anzuknüpfen, während die neu entstehenden Parteien der Christlichen Demokraten und der Liberalen ganz neue Wege zu begehen und zu neuen Konzeptionen zu gelangen wünschten. Diese für den südwestdeutschen Raum in ihren Zielsetzungen, ihrer Vielfalt und Problematik darzustellen, war der Gegenstand der vorangegangenen Kapitel.

In Stuttgart und Tübingen bildeten sich christlich-demokratische Gruppen, die — obwohl in verschiedenen Besatzungszonen gelegen — einander sehr ähnlich für eine gemäßigt föderalistische Einordnung der Länder in ein neues Deutsches Reich eintraten. Die vorhandenen Ressentiments gegenüber Berlin als Hauptstadt und den früheren preußischen Hegemoniebestrebungen führten sie keineswegs zu der weitgehenden Forderung, nun den politischen Schwerpunkt des Reiches für dauernd in den Westen zu verlagern. Im benachbarten Südbaden vertrat dagegen die neugegründete Badische Christlich-Soziale Volkspartei einen extremen föderalistischen Standpunkt und versuchte ihr Tun und Denken fast ganz den Interessen einer isolierten Landespolitik einzuordnen, um derart ihrer Forderung nach größerer Selbständigkeit der Länder in einem zukünftigen nur sehr losen deutschen Staatenbund Ausdruck zu verleihen. Wenn auch zweifellos der französischen Besatzungsmacht an einer Lockerung oder gar Aufsplitterung der innerdeutschen Bindungen sehr gelegen war, so waren für diese südbadische Haltung doch in gleicher Weise die dort führenden deutschen Politiker verantwortlich, da die gleichzeitige Entwicklung der Christlichen Demokraten in den ebenfalls zur französischen Zone gehörenden Ländern Südwürttemberg und Rheinland-Pfalz ein ganz anderes Bild bietet. Nicht extremer Regionalismus, sondern eine enge Zusammenarbeit mit befreundeten Gruppen in anderen deutschen Ländern und darüber hinaus eine fruchtbare Verbindung dieser Länder untereinander war dort die Lösung.

Die hessischen und insbesondere die Frankfurter Christlichen Demokraten verfolgten wiederum ein ganz anderes Ziel. Sie entwickelten schon sehr früh gesamtdeutsche Pläne und forderten, an die Tradition der Nationalversammlung von 1848 anzuknüpfen, d. h. ein föderalistische und zentralistische Formen

organisch verbindendes neues Reich stark liberaler Prägung aufzubauen, dessen Mittelpunkt dann Frankfurt sein müsse. Ein „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ sollte die Grundlage und die Klammer dieses neuen Deutschlands bilden.

Föderalistische Gedankengänge waren wiederum in Koblenz, dem Sammelpunkt der Christlichen Demokraten im Südtel der ehemaligen Rheinprovinz, vorherrschend. Die Pläne der CDU-Gründer fanden hier besonders mannigfaltigen Ausdruck, sie reichten von der Konzeption eines Rheinstaates im Verbands eines Staatenbundes Deutschland bis hin zu der eines selbständigen großen westdeutschen Landes, das die Pfalz, Hessen, die ehemalige Rheinprovinz und Westfalen umfassen sollte.

Schon in dieser einen Frage, wie Deutschland als Staatsorganismus wieder aufgebaut und gegliedert werden und wo in Zukunft sein politisches Zentrum liegen müsse, äußerten die Christlichen Demokraten in den verschiedenen Gebieten teilweise weit auseinanderliegende Ansichten. Es bedurfte einer jahrelangen Entwicklung und vieler Auseinandersetzungen, um die Meinungen einander näherzubringen.

Auch die südwestdeutschen Liberalen waren föderalistisch orientiert. Ihre Stuttgarter Führungsgruppe ließ z. B. bei den Verhandlungen mit den Berliner Liberalen deutlich erkennen, daß ein Führungsanspruch Berlins nicht mehr bestehe. Wenn auch bei dieser Entscheidung die Tatsache ins Gewicht fiel, daß die LDP Berlins und der Sowjetzone sich dem beherrschenden Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht nicht entziehen konnte, so wirkten doch auch in gleicher Weise föderalistische Traditionen aus dem 19. Jahrhundert nach, antipreußische Ressentiments des spezifisch süddeutschen Liberalismus, der nun wieder zu neuer Wirksamkeit zu erwachen hoffte.

Bei den Einigungsverhandlungen sowohl der verschiedenen christlich-demokratischen als auch der liberalen Gruppen wurde deutlich, daß unter dem Besatzungsregime alle Versuche, auf parteipolitischer Ebene zu gesamtdeutschen Vereinbarungen zu gelangen, scheitern mußten, weil dadurch die Grenze dessen, was innerhalb der deutschen Politikern und deutschen politischen Gruppen zugestanden Kompetenzen lag, überschritten wurde. Gesamtdeutsche Fragen, wo immer und in welcher Form sie gestellt waren, konnten nur durch Vereinbarungen der Besatzungsmächte untereinander gelöst werden. Innerhalb jeder der einzelnen Zonen konnte auf deutsche Anregung zwar manches bei der zuständigen Besatzungsmacht erreicht werden, Vereinbarungen über die Zonengrenzen hinaus, so insbesondere der Zusammenschluß zu gesamtdeutschen politischen Parteien, waren dagegen einfach nicht zu erreichen.

Nicht ohne Grund wurde hier die Deutschlandfrage an den Anfang unserer Schlußbetrachtung gestellt. Denn sie war doch letztlich für alle deutschen Parteien — wenn auch 1945 aus Opportunitätsgründen oder aus grundsätzlichen Erwägungen nicht immer in den Vordergrund gerückt — das Hauptproblem,

mit dem sie sich auseinandersetzen mußten. Es zu lösen, blieb ihnen aus Gründen, die außerhalb ihrer Verantwortung lagen, verwehrt.

Die gleiche Divergenz wie in den Ansichten über die künftige Gestaltung Deutschlands zeigt sich auch im inneren Aufbau der politischen Gruppen beider bürgerlichen Richtungen, die nach 1945 entstanden. Auch hier finden wir in den einzelnen Gebieten die verschiedensten Formen und Abstufungen. Wir sehen vor uns den alten Zentrumsolitiker Dr. Föhr in Freiburg, der vor dem geplanten interkonfessionellen „Mischmasch“ mit allen ihm zu Gebote stehenden Argumenten warnte und immer wieder versuchte, die Bildung einer interkonfessionellen christlichen Partei zu verhindern. Auch in anderen Gebieten gab es einzelne Vertreter des alten Zentrums, die wieder eine katholische Partei gründen wollten und um diese mehr oder weniger kämpften. Ein Erfolg war ihnen allen jedoch nicht beschieden.

Propagiert wurde vielmehr immer wieder die Notwendigkeit des Zusammengehens von Katholiken und Protestanten in einer einzigen politischen Partei. In Wahrheit waren es jedoch nur wenige Gruppen, so in Stuttgart, in Mannheim, in Heidelberg, in Mainz und in Tübingen, die diesen Gedanken in Parität auch sofort realisieren und weiter voran treiben konnten. Besonders in Südbaden, Trier und in Koblenz, aber auch an vielen anderen Orten, blieben jedoch die aus dem alten Zentrum kommenden CDU-Gründer vorerst noch ganz „unter sich“, so daß es den Anschein hatte, als ob die alte Partei lediglich unter neuem Namen weiterexistiere. Dem war zweifellos nicht so, denn der Wille, etwas wirklich Neues zu schaffen, war überall vorhanden. Die katholischen Kreise waren allerdings das aktiv vorwärtstreibende Element, die Protestanten dagegen folgten, mit wenigen Ausnahmen, nur sehr zögernd. Angestrebt wurde die politische Union beider Konfessionen, aber es waren vorerst zwischen den Parteien viele Schranken zu heben, das beiderseitige Mißtrauen, in Jahrhunderten gewachsen, konnte nur langsam abgebaut, die geringschätzigste Beurteilung des anderen erst allmählich beseitigt werden. Einen anderen Weg als den der interkonfessionellen Partei aber gab es nach Auffassung der CDU-Gründer nicht, denn nur sie allein schien die geeignete Form, den innenpolitischen Wirren und der strukturellen Auflösung, die der Weimarer Republik zum Verderben gereicht hatten und auch nach dem zweiten Weltkrieg wieder drohten, zu begegnen. Die christliche Unionspartei war daher ihrer Ansicht nach zugleich auch die entscheidende Voraussetzung zum Bau stabiler demokratischer Verhältnisse im neuen Deutschland.

Nicht zu zweifeln ist an der Tatsache, daß die anfänglichen Reibungen zwischen den Konfessionen sich im Laufe der Entwicklung der CDU ganz allmählich minderten, wenn auch unter der Oberfläche ein ständiges Ringen fort dauerte. Es bildeten sich jedoch gewisse Spielregeln heraus, um die latent vorhandenen oder plötzlich aus einer konkreten Situation heraus auftretenden Schwierigkeiten zu meistern. Die konfessionelle Parität in der Besetzung von Ämtern gehörte schon frühzeitig zum festen Bestandteil der parteipolitischen Taktik.

Ein wichtiger Faktor für das Wiedererstehen des politischen Lebens nach 1945 war nicht zuletzt auch die Haltung der Kirchen. Eine grundsätzliche Opposition gegen das wichtigste Anliegen der CDU, Christen beider Konfessionen politisch zu verbinden, ist in beiden Kirchen nicht zu finden. Ihre Position war jedoch sehr verschieden: die katholische Kirche unterstützte, wenn auch nicht direkt, so doch zumindest indirekt, ausschließlich die CDU, die evangelischen Kirchen aber billigten diese Partei nur wie jede andere, die nicht gerade antichristlich eingestellt war. So war es nur eine natürliche Folge, daß die liberalen Gruppen sich stärker aus protestantischen, die christlich-demokratischen dagegen mehr aus katholischen Kreisen ableiteten — von der verschiedenen grundsätzlichen Einstellung beider zu den Fragen der politischen Betätigung aus christlicher Verantwortung ganz abgesehen.

In der Einleitung (S. 8) wurde auf die verschiedenen Möglichkeiten hingewiesen, die sich den deutschen politischen Kreisen nach dem Zusammenbruch in der Frage anzustrebender Parteiformen anboten oder von ihnen in Erwägung gezogen wurden. Abschließend können wir nun feststellen, welche dieser Möglichkeiten in Südwestdeutschland tatsächlich Wirklichkeit wurden bzw. welche Modifikationen sich als notwendig erwiesen:

- a) Weder die CDU-Gruppen in der amerikanischen noch die in der französischen Zone können als Abbild irgendeiner Partei der Weimarer Republik angesehen werden. Ebenso ist auch die von den Stuttgarter Liberalen gegründete Demokratische Volkspartei keine direkte Fortsetzung der Deutschen Demokratischen Partei oder der Deutschen Volkspartei. Sie steht vielmehr im gleichen Verhältnis zu diesen Vorläuferparteien wie die CDU zum Zentrum und Christlich-Sozialen Volksdienst. Prälat Föhr erstrebte zwar das Wiederaufleben des alten Badischen Zentrums, konnte es jedoch erst mehrere Jahre später nur als Splitterpartei neu gründen.
- b) Eine Konzentration aller bürgerlichen Kräfte wurde vereinzelt versucht, aber ebenso häufig abgelehnt. Die Christlichen Demokraten in Rheinland-Pfalz, Württemberg und Baden (mit Ausnahme von Mannheim und Heidelberg) lehnten jede Verbindung mit liberalen Gruppen ab. In Hessen fand die Konzeption keinen Anklang, da die christlich-demokratischen Gruppen sich eher mit den Sozialdemokraten als mit den Liberalen verbinden wollten.
- c) Die politische Sammlung katholischer und evangelischer Kräfte war überall in den untersuchten Gebieten der Ausgangspunkt zur Gründung der CDU. Die protestantischen Landeskirchen verhielten sich weitgehend neutral, die katholische Kirche beteiligte sich an den Gründungsverhandlungen und griff teilweise durch hohe Geistliche, so in Freiburg durch Erzbischof Gröber, selbst aktiv ein.
- d) Im Gegensatz zu Norddeutschland spielte die These „Sammlung aller bürgerlichen Kräfte“ — unabhängig von liberalen und christlichen Bindungen — in Südwestdeutschland kaum eine Rolle. Die Stuttgarter Liberalen bemühten

sich lediglich, da sie ein politisches Einwirken der Kirchen entschieden ablehnten, um eine Sammlung der kirchlich nicht beeinflussten Kräfte und knüpften an die Tradition des europäischen Humanismus an. Die Versuche in Heidelberg, Pforzheim, Heilbronn und Leonberg, demokratische Sammelparteien liberaler Prägung in engerer Verbindung mit protestantischen politischen Kreisen zu gründen, waren zum Scheitern verurteilt.

- e) Der Gedanke einer „Partei der Arbeit“ wurde in Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe und ganz kurz durch den Altreichskanzler Dr. Wirth in Freiburg laut. Die relativ stärksten Chancen hatte er noch in Frankfurt, ein dauernder Erfolg war ihm jedoch nicht beschieden.
- f) Lediglich in Freiburg wurde kurze Zeit ein Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten erörtert. Das eindeutige Bekenntnis der Sozialdemokraten zur freiheitlichen parlamentarischen Demokratie hinderte alle weiteren Fusionsversuche der Kommunisten.
- g) Eine „Union der Mitte“ wurde, da die Kirchen 1945 nach den Beschlüssen der Fuldaer Bischofskonferenz und der Konferenz der evangelischen Kirchen in Treysa nicht abseits vom politischen Leben stehen wollten, nirgends erörtert.
- h) Die Gründung einer konservativen Rechtspartei wurde im ganzen südwestdeutschen Raum, dem einseitig konservative Gedanken schon immer fremd gewesen waren, ernsthaft nicht in Erwägung gezogen.

Wir können also feststellen, daß in den hier näher behandelten Gebieten extreme Konzeptionen, sowohl nach rechts wie nach links, nirgends laut wurden. Die politische Tradition wies hier andere Wege. Die Sozialdemokraten formierten sich wieder ganz von selbst, und auch die Liberalen, insbesondere in der amerikanischen Zone, folgten wieder früheren Leitbildern. Der Gedanke „Alle Bürgerlichen rechts der Sozialdemokratie in eine Partei“, der in Norddeutschland vielfach eine Rolle spielte, wurde von ihnen nicht übernommen, da sie wußten, daß zumindest die katholische Bevölkerung auf jeden Fall in irgendeiner Form von ihnen unabhängig bleiben würde. Eine Ausweitung auch auf Kreise, die früher nicht der Deutschen Demokratischen Partei zugehörig gewesen waren, wurde zwar versucht, brachte jedoch nur geringe Erfolge. Gegner ihrer Bemühungen waren die Christlichen Demokraten, die aus ihrer Konzeption wiederum ablehnten, mit den liberalen Kräften einen gemeinsamen politischen Weg zu gehen. Ihr Ziel war, die noch kirchlich gebundenen Teile sowohl der katholischen als auch der evangelischen Bevölkerung um sich zu sammeln. So bietet sich das Bild, daß beide Parteien sich politisch gegenüberstanden, keine der anderen aber ihre Berechtigung bestritt.

Anhang

A. Quellen und Archivmaterial

1. Parteiarchive

- a) Archiv des Landesverbandes der Badischen Christlich-Demokratischen Union, Freiburg (Breisg.),
- b) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Nordbaden, Karlsruhe,
- c) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Nordwürttemberg, Stuttgart,
- d) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Württemberg-Hohenzollern, Tübingen,
- e) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Rheinland-Pfalz, Koblenz,
- f) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Hessen, Frankfurt/M.,
- g) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union im Rheinland, Köln,
- h) Archiv des Kreisverbandes der Christlich-Demokratischen Union, Mainz,
- i) Archiv des Landesverbandes der Freien Demokratischen Partei — Demokratische Volkspartei — in Württemberg-Baden, Stuttgart,
- k) Archiv des Kreisverbandes der Freien Demokratischen Partei — Demokratische Volkspartei —, Stuttgart,
- l) Archiv der Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Zentrumspartei, Münster (Westf.).

2. Privatarchive

- a) Paul Bausch, Stuttgart,
- b) Dr. Josef Beyerle, Stuttgart,
- c) Georg Diehl, Mainz,
- d) Bruno Dörpinghaus, Bonn,
- e) Dr. Paul Fleig, Freiburg (Breisg.),
- f) Dr. Ernst Föhr, Freiburg (Breisg.),
- g) Haslsteiner, Stuttgart,
- h) Franz Henrich, Koblenz,
- i) Adolf Kühn, Karlsruhe,
- k) Hermann Matthes, Mainz,
- l) Cl. Moser, Hechingen,
- m) Peter Reichensperger, Koblenz,
- n) Pfarrer Dr. Kurt Schumacher, Kupferzell (Württ.),
- o) Franz Sprauer, Karlsruhe,
- p) Josef Stehle, Stuttgart,
- q) Siegfried Stössinger, Karlsruhe,
- r) Dr. Hermann Vietzen, Stuttgart,
- s) Maria Walter, Stuttgart,
- t) Dr. Franz Weiß, Tübingen,
- u) Wilhelm Wirthle, Tübingen,
- v) Gustav Wolff, Mainz.

B. Literatur

- Almond, Gabriel A. (Hrsg.), s. *The Struggle for Democracy in Germany*.
- Arnold, Fr., *Zur christlichen Lösung der sozialen Frage*, Köln 1947.
- Bachem, Karl, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei*, 9 Bde Köln 1927—1932.
- Baden, *Geschichte, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft*. Denkschrift der Badischen Landesregierung, 2. erw. Aufl., Waldkirch 1949.
- Baden im 19. und 20. Jahrhundert, *Verfassungs- und verwaltungsgeschichtliche Studien*. Hrsg.: Karl Siegfried Bader, 2 Bde., Karlsruhe 1948—1950.
- Baden 1945—1951, *Was nicht in der Zeitung steht*, Darmstadt 1951.
- Bader, Karl Siegfried, *Der deutsche Südwesten in seiner territorialen und staatlichen Entwicklung*, Stuttgart 1950.
- Bader, Karl Siegfried (Hrsg.), s. *Baden im 19. und 20. Jahrhundert*.
- Barth, Karl, *Christengemeinde und Bürgergemeinde*, In: *Kirche in der Welt*, Stuttgart 1946, H. 7.
- Barth, Karl, *Die Kirche und die politische Frage von heute*, Bern 1939.
- Barth, Karl, *Die evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches*, Stuttgart 1946.
- Barzel, Rainer, *Die deutschen Parteien*, Geldern 1952.
- Bausch, Paul, *Der Kampf um die Freiheit der evangelischen Christen im politischen Leben*, Stuttgart 1930.
- Bergsträsser, Ludwig, *Geschichte der politischen Parteien in Deutschland*, 5. Aufl., Mannheim, Berlin und Leipzig 1928; 8. u. 9. Aufl. München 1955.
- Bericht der amerikanischen Hochkommission über Deutschland, Nr. 7, Frankfurt a. M. 1951.
- Boehme, Theodor, *Die Christlichen Gewerkschaften, ihr Wesen, Werden und Wollen*, Stuttgart 1930.
- Bouscaren, Anthony T., *The European Christian Democratic Parties*, Berkeley (California), Diss. 1951.
- Brauer, H., *Zentrum und evangelischer Volksteil*, In: *Der Zusammenschluß*, Jg. 1, 1926/27, H. 2.
- Braun, Otto, *Von Weimar zu Hitler*, 2. Aufl., New York 1940.
- Braun, Walter, *Evangelische Parteien in historischer Darstellung und sozialwissenschaftlicher Beleuchtung*, Mannheim 1939, Heidelberg, Phil. Diss. 1939.
- Brunner, Emil, *Der Staat als Problem der Kirche*, Berlin 1933.
- Buchheim, Karl, *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*, München 1953.
- Bunzel, J., *Die Wirtschaftstheorien der Christlich-Sozialen*, Leipzig 1927.
- Caspary, Friedrich H., *Vom Werden der Verfassung in Hessen*. Aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessens, Offenbach 1946 (Aktuelle Schriften, 3.).
- Christlich-Demokratische Union, *Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit im Parlamentarischen Rat 1948/1949*.
- Das christliche Deutschland, *Dokumente und Zeugnisse*. Hrsg. von einer Arbeitsgemeinschaft katholischer und evangelischer Christen, Stuttgart und Freiburg i. Br., 1946 ff.
- Clay, Lucius D., *Entscheidung in Deutschland*, Frankfurt 1950.
- Decker, J., *Die Zentrumskrise*, In: *Die Gesellschaft*, 1925.
- Dehlinger, Alfred, *Württembergs Staatswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute*, Stuttgart o. J. [1950].
- Dennewitz, Bodo, *Die Verfassungen der modernen Staaten*. Eine Dokumentensammlung. Hrsg. und mit einer Einführung versehen unter Mitarb. von Boris Meißner, 4 Bde, Hamburg 1947—1949.
- Deutz, Josef, *Adam Stegerwald, Gewerkschaftler — Politiker — Minister 1874—1945*, Köln 1952.
- Dibelius, Otto, *Volk, Staat und Wirtschaft aus christlichem Verantwortungsbewußtsein*, Ein Wort der Kirche, Berlin 1946.
- Diem, Hermann, *Die politische Verantwortung der Christen heute*, Vortrag, München 1952 (Theologische Existenz heute, N. F. 35).

- Dunne, Edward J., *The German Center Party in Empire and Republic: a study in the crisis of democracy*, Washington 1950.
- Ehard, Hans, *Freiheit und Föderalismus*, München 1948.
- Ehard, Hans, *Die europäische Lage und der deutsche Föderalismus*, München 1948.
- Elections and Political Parties in Germany 1945/1952, Hrsg. vom Office of the US High Commissioner for Germany, Bad Godesberg-Mehlem 1952.
- Der Essener Kongreß der Christlichen Gewerkschaften 1920, Köln 1920.
- Europa in evangelischer Sicht, In Verbindung mit Wilhelm Menn und Wilhelm Schüssler, hrsg. von Friedrich Karl Schumann, Stuttgart 1953.
- Europa-Archiv, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Oberursel Jg. 1—10, 1946—1955.
- Feger, Otto, *Schwäbisch-alemannische Demokratie, Aufruf und Programm*, Konstanz 1946. (Oberlandbücher).
- Feine, H., *Staat und Kirche*, Stuttgart 1946.
- Fischer, Fritz, *Der deutsche Protestantismus und die Politik im 19. Jahrhundert*. In: *Historische Zeitschrift*, München 1951, Bd. 171.
- Frank, Walter, *Hofprediger Stoecker und die christlich-soziale Bewegung*, Berlin 1928.
- Frings, Kardinal Josef, *Grundsätze christlicher Sozialarbeit*, Köln 1948.
- v. d. Gablentz, O. H., *Über Marx hinaus, Programmentwurf für einen christlichen Sozialismus*, Berlin 1946.
- German Evangelical Letter to Hitler 1935 and 1936. In: *International Conciliation*, Nr. 324.
- Gross, Feliks, *European ideologies, a survey of 20th century political ideas*, New York 1948.
- Gross, Franz B., *Freedom of the Press under Military Government in Western Germany 1945 to 1949*, Harvard Diss. 1952.
- Halparin, S. W., *Germany tried Democracy*, New York 1946.
- Haug, Theodor, *Die politische Verantwortung der Kirche*. In: *Neue Politik*, Stuttgart 1946.
- Hermelink, Heinrich, *Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg, von der Reformation bis zur Gegenwart, Das Reich Gottes in Württemberg*, Stuttgart, Tübingen 1949.
- Hermelink, Heinrich, *Kirche im Kampf 1933—1945*, Stuttgart 1950.
- Heuss, Theodor, Friedrich Naumann, *Der Mann, das Werk, die Zeit*, 2. neubearb. Aufl., Stuttgart und Tübingen 1949.
- von Hofmann, Albert, *Das deutsche Land und die deutsche Geschichte*, Stuttgart 1921—1924.
- Huber, Karl, *Der Streit um den Zentrumscharakter*, Köln 1912.
- Hüsgen, E., L. Windthorst, Köln 1907.
- Jellinek, Walter, *Die Verfassung des Landes Hessen*. In: *Deutsche Rechts-Zeitschrift*, Tübingen, Jg. 2, 1947, S. 4—8.
- Joos, Josef, *Am Räderwerk der Zeit*, Augsburg [1951].
- Jostock, Paul, *Der deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus*, Regensburg 1932.
- Jostock, Paul, *Das Proletariat*, Köln 1946 (Karlsruher Hefte, Soziale Reihe, 2.).
- Katzer, Maximilian, *Parteiprogramme und Demokratie*, Meisenheim 1949.
- Die katholische Kirche und das Bonner Grundgesetz, Erklärung der deutschen Bischöfe zum Grundgesetz, Köln 1949.
- Die katholische Kirche und die Weimarer Verfassung, Hirtenbrief der in Fulda versammelten Erzbischöfe und Bischöfe am 20. August 1920 an die Reichsregierung. In: *Kroses Kirchliches Jahrbuch*, Bd. 9, 1919/20, S. 107.
- Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. 1945—1955, Essen 1949 ff.
- Kiefl, G., *Die Staatsphilosophie der katholischen Kirche und die Frage der Legitimität in der Erbmonarchie*, Mainz 1928.
- Kindt, Karl, *Konservative in der Welt der Diskontinuität*, In: *Deutsches Pfarrerblatt*, Stuttgart, 1. Juli 1951.
- Kindt-Kiefer, J. J., *Katholische und protestantische Staatsbegründung*, Berlin 1940.
- Kirchliches Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland, Begr. von Johannes Schneider, Hrsg. von Joachim Beckmann, Jg. 60, 1933—79, 1953, Gütersloh 1949—1954.
- Klinke, Paul Werner, *Die Deutsche Zentrumspartei und die demokratische Frage*, Hamburg, Phil. Diss. 1951 (Maschinenschrift).

- Koch, W., *Bekennende Kirche, gestern und heute*. In: *Kirche in der Welt*, Stuttgart 1946, H. 6.
 Kommentar zur Verfassung von Württemberg-Baden, Hrsg. von Robert Nebinger, Stuttgart 1948.
- Kraus, Edwin, *Christentum und Politik am Beispiel der CDU, Eine soziologische Untersuchung der CDU aus historischer, politischer und religiöser Sicht als Beitrag zur Soziologie des Parteiwesens*, Heidelberg, Phil. Diss. 1955 (Maschinenschrift).
- Kroses Kirchliches Jahrbuch, Freiburg 1951.
- Künne, W., *Der große Abfall, Eine geschichtstheologische Untersuchung der Begegnung zwischen dem Nationalsozialismus und dem Christentum*, Hamburg 1948.
- Lewandowski, *Schicksalsstunde der christlichen Parteien*. In: *Rheinischer Merkur*, Köln, Jg. 5, 1950, Nr. 14.
- Litt, Theodor, *Geschichtsphilosophische Besinnung über protestantisches Geschichtsbewußtsein*, Leipzig 1938.
- Lüthy, Herbert, *Frankreichs Uhren gehen anders*, Zürich, Stuttgart, Wien 1954.
- Mahler, E., *Programme der politischen Parteien*, Berlin 1945.
- Maier, Reinhold, *Ende und Wende, Das schwäbische Schicksal 1944—1946, Briefe und Tagebuchaufzeichnungen*, Stuttgart, Tübingen 1948.
- Matthias, Erich, *Sozialdemokratie und Nation*, Stuttgart 1952.
- Maunz, Theodor, *Deutsches Staatsrecht, Ein Studienbuch*, 2. Neubearb. Aufl., München, Berlin 1952 (Kurzlehrbücher für das juristische Studium).
- Mayer, Carl, *The Crisis of German Protestantism*. In: *Social Review*, November 1925.
- Mende, Dietrich, *The Origin of the Christian Democratic Union in Berlin and in the French Zone of Occupation in Germany*, Frankfurt a. M. 1950 (Maschinenschrift).
- Meyer, Georg, *Reichsgründung und das Großherzogtum Baden*, Heidelberg 1896.
- Miller, Max, Eugen Bolz, Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951.
- Mommsen, Wilhelm, *Die Situation der deutschen Parteien*. In: *Politische Bildung*, München 1953, H. 38, S. 108—152.
- Münchheimer, Werner, *Die Neugliederung Deutschlands, Grundlagen, Kritik, Ziele und die Pläne zur „Reichsreform“ von 1919—1945*, Frankfurt a. M. 1949 (Frankfurter geographische Hefte, 23, 1949, 1).
- Mumm, R., *Was jeder Christ von den heutigen Parteien wissen muß*, Hamburg 1924.
- Naumann, Friedrich, *Geist und Glaube*, Berlin 1911.
- Naumann, Friedrich, *Ausgewählte Schriften*, Eingel. und mit Anm. versehen von Hannah Vogt, Frankfurt a. M. 1949 (Civitas Gentium).
- Nebinger, Robert (Hrsg.), s. *Kommentar zur Verfassung von Württemberg-Baden*.
- Neumann, Siegfried, *Die politischen Parteien*, Berlin 1932.
- Pechel, Rudolf, *Deutscher Widerstand*, Zürich 1947.
- Politik der Mitte, Sammlung von Leitartikeln der Rhein-Ruhr-Zeitung aus den Jahren 1946/47, Essen 1947* (Der größte Teil der Leitartikel stammt von Richard Muckermann).
- Politisches ABC*, Hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn 1951.
- Politisches ABC*, Hrsg. vom Zonenverband der CDU in der britischen Zone, Köln 1950.
- Ritter, Gerhard, *Christentum und Selbstbehauptung*. In: *Schriftenreihe der Evangelischen Akademie*, Reihe 1,1, Stuttgart 1946.
- Ritter, Gerhard, *Utopie und Wirklichkeit*, Stuttgart 1948.
- Roeren, H., *Das Zentrum und die Kölner Richtung*, Trier 1913.
- Rothfels, Hans, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Krefeld 1949.
- Rüfner, Vinzenz, s. *Süstermann, Adolf*.
- Schauff, J., *Die deutschen Katholiken und die Zentrumsparterie*, Köln 1928.
- Schempp, H., *Kirche und politische Parteien*, Stuttgart 1946.
- Schlatter, A., *Die christliche Ethik*, Stuttgart 1914.
- Schmechel, Max, *Warum evangelische Parteibewegung?* Hrsg. vom Evangelischen Volksdienst in Baden 1932, Freiburg i. Breisg. 1932.
- Schmidt, K., *Der politische Katholizismus*, Freiburg i. Breisg. 1946.
- Schofer, Josef, *Mit der alten Fahne in die neue Zeit, Politische Plaudereien aus dem „Musterländle“*, Freiburg i. Breisg. 1926.
- Schulz, Klaus-Peter, *Sorge um die deutsche Linke*, Köln 1954.

- Schumann, Friedrich K., Europa in evangelischer Sicht, Stuttgart 1953.
- Schwering, Leo, Vorgeschichte und Entstehung der CDU, 2. neubearb. u. erw. Aufl., Köln 1952.
- Sell, Friedrich C., Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953.
- Sevenich, Maria, Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, Hamburg 1949.
- Sevenich, Maria, Unser Gesicht (Godesberger Rede vom 14. Dezember 1945), Köln 1946.
- Severing, Carl, Mein Lebensweg im Auf und Ab der Republik, 2 Bde., Köln 1950.
- Simpfendorfer, W., Politik aus Glauben und Gehorsam, Stuttgart 1930.
- Spiecker, Karl, Germany — from Defeat to Defeat, London 1943.
- Statistische Berichte des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden, Arb. Nr. VIII/8/11/18. 1. 1952 („Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit“).
- Stegerwald, Adam, Wo stehen wir? (Rede), Würzburg 1946.
- Stegerwald, Adam, Wohin gehen wir? Würzburg 1946.
- Striebich, Heinz, Konfession und Partei. Ein Beitrag zur Entwicklung der politischen Willensbildung im alten Lande Baden, Heidelberg, Phil. Diss. 1955 (Maschinenschrift).
- The Struggle for Democracy in Germany, Edited by Gabriel A. Almond, Chapel Hill 1949.
- Süstermann, Adolf, und Vinzenz Rüfner: Wir Christen und die Erneuerung des staatlichen Lebens, Bamberg 1948 (Kleine allgemeine Schriften zur Philosophie, Theologie und Geschichte, Philos. Reihe 12/13).
- Teipel, H., Wir müssen aus dem Turm heraus! Berlin 1925.
- Die Wahlen in Württemberg-Baden, Systematische Darstellung der amtlichen Ergebnisse der Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Landesvertretungen und der Volksabstimmung über die Verfassung mit textlichen und graphischen Erläuterungen, Karlsruhe 1947 (Umschlagtitel:) Wie wählte Württemberg-Baden?
- Weber, Max, Gesammelte Schriften, München 1921.
- Welty, E., Entscheidung in die Zukunft, Freiburg i. Breisg. 1946.
- Welty, E., Christlicher Sozialismus. In: Neue Ordnung, 1946, H. 1.
- Wieck, Hans-Georg, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, H. 2).
- Wildenmann, Rudolf, Partei und Fraktion, Meisenheim 1954 (Parteien, Fraktionen, Regierungen, Bd. 2).
- Wirth, Josef, Le centre allemand dans la nouvelle Europe. In: L'esprit international, Paris 1927, S. 147.
- Wirth, Josef, Unsere politische Linie im deutschen Volksstaat, Berlin 1924 (Gesammelte Reden und Schriften zur deutschen Politik der Nachkriegszeit, H. 1).
- Württemberg-Baden, Historisch, wirtschaftlich und kulturell eine Einheit, Hrsg. vom Staatsministerium von Württemberg-Baden, 1948.
- Wurm, Theophil, Erinnerungen aus meinem Leben, Ein Beitrag zur neuesten Kirchengeschichte, 2. Aufl., Stuttgart 1953.

C. Befragte Personen

Verzeichnis der Personen, mit denen der Verfasser zwischen dem 1. September 1951 und dem 31. Dezember 1954 Gespräche über Einzelfragen der Arbeit führen und von denen er Informationen und Materialien erhalten konnte.

In den Fällen, wo der Name mit einem (s) versehen ist, konnte nur schriftliche Verbindung hergestellt werden.

Hinter dem Namen sind der Wohn- bzw. Tätigkeitsort und die Art der Beteiligung des Genannten an der Gründung der behandelten Parteien oder sonstige entsprechende Hinweise verzeichnet.

1. Altmeier, Peter, Mainz,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz, später Ministerpräsident.

2. Bauknecht, Bernhard, Albertshofen (Württemberg),
Mitgründer der CDU in Württemberg-Hohenzollern.
3. Baur, Wilhelm, Karlsruhe,
Mitgründer der CDU in Nordbaden.
4. Bausch, Paul, Stuttgart,
Mitgründer der CDU in Nordwürttemberg.
5. Benz, Karl, Freiburg (Breisgau),
Mitgründer der BCSV (später CDU) in Südbaden.
6. Berggötz, Heinrich, Karlsruhe,
Mitgründer der CDU in Nordbaden.
7. Bergstraesser, Prof. Dr. Ludwig, Darmstadt,
führender Kenner der deutschen Parteigeschichte.
8. Beyerle, Dr. Josef, Stuttgart,
Mitgründer der CDU in Nordwürttemberg.
9. Binder, Dr. Paul, Stuttgart-Tübingen,
führendes Mitglied der CDU in Württemberg.
10. Brenner, Josef, Koblenz,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
11. Buchheim, Prof. Dr. Karl, München,
Mitgründer der CDU in Sachsen und Kenner der Geschichte christlicher Parteien in Deutschland.
12. Diehl, Georg, (s), Mainz,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
13. Dörpinghaus, Bruno, Frankfurt/M.,
Mitgründer der CDU in Hessen.
14. Dullenkopf, Otto, Karlsruhe,
Landesgeschäftsführer der CDU in Nordbaden.
15. Dürr, Willy, (s), Heilbronn,
Mitgründer der DVP in Heilbronn.
16. Eckert, Aloys, (s), Frankfurt/M.,
Teilnehmer an den ersten Gesprächen späterer CDU-Gründer in Frankfurt/M.
17. Ersing, Josef, Berlin-Stuttgart,
Mitgründer der CDU in Berlin und Württemberg.
18. Eschenburg, Prof. Dr. Theodor, Tübingen,
Kenner der württembergischen und badischen politischen und staatlichen Verhältnisse und
Entwicklungen nach 1945.
19. Fleig, Dr. Paul, Freiburg (Breisgau),
Mitgründer der BCSV (später CDU) in Südbaden.
20. Föhr, Prälat Dr. Ernst, Freiburg (Breisgau),
Mitgründer der BCSV (später CDU) in Südbaden, 1951 Mitgründer der Deutschen Zentrumspartei in Baden.
21. Gönnenwein, Dr., Heidelberg,
Mitgründer der DVP in Württemberg-Baden.
22. Gross, Johannes, Stuttgart,
Mitgründer der CDU in Nordwürttemberg.
23. Grosse, Dr., Koblenz,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
24. Gurk, Dr., Karlsruhe,
führendes Mitglied der CDU in Nordbaden.
25. Hampe, Hermann, Heidelberg,
Mitgründer der CDU in Heidelberg.

26. Haußmann, Dr. Wolfgang, Stuttgart,
Mitgründer der DVP in Württemberg-Baden.
27. Haslsteiner, Stuttgart,
Mitgründer der DVP in Württemberg-Baden.
28. Henrich, Franz, Koblenz,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
29. Heurich, Fridolin, Karlsruhe,
Mitgründer der CDU in Nordbaden.
30. Höhnle, Albert, Stuttgart,
Landesgeschäftsführer der CDU in Nordwürttemberg.
31. Hornickel, H., Heidelberg,
Mitgründer der CDU in Heidelberg.
32. Ilg, Konstantin, Stuttgart,
Mitgründer der CDU in Nordwürttemberg.
33. Isele, Adolf, Freiburg (Breisgau),
Landesgeschäftsführer der badischen CDU.
34. Kemper, Heinrich, Trier,
Mitgründer der CDU in Trier und Rheinland-Pfalz.
35. Keppner, Dr. Karl, Ellwangen,
Mitgründer der Deutschen Zentrumspartei in Württemberg 1950.
36. Kiesinger, Kurt Georg, Tübingen,
führendes Mitglied der CDU in Württemberg.
37. Kling, Hermann, Owen/Teck,
Mitgründer der CDU in Nordwürttemberg.
38. Köberle, Prof. Dr. A., Tübingen,
Mitgründer der CDU in Württemberg-Hohenzollern.
39. Koch, Dr. Max, Stuttgart,
Mitgründer der CDU in Nordwürttemberg.
40. Köhler, Dr. Erich, Wiesbaden,
Mitgründer der CDU in Hessen.
41. Köhler-Helffrich, H., Wiesbaden,
Sohn des Reichsministers Dr. Heinrich Köhler (†), der 1945 in Nordbaden eine bedeutende
politische Rolle spielte.
42. Korbach, Heinz, Koblenz,
Landesgeschäftsführer der CDU in Rheinland-Pfalz.
43. Krauss, Jakob, Tübingen,
Mitgründer der CDU in Württemberg-Hohenzollern.
44. Kuhn, August, Mannheim,
Mitgründer der CDU in Nordbaden.
45. Kühn, Adolf, Karlsruhe,
Mitgründer der CDU in Nordbaden.
46. Kühn, Dr. Siegfried, Karlsruhe,
Mitgründer der CDU in Nordbaden.
47. Matthes, Hermann, Mainz,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
48. Mende, Dr. Dietrich, Frankfurt/M.,
Kenner der deutschen Parteiverhältnisse.
49. Moser, Cl., Hechingen,
Mitgründer der CDU in Württemberg-Hohenzollern.
50. Müller, Dr. Gebhard, Stuttgart-Tübingen,
Mitgründer der CDU in Württemberg.

51. Müller, Manfred, (s), Stuttgart,
Mitglied der evangelischen Kirchenleitung in Württemberg.
52. Münter, Tübingen,
Landesgeschäftsführer der CDU in Württemberg-Hohenzollern.
53. Nölle, Aloys, (s), Wiesbaden,
Mitgründer der CDU in Berlin und Hessen, später Mitgründer des Zentrums in Hessen.
54. Orth, Dr. Eduard, Speyer,
führendes Mitglied der CDU in Rheinland-Pfalz.
55. Person, Dr. Karl, Freiburg (Breisgau),
Mitgründer der BCSV (später CDU) in Südbaden.
56. Pressel, Wilhelm, (s), Stuttgart,
Mitglied der evangelischen Kirchenleitung in Württemberg.
57. Raabe, Dr. Cuno, (s), Fulda,
Mitgründer der CDU in Berlin und Hessen.
58. Ramstein, Karlsruhe,
Mitgründer der CDU in Nordbaden.
59. Reichensperger, Peter, Koblenz,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
60. Reismann, Dr. Bernhard, (s), Münster (Westfalen),
Mitgründer der Deutschen Zentrumspartei.
61. Rohrbach, Dr. med., (s), Kassel,
Mitgründer der CDU in Kassel.
62. Rohrer, Franz, Freiburg (Breisgau),
Mitgründer der BCSV (später CDU) in Südbaden.
63. Roth, Eduard, St. Goar,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
64. Rothländer, Helene, Koblenz,
Mitgründerin der CDU in Rheinland-Pfalz.
65. Sautter, (s), Stuttgart,
Mitglied der evangelischen Kirchenleitung in Württemberg, Teilnehmer der Gründungs-
versammlung der CDU in Stuttgart.
66. Schlick, Josef, Bechtolsheim,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
67. Schneider, Hermann, Konstanz,
Mitgründer der CDU in Konstanz und der BCSV (später CDU) in Südbaden.
68. Schulte, Marcel, (s), Frankfurt/M.,
Mitgründer der CDU in Hessen.
69. Schumacher, Dr. Kurt, (s), Kupferzell (Württemberg),
Schwiegersohn des verstorbenen württembergischen Landesbischofs Wurm.
70. Schwan, Anton, (s), Stuttgart,
Mitgründer der CDU in Nordbaden und deren erster Landesgeschäftsführer.
71. Simpfendörffer, Wilhelm, Korntal,
Mitgründer der CDU in Nordwürttemberg.
72. Sprauer, Franz, Karlsruhe,
Mitgründer der CDU in Nordbaden.
73. Stehle, Josef, Tübingen-Rottenburg,
Mitgründer der CDU in Württemberg-Hohenzollern und deren erster Landesgeschäftsführer.
74. Stooß, Heinrich, Redelsdetten,
Mitgründer der CDU in Württemberg.
75. Stössinger, Siegfried, Karlsruhe,
Mitglied der CDU in Nordbaden, vor 1933 Landesvorsitzender der CSVD in Baden.

76. Theiss, Dr. Konrad, (s), Aalen,
führendes Mitglied der CDU in Württemberg.
77. Trabert, Eduard, (s), Kassel,
Mitgründer der CDU in Kassel.
78. Tritt, Otto, Stuttgart,
erster Landesgeschäftsführer der CDU in Nordwürttemberg.
79. Umhauer, Dr. Erwin, Karlsruhe,
Mitgründer der CDU in Nordbaden.
80. Verhülsdonk, Rudolf, Koblenz,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
81. Vietzen, Dr. Hermann, Stuttgart,
Mitgründer der DVP in Württemberg-Baden.
82. Vogel, Dr. Rudolf, Aalen,
führendes Mitglied der CDU in Württemberg.
83. Vögele, Dr., Stuttgart,
Mitgründer der CDU in Nordwürttemberg.
84. Walter, Maria, Stuttgart,
Witwe des Mitbegründers der CDU in Nordwürttemberg, Felix Walter.
85. Weber, Dr. Rudolf, (s), Stuttgart,
Mitglied der evangelischen Kirchenleitung in Württemberg.
86. Weiss, Dr. Franz, Tübingen,
Mitgründer der CDU in Württemberg-Hohenzollern.
87. Wirsching, Eugen, Reutlingen,
Mitgründer der CDU in Reutlingen.
88. Wirthle, Wilhelm, (s), Tübingen,
Mitgründer der DVP in Württemberg-Hohenzollern.
89. Wolfemann, Willi, Frankfurt/M.,
Landesgeschäftsführer der CDU in Hessen.
90. Wolff, Gustav, Landau,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
91. Wuermeling, Dr. Josef, Honnef,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
92. Zimmer, Dr. Alois, Trier,
Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz.
93. Zürcher, Dr. Paul, Freiburg (Breisgau),
Mitgründer der BCSV (später CDU) in Südbaden.

Personenregister

- Abt 172
Adenauer, Konrad 5, 177, 190 ff., 198 ff.
Altenhain 207
Altmeier, Peter 77, 86, 88, 96
Amend 125
André, Joseph 138, 141, 151, 157 ff., 166, 171, 178, 190
Armand 67
Arnale 114
Arndgen, Josef 54
Arnold, Karl 191
- Bacher, Karl 156
Baden, Friedrich I. von 17, 19
Baden, Friedrich II. von 17
Baden-Durlach, Karl Friedrich von 16
Barber 126
Barth, Karl 164, 167, 169
Baudermann, Wilhelm 175
Bauknecht, Bernhard 179
Baum, Marie 128, 133
Baumann, Adolf 64
Baur, Wilhelm 130
Bausch, Paul 112, 144, 146, 154 f., 157 f., 160
Bazille, Wilhelm 28
Beck 60
Becker, Otto 44
Beek, Lambert van 86
Beesten, Ernst 86
Benz, Karl 113, 116 f.
Berggötz, Heinrich 133
Bernhard, Henry 147
Beutinger 150
Beyerle, Josef 137 ff., 145, 157, 159 f., 171
Bezold, Otto 207
Bidault, Georges 29, 32
Biesewig, Siegfried 55
Binder, Paul 138, 150, 168 f., 171, 192, 194
Bischoff, Philipp 179
Bismarck, Otto Fürst von 154
Bleek, Karl Theodor 207
Bloch, Reinhold 86
Blücher, Franz 207
Bock, Lorenz 174
Boden, Wilhelm 30
de Boislambert, Hettier 88
Bolz, Eugen 17, 28
Bossung, Joachim 90
Böttcher, K. W. 6
- Bouley 65 ff.
Braun, Otto 109
Brenner, Josef 86
Brentano, Clemens von 102, 105, 110
Brentano, Heinrich von 60
Bretschneider 207
Brill, Hermann 56
Britsch, H. 150
Brühler, Ernst-Christoph 104
Brüning, Heinrich 22, 40, 68, 84
Buchmann 137
Bühler 107
Bungratz 204
Byrnes, James F. 32
- Candidus, August 65
Clay, Lucius D. 33
- Dahlem, Ernst 67, 70
Damerow 207
Damm, August 64, 68
Dassen 67
Dehler, Thomas 201, 206 f.
Demmerle, Jakob 65
Dethleffs, Arist 172
Dichtel, Anton 105, 117
Dieckmann, Johannes 207
Diefenbach, Ludwig 70
Diehl, Georg 67, 69 f.
Diehl, Lorenz 65 ff.
Diel, Jakob 77, 79 ff., 85, 95
Diem, Hermann 167
Dienz, Wilhelm 86
Dietze, Constantin von 107
Diez, Karl 117 f.
Dirks 76
Dirks, Walter 36 f., 39, 52, 58
Dohr 207
Doller, Ernst 67, 70
Dörpinghaus, Bruno 37 f., 42 ff., 56, 90, 195
Dürr 104
Dürr, Willy 149 ff.
- Eckert, Aloys 37, 39
Ehard, Hans 193
Eichenlaub, Valentin 64 f., 133
Eisenhauer, Peter 70
Elsässer 126
Erbe, Otto 176

- Ersing, Josef 125, 138, 159 f., 171, 190
 Eschenburg, Theodor 170
 Euler, August Martin 201, 207
- Feger, Otto 99, 115, 119, 170
 Felsing 60
 Fezer 25
 Fink, Albert 64
 Fink, Johannes 63 f., 66
 Fleckenstein 56
 Fleig, Paul 102 ff., 109 ff., 114, 117
 Föhr, Ernst 20, 101 f., 104 ff., 116 ff., 121 f.,
 161, 211 f.
 Frank, Ernst 124
 Fricke 45
 Friedberg 116
 Friedrich 108, 112
 Furch 176
 Fürstenberg, Max Prinz von 108, 114, 116
- Gahr, Hans 67, 70
 Gandenberg 76
 de Gaulle, Charles 29, 31
 Gauß, Heinz 147
 Gebhard, Adolf 55
 Geierhaß 130
 Geiler, Karl 30
 Geisbüsch 77
 Gengler, Karl 179
 Georgi, Ernst 55
 Gerhards 104
 Gerst, Wilhelmkarl 57, 59
 Gerstenmaier, Eugen 25
 Gerster, Gottfried 70
 Gögler, Hermann 138
 Gördeler, Karl 125
 Grande, Max 124
 Grathwohl 128 f.
 Greb, Wilhelm 67, 70
 Greve, Otto Heinrich 206
 Gröber, Conrad 101, 105, 112, 118, 212
 Groß, Johannes 138, 157 f., 160
 Großkopf, Erich 56
- Haag, Carl 150
 Habermann, Max 125
 Hackstein 59 f.
 Hamacher, Wilhelm 42, 59, 81 ff., 85
 Hampe, Hermann 128 f.
 Hartmaier, Adolf 176
 Haslsteiner 147, 149
 Haug, Theodor 142, 167 f.
 Hauser 128
 Haußmann, Conrad 147
 Haußmann, Wolfgang 127, 137, 147, 149 ff.,
 156 ff., 201
- Hauter, Daniel 65
 Heinemann, Gustav 83
 Helmes, Walter 160
 Henrich, Franz 77, 86, 88 ff., 92 ff.
 Hermanns, Hubert 77, 86, 88
 Hermelink, Heinrich 23
 Hermes, Andreas 68, 160, 171, 194, 202 f.
 Herr 37
 Heurich, Fridolin 130 f., 133, 154
 Heuss, Theodor 126 ff., 137, 149 ff., 153 f.,
 156 f., 201 f., 206 f.
 Hickmann, Hugo 199
 Hieber, Johannes 28, 156
 Hilpert, Werner 54 ff., 60, 190
 Hitler, Adolf 104, 145, 155
 Hof 104
 Hofer, Christian 179
 Hoffheinz 126
 Hoffmann, Christoph 24
 Hoffmann, Gustav 70
 Hoffmann, Johannes 28, 156
 Hoffmann, W. 105, 112
 Höfler, Heinrich 109
 Hofmann 20
 Högner, Wilhelm 109
 Homscheid 77
 Honickel, H. 128
 Hosemann 107
 Huber, Anton 140 f., 160
 Hugenberg, Alfred 21
 Husch, Jakob 37 ff., 52, 55
- Ilg, Paul 156
 Itzstein 19
- Jäger, Eduard 55
 Jahn, Jakob 65
 Jellinek, Georg 128
 Joeckle, Rudolf 65
 Jungblut 77
 Junglas, Johann 77, 86, 88
- Kahmann, Richard 86
 Kaiser, Jakob 38, 125, 171, 191 ff., 195, 198 ff.,
 203
 Kaiserauer, H. 160
 Kalisch 60
 Kammerer, Fabr. 179
 Kapff 23
 Karl, Wilhelm Adam 21 f.
 Katzenberger, Hermann 191 f.
 Kaufmann, Edmund 70 f.
 Kaufmann-Bühler 133
 Kayser, Ernst 68
 Kehrer, Karl 176

- Keil, Peter 86
 Kemper, Heinrich 76, 88
 Kern, Adolf 70
 Kessel, Hermann 130 f., 201
 Kessler, Hermann 156
 Ketterer, Artur 160
 Kiechle 172
 Kilmeyer, Karl 160
 Kilper 137
 Kleine 150
 Klett, Arnulf 137
 Kling, Hermann 145, 157, 159, 165
 Knappstein, Karl-Heinrich 36 f., 39, 52, 56, 58
 Knecht, Josef 109
 Köberle, Adolf 173, 176 f., 179
 Koberstein 105
 Koch, Max 159 f.
 Kocher, Georg 176
 Kogon, Eugen 36, 52, 55 f., 58, 194
 Köhler 72
 Köhler, Erich 54, 56, 190
 Köhler, Heinrich 30, 108, 123
 Kottmann 163
 Kraemer, Alois 63 ff.
 Krauss, Jakob 176, 179
 Krekeler, Heinz 207
 Kroll, Gerhard 190
 Krupps 88
 Kübler, Max 174 ff.
 Kuhn, August 124 ff., 133
 Kühn, Adolf 123, 130, 133
 Kühn, Siegfried 130 f., 133
 Külz, Wilhelm 201 ff., 206 ff.
 Kunz, August 55
- Lache, Baron 114 f.
 Laubach, Jakob 70
 Lauer, Otto 133
 Laugeois 174
 Lautenschläger 147
 Lauterwasser 105
 Leber, Julius 125
 Lehr, Karl 55
 Leibbrandt 103
 Leibinger 179
 Lemmer, Ernst 38, 171, 199, 203
 Lenze 207
 Leuschner, Wilhelm 125
 Lieberstein 19
 Lieutenant 207 f.
 Linde, Rudolf Konz zur 176
 Loysel 103
 Ludwig XIV. 14
 Ludwig, Josef 70
 Lüthy, Herbert 31
 Lutz 172
- Maas 128
 Maier, Reinhold 26, 30, 127, 135, 137, 147,
 150 f., 156 f., 173, 201
 de Mangou 174 f.
 Marx, Wilhelm 78
 Matthes, Hermann 70 f.
 Matuschka-Greifenklau, Richard Graf 55
 Mayer 176
 Mayer, Ernst 148, 156, 176, 201, 203 ff.
 Mayer, Karl 147
 Mende, Dietrich 25, 27
 Middelhaue, Friedrich 206 f.
 Mikoles 138
 Montelle 102
 Moog 207
 Moser, Hans 65
 Mossner 202
 Müller 107
 Müller, Adolf 64
 Müller, Bernhard 160
 Müller, Gebhard 138
 Müller, Joseph 190, 192 ff., 199
 Müller, Manfred 167 f.
- Nahm, Friedrich 149
 Napoleon I. 15 f., 23
 Naumann, Friedrich 27, 147, 153
 Neubronner 207
 Niemöller, Martin 165
 Nöll, Alois 124
 Nölle, Aloys 59 f.
 Notheis, Josef 139, 171
- Oberheitmann, Theo 59
 Ollig, Jakob 86, 88
 Opitz 87
 Orgeldinger 147, 201
- Payer, Friedrich 147
 Person, Karl 100, 105, 108 f., 111 ff.
 Pierrung 158
 Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm von
 190
- Quanz 53
- Raabe, Cuno 54 f.
 Radbruch, Gustav 128
 Rädler, Josef 179
 Ramstein 130
 Rappenecker 112
 Reatz, August 64, 68
 Reichensperger, August 81 f., 84
 Reichensperger, Peter 81, 84
 Reichensperger, Peter 81 ff., 85
 Reichle, Franz 149

- Remmele, Adam 17
 Renner, Viktor 176
 Rieckert 176
 Riegraf 150
 Risch, Friedrich 65
 Rist, Luise 159 f.
 Rittel, Karl 88
 Ritterspach, Theodor 64
 Röder, Adam 20
 Rohrbach 53
 Roth, Heinrich 86
 Rothländer, Helene 77, 86, 88
 Rotteck, Karl W. von 19
 Ruby 105, 109, 111 ff.
 Rüde 130
 Ruppel 103, 112
- Sautter 142 f., 166 f.
 Schäfer, Hermann 207
 Schäfer (Pfarrer) 125
 Schäfer (Reg.-Rat) 125
 Schäffer, Fritz 29
 Scharnberger 125
 Schilpp 124
 Schlachter, Isidor 68
 Schlange-Schöningen, Hans 45, 76
 Schlatter, Adolf 27
 Schlechte 124
 Schmechel, Max 124
 Schmelcher 133
 Schmerbeck, Franz Xaver 124, 127, 133
 Schmid, Carlo 30, 137, 176 f.
 Schmidt, Albert 76
 Schmidt, Christian 70
 Schmitt 64, 68
 Schneider, Hermann 119, 150
 Schnorbach, Josef 86
 Schofer, Josef 20 f., 101, 104, 110, 123
 Schramm 39
 Schreiber, Walther 171, 194, 202 f.
 Schulte, Marcel 36 ff., 45 f., 49, 52 f., 55, 58, 193
 Schulze-Rhondorf 88
 Schumacher, Kurt (SPD-Vorsitzender) 58
 Schumacher, Kurt (Pfarrer) 143
 Schwahn, Quinibert 66, 70
 Schwalbach 68 f.
 Schwan, Anton 120
 Schwarz, Paul 176
 Schwennicke, Carl-Hubert 207
 Sedlmeier 138
 Sevenich, Maria 54, 57 f.
 Severing, Carl 44, 139
 Seybold, Willy 160
 Siemann 207
 Siemer, Lorenz 76
- Sihler 149
 Simpfendörffer, Wilhelm 143, 151, 157 f., 160, 190
 Singer, Franz 89 f.
 Smith, Walter Bedell 33
 Smuts, Jan Ch. 31 f.
 Spiecker, Karl 36, 40, 57 ff., 82 f.
 Spieß, Paul 70
 Sprauer, Franz 127, 130, 133
 Sproll, Johannes Baptista 162
 Stahl, Friedrich Julius 154
 Stegerwald, Adam 112, 125
 Stein, Erwin 56
 Steiner, Ulrich 179, 182 f., 186
 Steinmetz, Hans 54
 Steltzer, Theodor 190
 Stenzel, Hugo 53
 Stieler, Eduard 56
 Stöcker, Adolf 142
 Stooß, Heinrich 146, 159 f.
 Stössinger, Siegfried 22
 Strauß, Walter 193
 Stresemann, Gustav 147
 Stübinger, Oskar 65
 Sütterle 120
- Teusch 105
 Thomae 125
 Trabant, Karl 70
 Trabert, Eduard 53
- Uhle, Hans 86
 Ulrich, Fritz 137
 Umhauer, Erwin 137
 Ungeheuer, Josef 206
- Verhülsdonk, Rudolf 105
 Vitense, Otto 54
 Vödisch, Arno 176
 Vogel, Rudolf 105
 Vögele 125, 138
- Waechter, von 137
 Walter, Felix 138, 159 f.
 Walter, Franz 133
 Walther 67
 Walzer, Martin 63 f., 68
 Warlich 53
 Weeber, Rudolf 165, 167
 Weidle, Albert 176
 Weinrebe, Heinz 179
 Weiß, Franz 117, 170 ff., 177 ff., 183 f., 186
 Welty, Franz Eberhard 76
 Wendel, Richard 54
 Weng, Gerd 176
 Wenger 138

Wetter 147
Widmer 176
Wildermuth, Eberhard 177, 207
Wilhelm I. 23
Windthorst, Ludwig 68
Wirth, Josef 78, 108 f., 140, 213
Wirthle, Wilhelm 174 ff., 179
Witte 105
Wohleb, Leo 30, 101, 108, 114, 116 ff., 120, 122
Wohlgemuth 59
Wolf, Konrad 67, 70
Wolf 107
Wolff, Gustav 63 ff., 90
Wollschläger, Alfred 54
Wolters, August 76, 88
Wurm, Theophil 25, 143, 165, 173
Wuermeling, Franz-Josef 62
Zahr 176
Zapf, Franz 64 f.
Zickwolff, Otto 70
Zimmer, Alois 76, 88
Zimmermann, Erich 55
Zürcher, Paul 103 ff., 114, 116 f.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	5
1. Kapitel: Politische Bedingungen und Strömungen in Geschichte und Gegenwart	11
a) Hessen	11
b) Rheinland-Pfalz	13
c) Baden und Württemberg	15
d) Die Besatzungsmächte im Jahre 1945	29
2. Kapitel: Die Christlichen Demokraten in Hessen	35
a) Einleitung	35
b) Der Frankfurter Kreis und die Gründung der hessischen CDU	37
c) Die Wiedergründung des Zentrums	57
3. Kapitel: Die Christlichen Demokraten in Rheinland-Pfalz	61
a) Einleitung	61
b) Die pfälzischen Kreise	63
c) Die rheinhessischen Kreise	66
d) Der Trierer Kreis	76
e) Der Koblenzer Kreis	77
f) Der Zusammenschluß der Christlichen Demokraten in Rheinland-Pfalz	88
4. Kapitel: Die Christlichen Demokraten und das Zentrum in Baden	99
I. <i>Die Entwicklung in Südbaden</i>	101
a) Der Kampf zwischen der Bischofs- und der Prälatenpartei in Freiburg	101
b) Die Konstanzer Gruppe	119
c) Das Zentrum in Baden	121
II. <i>Die Entwicklung in Nordbaden</i>	123
a) Der Mannheimer Kreis	124
b) Der Heidelberger Kreis	128
c) Der Karlsruher Kreis	130
d) Die Christlichen Demokraten in Nordbaden	132

	Seite
5. Kapitel: Die Christlichen Demokraten und die Liberalen in Württemberg	135
I. <i>Die Entwicklung in Nordwürttemberg</i>	137
a) Der Kreis der früheren Zentrumsmitglieder	137
b) Die früheren Christlichen Volksdienstler	142
c) Die früheren Liberalen in Stuttgart und die Gründung der Demokratischen Volkspartei (DVP) Nordwürttemberg	147
d) Die Gründung der Christlich-Sozialen Volkspartei in Nordwürttemberg .	157
e) Die Kirche und die Parteien Württembergs in den Jahren 1945 und 1946	161
II. <i>Die Entwicklung in Südwürttemberg</i>	169
a) Die Bemühungen von Dr. Franz Weiß	170
b) Die „Demokratische Vereinigung“ in Tübingen und die Gründung der Demokratischen Volkspartei	175
c) Die Gründung der südwürttembergischen CDU und ihre politischen Ziele	178
d) Zusammenfassung: DVP und CDU in Südwürttemberg	187
6. Kapitel: Zonale und interzonale Verbindung der Christlichen und der Freien Demokraten	189
a) Der Versuch einer Zonenverbandsliga der CDU in der französischen Besatzungszone	189
b) Der Ellwanger Kreis	190
c) Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in Frankfurt/Main	194
d) Die Arbeitsgemeinschaft der Liberalen in der US-Zone	201
e) Die Bemühungen um die Errichtung einer liberalen Reichspartei	204
Schluß	209
Anhang: A. Quellen- und Archivmaterial	215
B. Literatur	216
C. Befragte Personen	219
D. Personenregister	224